هكذا من الأصل

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Donnerstag, 3. Februar 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Nr. 28 - 5.W. - Preis 1.20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 7,50 dkr, Frankreich 6,00 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 55 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 60,00 din, Luxemburg 27,00 lfr
Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 100 Pts, Kanarische Inseln 125 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Optimismus wächst unter Bundesbürgern

ms. **Bonn**

Das Emnid-Institut hat in einer am 30. Januar abgeschlossenen Meinungsumfrage folgende Wähleranteile für die einzelnen Parteien ermittelt: CDU/CSU 49 Prozent, SPD 41, FDP 4 und Grüne 5 Prozent. Der Restanteil von einem Prozent entfällt auf verschiedene Gruppierungen. Im Vergleich zu der vorausgegangenen Umfrage des Bielefelder Instituts hat damit die Union zwei Prozent zugenommen, während SPD und FDP je ein Prozent zurückgegangen sind. Die Meinungsforscher in Allensbach sprechen unterdessen von einem erstaunlichen Aufwärtstrend in der Stimmungslage der Bevölkerung. Aus den 34 Prozent, die im Dezember sagten, daß sie dem Jahr 1983 mit Hoffnungen entgegensehen, sind Anfang Februar 41 Prozent geworden. Die Zahl derjenigen, die Befürchtungen hegten, sei von 32 Prozent auf nunmehr 24 Prozent zurückgegangen. Zugenommen hat laut Allensbach auch die Zahl der Bürger, die an eine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung glauben: Im Dezember waren es nur 13 Prozent, inzwischen sind es schon 20 Prozent.

WIRTSCHAFT

IWF erwartet Belebung der Weltwirtschaft

DW. **Bonn**

Eine leichte Konjunkturbelebung 1983 mit deutlichen Wachstumsraten in der zweiten Jahreshälfte erwartet der Internationale Währungsfonds (IWF) für die wichtigsten westlichen Industrieländer. In einer bisher unveröffentlichten Studie über die Entwicklung der Weltwirtschaft setzt sich der IWF nach einem Bericht der „Wirtschaftswoche" für eine Fortsetzung der zurückhaltenden Geldpolitik ein, die durch eine angemessene Finanzpolitik und Maßnahmen zur Strukturanpassung unterstützt werden sollten. Am ungünstigsten schneidet die Bundesrepublik Deutschland unter den sieben wichtigsten Industriestaaten ab. Ihr reales Bruttosozialprodukt werde 1983 um 0,3 Prozent schrumpfen. Allerdings erwartet der IWF auch für die Bundesrepublik eine spürbare Belebung im zweiten Halbjahr: Das reale Bruttosozialprodukt in Deutschland werde in der zweiten Jahreshälfte um 2,4 Prozent höher liegen als in den ersten sechs Monaten. Das stärkste Wachstum wird, so der IWF, erneut Japan mit einer Rate von 3,0 Prozent (2. Halbjahr 1983: 3,9 Prozent) erreichen.

100 Mark für Zweitanschluß

Rei. **Bonn**

Wer sich einen zweiten Telefonanschluß legen läßt, soll künftig statt 200 nur noch 100 Mark für die Installation zahlen. Das will Postminister Schwarz-Schilling (CDU) dem Postverwaltungsrat auf seiner nächsten Sitzung am 21. März vorschlagen. Der Doppelanschluß mit zwei Amtsleitungen soll nur 13 Mark mehr monatliche Grundgebühr kosten als ein Einzelanschluß. Die Post erhofft sich im Hinblick auf die bundesweite Einführung von Bildschirmtext im Herbst eine steigende Nachfrage nach Anschlüssen, denn die Inanspruchnahme von Bildschirmtext blockiert eine Telefonleitung.

BMW 2,4 Prozent teurer

AP, **München**

Die Bayerischen Motorenwerke werden mit Wirkung vom 7. Februar die unverbindlichen Preisempfehlungen für BMW-Automobile in der Bundesrepublik Deutschland um durchschnittlich 2,4 Prozent anheben. Das kleinste Modell, der BMW 315, soll anstatt bisher 17 150 Mark nunmehr 17 450 Mark kosten. Der BMW 635 CSI kostet jetzt 64 600 anstatt bisher 63 200 Mark.

Gulf verkauft Tankstellen

rtr, **New York**

Das US-Unternehmen Gulf Oil hat seine 750 Tankstellen sowie eine kleine Raffinerie in den Benelux-Staaten verkauft. Das gab Unternehmenschef James Lee bekannt. Weiter sagte er, Gulf habe bereits seine Anlagen in der Schweiz veräußert. Wahrscheinlich würden auch die Aktivitäten in Italien und möglicherweise in Großbritannien eingestellt. Dies gelte jedoch nicht für den Bereich des Nordsee-Öls.

Warnung vor Defiziten

AFP, **Washington**

Für eine verschärfte Haushaltspolitik haben sich die Wirtschaftsberater von US-Präsident Ronald Reagan in ihrem gestern veröffentlichten Jahresbericht ausgesprochen. Sie warnten vor den negativen Auswirkungen der derzeitigen großen Haushaltsdefizite, die zu hohen Zinssätzen und Dollarkursen sowie einer Reduzierung der produktiven Investitionen führen. Als wichtigstes Problem nannten die Experten die Arbeitslosigkeit.

Aktien überwiegend leichter

DW. **Frankfurt**

Bei ruhigem Geschäft gingen die Kurse der Standardwerte leicht zurück. Der Rentenmarkt gab weiter nach. WELT-Aktienindex 109,7 (109,8). Dollarmittelkurs 2,4835 (2,4678) Mark. Goldpreis pro Feinunze 498,25 (508,50) Dollar.

WETTER

Schnee und Regen

DW. **Essen**

Im gesamten Bundesgebiet wechselnd bewölkt mit einzelnen Schneeschauern. Tagestemperaturen um 3 Grad, in der Nacht minus 3 bis minus 6 Grad.

ZITAT DES TAGES

„Als ich auf diese desolate Szenerie herabschaute, dachte ich an all das, für dessen Wahrung und Schutz wir eingetreten sind, und all jene im Osten – die Sacharows und Schtscharanskis –, die einen derartigen Preis für die Ausübung jener Rechte entrichten müssen, die wir als gegeben betrachten."

US-Vizepräsident George Bush in Den Haag über seine Eindrücke beim Besuch an der Berliner Mauer. FOTO: SVEN SIMON

Walesa nominiert

AP, **Washington**

Die US-Kommission für die Überwachung der Menschenrechtsbeschlüsse der KSZE-Konferenz von Helsinki hat den polnischen Arbeiterführer Lech Walesa und sieben Regimekritiker aus den Ostblockstaaten als Träger des diesjährigen Friedensnobelpreises vorgeschlagen. In einem Schreiben an das Osloer Nobel-Institut begründet das Gremium seine Empfehlung mit der Friedfertigkeit und Beharrlichkeit, mit der diese Personen sich für das Ziel der Menschlichkeit einsetzten. Neben Walesa nominierte der Ausschuß unter anderem den sowjetischen Regimekritiker Juri Orlow, den tschechoslowakischen Schriftsteller Vaclav Havel und die polnischen Dissidenten Jacek Kuron und Adam Michnik.

Gespräch mit Sozialpartnern

Rei. **Bonn**

Zu einem „Gespräch am runden Tisch" wird Bundeskanzler Kohl die Sozialpartner „in unmittelbarer Zukunft" bitten. Nach Angaben von Regierungssprecher Stolze soll das Thema die Unterstützung der Bemühungen der Bundesregierung um den Abbau der Arbeitslosigkeit sein. Früher seien derartige Gespräche nützlich gewesen, heute seien sie unbedingt notwendig. Gestern abend empfing der Kanzler Vertreter der Deutschen Angestellten Gewerkschaft (DAG) zu einem Meinungsaustausch.

Weitere Nachrichten auf Seite 10: 800 000 Mark Abfindung für Neue-Heimat-Manager? – Bischöfe rügen Anspruchsdenken

Heute in der WELT

Meinungen: Volkswitz und Alltagssorgen in der „DDR" S. 2
Forum: Personalien und die Meinung von WELT-Lesern S. 7
Mexico City: „Die Leute werden hier alle einmal ersticken" S. 3
Sport: Kein Heimvorteil für die deutschen Eiskunstläufer S. 9
„Zonenrandgebiet darf nicht die Zeche für Teilung bezahlen" S. 4
Fernsehen: Jodeln und Gemüt – Volksmusik auf dem TV-Schirm S. 10
Die Muslims wollen eigene Wege im Völkerrecht beschreiten S. 5
Kultur: Bonds Hosen passen vielen – Neue Hollywood-Filme S. 19
Terror in Zimbabwe: „Sie schlachten unser Volk wie Hühner ab" S. 6
Aus aller Welt: Disharmonie um ein Museumsschiff S. 20

Schnee und Glatteis behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser um Verständnis bei Verzögerung der Zeitungszustellung.

Genscher: Gewaltverzicht muß auch für Afghanistan gelten

„Präzisierung" der Ostblock-Vorschläge? / Harte Pressekonferenz in Prag

BERNT CONRAD, **Prag**

Der tschechoslowakische Präsident Gustav Husak und sein Außenminister Bohuslav Chnoupek haben in Gesprächen mit Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher eine weitere Präzisierung des Ostblockvorschlages für ein Gewaltverzichtsabkommen zwischen NATO und Warschauer Pakt angekündigt.

Die Sowjetunion und ihre Verbündeten erstrebten keineswegs eine formelhafte Wiederholung früherer Gewaltverzichtserklärungen, sondern wollten sie „konkret weiterentwickeln". Sie würden sich nach genauer Prüfung der westlichen Reaktionen bemühen, ihren Vorschlag für den Westen generell akzeptabler zu formulieren, erklärten die CSSR-Politiker.

Genscher, der gestern nachmittag nach 27stündigem Aufenthalt wieder aus Prag abflog, betonte seinerseits die Bereitschaft des Westens, über jeden konstruktiven Vorschlag zu sprechen. Eine nochmalige Bekräftigung des Gewaltverzichts könnte sich nach seinen Worten dann vorteilhaft auswirken, wenn sich der Verzicht nicht nur auf künftige, sondern auch auf anhaltende Gewalt beziehen würde. Bei den internen Gesprächen ließ Genscher keinen Zweifel daran, daß sich dieser Hinweis vor allem auf die sowjetische Besetzung Afghanistans bezog.

Der Dialog mit der CSSR-Führung war für den Bundesaußenminister besonders aktuell, weil sein Amtskollege Chnoupek offiziell beauftragt worden war, die Vorschläge des Warschauer Paktgipfels in Prag international zu erläutern und zu diskutieren. So hörte Genscher mit Interesse Chnoupeks Hinweis, der Osten wünsche eine „maximale Konkretisierung" des Gewaltverzichts gegen Truppeneinheiten, Schiffe, Flugzeuge und Raumschiffe anderer Staaten, ferner die Verpflichtung, die Sicherheit von See-, Luft- und Weltraumverbindungen nicht zu bedrohen.

Genscher riet seinen Prager Gesprächspartnern, die jüngsten Vorschläge von Präsident Reagan und Vizepräsident Bush sehr ernstzunehmen und als „Initiativen des Friedens" zu begreifen. Husak meinte, der sowjetische Parteichef Andropow sehe sicher die Möglichkeit eines gründlich vorbereiteten Treffens mit Reagan.

Eindringlich ermahnte der Bundesaußenminister die Tschechen, bis spätestens 1985 die auf ihrem Gebiet liegenden Ursachen für Geruchsbelästigungen der bayerischen Grenzbevölkerung und für nach Bayern wehenden „sauren Regen" zu beseitigen. Die CSSR-Politiker sagten Abhilfe zu, verwiesen aber auf das gleichzeitige Vorhandensein westlicher Ursachen. Husak: „Es gibt doch viel Westwind – das ist nicht politisch gemeint." Genscher: „Schade."

Beeindruckt zeigte sich Genscher von einem Treffen mit dem Prager Erzbischof Kardinal Tomasek am gestrigen Morgen. Dabei wurden die innere Lage des Landes und die Probleme der katholischen Kirche besprochen.

Ein Kontrastprogramm zum freundlichen Verlauf der offiziellen Gespräche bot eine abschließende Pressekonferenz, in der Genscher scharfe Fragen tschechoslowakischer Parteijournalisten ebenso scharf beantwortete. So wies er Vergleiche der Verhältnisse in der Bundesrepublik mit der Zeit von Hitlers Machtergreifung vor 50 Jahren als böswillige Verzerrung zurück und betonte: „Wir brauchen keinen Vergleich mit den anderen Unterzeichnern der KSZE-Schlußakte zu scheuen, aber wir haben an andere viele Fragen zu stellen."

● **Fortsetzung Seite 10**

DER KOMMENTAR

Nervenkrieg

JAN BRECH

Auf den internationalen Ölmärkten dominiert zur Zeit das Abwarten: Das Scheitern der letzten Opec-Konferenz, die sich weder über Preise noch über eine Quotenaufteilung unter den Mitgliedern einigen konnte, hat Unsicherheit sowohl bei den Anbietern als auch bei den Nachfragern ausgelöst. Die Ölverbraucher leben in Erwartung weiterer Preissenkungen bei Rohöl von den Beständen.

Die Abnahme fest kontrahierter Mengen wird so weit wie möglich hinausgeschoben, auf den freien Märkten wie Rotterdam bewegt sich nichts. Die Förderländer andererseits, und nicht nur die in der Opec, kündigen zwar Preissenkungen an, doch sind das im Augenblick mehr Absichtserklärungen denn handfeste Offerten.

Daß die Ölpreise in den kommenden Wochen weiter sinken werden, ist angesichts der Überproduktion und konjunkturell bedingter Nachfrageschwäche sicher. Ob es freilich einen „geordneten und gemäßigten Rückzug" auf breiter Front geben wird, oder einen Preiskampf jeder gegen jeden mit der Folge eines drastischen Preisverfalls, hängt von den ohnehin schon arg strapazierten Nerven der Opec-Staaten ab.

Marktkonformes Verhalten wäre es, den Zeitpunkt abzuwarten, bis die Bestände bei den Verbraucherländern abgebaut sind – sehr weit reichen sie nicht –, um bei wiederauflebender Nachfrage festzustellen, wo der am Markt erzielbare Preis etwa liegt.

Die finanziellen Nöte der meisten Opec-Staaten lassen freilich eher vermuten, daß sie zur Sicherung wenigstens der notwendigsten Einnahmen die Preise sehr schnell und sehr erheblich reduzieren und gleichzeitig die Förderung erhöhen werden.

Der Wettlauf um jeden Kunden würde aber das eigentlich von niemandem gewünschte Preischaos bedeuten.

Welchen Weg die Opec auch immer einschlägt – der Verbraucher wird von dem Verfall des einst mächtigen Kartells weiter profitieren. Die deutsche Mineralölindustrie schreibt zwar tiefrote Zahlen, doch wird es der Wettbewerb nicht zulassen, daß Kosteneinsparungen beim Einkauf von Rohöl und Ölprodukten zum Abbau der Verluste eingesetzt werden. Selbst ein unerwartet hart einsetzender Spätwinter könnte die Tendenz sinkender Preise bei Benzin und Heizöl allenfalls kurzfristig unterbrechen.

Auto-Industrie für 1983 optimistisch

Hoffnung auf gutes Inlandsgeschäft / Umsatz 1982 fast 147 Milliarden Mark

HARALD POSNY, **Frankfurt**

Die deutsche Automobilindustrie glaubt zwar nicht daran, daß sie 1983 die hohen Produktions- und Absatzzahlen des vergangenen Jahres erreicht; gleichwohl sieht der Präsident des Verbandes der Automobilindustrie (VDA), Horst Backsmann, keinen Grund zu pessimistischen Prognosen: „Nach Produktionsverlusten während der ersten Monate gehe ich davon aus, daß sich Absatz und Produktion im weiteren Verlauf des Jahres wieder verbessern."

Fallende Zinsen, niedrigere Kraftstoffpreise und entlastete Heizkostenrechnungen der privaten Haushalte seien, so meint er, geeignet, den Kaufwillen zu stärken.

Ebenso wie Backsmann sieht auch VDA-Geschäftsführer Achim Diekmann im Pkw-Geschäft „Ansätze für eine Absatzbelebung im Inland". Von ihr dürften, so glaubt er, die deutschen Hersteller stärker profitieren als die ausländischen Importmarken: Deren Anteil von 24,1 Prozent im Jahr 1982 (1981: 25,3 Prozent) werde Ende 1983 wohl eher niedriger liegen. Diekmann schätzt, daß die Japaner (Anteil am Inlandsabsatz 1982: 9,8 Prozent nach neun Prozent ein Jahr zuvor) 1983 die Zehn-Prozent-Marke nicht wesentlich überschreiten.

Neuzulassung und Auftragseingang seien im Januar 1983 höher gewesen als im gleichen Monat des Vorjahres. Dies zeige „bei aller Zurückhaltung der Prognose", daß die inzwischen ausgelaufene Investitionszulage nicht zu einem Einbruch von Bestellungen und Verkäufen geführt habe. Für verschiedene Modelle, vor allem im Bereich 1,5 bis 2 Liter Hubraum, bestünden sogar Lieferfristen.

Auch der Bestelleingang aus dem Ausland ist – anders als befürchtet – nicht rückläufig. Beim VDA glaubt man, daß der Kfz-Export 1983 ein „respektables Niveau" behalten wird. Von einem „rauschenden Erfolg" wie 1982, als mit 2,4 Millionen Fahrzeugen die höchste Exportzahl der deutschen Automobilgeschichte erreicht wurde, geht man aber für das laufende Jahr nicht mehr aus.

Weniger optimistisch sind die Erwartungen für den Nutzfahrzeugbau, der erfahrungsgemäß im Aufschwung wie in der Flaute dem Pkw-Absatz ein Jahr „hinterherfährt". Beim VDA rechnet man hier mit einer nachhaltigen Belebung erst für 1984. Vermutlich würden Produktion und Absatz von Anhängern und Aufbauten aber schon bald anspringen.

Die derzeitige Kapazitätsauslastung der deutschen Autowerke liegt – wenn auch mit erheblichen Unterschieden von Werk zu Werk – bei rund 80 Prozent. Es gibt 147 000 Kurzarbeiter. Die Investitionen der deutschen Automobilunternehmen schätzt Diekmann für 1983 auf eine Milliarde Mark.

Der gesamte deutsche Straßenfahrzeugbau erwirtschaftete 1982 mit seinen 722 000 Beschäftigten (1981: 789 000) einen Umsatz von fast 147 Milliarden Mark (1981: 137 Milliarden). Er erwies sich damit erneut als verläßliche Konjunkturstütze; außerdem trug er mit seinem auf 80 (1981: 43) Milliarden Mark gestiegenen Außenhandelsüberschuß kräftig zur Gesundung der deutschen Leistungsbilanz bei. Dieser allein reichte fast völlig aus, um die gesamten Mineralöleinfuhren zu bezahlen.

Bonn erweitert Rahmen für Bürgschaften

Mk. **Bonn**

In Einzelfällen will die Bundesregierung in Zukunft bei Hermes-Bürgschaften für Ausfuhrgeschäfte die Grenze des Vertretbaren weiter ziehen.

Kriterium dafür ist, daß an der Realisierbarkeit des Ausfuhrgeschäftes ein besonderes gesamtwirtschaftliches Interesse, vor allem zur Sicherung von Arbeitsplätzen, besteht. Wie die Bundesregierung gestern in ihrem Kabinettsbeschluß noch einmal hervorgehoben hat, sieht sie hierin ein wirksames Instrument zur Sicherung des internationalen Wettbewerbs und Handels ohne Subventionen. Überdies soll im Rahmen multilateral abgestimmter Stabilisierungskonzepte unter Einbeziehung des Währungsfonds für Länder, die wegen ihrer hohen Verschuldung bisher keine Hermes-Deckung mehr erhalten hätten, Möglichkeiten für Ausfuhrbürgschaften eröffnet werden.

Die Gesamtverpflichtung des Bundes aus Ausfuhrbürgschaften belief sich Ende 1982 auf 150 Milliarden Mark. Sie dürfte in diesem Jahr auf 186 Milliarden steigen.

Bundeskabinett: Der Kanal wird weitergebaut

Mk. **Bonn**

Das Bundeskabinett hat gestern grünes Licht für den Weiterbau des Rhein-Main-Donau-Kanals gegeben. Während drei von der FDP geführte Ressorts erwartungsgemäß nach dem Beschluß des Freiburger Parteitages, den Bau zu stoppen, Vorbehalte anmeldeten, stimmte der bayerische FDP-Vorsitzende Josef Ertl zu.

Mit dieser Entscheidung wurde ein Beschluß der früheren Bundesregierung von vor einem Jahr wiederaufgehoben, nachdem mit der bayerischen Landesregierung auch über eine qualifizierte Beendigung des Baus verhandelt werden sollte. Diese Gespräche wurden im November mit dem Ergebnis beendet, daß sowohl rechtliche als auch ökonomische Gründe für den Weiterbau sprächen.

Für 1983 hat der Bund 105 und Bayern 52,5 Millionen Mark für die Vollendung bereits angefangener Abschnitte eingeplant. Die jetzige Entscheidung dürfte auch eine große Rolle für den Mittelfluß in den nächsten Jahren und damit für den Zeitpunkt der Inbetriebnahme spielen.

Kritik an USA bei Shultz-Ankunft in Peking

AP/AFP, **Peking**

Peking hat die Regierung in Washington gestern zu Beginn des viertägigen Besuchs von US-Außenminister Shultz aufgefordert, amerikanisch-südkoreanische Militärmanöver in Südkorea sofort zu beenden.

Das KP-Zentralorgan „Renmin Ribao" schrieb, die Manöver verschärften die Spannung auf der koreanischen Halbinsel und gefährdeten den Frieden und die Sicherheit in Nordostasien. Nordkorea hatte die Truppenübung, an der 188 000 Soldaten teilnehmen, zum Anlaß genommen, seine Streitkräfte in Alarmbereitschaft zu versetzen und die USA vor einem neuen Krieg in der Region zu warnen.

Shultz nahm gestern unmittelbar nach seiner Ankunft aus Tokio Gespräche mit seinem chinesischen Amtskollegen Wu Xueqian auf. Nach eigenen Angaben will er ein größeres Verständnis der chinesischen Führung für die amerikanische Außenpolitik gewinnen und Belastungen im bilateralen Verhältnis ausräumen, die durch fortgesetzte US-Waffenlieferungen an Taiwan entstanden sind.

NATO-Beschluß: Schmidt auf Vogels Kurs

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt hat sich in der Wertung der Genfer Mittelstrecken-Verhandlungen uneingeschränkt mit der Haltung des Kanzlerkandidaten seiner Partei, Hans-Jochen Vogel, einverstanden erklärt. Im Deutschlandfunk äußerte Schmidt die Überzeugung, Vogels Erklärungen zu diesem Thema würden nach dem 6. März auch von der Führung der USA „prinzipiell anerkannt" werden. Vogel hatte nach seiner Rückkehr aus Moskau erklärt, bei der Berechnung des Gleichgewichts der auf Europa gerichteten nuklearen Mittelstreckenwaffen zwischen Ost und West müßten die britischen und französischen Systeme in Genf berücksichtigt werden.

Schmidt verneinte die Frage, ob er den Doppelbeschluß erfunden habe, fügte aber hinzu, er sei der erste gewesen, der darauf bestanden habe, die sich „damals in den Anfängen abzeichnende sowjetische Mittelstreckenraketen-Rüstung" in die SALT-II-Verhandlungen einzubeziehen. Als die USA im Januar 1979 (beim Vierer-Gipfel in Guadeloupe, die Red.) „mit einem Nachrüstungsvorschlag" aufgewartet hätten, sei es auf Betreiben der europäischen Teilnehmer Giscard d'Estaing, Callaghan und Schmidt selbst zum Doppelbeschluß gekommen. Die erst viel später ins Gespräch gebrachte Null-Lösung beanspruchte der frühere Kanzler als deutschen Vorschlag. Er begründete sie als „klare Ausgangsposition" für Verhandlungen, auf der sich „vernünftige Kompromisse" aufbauen ließen.

Seite 2: Rollenwandel
Seite 10: SPD-Parteitag im Herbst.

„Teurer Strom schafft mehr Arbeitslose"

dpa, **Essen/Düsseldorf**

Durch steigende Energiekosten bedingte Produktionseinschränkungen oder die Verlagerung stromintensiver Produktionen ins kostengünstigere Ausland werden sich bei einer Beibehaltung der derzeitigen Energie-, Umwelt- und Strompreispolitik fortsetzen.

Dies prognostizierte der Vorsitzende der Vereinigung Industrielle Kraftwirtschaft (VIK), Hanns Arndt Vogels, der zugleich neuer Vorstandschef des Flugzeugkonzerns MBB (München) ist. Da wegen dieser Kostensteigerungen, die es in dieser Form im konkurrierenden Ausland nicht gebe, „die Arbeitslosenzahlen steigen und steigen", sollten sich die Gewerkschaften dieser Probleme stärker annehmen als bisher.

Die Schließung der Alcan-Aluminiumhütte in Ludwigshafen infolge zu hoher deutscher Strompreise sei nur die „Spitze eines Eisberges", betonte Vogels. Die Schwierigkeiten der Korf-Gruppe hätten die gleichen Ursachen.

Nach Vogels hat sich die Energierechnung der Industrie von 1970 bis 1981 jährlich durchschnittlich um 12 Prozent erhöht. Dagegen erhöhte sich die Brutto-Wertschöpfung des produzierenden Gewerbes lediglich um sieben Prozent jährlich und das Brutto-Inlandsprodukt um acht Prozent jährlich in jeweiligen Preisen, also einschließlich der Inflationsrate. Vogels beklagte vor allem die steigenden Energiekosten für die Industrie. Dabei handele es sich um „hausgemachte" deutsche Kosten, weil die konkurrierende Wirtschaft außerhalb der Bundesrepublik solche neuen Belastungen nicht zu tragen brauche.

Erdöl vier bis fünf Dollar billiger?

WELT-Interview mit BP-Chef Hellmuth Buddenberg: Die Opec ist noch nicht am Ende

Ein wirtschaftlicher Zusammenbruch in einigen Ölförderländern durch überstürzt fallende Ölpreise wäre nach Ansicht des Vorstandsvorsitzenden der Deutschen BP, Hellmuth Buddenberg, folgenschwer. Mit Buddenberg sprach Manfred Schell.

WELT: Herr Buddenberg, rechnen Sie nach dem Ausgang der letzten Opec-Konferenz mit einem massiven Rohölpreisverfall? Glauben Sie, daß die Opec so gut wie am Ende ist?

Buddenberg: Wer glaubt, daß die Opec am Ende ist, berücksichtigt nicht alle Realitäten. Objektive Fakten sprechen gegen eine solche Annahme. Der Opec-Anteil an der Welterdölförderung ist zwar unter anderem auch dank unseren Aktivitäten in der Nordsee und in Alaska seit 1973 von 54 Prozent auf 36 Prozent zurückgegangen; aber diese Quote macht immerhin noch rund 47 Prozent der Erdölförderung außerhalb des Ostblocks aus. Allein diese Zahlen beweisen, daß die Industrieländer sich auch zukünftig nicht von der Opec abkoppeln können.

WELT: Aber die Opec-Konferenz in Genf hat doch einen Beweis dafür geliefert, daß das Kartell nicht mehr funktioniert. Und: Aufgrund der unterschiedlichen Interessenlage der einzelnen Förderländer müssen wir doch wohl davon ausgehen, daß sich die Produktionsquoten ausschließlich an nationalen Interessen orientieren werden. Diese Interessen sind geprägt von der finanziellen Situation, in der sich die einzelnen Ölförderländer befinden.

Buddenberg: Richtig. Nur sollten wir erstens nicht wünschen, daß einige Ölförderländer, bedingt durch einen überstürzt fallenden Ölpreis – was Einnahmeausfälle für diese Länder bedeuten würde –, zusammenbrechen, weil sie ihre Kredite nicht mehr an die Banken zurückzahlen können. Eine solche Situation könnte das gesamte Gefüge der internationalen Finanzwirtschaft und damit die Wirtschaften der westlichen Welt gefährden. Diese aus der Gesamtsicht negative Entwicklung würde unsere Volkswirtschaft nicht ausschließen.

WELT: Welche Auswirkungen meinen Sie?

Buddenberg: Zunächst einmal müßten die Banken im Falle der Zahlungsunfähigkeit von Ölförderländern die diesen Ländern geliehenen Gelder als Verluste abschreiben. Außerdem müssen wir bedenken, daß viele Ölförderländer gute Exportkunden sind, denen wir dann unsere hochwertigen

■ **Fortsetzung Seite 10**

Ansturm in polnischen Läden auf Seife und Waschmittel

Bislang gab es nur ein Stück Seife für zwei Monate

MICHEL CASTEX, **Warschau**

Ein Kauffieber für Seife und Waschmittel ist in Polen ausgebrochen, nachdem die Behörden die Rationierung aufgehoben haben. Die Appelle an die Verbraucher-Vernunft erwiesen sich am ersten Tag des freien Verkaufs als ergebnislos. Die Polen stürzten sich regelrecht auf die bisherigen Mangelprodukte. Seife war seit eineinhalb Jahren auf ein Stück pro Person alle zwei Monate und Waschmittel auf 300 Gramm pro Person alle zwei Monate beschränkt.

In Warschau bildeten sich schon vor Öffnung der Geschäfte große Menschenschlangen. Binnen einer Stunde waren die Geschäfte halb ausverkauft, am Abend waren die Lager leer. Einige Verkäuferinnen haben nach Informationen der amtlichen Nachrichtenagentur PAP eigenmächtig die Initiative ergriffen und den Verkauf auf zehn Stück Seife und fünf Waschmittelpakete pro Person beschränkt.

Der „rush" hatte ganz Polen ergriffen. In Breslau wurde in einigen Stunden mehr Seife verkauft als in einer Rationierungswoche. In Krakau waren die Geschäfte am Nachmittag völlig ausverkauft. Ein ähnliches Kauffieber wurde aus Danzig und Gdingen gemeldet.

Nach dem ersten Tag des freien Verkaufs stellte PAP fest, daß die Pessimisten recht hatten, die vor dem freien Verkauf gewarnt haben. „Falls das Kauffieber anhält, sind die Lager bald total leer. Man wird wieder rationieren müssen", hieß es in einem Kommentar.

Der polnische Minister für Binnenhandel, Zygmunt Lakomiec, hatte den freien Verkauf von Seife und Waschmittel damit begründet, daß die Staatslager gegenwärtig einen Vorrat für zweieinhalb Monate hätten. Er hatte die Hoffnung ausgesprochen, daß die „Verbraucher vernünftig sind und keine Hamsterkäufe tätigen". Lakomiec hatte betont, daß es sich um einen „Test" handele, der vielleicht die Aufhebung der Rationierung anderer Produkte zur Folge haben könnte. Mit einer gewissen Ironie konstatierte das Fernsehen, daß der freie Verkauf von Zitronen weniger katastrophal war. Vor den Obstgeschäften hätten sich keine Menschenschlangen gebildet. „Dies war auch nicht nötig, denn es gab keine Zitronen", meldete der Nachrichtensprecher. (AFP)

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Prüfsteine

Von Günther Bading

Zum engen Schulterschluß mit den Gewerkschaften hat der SPD-Vorsitzende Brandt seine Partei schon vor Beginn des eigentlichen Wahlkampfes aufgerufen. Was das SPD-Präsidium jetzt als Stellungnahme zu den Wahlprüfsteinen des DGB vorgelegt hat, gleicht indes mehr einer engen Umarmung; ja, es grenzt schon an Liebesgeflüster, wenn es dort Dutzende von Malen heißt: Wir teilen diese, teilen jene und teilen gleich das nächste Dutzend Forderungen des Gewerkschaftsbundes an die Politik.

Der Wunsch nach totaler Harmonie mit der Kerntruppe einer bei ihrem Stimmenfang immer weiter in grüne Grenzbereiche ausfransenden Partei treibt wunderliche Blüten. So findet das Parteipräsidium nichts Verwerfliches darin, im Wahlkampf die angeblich so unrealistische Forderung von Bundeskanzler Kohl nach einer Null-Lösung in den Genfer Mittelstreckenraketen-Verhandlungen zu attackieren und gleichzeitig volle Übereinstimmung mit der Position des DGB in dieser Frage zu behaupten. Erstaunlich: Der Deutsche Gewerkschaftsbund spricht sich in seinem „Prüfstein Nr. 4" unzweideutig für die Null-Option aus.

Noch Ende letzter Woche hat Egon Bahr im SPD-Pressedienst geschrieben: „Es gibt keine Stimme von Gewicht mehr, die noch mit dem Verhandlungsergebnis Null auf beiden Seiten rechnet." Nur am Rande sei angemerkt, daß es bisher noch kein führender Sozialdemokrat gewagt hat, der Stimme des DGB jegliches Gewicht abzusprechen. Die vereinte Rhetorik von Egon Bahr und Kanzlerkandidat Hans-Jochen Vogel vermag nicht darüber hinwegzutäuschen: In der Frage der Null-Lösung sind Gegensätze zwischen Sozialdemokraten und DGB vorhanden. Bleibt die SPD dabei, die Null-Option des Kanzlers zu attackieren und jene des DGB gutzuheißen, so gibt es dafür nur ein Urteil: Doppelzüngigkeit.

Rollenwandel

Von Rüdiger Moniac

Helmut Schmidt, Bundeskanzler a. D. und bislang einer der wenigen durch Sachkenntnis wie durch Ruf ausgewiesenen Fachleute in der SPD für die Sicherheitspolitik, ist dabei, seine Vergangenheit zu verleugnen. Der Wahlkampf fordert seinen Tribut, und Schmidt entrichtet ihn. Unter anderem damit, daß er die Öffentlichkeit sucht, um seine Mitwirkung – wenn nicht gar Urheberschaft – am Doppelbeschluß herunterzuspielen. Er stemmt sich auch nicht gegen die Taktik des Kanzlerkandidaten, im Ringen um die Reduzierung sowjetischer Mittelstreckenwaffen die westliche Position zu verwässern.

Denn dies tut Vogel, indem er – beinahe bereitwillig – die sowjetische Argumentation richtig findet, die britischen und französischen Atomwaffen seien als Berechnungsfaktor in den Genfer Verhandlungen für die Atom-Gleichung zu berücksichtigen. Schmidt assistiert dem Kandidaten, indem er sich überzeugt gibt, nach dem 6. März werde die US-Führung prinzipiell anerkennen, was Vogel jetzt sagt.

Dies wird Washington wohl kaum tun können, wenn es nicht wesentliche Prinzipien, die für den Westen die feste Grundlage für die Genfer Verhandlungen sind und bleiben müssen, aufgeben wollte. Deshalb kommen Schmidts heutige Äußerungen einer Aufforderung an all jene gleich, die in der SPD, bei den Grünen und den Alternativen friedensschwärmerisch tätig sind, den Kampf gegen eine Nachrüstung noch energischer zu führen.

Der Kanzler a. D., obwohl auch heute noch von der „Gesamtphilosophie" des Doppelbeschlusses angetan, wie er im Deutschlandfunk kundtat, hilft mit, die klare westliche Verhandlungssystematik für die INF-Verhandlungen zu verdrehen. Die britischen und französischen Raketen gehören in die globale Gesamtrechnung der „strategischen Waffen". Über sie wird in Genf auch verhandelt, aber auf dem START-Tisch.

An der Basis

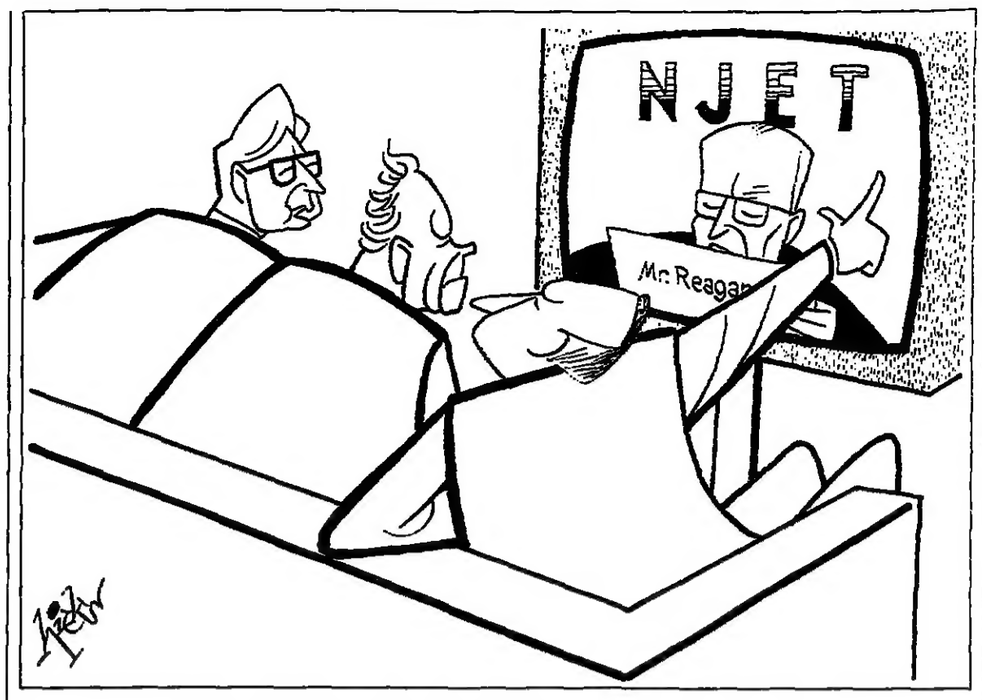
Von Fried H. Neumann

Der sowjetische Parteichef Jurij Andropow ist vom Olymp des Kremls in eine Moskauer Werkzeugmaschinen-Fabrik hinabgestiegen und leibhaftig vor der Arbeiterklasse erschienen, deren Herrschaft im Staate er angeblich repräsentiert. Anders als seine Vorgänger Breschnew und Chruschtschow, die gern ein wärmendes Bad in der Menge nahmen, trat er sachlich und kühl vor die Belegschaft des Werkes „Ordschonikidse", um ihr den Ernst der wirtschaftlichen Lage klarzumachen: sinkendes Wachstum von Jahr zu Jahr, Planrückstände selbst in wichtigsten Wirtschaftszweigen, unbefriedigende Arbeitsproduktivität. Sie wuchs in der Industrie nach der jüngsten Statistik voriges Jahr nur noch um 2,1 Prozent (2,1) – bei fast doppelt so hoher Planvorgabe.

Diesen Trend will Andropow nun, in der Mitte des praktisch nicht mehr erfüllbaren Fünfjahresplanes, stoppen und umkehren. Wie das geschehen soll, ist die große Frage im Lande. Nicht wenige Fachleute erwarten von Andropow den Mut, die straffen Planzügel zu lokkern und den Betrieben mehr Eigenständigkeit, also auch höhere Selbstverantwortlichkeit zuzugestehen. Vor den Arbeitern jedoch hat der Parteichef nichts dergleichen angekündigt.

Die Nüchternheit, mit der er zu Werke geht, sein Verzicht auf Phrasen und Beschönigungen, scheinen sich zwar allmählich wohltuend auf den Propagandastil der Partei auszuwirken; es wäre tatsächlich einiges gewonnen, wenn mehr Ehrlichkeit an die Stelle qualmender Selbstbeweihräucherung träte. Aber das Rezept, das Andropow dem Lande verordnet hat und auch jetzt wieder als Allheilmittel anbot, bekämpft nur die Symptome der Wirtschaftsmalaise. Es lautet: Mehr Arbeitsdisziplin an jedem Arbeitsplatz! Das ist, wie die Sowjetmenschen schon zu spüren bekamen, mehr Druck, mehr Kontrolle und Antreiberei, während sich die planwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht ändern.

Woher auch soll der Anreiz zu besserer Arbeit kommen? Das fragen selbst die Parteiblätter zuweilen. Höhere Löhne sind kein Anreiz, wenn es nichts Ordentliches zu kaufen gibt. Das hat auch der Parteichef offen ausgesprochen.



„Diese Übertragung aus dem Kreml ist Wahlhilfe für die Union!"
ZEICHNUNG: HICKS / COPYRIGHT DIE WELT

Atempause in Südafrika

Von Hans Germani

Die komplizierte Frage der Unabhängigkeit Südwestafrikas/Namibias und der sowjetisch-kubanischen Präsenz in Angola ist um eine neue Dimension bereichert worden. Südafrika, in dieser Frage von europäischen Staatskanzleien und westlichen Medien bisher unter Druck gesetzt, hat im Gegenzug eine eigene Initiative begonnen. Es gibt Anhaltspunkte dafür, daß dabei die Sowjetunion zur Zeit parallel mitspielt.

Seit die Reagan-Regierung im Sommer 1981 die Namibia-Initiative der westlichen Fünf (USA, Bundesrepublik, Großbritannien, Frankreich, Kanada) unter einem neuen Aspekt erneut startete, wurde in den – vornehmlich europäischen – Medien die Auffassung kolportiert, daß Südafrika die „Lösung verzögere". Die Wirklichkeit war anders. Bei den Gesprächen zwischen der US-Regierung und Südafrikas Außenminister Roelof Botha in Washington im Sommer 1981 waren es die Amerikaner gewesen, die das Rezept vorgelegt hatten: Abzug der Kubaner (durch Südafrika auf alle Ostblocktruppen erweitert) aus Angola gegen den Abzug Südafrikas aus Namibia und Wahlen unter UNO-Aufsicht. Washington hätte damit die Kubaner verdrängt gehabt, und den Südafrikanern wäre die Hoffnung erblüht, daß nun Savimbis antikommunistische Bewegung zur Regierungsmacht gelangt wäre. Vielleicht aber auch eine Koalition Savimbis mit gemäßigten Mitgliedern des gegenwärtigen prosowjetischen Regimes in Angola, die den Wahlterror der marxistischen Swapo hätte unterbinden können. Also eine Chance für faire Wahlen in Namibia. Weigerte sich Angola, unter Druck der Sowjets, dann – so die Rechnung – würde der Weg frei für Alternativlösungen, etwa zu Wahlen unter UNO-Garantie. Doch anhaltender Widerstand in Europa verzögerte dieses Konzept. Als dann 1982 die USA freie Hand hatten, begann eine Pilgerfahrt von US-Diplomaten nach Luanda und quer durch Afrika, die freilich erfolglos blieb.

Südafrika hatte auf die US-Lösung gesetzt. Erst Ende 1982 begannen die Südafrikaner umzudenken und den Kontakt zu Angola zu suchen. Jetzt kam es zur Konferenz auf den Kapverdischen Inseln. Südafrikas Regierung stellte öffentlich klar, daß die Frage des Abzugs der Kubaner und damit die Voraussetzung für internationale Wahlen Sache jener Macht bleibe, die diesen Weg vorgeschlagen hat, also der USA. Südafrika strebte in den Verhandlungen nur noch eine provisorische Lösung an, die allerdings von langer Dauer sein könnte: eine gut organisierte Waffenruhe an der Nordgrenze Südwestafrikas. Dieses Kalkül zieht einige Tatsachen in Betracht. Erstens, daß eine Einigung mit Angola gegen die Interessen der Sowjets kaum möglich sei. „Die Amerikaner", so sagte ein hoher Regierungsfunktionär Südafrikas vertraulich, „sind immer noch optimistisch bezüglich eines Abzugs der Kubaner. Ob sie Geheiminformationen haben, die uns fehlen, oder einfach naiv sind, bleibt die Frage." Der Einfluß der Sowjets in Luanda habe sich eher verstärkt. Die Südafrikaner glauben Hinweise dafür zu haben, daß Andropow, dessen Hauptinteresse Europa ist, das südliche Afrika als Nebenforum betrachte, wo er die gewonnenen Positionen zunächst nur halten wolle. Die Eroberung Angolas, 1975, war von Andropows KGB konzipiert und gegen alle Zweifel im Zentralkomitee der Partei durchgesetzt werden. Als die prosowjetische Terrororganisation ANC aus Lesotho flüchten mußte und aus dem Staat Swaziland hinausgeworfen wurde, bat sie Moskau, so erfuhren die Südafrikaner, um stärkere Hilfe für einen Gegenschlag. Die Antwort war: „Njet." Derzeit verhandeln zwölf Sowjetgeneräle mit der Moçambique-Regierung und dem ANC in Moçambique. Ihre Empfehlung lautet, der ANC solle sich zurückhalten, um massive Gegenschläge Südafrikas zu vermeiden. In Südwest ist die Swapo von 12 000 Mann im Jahre 1981 auf derzeit 8000 Mann geschrumpft, nicht so sehr wegen des südafrikanischen Druckes, sondern durch Massendesertionen. So nimmt es kein Wunder, daß die Swapo im vergangenen Monat nur noch zehn Aktionen in Namibia durchführen konnte – ein absoluter Tiefpunkt. Hier wird zum ersten Mal seit dem Sieg des britischen Generals Teplar nach dem Zweiten Weltkrieg in Malaya eine Guerrilla-Bewegung geschlagen.

Die Sowjets haben anscheinend zur Zeit keine Neigung, sich mit solch untauglichen Gehilfen zu engagieren. Sie wollen Angola und Moçambique und ihren wachsenden Einfluß in Zimbabwe halten. Eine Waffenruhe, die die Swapo 200 bis 300 Kilometer von der Grenze entfernt hält, bringt Angolanern wie Südafrikanern Gewinn: Angola zügelt die Swapo und garantiert Südafrika damit Ruhe in Südwestafrika. Und Angola bleibt von südafrikanischen Angriffen verschont.

Daß an der Seite Angolas unsichtbar Andropow am Tisch sitzt, darüber ist man sich in Kapstadt im klaren. Es ist ein Parallelinteresse, nur auf Zeit: Die Sowjetunion will sich auf Europa konzentrieren. Hat sie Erfolg, so wird sie um so gefährlicher an Südafrikas Tore klopfen, darüber macht man sich in Kapstadt keine Illusionen.

Suche nach dem eigenen Weg: Südafrikas Außenminister Roelof Botha FOTO: BILD + NEWS

IM GESPRÄCH Leigh-Pemberton

Gegen den Protest der City

Von Wilhelm Furler

Vom 1. Juli dieses Jahres an wird ein Mann die Geschicke der Bank von England in seine Hände nehmen, dessen Ernennung zum „Governor" weite Teile der Londoner City und vor allem der Labour-Opposition auf die Barrikaden trieb: Robin Leigh-Pemberton. Der Neue ist seit 1977 Chairman (Vorsitzender des Verwaltungsrats) der zweitgrößten britischen Geschäftsbank, der National Westminster Bank. Damit steht entgegen aller bisherigen Tradition von Mitte des Jahres an erstmals ein Großbanker bzw. „Clearing Banker" an der Spitze der Bank von England.

Bisher war es üblich, Notenbankchefs entweder aus dem Kreise der eher kleinen, aber feinen „Merchant Banks" zu berufen – so wie den jetzigen Gouverneur Gordon Richardson, der zu Silvester in den Adelsstand erhoben wurde und als Lord bis an sein Lebensende dem Oberhaus angehören wird. Häufig kam der „Governor" auch aus dem Direktorium der Bank von England selbst, wie dies bei Richardsons Vorgänger Sir Leslie O'Brien geschah.

Hinter diesem bislang jedenfalls geltenden Grundsatz steckt natürlich britischer Wirklichkeitssinn, die Annahme nämlich, daß ein ehemaliges Mitglied des Top-Managements einer Clearingbank noch zu sehr unter dem Eindruck dieser Tätigkeit stehen könnte, als daß es einer der wichtigsten Aufgaben eines Notenbankchefs, nämlich der genauen Überwachung etwa der Kreditvergabe, des Auslandsgeschäfts und des Devisenhandels der großen Clearingbanken, vorbehaltlos und ausschließlich durch die Brille der „alten Dame von Treadneedle Street" nachkommen könnte.

Bei der Kritik an der Ernennung von Leigh-Pemberton wird ein weiteres Argument angeführt: Der 56jährige Vater von fünf Söhnen und äußerst wohlhabende Gutsbesitzer aus der südostenglischen Grafschaft Kent hat sich als gelernter Anwalt sehr lange für die Konservative Partei in der Regionalpolitik seiner Grafschaft engagiert. Erst vor wenig mehr als zehn Jahren stieß er ins Bankgeschäft vor.

Der neue Governor: Robin L Pemberton FOT

Somit habe Premierminis Margaret Thatcher nichts an bezweckt, als einen politisch lut getreuen Gefolgsmann da nehin stärker als etwa die E sche Bundesbank weisungsg denen britischen Notenbank anzustellen. Viele bezweifeln Leigh-Pemberton die innere U hängigkeit besitzt, die für den gang mit der gegenwärtigen, fig zur „Schulmeisterei" neige Regierung dringend erforde wäre. Sein Vorgänger Richar jedenfalls hat in seiner knapp jährigen Amtszeit sehr beton einen möglichst unabhäng Kurs der Bank von England g tet.

Doch sollte man politische de nicht zu hoch bewerten Chairman der zweitgrößten schen Bank weiß sich Sir Pen ton sicherlich auch „Freunden alten Bekannten" gegen durchzusetzen, deren Vorste gen vom landes- wie weltpoli richtigen Kurs der Bank von land mit den seinen nicht g deckungsgleich sind. Und a dem ist ja die Frage noch nicht beantwortet, ob denn sächlich die gegenwärtige R rung für weitere fünf Jahre Ruder bleibt. Leigh-Pembe aber bleibt es als Notenbankch jedem Fall.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Das Blatt befaßt sich mit der Kritik von Horst Ehmke (SPD) an den Äußerungen des Bundesinnenministers Zimmermann zum Thema Friedensvertrag:

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Ehmke, hat ein extrem schlechtes Gedächtnis. Er hat offensichtlich vergessen, was er und seine Genossen vor Abschluß der Ostverträge Tag und Nacht wiederholt haben: Diese Abmachungen nähmen keinesfalls den noch fehlenden Friedensvertrag für Deutschland vorweg. Sie zementierten auch nicht die deutsche Spaltung. Sie seien vielmehr eine Beschreibung des gegenwärtigen Zustandes, die einen Modus vivendi bis zum Friedensschluß ermögliche. Dann sollten der „gesamtdeutsche Souverän" – also die Deutschen in beiden Teilen des Landes – diesem Frieden zustimmen. Was die Oder-Neiße-Linie angeht, so lautete die damals gängige SPD-Parole: Natürlich habe man nicht – und werde auch nie – hinter dem Rücken der Vertriebenen verhandeln ... An diesem Sachverhalt zu erinnern, hat sich Bonns Innenminister Zimmermann erlaubt. Daß er deswegen von dem Rechtsgelehrten Ehmke kritisiert wird, ist geradezu grotesk. Wenn dieser Professor der Jurisprudenz schon unsere Verfassung, das Bundesverfassungsgericht und einen gemeinsamen Bundestagsentschluß zu den Ostverträgen ignoriert, so sollte ihn mindestens das unnütze Getöse der Funktionäre aus Ost-Berlin irritieren, die so wütend auf unseren Innenminister einschlagen.

SAARBRÜCKER ZEITUNG

Hier heißt es über die Beschwerde des CDU-Generalsekretärs Geißler, die Union werde in der ARD benachteiligt:

Wenn die öffentlich-rechtlichen Anstalten nicht einmal mehr ihre Ausgewogenheit garantieren können, dann sollten sie lieber heute als morgen Konkurrenz bek men. Daß die journalistischen rufsverbände sich über die G ler-Attacke empört haben, ist ständlich, auch wenn ihnen fohlen werden muß, dies nich mer nur dann zu tun, wenn Kritik aus CDU-Kreisen kom Die SPD sollte sich mit ihrer rüstung schon gar zurücklah Es gibt eine stattliche Latte Beispielen aus ihren Reihen – und fern – wo durch permanen Druck und gezielte Verunsi rung Journalisten gefügig gem werden sollten. Was nicht hei daß nicht auch Journalisten s einmal an die eigene Nase fas sollten, wenn es um Kritik Selbstkritik geht. Der ARD sei besonders empfohlen.

DONAU-KURIER

Das Blatt aus Ingolstadt schreibt zu Karlsruher anhängig gemachten Ver über die Rolle der Parteistiftungen Parteienfinanzierung:

Kernpunkt der Klage ist Verdacht, über die Stiftunge de, zumindest teilweise, eine rekte Parteienfinanzierung a Staatskasse betrieben. D Globalzuschüsse waren durch höchstrichterliches Urteil vo untersagt worden. Doch bere Jahr später setzten die Glob schüsse an die Stiftungen ein, zum Teil erst kurz zuvor im Ha umdrehen gegründet worden ren. Jahr für Jahr wurde die samtsumme erhöht, ohne jede kussion, vielmehr völlig unauf lig, in stillem Einvernehmen. Verdacht, daß hier eine Allpar enkoalition als „ehrenwerte Ges schaft" eine recht anrüchige K plizenschaft praktiziert, war u ist nicht von der Hand zu weis Was immer die Motive der Grün sein mögen, diese Klage jetzt a zu erheben, das Bundesverf sungsgericht wird sich mit der M terie gründlich auseinanderset müssen.

„Hier gibt es keine Schuhe, keine Hemden gibt es nebenan"

Wie der Volkswitz in der „DDR" mit den Alltagssorgen fertig wird / Von Peter Dittmar

In traurigen Zeiten blühen die Witze", weiß eine alte jiddische Volksweisheit. Wollte man dieses Wort wörtlich nehmen und überdies den Worten Honeckers glauben, dann müßte die „DDR" ein witzloses Unternehmen sein. Denn in seiner Neujahrsansprache hat der SED-Chef und Staatsratsvorsitzende versichert, daß das Jahr 1982 der „DDR" erneut „ein kräftiges Wirtschaftswachstum" gebracht habe. Und in der „Mitteilung der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik über die Durchführung des Volkswirtschaftsplanes 1982", die dieser Tage veröffentlicht wurde, ist ebenfalls zu lesen, daß „das erreichte Wachstum international beachtlich" sei.

Die „DDR"-Bürger sind da allerdings anderer Meinung. Seit neuestem hört man auf die Frage „Wie geht's?" immer wieder die Antwort: „Wie im September/Oktober!" Das ist eine ironische Replik auf die Feststellung der Statistiker: „Die Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln wurde, abgesehen von einigen Störungen des Rhythmus im September/Oktober, auf dem erreichten hohen Verbrauchsniveau gesichert."

Wie hoch dieses Verbrauchsniveau ist, verrät eine Reihe von Witzen, die in der „DDR" kursieren. Da heißt es beispielsweise, die Fleischer müßten künftig immer einen Blumenstrauß ins Schaufenster stellen – damit die Leute nicht denken, es sei ein Fliesenladen. Und die „hohe Qualität sozialistischer Verkaufskultur" wird mit einem Dialog erläutert: „Ein Mann ist in das verkehrte Geschäft geraten. ‚Haben Sie Schuhe?' fragt er die Verkäuferin. Worauf diese höflich antwortet: ‚Hier gibt's keine Hemden! Keine Schuhe gibt's nebenan.'"

Auf die „Rhythmus-Störungen" in der Versorgung spielt auch das Gespräch in einem Fleischerladen an: „Haben Sie Steak?" fragt der Kunde – „Ham wa nich", antwortet die Verkäuferin. – „Haben Sie Schnitzel?" – „Ham wa nich!" – „Haben Sie Wurst?" – „Ham wa nich!" – Da empört sich der Kunde: „Ja, was haben Sie denn überhaupt?" – „Bis 18.30 Uhr offen!"

Bei der Landwirtschaft mußten die Herren von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik ebenfalls eingestehen, daß sie „unter ihrem vorjährigen Beitrag zum produzierten Nationaleinkommen blieb". Schuld daran – so war im „Neuen Deutschland" zu lesen – sind „witterungsbedingte Ertragsausfälle". Deshalb heißt es in der „DDR", die sozialistische Landwirtschaft kenne nur vier Probleme: Frühling, Sommer, Herbst und Winter. Die Sowjetunion aber verstehe als einziger kommunistischer Staat, dieses Manko auszugleichen, weil sie vier Ernten einbringe: eine aus dem eigenen Land, eine aus Polen, eine aus Ungarn und eine aus der „DDR".

Der umgekehrten Lieferrichtung bringen die „DDR"-Bürger allerdings wenig Vertrauen entgegen, obwohl Importe aus der Sowjetunion die Mängel ein wenig ausgleichen sollen, die in dem Bericht über den Volkswirtschaftsplan 1982 in die verschleiernden Worte gekleidet werden: „Die Steigerung von Produktion und Bereitstellung bei einigen industriellen Konsumgütern reichte noch nicht aus, um die hohe Nachfrage zu befriedigen und das Sortiment reichhaltiger zu gestalten." Sowjetische Produkte gelten allgemein als minderwertig. Das versichert der Merkvers aus der „DDR": „Traue niemals schönen Frauen / und nicht dem, was Russen bauen." Zur Illustration erzählte ein Rentner aus der „DDR" sein Erlebnis in einem HO-Laden: Er verlangte Glühbirnen. Worauf ihm die Verkäuferin erklärte: „Glühbirnen haben wir nicht. Wir haben nur Russenbirnen."

Aber Honecker weiß solchem Defätismus überzeugende Worte entgegenzusetzen. „Die ökonomischen Strategien der Partei bewährten sich", erklärte er in der Neujahrsansprache. Und der Handel fand einen Weg, diese Strategien auf seine Weise in die Praxis umzusetzen. Da niemand in der „DDR" einen Selbstbedienungsladen – gleichgültig, ob er Lebensmittel, Industriewaren oder Bücher anbietet – ohne Einkaufskorb betreten darf, vermindert man einfach die Zahl der Einkaufskörbe, und schon können sich die Leute nicht nach Sachen drängeln, die es eh nicht gibt.

Angesichts des „September/Oktober-Syndroms" kann man auch jene Frau begreifen, die mit einem leeren Einkaufsnetz vor dem Centrum-Kaufhaus am Berliner Al anderplatz steht und sinniert: „ ich nun schon drin, oder wollte noch rein?"

Und die Bürger in Ost-Ber Leipzig oder Dresden, die s wirklich die Mühe machen, d Rechenschaftsbericht der Vol wirtschaftler zu lesen, stoßen s nicht an den Prozentzahlen, denen Erfolge vorgespiegelt den. Sie achten vielmehr auf F mulierungen, die die Wirklichk des „real existierenden Sozia mus" spiegeln. Sie lauten: „ einigen Gebieten waren die vo gebenen Raten etwas höher", „ geplante Aufkommen wurde ni in voller Höhe erreicht" oder „ Aufkommen an Ölfrüchten, Z kerrüben und Gemüse entspri nicht voll dem Plan". Auch we von „Verbesserungen" die R ist, ohne daß Prozentzahlen nannt werden, heißt das nur, sich die Leistungen zwischen einem „Null-" und „Minus-Wachstum" bewegten. So kursiert da auch weiterhin die sozialismusspezifische Antwort auf die Frage „Wie geht's?": „Heute besser als morgen!"

هكذا على الأصل

Ärger um ein Ehrenmal oder Die Geschichte einer Verdrängung

Von HERBERT SCHÜTTE

In der zweitgrößten Garnisonstadt der Bundesrepublik sind Soldaten so gut wie unsichtbar: Hamburg gilt bei den 11 000 hier stationierten Bundeswehrangehörigen offenbar als ein Standort, an dem man außerhalb der Kasernen lieber Zivil trägt.

Im öffentlichen Bewußtsein spielt die Bundeswehr kaum eine Rolle, obwohl jeder Stabsoffizier die Führungsakademie in Hamburg durchlaufen hat. Um so mehr befassen sich die Politiker aller Lager in der Hansestadt mit 88 Soldaten aus dem Ersten Weltkrieg. Es sind die steinernen Musketiere des Infanterieregiments Nr. 76, die in Viererreihen rund um einen Klotz aus Muschelkalk scheinbar ins Endlose ziehen.

Der Block mitten in der Innenstadt gilt als das umstrittenste Denkmal der Bundesrepublik. Er markiert ein Stück Geschichte in Stein.

Die Auseinandersetzung um die Frage, ob man Denkmäler aus dem Zeitgeist, aus dem sie geschaffen worden sind, heute noch ertragen kann – eine Auseinandersetzung die bis zur Gewalt eskalierte (Kranzniederlegungen am Volkstrauertag finden nur noch unter starkem Polizeischutz statt), und die schließlich zur Resignation der Behörden führte, die Schmierereien am Ehrenmal nicht mehr entfernen lassen – begannen 1979 mit einer „Dokumentation" von sechs Kunststudenten.

Die Studenten sahen in dem Ehrenmal das Zeugnis „faschistischer Propaganda", ein „Kriegsdenkmal", und sie forderten die Errichtung eines Denkmals „gegen Krieg und Faschismus". Die Studenten zogen vor allem gegen die Inschrift zu Felde, eine Zeile aus einem Gedicht von 1914: „Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen." Sie stammt von Heinrich Lersch (1881–1936), der in Meyers Enzyklopädischem Lexikon als „deutscher Arbeiterdichter" ausgewiesen ist.

Kaum war die Schrift der Studenten erschienen, forderte die SPD-Fraktion des zuständigen Bezirks die „Umgestaltung" – der Satz könne bei ausländischen Gästen ein „falsches Bild des heutigen Deutschlands" erwecken. Seitdem steht der Block im Parteienstreit. Kultursenator Wolfgang Tarnowski (SPD) berichtete, er selbst habe vor dem Denkmal „jüdische Menschen und ehemalige holländische KZ-Häftlinge weinen sehen". Er erkennt in dem Ort eine „Verhöhnung der Gefallenen", den Ausfluß einer Geschichte von „unerträglichem Pathos und deutschem Größenwahnsinn".

Die CDU sieht in dem vor 1933 beschlossenen, doch erst 1936 eingeweihten Denkmal kein NS-Zeugnis, sondern eine Gedenkstätte „die von den Nazis mißbraucht wurde". Ihr Bürgerschaftsabgeordneter Gert Boysen erinnert an das „plump-martialische" Hamburger Bismarck-Denkmal, das hoch über dem Hafen den eisernen Kanzler, auf ein Schwert gestützt, zeigt. „Welcher Franzose käme auf den Gedanken", – so fragt Boysen – „im Angesicht des Bismarck-Schwertes auf eine andauernde Verherrlichung des Krieges von 1870/71 zu schließen?"

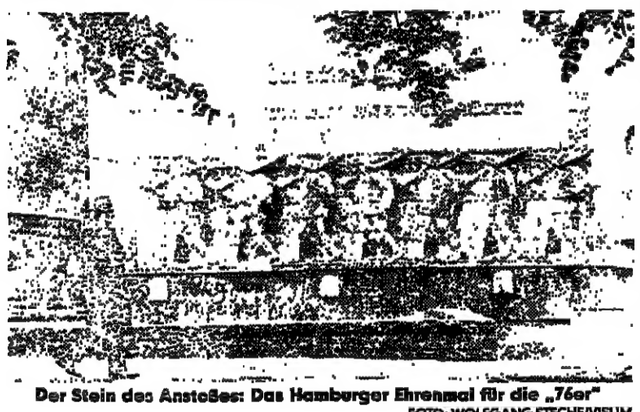
Der frühere Chef der Heeresoffiziersschule Hamburg-Wandsbek und ehemalige Bundeswehr-Generalmajor Dr. med. Hermann Wulf kennt die Reaktion von Franzosen ganz genau. Wulf, der zum Vorstand der „Nothilfe der 76er ‚Mook wi'" (machen wir) gehört, zitiert die Aussage des Sachverständigen für Militärgeschichte der französischen Armee, Colonel Jean Dreiblatt. Als der Halbjude Dreiblatt die beschmierten Steinsoldaten in Hamburg sah, reagierte er empört: „Pfui Teufel – stellen Sie sich das einmal am Grabmal des Unbekannten Soldaten in Paris vor!"

Wenige Meter hinter dem Block, auf dem rote, weiße und rosa Farben eimerweise geleert worden sein müssen, stößt der Passant auf einen kleinen Buchladen. Entsetzte, weinende Ausländer sind der Verkäuferin in der „Fundgrube für Bücherfreunde" noch nicht begegnet, doch „etwa alle zwei Wochen jemand, der sich entlädt".

Doch die „Umgestaltung" des Denkmals ist beschlossene Sache: Ein Gräberfeld soll – so hofft man in der Kulturbehörde – den Denkmalstreit beenden. Was bei einem bundesweiten Wettbewerb als Lösung ausgewählt wurde, liest sich in der amtlichen Erläuterung so: „Der massiven Gewalt des Denkmals wird ein Denkmal der Massenvernichtung entgegengestellt. Die Gestalten der Opfer versinken in der Erde. Die Passanten sind gezwungen, über ihre Gräber zu gehen." Schon zum Volkstrauertag 1983 soll die Anlage fertig und damit die „kriegsverherrlichende Wirkung des Denkmals gebrochen" werden.

Hamburgs CDU-Fraktionsvorsitzender Hartmut Perschau fragt skeptisch: „Welches Recht haben wir, Dokumente der Geschichte zu verändern? Das ist die Schlüsselfrage. So wie sich der Stil verändert, verändert sich auch unser Verhältnis zur Nation."

Die CDU hat für die nächste Sitzung der Bürgerschaft einen Antrag eingebracht, mit dem sie die Errichtung eines zentralen Denkmals für alle Menschen fordert, denen unter der NS-Herrschaft Gewalt angetan wurde. Doch der Kultursenator hat bereits sein Nein angedeutet. Hamburg wird auf einen „Denkmalsfrieden" noch warten müssen.



Der Stein des Anstoßes: Das Hamburger Ehrenmal für die „76er"
FOTO: WOLFGANG STECHE/VISUM

„Die Leute werden hier alle einmal ersticken"

Von WERNER THOMAS

Der Tag beginnt, wenn eine mächtige Geräusch- und Gestanklawine die Stadt überrollt. Zwischen sieben und acht Uhr setzen fast zwei Millionen Autobesitzer ihre Fahrzeuge in Bewegung, schaffen chaotische Stauungen und signalisieren die erste Frustration dieser Morgenstunden mit schrillen Hupkonzerten. Die Auspuffgase bilden eine dichte Smog-Glocke, die manchmal den Blick auf zwei Straßenblöcke begrenzt. Wer im Zentrum wohnt und nicht zu den Frühaufstehern zählt, braucht abends keinen Wecker zu stellen: Der Lärm und die süßlichen Chemikalien-Düfte unterbrechen den tiefsten Schlaf.

Mexico City, vor zehn Jahren noch eine der schöneren Millionen-Metropolen der Dritten Welt, ist ein urbaner Alptraum geworden. Ein Monster aus Stein, Asphalt und Stahl, das so schnell wächst, daß es scheinbar nicht mehr gebändigt werden kann. Ein solches Schicksal droht anderen Ballungsgebieten Lateinamerikas, São Paulo beispielsweise und Caracas, selbst Rio de Janeiro. Nirgendwo herrschen jedoch heute ähnliche Probleme wie in der mexikanischen Hauptstadt.

Niemand weiß genau, wie viele Menschen sich auf der 1000 Quadratkilometer großen Fläche des „Distrito Federal", des Bundesbezirks, drängen, der Mexico City und den Vorortgürtel umfaßt. Das Haushalts- und Planungsministerium nannte Ende vergangenen Jahres für 1980 die Einwohnerzahl 15 060 000. Nach anderen Schätzungen soll Mexico City bereits mit einer Bevölkerung von 17 bis 18 Millionen die größte Stadt der Welt sein, größer als New York und Tokio. Wenn das nicht stimmt, wird Mexico City spätestens um die Jahrhundertwende an der Spitze liegen und zwischen 30 und 40 Millionen Menschen haben, so meinen UNO-Experten.

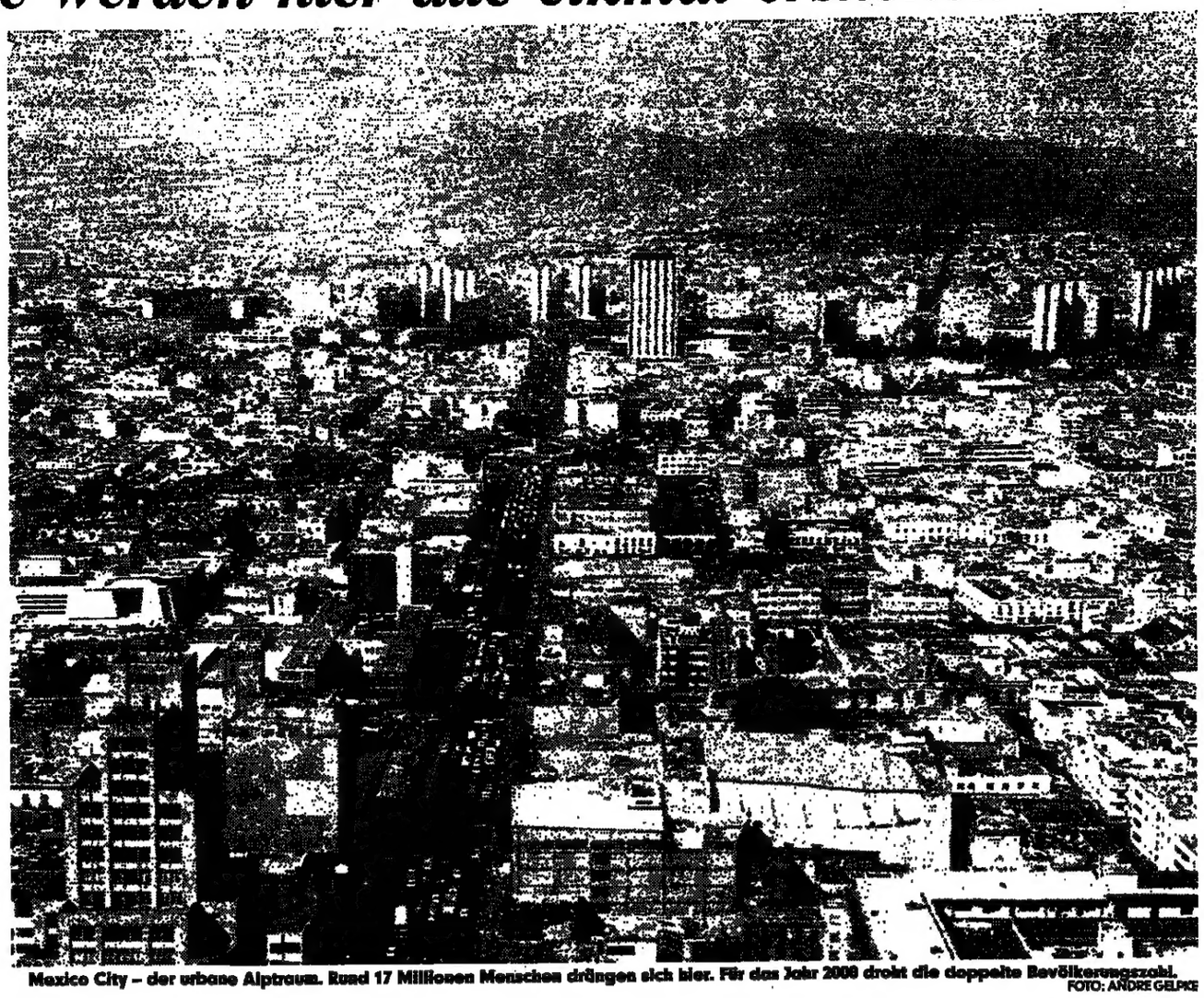
Die Stadt ist ein ständiges Stadtgespräch. Carlos Hank Gonzales, der frühere Bürgermeister, der seiner Familie eine Villa im US-Staat Connecticut kaufte, hat Mexico City einmal mit einem alten Mann verglichen: „Beschwerden mit dem Atmen, der Verdauung und dem Kreislauf."

Zweieinhalb Millionen Fahrzeuge verstopfen die Straßen, darunter 125 000 legal und illegal fahrende Taxis und 15 000 Busse. Die apokalyptischen Schätzungen für das Jahr 2000: zwölf Millionen Automobile.

„El rush hour" dauert von morgens bis abends

Der Durchschnittsbürger pendelt täglich drei bis fünf Stunden zwischen seiner Wohnung und seiner Arbeitsstelle. Der Verkehr bewegt sich dreimal so langsam wie in New York, obgleich 15 000 blauuniformierte Polizisten mit Pfeife an den Kreuzungen stehen. Im Zentrum oder im Marktviertel von La Merced lassen sich einige neuralgische Straßen erst nach einer halbstündigen Wartezeit überqueren. „El rush hour" dauert gewöhnlich vom frühen Morgen bis zum späten Abend, und selbst Wochenend-Urlauber bleiben davon nicht verschont: Weil Hunderttausende Hauptstädter in stilleren Gegenden wie Cuernavaca ihr strapaziertes Nervensystem beruhigen wollen, sind Fahrten aus Mexico City heraus und dann wieder hinein eine Tortur von zwei bis drei Stunden.

Wer sich das leisten kann, beendet seine Arbeitswoche bereits am Donnerstagabend und versucht samstags zurückzukehren. Vertreter der besseren Gesellschaftsschichten pflegen diesen angenehmeren Rhythmus.



Mexico City – der urbane Alptraum. Rund 17 Millionen Menschen drängen sich hier. Für das Jahr 2000 droht die doppelte Bevölkerungszahl.
FOTO: ANDRE GELPKE

In Polanco, einem an den Chapultepec-Park grenzenden Mittelklasse-Viertel, bricht fast täglich die Strom- und Wasserversorgung zusammen. Die Post, ein byzantinisches Labyrinth, in dem viel verlorengeht, arbeitet im Schneckentempo. Montags bleibt der Briefkasten gewöhnlich leer. Das Fernsprechsystem ist so unzuverlässig, daß manche Firmen neben der Telefonistin eine weitere Person beschäftigen, die sich auf die schwierigsten Nummern konzentrieren muß. Der Weg zur Bank, zu einer Behörde oder zur Autowerkstatt kann den halben Tag rauben. Es gibt nur eine Stelle, die Pässe ausstellt oder verlängert: das Außenministerium im Tlatelolco-Bezirk. Wer in dieser Stadt nicht eine stoische Geduld aufbringt, ruiniert rasch seine Gesundheit.

Am schlimmsten leiden jedoch die Leute in den Armenvierteln. Ein Drittel der Bevölkerung lebt in solchen Gegenden. Der Vorort Nezahualcoytl, eine Blech- und Bretterbudensiedlung entlang der Straße nach Puebla, zählt drei Millionen Einwohner – der größte Slumbezirk Lateinamerikas. Die meisten Familien haben weder fließendes Wasser noch einen Anschluß zum Kanalsystem. In dieser schmutzigen und stinkenden Umwelt grassieren Epidemien. Der Boden ist so knapp, daß Nezahualcoytl keinen eigenen Friedhof besitzt.

Zwischen 50 und 60 Prozent der Menschen von Mexico City sind arbeitslos oder unterbeschäftigt. Bauchladen-Händler, Schuhputzer und Lotterie-Verkäufer belagern die Innenstadt. Manche jungen Männer versuchen, durch gefährliche Straßenvorstellungen Geld zu verdienen: Sie postieren sich mit Fackeln und Kerosin-Behältern an den Kreuzungen. Wenn die Ampeln auf Rotlicht schalten, nehmen sie einen Schluck aus der Flasche und blasen die Flüssigkeit auf die Flamme, die sich dann zischend um ein bis zwei Meter verlängert.

Zehntausende Personen durchwühlen die gigantische Müllhalde Santa Cruz Meyehualco nach noch brauchbarem Unrat. Hier landet die Hälfte des täglich anfallenden Abfalls der Stadt, insgesamt 6000 Tonnen.

Trotz solch erniedrigender Verhältnisse nimmt der Zuwanderer-Strom kein Ende. Zwischen 1000 und 2000 Landflüchtige lassen sich täglich in der bereits überfüllten Millionen-Metropole nieder. Viele dieser als „paracaidistas" (Fallschirmspringer) bezeichneten Menschen zimmern sich in dem Slumgürtel eine Holzhütte, manche verwenden sogar Kartons als Baumaterial. Die meisten nennen einen Grund für ihre Entscheidung, ihre Provinzheimat zu verlassen: Dort war das Leben noch hoffnungsloser.

80 000 Todesfälle im Jahr durch Schmutz verursacht

Zu lange ist in Mexiko die Welt außerhalb der Hauptstadt vernachlässigt worden. Mit Ausnahme von Argentinien gibt es in keinem anderen Land Lateinamerikas einen solchen Zentralismus: Die mehr als 5000 Fabriken von Mexico City liefern 39 Prozent der gesamten industriellen Produktion; 41 Prozent des Binnenhandels werden hier abgewickelt und 43 Prozent aller Bankgeschäfte. In Mexico City wohnen 50 Prozent aller Staatsdiener.

Dezentralisierungs-Schritte standen schon immer im Mittelpunkt der Pläne zur Rettung der Metropole. Bisher haben jedoch keine Initiativen die ständige Multiplizierung der Probleme stoppen können. Auch die Idee des neuen Bürgermeisters Ramon Aguirre Velazquez, an bestimmten Tagen Fahrverbote zu verhängen, wird skeptisch beurteilt. „Stückwerk", meint ein Diplomat, der die Abwärtsentwicklung der Stadt seit Anfang der siebziger Jahre verfolgt hat.

Auf den Parties des diplomatischen Korps drehen sich die Unterhaltungen oft um die Frage, wie lange Mexico City noch existieren kann. Die Kassandras ranken ihre düsteren Prognosen immer um das gleiche Thema: die Qualität der Luft.

Vermutlich atmen nirgendwo auf der Welt Menschen eine so schlechte Luft wie in diesem 2200 Meter hoch gelegenen Talkessel. Mehr als 700 Tonnen Giftstoffe rieseln täglich auf die Millionenmetropole. Messungen aus dem Jahr 1981 ergaben, daß jeder Kubikmeter Luft 969 Mikrogramm Giftstoffe enthält. 60 Mikrogramm können bereits die Gesundheit gefährden. Gustavo Abascal Torres, ein Wissenschaftler der autonomen Nationalen Universität (UNAM), berichtete vor wenigen Tagen, daß 80 000 Todesfälle im Jahr auf die verschmutzte Umwelt zurückzuführen sind. In den Kinderkrankenhäusern wird eine alarmierende Zunahme der Krebsfälle registriert.

Man wischt sich vor jeder Mahlzeit mit einer Serviette den Staubbelag von den Lippen. Man macht einen großen Bogen um die Bushaltestellen, weil die Fahrzeuge des öffentlichen Verkehrs beim Start schwarze Rauchwolken absondern. Man meidet längere Spaziergänge in den Monaten Januar bis April: Während dieser Endphase der Trockenzeit weht ein Nordwind die Industrie-Abgase in die Innenstadt-Bezirke und verursacht die schlechteste Luftqualität des Jahres. Kein Wunder, daß dann besonders viele Menschen über tränende Augen klagen und über Beschwerden der Atemwege.

Früher waren die 35 Kilometer entfernten Vulkane Popocatapetl (5452 Meter) und Iztaccihuatl (5286 Meter) ständig zu sehen. Heute ist der seltene Anblick dieser schneebedeckten Gipfel ebenso ein Gesprächsthema wie ein klarer Sternenhimmel. Der grau-gelbe Smog-Vorhang verschwindet nur an wenigen Tagen des Jahres, meist im Sommer, wenn es gerade heftig geregnet hat.

Ärzte sagen eine Katastrophe voraus

Mit fatalistischer Gelassenheit, ein Erbe der Indianer-Mentalität, akzeptieren die Menschen das Leben in diesem verseuchten Asphalt-Dschungel. Es gibt keine Demonstrationen, obgleich Ärzte, die sich auf Umwelt-Krankheiten spezialisieren, eine Katastrophe bisher unbekannten Ausmaßes prophezeihen. Dr. Arturo Guerra Flores warnt: „Die Leute werden hier alle einmal ersticken."

Als Hernan Cortes 1519 seine Eroberer-Truppe in das Tal von Mexiko führte, entdeckte er Tenochtitlan, die damals größte Stadt der Welt, in der 300 000 Azteken gelebt haben. Tenochtitlan ist von den Spaniern zerstört worden, und auf den Ruinen entstand Mexico City. Der heute schon größten oder bald größten Metropole der Erde droht ein ähnliches Schicksal wie der Azteken-Hauptstadt. Mexico City scheint sich jedoch selbst zu zerstören. (SAD)

Wie gut Sie mit Gold beraten sind, kommt darauf an, wo Sie es kaufen.

Gold könnten Sie überall kaufen, wo es angeboten wird: als Münzen, als Barren oder als Zertifikate. Das wäre aber zu leicht, um richtig zu sein.

Denn wie jede Geldanlage hat Gold seine besonderen Stärken, die man kennen muß. Sie hängen von der Menge ab, die Sie erwerben, und wie langfristig Sie Ihre Geldanlage sehen. Und davon wieder hängt die Form ab, in der Sie Gold kaufen. Denn zwischen Münzen und Zertifikaten zum Beispiel gibt es eine Menge Unterschiede.

Wie bei jeder anderen Anlageform helfen wir Ihnen natürlich auch beim Verkauf.

Wir beraten Sie über die richtige Anlage in Gold – ob im In- oder Ausland – als Teil Ihrer Geldanlage insgesamt. Nutzen Sie deshalb unsere große Erfahrung, auch wenn Sie kein Konto bei uns haben.

Sprechen Sie mit uns. Denn unser Service ist es wert.

Deutsche Bank

هكذا من الأصل

„DDR" kritisiert Bush-Rede in Berlin

AP/AFP, Berlin/Den Haag

Im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" ist gestern der Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten George Bush in Berlin scharf kritisiert worden. Das Auftreten Bushs habe in fataler Weise an die schlimmsten Zeiten des Kalten Krieges erinnert, als schon einmal ein „antikommunistischer, antisowjetischer Kreuzzug ausgerechnet von West-Berlin aus in Szene gesetzt worden" sei, schrieb das Blatt.

Zu dem von Bush verlesenen offenen Brief des US-Präsident Reagan, in dem dieser dem sowjetischen KP-Chef Andropow ein Gipfeltreffen vorschlägt, schrieb das „Neue Deutschland": Bush habe nichts Besseres im Gepäck gehabt, als die von allen „einsichtigen politischen Kreisen" als unseriös und unrealistisch kritisierte Null-Lösung.

Die Völker Europas, insbesondere auch die Bürger der Bundesrepublik Deutschland, könnten nicht die Tatsache außer acht lassen, daß die „Westberliner Kreuzugsrede" Bushs eilfertig von der Bundesregierung unterstützt worden sei. Offenbar glaubten die regierenden Kräfte in Bonn, mit dieser Freigabe europäischer Interessen gegenüber den Vorherrschaftsbestrebungen der Vereinigten Staaten ihre eigenen Pläne zur Stärkung des deutschen Imperialismus verwirklichen zu können.

Nach seinem Eintreffen in den Niederlanden versicherte Bush in Den Haag, die Vereinigten Staaten ließen „ihre europäischen Verbündeten unter der atomaren Bedrohung nicht im Stich". Washington werde zugleich seine Bemühungen um Reduzierung dieser Bedrohungen durch „geduldige Verhandlungen" fortsetzen.

„Zonenrandgebiet darf nicht die Zeche für Teilung bezahlen"

Minister Barzel informierte sich über konkrete Problembereiche der Grenzregion

MANFRED SCHELL, Fulda

Die sieben Millionen Menschen, die im Zonenrandgebiet von der Ostseeküste bis hin zum Frankenwald und Vogtland leben, warten auf Hilfe aus Bonn. Es geht in erster Linie um gefährdete Arbeitsplätze, aber auch darum, wie kulturelle Entwicklungen in ihrem Bestand gesichert, die Abnormität des Grenzstreifens mehr als bisher auch der Jugend vermittelt werden kann.

Prominenter Fürsprecher

Rainer Barzel (CDU), Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, zeigt in diesen Tagen, fernab vom Wahlkampfgetümmel, Flagge in dieser Region. Vor zwei Tagen besuchte er Hessen. Die Menschen hier, so sagt Barzel, sollen „nicht die Zeche dafür bezahlen müssen, daß Deutschland geteilt ist". Der Minister verzichtet auf die üblichen Besichtigungen der Todesgrenze, denn er kennt ihre Unmenschlichkeit. Statt dessen wendet sich Barzel konkreten „Problembereichen" zu. Das Programm beginnt mit dem Besuch des Ausbesserungswerks der Bundesbahn in Fulda.

Hier arbeiten 657 hochqualifizierte Facharbeiter, und 89 Jugendliche werden hier zur Zeit ausgebildet. Die Bahn, die drei von neun solcher Werke schließen will, hat auch Fulda ins Kalkül einbezogen. Für die Betroffenen wäre ein solcher Entschluß verheerend; alternative Arbeitsplätze gibt es nicht. Kollegen aus der Rhön nehmen es, um überhaupt Arbeit zu haben, schon jetzt auf sich, morgens um 4 Uhr das Haus zu verlassen, um tagsüber „Reinigungsdienst" auf dem Frankfurter Hauptbahnhof zu versehen. Abends, um 19 Uhr, kommen sie wieder zu ihren Familien zurück. Ein erfülltes Leben ist das nicht.

Barzel ist, wie er bekennt, von den Menschen und den Argumenten „beeindruckt", aber er will und kann Entscheidungen von Verkehrsminister Dollinger nicht vorgreifen. Auch ein Gutachten muß noch ausgewertet werden. Dennoch werden die Präferenzen Barzels deutlich. Ich habe mich nie, so sagt er, als „Demontage-, sondern immer als Förderungsminister verstanden". Die Bahn müsse sich die Frage stellen, ob sie ihre Kapazitäten an die Rezession oder an den zu erwartenden Aufschwung anpasse.

Die Werksangehörigen, das sagen sie auch bei dem Rundgang unverblümt, haben den Eindruck, in Barzel einen prominenten Fürsprecher für ihre Belange gefunden zu haben. Nach einem kurzen Besuch bei Bischof Schick von Fulda und bei der Lobeland-Stiftung in Künzell steht Bad Hersfeld auf dem Programm, danach noch die Kali- und Salz-Werke in Philippsthal und Melsungen, wo der in deutschlandpolitischen Fragen engagierte Abgeordnete Wilfried Böhm zu Hause ist. In Bad Hersfeld, im Gespräch mit Bürgermeister Boehmer und dem Festspielintendanten Kübel, bekennt Barzel, er würde „gern viel mehr machen". Zum Beispiel junge Menschen, auch aus dem Ausland, dafür zu gewinnen, zuerst nach Berlin, an die Zonengrenze, zur Wartburg zu fahren, ehe sie Paris oder Florenz bereisen. „Dafür ist mein Säckel auch gefüllt."

Diese Aussage kommt nicht ohne Zufriedenheit. Trotz allgemeiner Sparmaßnahmen ist Barzels Etat erhöht worden. Auch dies sollte ein deutschlandpolitisches Signal sein. Barzel hat die politischen Stiftungen gebeten, den „deutschlandpolitischen Akzent"' wie er sagte, stärker in der Bildungsarbeit zu berücksichtigen. Deutschlandpolitik, so argumentiert Barzel, dürfe nicht auf reine geschäftsmäßige Beziehungen zwischen zwei deutschen Staaten „zusammenschrumpfen". Er werde von „Deutschlandpolitik" reden und sich dabei auch nicht von Angriffen im „Neuen Deutschland", das sich dabei sonderbarerweise auf Attacken von SPD-Abgeordneten gestützt habe, irritieren lassen.

Unterstützung zugesichert

Barzel sichert nicht nur dort, wo er kann, Unterstützung zu. Er hat auch ein Anliegen, und er äußert es in Form einer „Bitte" – unüberhörbar und bei jeder Gelegenheit: Die Bewohner des Zonenrandes sollen sich nicht von der „Finanzmauer" (Zwangsumtausch) abhalten lassen, sondern von den besonderen Reisemöglichkeiten des kleinen Grenzverkehrs intensiven Gebrauch machen. Wir dürfen, so mahnt Barzel, „nichts absacken" lassen.

Die Kontroverse kam in der Sicherheitspolitik

Enquete-Kommission legt ihren Jugendbericht vor

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Der Schlußbericht der Bundestags-Enquete-Kommission „Jugendprotest im demokratischen Staat" enthält nur zu den Themen „Sicherheitspolitik" und „Wehrdienstverweigerung" kontroverse Stellungnahmen. Der Bericht wurde gestern in Bonn von dem Kommissionsvorsitzenden, Matthias Wissmann (CDU) und seinem Stellvertreter, Rudolf Hauck (SPD) vorgestellt.

Wissmann würdigte dabei vor allem auch die Tatsache, daß von den 50 Druckseiten Text dieser Bundestagsdrucksache nur die wenigsten innerhalb der Parteien strittig gewesen seien. Der CDU-Politiker hob weiter hervor, daß die am 26. Mai 1981 eingesetzte Kommission „50 konkrete Forderungen gemeinsam aufgestellt" habe. Sie betreffen vor allem die Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit, die Situation von Mädchen und jungen Frauen in Beruf und Familie und die Lage der ausländischen Jugendlichen in der Bundesrepublik. Zur Behebung der Jugendarbeitslosigkeit wird unter anderem der Ausbau von Teilzeitarbeitsplätzen und die Verkürzung der Lebensarbeitszeit gefordert, wobei auch die „schrittweise Einführung der 35-Stunden-Woche" von „einem Teil" der Kommission verlangt wird.

Zur Verbesserung der Lage junger Frauen in Beruf und Familie fordert die Kommission im Schlußbericht, die Beurlaubungsmöglichkeiten für Väter, die im Haushalt arbeiten wollen, genauso auszubauen, wie den Wiedereinstieg von Frauen in den Beruf.

Auch der Schlußbericht wiederholt die schon früher von der Kommission getroffene Feststellung, daß „die erschreckende radikale Aktivität einer Minderheit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit grundlegenden Problemen unserer Gesellschaft, unserer Kultur, unserer Politik und Wirtschaft verflochten ist", gleichzeitig wird ein neues Kapitel unter dem Titel „Leistungsbewertung in der Schule" eingebracht, in dem der „ruinösen Leistungskonkurrenz" der Schule der Kampf angesagt wird. Das hier herrschende „Auslese-prinzip" wirke „nicht nur entsolidarisierend, sondern auch leistungshemmend".

Zur Friedensproblematik beim Jugendprotest vertritt der „eine Teil" der Kommission die Ansicht, daß die NATO die Grundlage der Sicherheit der Bundesrepublik sei, der andere fordert unter anderem, „daß diejenigen Länder, die nicht über atomare Waffen verfügen, sich der Lagerung von Kernwaffen auf ihrem Territorium widersetzen" sollen.

Wissmann bezeichnete es vor den Journalisten als den „tiefgreifendsten Konflikt" innerhalb der Enquete-Kommission, daß sich ein Teil ihrer SPD-Vertreter auf diesem Gebiet „weg von Helmut Schmidt und auch weg von dem, was SPD-Kanzlerkandidat Vogel heute propagiert" bewege.

Das erfreulichste Ergebnis, so schließt der Bericht, ist die Feststellung, daß auch innerhalb der protestierenden Jugend die Bereitschaft zum Gespräch vorhanden sei.

Späth verkünde Programm gege Arbeitslosigkeit

XING-HU KUO, Stutt

Zur Belebung der Wirtschaft wirksamen Bekämpfung der beitslosigkeit hat die Landesr rung von Baden-Württemberg Forschung, Export und neue K munikation umfangreiche Fö maßnahmen und strukturelle änderungen beschlossen.

Ministerpräsident Lothar Sp (CDU) erklärte in Stutt Schwerpunkte im Forschung reich, für den das Land run Millionen Mark jährlich zur Ve gung stelle, seien die Verbesse der Forschungsstruktur, der a meinen Rahmenbedingungen wie der Ausbau des Technolo transfers.

Zur Verbesserung der Stru werden die Universitäten Stutt und Karlsruhe mit den Frauen fer Instituten verstärkt „Hau bungs- und Montagesysteme" forschen. In Karlsruhe wird au dem ein „Forschungszentrum formatik" geschaffen. Die Uni sitäten Freiburg und Heidel befassen sich jeweils mit der D bzw. Sensorenforschung. Bis z Herbst will das Finanzministeri konkrete steuerrechtliche Erl terungen für die Forschung den Tisch legen.

Im Land wird eine zentrale In mationsstelle für Exportdaten gerichtet, wobei an Bildschirm gedacht sei, teilte Späth mit. Reutlingen wird ab Winterse ster 84/85 ein Studiengang Exp förderung (zunächst 150 Stud plätze) eingerichtet, die Mittel die Exportförderung werden ter erhöht.

Im Bereich neue Kommun tionstechniken gründet das L eine „Projektträgergesellsch die mit der Bundespost geeig Projekte finanziert.

Neue Kardinäle formell ernannt

F. M. Rom

Papst Johannes Paul II. hat gestern die von ihm nominierten 18 neuen Kardinäle, unter denen sich auch der Berliner Bischof Joachim Meißner befindet, formell ernannt und ihnen das rote Birett aufgesetzt.

In einer Rede hielt er ihnen „die schwere Verantwortung" vor Augen, die von nun an auf ihnen laste. Sie müßten „in ganz besonderer Weise" die ihnen anvertraute „Herde weiden". Diese Verantwortung schließe die „Hypothese einer Treue bis zum Vergießen des eigenen Blutes" ein.

Der Papst hob außerdem hervor, daß die Zusammensetzung des Kardinalskollegiums immer deutlicher dessen „weltweite Funktion" widerspiegeln sollte. Dem habe er bei den jetzigen Ernennungen durch die Auswahl von Vertretern aller Kontinente Rechnung tragen wollen.

Brasilien: Erster Indio im Parlament

rtr, Brasilia

In Brasilien wurde gestern ein neues Parlament vereidigt, in dem zum ersten Mal seit 1966 die Anhänger der von den Militärs geführten Regierung nicht mehr die Mehrheit haben.

Bei den ersten umfassenden Wahlen seit dem Militärputsch von 1964 waren am 15. November 1982 alle 479 Abgeordneten sowie 25 der 69 Senatoren neu gewählt worden. Zu den Parlamentariern gehört Mario Juruna, der erste jemals in Brasilien ins Parlament gewählte Indio. Er vertritt die sozialistisch orientierte Demokratische Arbeiterpartei (PDT), die insgesamt 46 Sitze erhielt.

Inder und Chinesen einigten sich nicht

rtr, Peking

Ohne konkretes Ergebnis sind gestern in Peking die chinesisch-indischen Gespräche zur Beilegung der Grenzstreitigkeiten abgeschlossen worden.

Die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua meldete, diese dritte Gesprächsrunde habe aber Fortschritte beim Verständnis für die jeweilige Haltung des anderen gebracht. Die vierte Runde werde in Neu-Delhi stattfinden. Wegen ihrer Grenzstreitigkeiten – es geht um 37 500 Quadratkilometer in Ladakh – hatten die beiden Länder 1962 einen Monat lang Krieg geführt.

KPD und NSDAP, Schulter an Schulter gegen Weimar

In Honeckers Geschichtsbüchern steht es falsch, und auch in der Parteizeitung der westdeutschen Kommunisten ist es so zu lesen: Allein die Kommunisten hätten sich gegen die Machtergreifung Hitlers gestemmt, nur sie hätten „entschlossen gegen die Nazifaschisten gekämpft". Die erste Folge der WELT-Serie ging dieser Geschichtslegende auf den Grund. Fazit: So sehr sich Kommunisten und Rechtsextremisten untereinander auch bekämpfen mochten – im Zermürbungskrieg gegen Weimar arbeiteten sie zusammen. In den letzten drei Lebensjahren der Republik war das Bündnis zwischen Braun und Rot am engsten.

Von G. DESCHNER

Bereits in den Jahren 1930 bis 1933 sah die KPD die Chance für eine Neuauflage ihrer kommunistisch-nationalistischen Bündnispolitik gekommen. Die Voraussetzung dafür lieferte die allgemeine Wirtschaftskrise mit ihrem Gemisch von Geldentwertung und Arbeitslosigkeit und der in dieser Lage offen zutage tretenden Ohnmacht der republikanischen Parteien. Infolge Klassenkampf, Parteienhader und Wirtschaftsnot immer unregierbarer geworden, nahm die Republik schrittweise Abschied von sich selbst. Bereits im März 1930, mit Beginn der Ära Brüning, war allen klar, daß es von nun an um Sein oder Nichtsein des Parteienstaates ging.

Es war die Zeit, in der die Mitgliederzahlen der KPD und vor allem die der NSDAP in die Höhe schnellten. Die Berührungspunkte zwischen der nationalen und der sozialen Frage wurden zwischen den Fronten ebenso umkämpft wie heftig diskutiert.

Nicht zuletzt unter Stalins Einfluß entwickelten die deutschen Kommunisten dabei ihre Theorie, mit den Sozialdemokraten könne es keine „Einheitsfront" gegen den heraufkommenden Nationalsozialismus geben. In Wirklichkeit seien die Sozialdemokraten doch nur „Sozialfaschisten" – eine ebenso wahnwitzige wie für die Weimarer Demokratie verhängnisvolle Aussage.

Selbst nach den Reichstagswahlen vom 14. September 1930, bei denen der Stimmenanteil der NSDAP von 800 000 auf 6 500 000 angestiegen war, vermochten die Dieses Programm der KPD ist natürlich in keiner der offiziellen Parteigeschichten heute mehr zu finden. Man könnte es als Ganzes jenen politischen Kräften und der DKP von heute, die bereits bei der bloßen Erwähnung der deutschen Frage einen „Akt des Neofaschismus" wittern, uneingeschränkt zur Lektüre empfehlen. Sie würden darin unter anderem etwa das folgende lesen:

„Nur wir Kommunisten kämpfen sowohl gegen den Young-Plan als auch gegen den Versailler Raubfrieden, den Ausgangspunkt der Versklavung aller Werktätigen Deutschlands, ebenso wie gegen alle internationalen Verträge, Vereinbarungen und Pläne (...), die aus dem Versailler Friedensvertrag hervorgehen. Wir Kommunisten sind gegen jede Leistung von Reparationszahlungen, gegen jede Bezahlung internationaler Schulden."

Schließlich hieß es: „Wir erklären feierlich vor allen Völkern der Erde, daß wir im Falle unserer Machtergreifung alle sich aus dem Versailler Frieden ergebenden Verpflichtungen für null und nichtig erklären werden."

Die Nationalsozialisten und Hitler wurden in dem Programm unter anderem deswegen angegriffen, weil sie in ihrem Nationalismus nicht konsequent geblieben seien: „Hitler und seine Helfershelfer erheben nicht ihre Stimme gegen die gewaltsame Angliederung Südtirols an das faschistische Italien. Hitler und die deutschen Nationalsozialisten schweigen über die Nöte der deutschen Bauernbevölkerung Südtirols, die unter dem Joch des italienischen Faschismus stöhnt. Hitler und seine Partei haben hinter dem Rücken des deutschen Volkes einen schmutzigen Geheimvertrag mit der italienischen Faschistenregierung abgeschlossen, auf Grund dessen sie die deutschen Gebiete Südtirols bedingungslos den ausländischen Eroberern ausliefern." Mit dieser „schändlichen Tat" habe Hitler „die nationalen Interessen" in gleicher Weise an die Siegermächte verkauft, „wie es die Sozialdemokratie seit zwölf Jahren unausgesetzt getan hat".

Die folgende, zentrale Erklärung des Programms der KPD könnte für die ebenso emsigen wie erinnerungsschwachen Streiter kommunistisch inspirierter antifaschistischer Kampfbündnisse des Jahres 1983 noch das treffendste Memento darstellen: „Wir Kommunisten erklären, daß wir keine gewaltsame Angliederung eines Volkes oder Volksteils an andere nationale Staatsgebilde, daß wir keine einzige Grenze anerkennen, die ohne Zustimmung der werktätigen Massen und der wirklichen Mehrheit der Bevölkerung gezogen ist. Wir Kommunisten sind gegen die auf Grund des Versailler Gewaltfriedens durchgeführte territoriale Zerreißung und Ausplünderung Deutschlands."

Das alles sind Gedanken und Formulierungen, die – mit nur marginalen Änderungen – auch dem NS-Parteiblatt „Völkischer Beobachter" hätten entnommen werden können.

Dieser mit der Verknüpfung des Programms „zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes" eingeleitete Kurs der KPD war beileibe kein „Ausrutscher", den Kritiker auf das Konto eines einzelgängerischen Funktionärs hätten verbuchen können. Im Frühjahr 1931 nämlich veröffentlichte die KPD ein „Bauernhilfsprogramm", das sich ähnlicher Tonart befleißigte.

Das letzte Bollwerk

Erhärtet wurde das Unterfangen theoretisch noch durch die Bildung des sogenannten „Aufbruchkreises" des ehemaligen Reichswehrleutnants und früheren Nationalsozialisten Richard Scheringer, der im gleichen Jahr von der NS-Partei zur KPD gestoßen war. Nach ihm ging der nationalistische Bündniskurs Neumanns und der KPD der frühen dreißiger Jahre als „Scheringer-Kurs" in die Geschichte ein.

Allerdings beließ es die KPD-Führung nicht nur bei der Theorie. Es kam auch zur unmittelbaren und praktischen Zusammenarbeit mit der NSDAP. In einem Referat, das Walter Ulbricht in der Berliner Bezirksleitung der KPD hielt, sagte er seinen Mitarbeitern dazu, die wichtigste Aufgabe der Kommunisten bestehe darin, den „Sozialfaschismus" in den Reihen der Arbeiterschaft zu liquidieren – wenn nötig auch mit Hilfe der „Faschisten".

Aus dieser Haltung der KPD erklärte sich auch ihre unmittelbare Unterstützung eines im Jahre 1931 von Nationalsozialisten, Deutschnationalen und „Stahlhelm" erwirkten Volksentscheides mit dem Ziel, den Preußischen Landtag aufzulösen und die Koalitionsregierung in Preußen unter Führung der Sozialdemokraten Otto Braun (Ministerpräsident) und Carl Severing (Innenminister) und damit das letzte Bollwerk der Weimarer Demokratie zu beseitigen.

Trotz ihres „sozialfaschistischen" Komplexes hatte sich die KPD zunächst doch gegen diesen Volksentscheid gewandt. In der „Roten Fahne" hieß es noch am 10. April 1931: „Kein Werktätiger darf sich verleiten lassen, mit den Mord- und Streikbrecherbanden der Nazis und des Stahlhelms, gemeinsam mit den Börsenfürsten, Junkern und Inflationsgewinnlern zu deren Volksbegehren aufzumarschieren".

Von einem „faschistischen Volksbetrug" sprach man zunächst. Doch dann, so die Ulbricht-Biographin Carola Stern, „erhielten die Kommunisten anderslautende Befehle aus Moskau". Gefällig revidierten sie ihren Standpunkt („im entschlossenen Kampf gegen die Nazi-Faschisten") und machten den von der NSDAP angezettelten Volksentscheid nun auch zu ihrer „ureigensten Sache".

Wendig beteuerte die „Rote Fahne" am 23. Juni 1931: „Im Namen unserer revolutionären Verantwortlichkeit für die Befreiung des werktätigen Volkes aus den Ketten des Kapitalismus und des Faschismus ... eröffnen wir unsere neue rote Offensive gegen die Sozialdemokratie."

Hitler stand an der Schwelle zur Macht. Und Moskau hatte entschieden, ihn einzulassen. Während der Tagung des „Exekutiv-Komitees der Kommunistischen Internationale" in Moskau erklärte Komintern-Funktionär Manuilsky im Dezember 1931: „Der Hauptfeind ist nicht Hitler, der Hauptfeind ist das System Severing-Brüning-Hindenburg. Wir werden mit Hitler keinen Vertrag schließen oder mit ihm in geheime Verhandlungen treten. Wir lassen Hitler ruhig seinen Weg gehen, aber nutzen all das aus, was uns sein Sieg über den Staatsapparat der Bourgeoisie geben wird. Mit seiner Hilfe werden wir zunächst den sozialdemokratischen Polizeiapparat und den Brüningschen Staatsapparat zertrümmern." Manuilsky schloß: „Im gegenwärtigen Abschnitt der Entwicklung der deutschen Revolution ist Hitler unser unzweifelhafter Bundesgenosse."

Morgen: Berliner Verkehrsstreik 1932: NSDAP und KPD Arm in Arm – „Bolschewismus und Faschismus haben ein gemeinsames Ziel"

SPD: 3 Millionen Arbeitslose möglich

HH. B.

Der jüngste Anstieg der Arbe losenzahlen auf rund 2,5 Millio übertrifft nach Meinung der S Politiker Hans-Jürgen Kr Manfred Lahnstein und H Westphal „die schlimmsten Erw tungen aller Fachleute". Vor Jo nalisten warfen die drei SPD-P tiker und Mitglieder in der Ma schaft des SPD-Kanzlerkandida Hans-Jochen Vogel, der Bund regierung „beschäftigungspo sches Nichtstun" vor. Ein Anst der Arbeitslosenzahl noch im L fe dieses Jahres auf drei Millio sei nicht auszuschließen.

Ex-Finanzminister Lahnst trat Meldungen entgegen, wona eine SPD-geführte Regierung ei „Devisenzwangswirtschaft" e führen wolle.

Rechtliche Bedenke gegen Alternative

dpa, Münc

Bayerns Ministerpräsident Fr Josef Strauß hat verfassungsre liche Bedenken gegen den Ein alternativer Gruppen in die Pa mente geäußert. In Erfüllung ih „verfassungsmäßigen Pflicht" s le die bayerische Staatsregier Überlegungen an, „wie das V dringen verfassungswidriger F teien' in die Parlamente verhind werden kann", teilte Strauß d SPD-Abgeordneten Helmut Ge auf eine Landtagsanfrage mit. diese Überlegungen müßten a rechtlichen Möglichkeiten ein zogen werden, um „zu gegebe Zeit die zur Sicherung des pa mentarischen demokratisch Rechtsstaats notwendigen M nahmen zu treffen".

Lehrerklage in zwe Fällen erfolgreich

dpa, Düsseld

Seit dem Jahre 1970 haben Schulbehörden in Nordrhein-We falen versucht, acht Lehrer weg rechts- oder linksextremistisch Äußerungen aus dem Amt zu e fernen. Wie Kultusminister Girg sohn gestern einräumte, hätten lerdings zwei Lehrer ergolgre gegen den Verweis geklagt; in nem weiteren Falle stehe die E scheidung in der zweiten Inst noch aus.

DIE WELT (usps 803-590) is published d except sundays and holidays. The subsc tion price for the U. S. A. is US-Dollar 36 per annum. Second class postage is pai Englewood, N.J. 07631 and at additional m ling offices. Postmaster: Send address ch ges to German Language Publications, I 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, N 07632.

„Vier Sparkassenfonds schütten Erträge aus. Unser Tip: Nutzen Sie den angebotenen Wiederanlage-Rabatt!"

Ab 15. Februar 1983 zahlen vier Sparkassen-Wertpapierfonds Erträge für da Geschäftsjahr 1982.
Bis 15. April 1983 können Sie Ihre Ertragsausschüttung rabatt-begünstigt in neue Sparkassenfonds-Anteilen wiederanlegen. Über Ausschüttungshöhe und Rabat sätze der einzelnen Fonds informiert Sie die folgende Übersicht:

Sparkassen-Wertpapierfonds	Ertrag-schein	Bar-Aus-schüttung	+ KSt *) =	Gesamt-Ausschüttung	Wiederanlage-Rabatt
ARIDEKA	Nr. 21	DM 1,78	DM 0,22	DM 2,–	2,5%
DEKAFONDS	Nr. 28	DM 1,03	DM 0,37	DM 1,40	3,0%
DEKARENT	Nr. 14	DM 3,30	–	DM 3,30	2,0%
RENDITDEKA	Nr. 15	DM 2,50	–	DM 2,50	2,0%

*) anrechenbare Körperschaftssteuer bei Fonds mit deutschen Aktien

Der Zinseszins-Effekt bei stetiger Wiederanlage der Erträge verbessert Ihr lan fristiges Anlageergebnis zusätzlich, wie das Beispiel zeigt.

Wertentwicklung einer RENDITDEKA-Anlage von DM 10.000,– in den letzten 10 Jahren (31. 12. 1972 bis 31. 12. 1982) auf Basis der Rücknahmepreise:
Anlageerfolg ohne Wiederanlage = + 70,3 Prozent
Anlageerfolg mit Wiederanlage = + 114,0 Prozent

Hinzu kommt: Die Chancen für steigende Kurse an Aktien- und Rentenmärkte stehen gut. Damit ist der Zeitpunkt für die Wiederanlage – und für Neuanlagen besonders günstig. Sprechen Sie mit Ihrem Geldberater bei der Sparkass darüber.

Wenn's um Investment geht – Sparkassenfonds

هكذا من الأصل

Die Muslims wollen eigene Wege im Völkerrecht beschreiten

Ein islamischer Gerichtshof? Erste Ansätze und grundsätzliche Schwierigkeiten

Von HARALD VOCKE

Die islamischen Staaten wollen ihre Streitigkeiten nicht mehr vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag, sondern vor einem neu zu errichtenden Islamischen Gerichtshof austragen. Diese Meldung der Nachrichtenagentur Reuter, die sich auf den Beschluß einer Tagung der „Islamischen Konferenz" (ICO) in Saudi-Arabien bezog, hat im Westen kaum Beachtung gefunden. Denn die praktische Bedeutung der Entschließung ist, jedenfalls vorläufig, gering.

Soweit es um nebensächliche Streitigkeiten von Regierungen der überwiegend von Muslims bewohnten Staaten geht, genügen zur Beilegung meist die üblichen Wege der Diplomatie. Daß die islamische Staatengemeinschaft größere kriegerische Konflikte nicht einfach unter Berufung auf das Gebot der Solidarität unter Muslims oder auf das islamische Völkerrecht beilegen kann, hat der Krieg am Schatt al Arab in den letzten Jahren erschreckend deutlich gezeigt.

Gerade ein Islamischer Gerichtshof würde zur Beendigung des Konflikts zwischen dem Ayatollah Khomeini und dem irakischen Präsidenten Saddam Hussein nicht viel beitragen können. Denn zu den Ursachen des blutigen Ringens gehört es, daß Khomeini die Regierung in Bagdad als eine mit den Grundsätzen des Islams unvereinbare Diktatur von Ketzern bekämpft.

Recht, vom Islam geprägt

Dennoch verdient der in Saudi-Arabien gefaßte Beschluß Aufmerksamkeit. Der Wunsch vieler islamischer Politiker, sich von dem im Westen geschaffenen Völkerrecht möglichst rasch und gründlich zu lösen, hat in diesem Jahrhundert an Nachdruck stetig gewonnen. Wenigstens bei Streitereien untereinander wollen sich die islamischen Staaten nicht mehr einer Rechtsordnung fügen, die aus dem Geist des Römischen Rechts und der Kultur christlicher Völker hervorging. Anstelle der von Europa erarbeiteten Normen des Völkerrechts sollen der Koran und die übrigen Quellen des religiösen Rechts der Muslims treten.

Neben der Mehrheit der Völkergemeinschaft, die das klassische Völkerrecht als allgemein gültig anerkennt und neben der kommunistischen Staatengemeinschaft, die eigene, auch mit der Charta der Vereinten Nationen letztlich nicht zu vereinbarende völkerrechtliche Theorien vertritt, wollen die Muslims als dritte Staatengruppe im Völkerrecht eigene Wege beschreiten.

Schon der alte Verdross warnte in seinem klassischen Lehrbuch „Völkerrecht", daß „die internationale Gemeinschaft schwer erschüttert wird, wenn ein großes Volk oder eine Völkergruppe den Versuch macht, sich vom gemeinsamen Rechtsboden der Menschheit loszulösen". Genau darum handelt es sich bei dem in Saudi-Arabien gefaßten Beschluß. Denn die Muslims wollen nicht nur für ihre zwischenstaatlichen Dispute einen eigenen Gerichtshof einsetzen. Sie wollen vor allem, daß dieser Gerichtshof ein Recht zugrunde legt, das vom Islam geprägt worden ist.

Ein solches Rechtssystem steht freilich nicht zum sofortigen Gebrauch zur Verfügung. Der deutsche Orientalist Hans Kruse hat in seiner „Islamischen Völkerrechtslehre" (2. Auflage Studienverlag Dr. N. Brockmeyer, Bochum 1971) zwischen einem „islamischen Völkerrecht" und einem „muslimischen Völkerrecht" zu unterscheiden versucht. Das klassische Völkerrecht des Islam („Islamisches Völkerrecht") hat ein umfangreiches und eigentümliches Gedankengebäude geschaffen. Es befaßt sich jedoch beinahe ausschließlich mit den Beziehungen zwischen der Umma, der „Nation aller Muslims" und der nichtislamischen Welt.

Eine einheitliche Nation aller Muslims, an deren Spitze ein Imam, ein zugleich religiöser und weltlicher Herrscher steht, ist in der Orientgeschichte spätestens seit dem 9. Jahrhundert nach Christus nicht mehr zu entdecken. Die Einheit der Muslims, die jenes islamische Völkerrecht voraussetzt, ist also seit mehr als einem Jahrtausend nur noch eine Fiktion.

Andererseits legt das herkömmliche Völkerrecht des Islams allen seinen Erwägungen die Pflicht der Muslims zugrunde, mit dem „Heiligen Krieg" für den von Mohammed gestifteten Glauben die Welt zu erobern. „Das Dschihad-Prinzip" (die Verpflichtung der Muslims zum Heiligen Krieg ihres Glaubens) lasse sich „nicht hinwegretuschieren", wenn nicht „die gesamte klassische islamische Völkerrechtslehre ad absurdum geführt" werden solle, bemerkt mit Recht Kruse. Für Konflikte unter Muslims war jenes Völkerrecht des Islams nicht geschaffen. Für solche Fälle hält es nur den wenig hilfreichen Rat zur Verfügung, alle müßten sich dem einen gemeinsamen Imam unterwerfen, dem von allen Muslims anerkannten Nachfolger Mohammeds auf Erden, den es seit über einem Jahrtausend nicht mehr gibt.

Respekt nicht versagen

Was Kruse als „muslimisches Völkerrecht" bezeichnet sehen will, ist hingegen eine Sammlung von Rechtsgrundsätzen, die der heutigen Vielzahl muslimischer Staaten für den völkerrechtlichen Umgang miteinander als Richtschnur dienen kann. Bei der Ausarbeitung solcher Grundsätze werden die Schriftgelehrten der islamischen Theologie wahrhaft fürchtenswerten Schwierigkeiten begegnen. Denn sie müssen sich von der Hypothese eines – längst untergegangenen – islamischen Einheitsstaates lösen.

Für die Völkergemeinschaft wird die Konstitution einer islamischen Staatengruppe mit eigenem Völkerrecht zwangsläufig ein Ärgernis sein. Aber ihren Respekt sollten wenigstens die christlichen Völker einem solchen Versuch dennoch nicht von vornherein versagen. Weniger gefährlich ist auch für die Christen eine islamische Welt, die sich auf den Geist ihres eigenen Glaubens besinnt, als ein islamischer Orient, der – wie es heute zum Beispiel in Libyen geschieht – unter der Tarnkappe islamischer Floskeln immer stärker dem Gedankengut des Marxismus verfällt.

Späth und der bedrohte Schwarzwald

Stuttgart möchte Umwelt-Vorlage der Bundesregierung nachhaltig verschärfen

Von XING-HU KUO

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hat in Sachen Umweltschutz einen eifrigen Mitstreiter gefunden: Baden-Württembergs Ministerpräsidenten Lothar Späth (CDU). Wenn morgen der Bundesrat über eine von Zimmermann eingebrachte Verschärfung der „Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft", inzwischen als „TA" in aller Munde, zu befinden hat, gehört der Stuttgarter Regierungschef zu den engagiertesten Befürwortern einer solchen Novellierung zugunsten der sterbenden Tannenwälder Deutschlands.

Rechtzeitig vor dieser wichtigen Umweltschutzberatung in Bonn hat Späth in Stuttgart vor wenigen Tagen eine „ökologische Offensive" gegen das Waldsterben angekündigt. Dazu hat er allen Grund. Der Schwarzwald und der Schwäbische Wald sind durch den „sauren Regen" besonders stark betroffen: In Baden-Württemberg sind 32 000 Hektar Tannen oder 40 Prozent der Tannenfläche und 70 000 Hektar Fichten oder zehn Prozent der Fichtenfläche bereits erkrankt. Späth selbst informierte sich noch vor wenigen Tagen vor Ort in Kaisersbach im Schwäbischen Wald.

Im einzelnen hat das Stuttgarter Kabinett im Rahmen seiner „Öko-Offensive" folgendes beschlossen: Im Bundesrat will Stuttgart vorschlagen, die Vorlage der Bundesregierung noch einmal „nachhaltig" zu verschärfen, da dieses Bonner Papier nach Ansicht Späths nur Werte zum Schutz der menschlichen Gesundheit vorsieht. Der Vorstoß aus dem Schwabenland geht jedoch von der Überlegung aus, daß Wälder hinsichtlich des Schwefeldioxids, nach fast übereinstimmender Auffassung der Experten Hauptverursacher des sauren Regens, „wesentlich empfindlicher als der Mensch" sind.

Konkret empfiehlt Baden-Württemberg deshalb, die Höchstwerte für SO_2-Immissionen kurzfristig auf 150 Mikrogramm und langfristig auf 50 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft zu begrenzen. In der Vorlage der Bundesregierung sollen immerhin Werte von 140 bis 400 Mikrogramm noch zulässig sein. Außerdem gilt der Bonner Plan dann ohnehin nur für solche Gebiete, die bisher „unbelastet" sind.

Späth ermahnte die Bundesregierung, die Großfeuerungsanlagenverordnung „unverzüglich" zu verabschieden. Auch ein „Sofortprogramm" zur Erforschung der Beziehungen verschiedener

Landesbericht Baden-Württemberg

Schadstoffe für das Waldsterben (neben der Schwefeldioxid-Theorie gibt es auch Ozon-„Anhänger") ist nach seiner Überzeugung dringend. Bereits Ende 1982 hat Späth an Bundeskanzler Helmut Kohl in einem ausführlichen Brief gedrängt, eine europäische Lösung des Waldsterbens anzustreben, da ein Großteil der Schadstoffe aus den benachbarten Ländern „importiert" werde. Dabei denkt der Ministerpräsident auch an die Errichtung einer europäischen Umwelt-Forschungseinrichtung.

Die Landesregierung hält es für unvermeidlich, daß gerade die Kohlekraftwerke durch zusätzliche Investitionen ihre Schadstoff-Immissionen vermindern sollen. Dabei müsse der Bürger höhere Strompreise in Kauf nehmen. Dagegen lehnt Stuttgart den von Hessen eingebrachten Entwurf ab, eine „Schwefeldioxid-Abgabe" in Höhe von 2000 Mark pro Tonne dieses Schadstoffes zu erheben. Inzwischen hat Nordrhein-Westfalen eine Unterstützung für den hessischen Plan signalisiert.

Die Pläne von Späth, Zimmermann und anderen Politikern zur Verschärfung der TA-Regelungen – übrigens sind die Auffassungen in dieser Frage quer durch alle Parteien recht unterschiedlich – haben vor allem in Kreisen der Wirtschaft bundesweit Bedenken hervorgerufen. So erklärte ein Umweltbeauftrager der Automobilfirma Daimler-Benz während der Besichtigung im Schwäbischen Wald, das Preisgefüge habe schließlich seine Grenzen. Hierauf reagierte Späth recht unwirsch: „Wenn ich jedem Bürger eine Gasmaske kaufen muß, muß man das auch amortisieren können." Eine gewisse Skepsis äußerten ferner Vertreter der Energieversorgungsunternehmen, mit denen Späth nach der Vor-Ort-Begehung diskutierte, ebenso der DIHT (Deutsche Industrie- und Handelstag).

Für Späth ist es jedoch, wie er betonte, „verwunderlich", daß beispielsweise Ölpreiserhöhungen als etwas Schicksalhaftes hingenommen würden, während kleinere Kostenerhöhungen solche Widerstände auslösten. Die Summen, die der Bau von umweltfreundlichen Anlagen in Kohlekraftwerken im Strompreis seinen Niederschlag finden würden, nämlich ein halber bis zu zwei Pfennig pro Kilowattstunde, seien schließlich sehr gering, meint Späth.

Die Oppositionsparteien im Lande, allen voran die Grünen, aber auch SPD und FDP, haben die ökologische Initiative der Regierung kritisiert bzw. eigene Vorstellungen eingebracht. Allerdings kann das Land, gemessen an anderen Bundesländern, zumindest in einigen Bereichen des Umweltschutzes, „Spitzenpositionen" aufweisen. Dies gilt etwa für den Gewässerschutz, die Abfallbeseitigung und für die ständig wachsende Zahl von Naturschutzgebieten. Vor Bayern übertrifft Baden-Württemberg mit 328 Naturschutzgebieten alle anderen Bundesländer.

Dregger: Westen besorgt über Vogel

Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU kritisiert Abrüstungskurs der SPD

MANFRED SCHELL, Bonn

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, hat an die SPD-Führung appelliert, in der Abrüstungsfrage „wieder zur einheitlichen Verhandlungsposition des Westens in Genf zurückzukehren". In einem WELT-Gespräch sagte Dregger gestern, nach den „neuen glaubhaften Vorstößen des amerikanischen Präsidenten" zu einer Übereinkunft mit der Sowjetunion zu kommen, müßte ein solcher Schritt für die SPD und deren Kanzlerkandidaten Vogel möglich sein.

Dregger: „Nur wenn es in Genf eine einheitliche Verhandlungsposition des Westens gibt, haben wir die Chance, daß es zur Rüstungsbegrenzung und tatsächlicher Abrüstung kommt." Dregger meinte, die Null-Lösung sollte weiterhin das Verhandlungsziel in Genf bleiben. „Sie ist die moralisch sauberste Lösung." Sie würde „auf einem großen Bedrohungssektor eine wirkliche Abrüstung bringen". Die Bevölkerung wolle, wie auch auf Wahlkampfveranstaltungen zu spüren sei, weder sowjetische noch amerikanische Raketen. „Ich sehe nicht ein, warum der Westen diesen Standpunkt aufgeben sollte."

Wenn die SPD entgegenhalte, die Sowjets seien damit nicht einverstanden, dann könne er sich mit einer solchen Argumentation nicht zufriedengeben, sagte Dregger. „Dann möchte ich am Verhandlungstisch in Genf einen konkreten nachprüfbaren Gegenvorschlag der Sowjetunion sehen." Daran fehle es bisher. Der SPD-Kanzlerkandidat Vogel, dessen Forderung nach amerikanischen Vorschlägen längst überholt sei, habe von seinen Gesprächen mit dem sowjetischen Parteichef Andropow „nur Rätsel mitgebracht" und „keinerlei konkrete Angaben" zum Beispiel darüber, welche und wie viele Raketen er verschrotten wolle. Die Verlegung von Raketen sei kein seriöses Angebot.

Dregger betonte, in Washington, London und Paris gebe es große Sorgen über die Sicherheitspolitik Vogels, die von Bahr konzipiert worden sei, denn sie würde „uns im Westen in die Isolierung führen". Keinesfalls dürfe Bonn in dieser lebenswichtigen Frage eine „Mittelposition" zwischen den Großmächten einnehmen. Auch in den USA begreife man, daß eine Regierung Vogel etwas anderes wäre als eine Regierung Schmidt. Denn die SPD sei inzwischen nach „links" gerückt und sie hätte nicht mehr die FDP als Koalitionspartner, sondern sie müßte sich auf die „Grün-Alternativen" stützen. Und allein dies zeige, so sagte Dregger, daß der 6. März zu einer „Schicksalswahl" werde.

SIEMENS

THE UNIVERSITY OF JORDAN LIBRARY ACC. NO. 41917 CLASS DATE

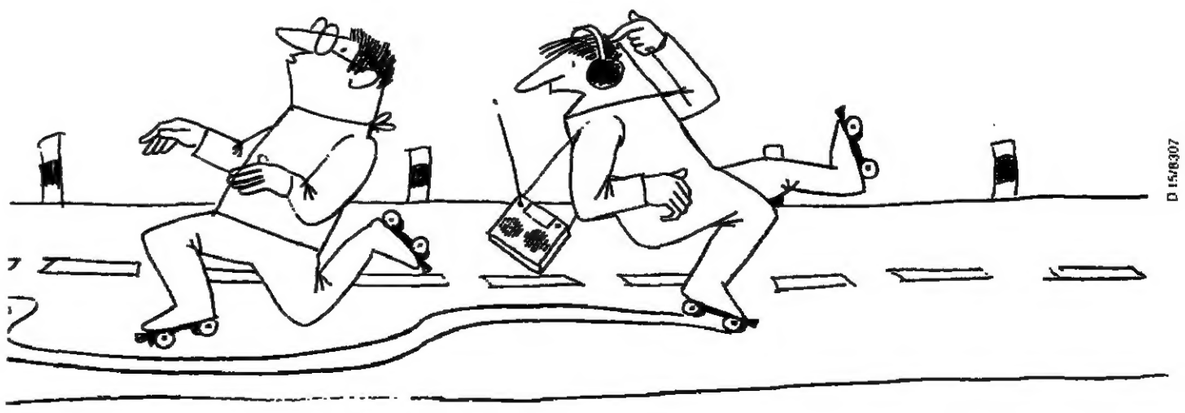
Auch der Verkehrsfunk nutzt Siemens-Computer.

Für schnelle aktuelle Durchsagen.

Stau am Grenzübergang Kiefersfelden, Geisterfahrer in Richtung Greding, Auffahrunfall bei Kilometer 86, Glatteis am Irschenberg ... in Bayern sorgt für aktuelle Verkehrsdurchsagen ein Siemens-Computer: Alle Beobachtungen der Verkehrssituation werden über DISPOL, das digitale Sondernetz der bayerischen Polizei, erfaßt, geprüft und direkt an die Servicewelle von Bayern 3 übertragen.

Flächendeckende Verbundnetze mit der Siemens-Datenfernverarbeitung TRANSDATA® schaffen schnelle Verbindungen. Bei INPOL, dem Informationssystem der Polizei, zwischen den Rechnersystemen des Bundeskriminalamtes und denen der Landeskriminalämter. Beim Reservierungs- und Informationssystem START zwischen den Rechnern von Lufthansa, Bundesbahn und Touristik Union und den angeschlossenen Reisebüros ... 1500 Datennetze mit 70 000 Datensichtstationen sind bereits installiert.

Weitere Informationen zu TRANSDATA, INPOL oder START: Siemens AG, Infoservice 131/7 Postfach 156, 8510 Fürth



D 15/8307

Siemens-Computer sind überall zu Hause

Die Mehrheit der Spanier ist gegen Abtreibung

Rückzieher der Sozialisten / Neue Vorschläge

ROLF GÖRTZ, **Madrid**

„Wir mußten zur Kenntnis nehmen, daß Spanien eben doch ein Land ist, dessen Bevölkerung sich mehrheitlich zur katholischen Kirche bekennt." Mit dieser Einsicht begründete Alfonso Guerra, einst Enfant terrible der Sozialistischen Partei, heute Vizepräsident der Regierung („Ich weiß gar nicht, was ich hier eigentlich zu tun habe") den Rückzug der sozialistischen Regierung gegenüber den Forderungen, die die Sozialisten als Opposition zum Thema Abtreibung gestellt hatten.

Übriggeblieben ist die Straffreiheit der Abtreibung bei bestimmten Fällen als Teil einer allgemeinen Strafrechtsreform. Das Gesetz, das jetzt dem Parlament vorgelegt wird, sieht vor, daß die Abtreibung in drei Fällen straffrei bleiben soll: bei schwerer Gefahr für das Leben der Mutter, bei angezeigten und juristisch verfolgten Fällen von Vergewaltigung und bei erkennbaren Mißbildungen des Embryos, die unabhängig von zwei Ärzten diagnostiziert sein müssen.

Gestärkt durch die zornig vorgetragene Verteidigung unschuldigen Lebens durch Papst Johannes Paul II. bei seinem Besuch in Spanien, wehrten sich als erste katholische Familienorganisationen, wie der Frauenverband „Für das Leben", und Ärzteverbände gegen diese Regelung. „Wir sind nicht die Henker des ungeborenen Lebens", schrieb kürzlich der Präsident des Gynäkologenverbandes, Professor Revira, der auch den in Spanien längst üblichen Eingriff zur Rettung des Lebens der Mutter nicht unter dem Terminus „therapeutische Abtreibung" qualifiziert wissen will. Und die sozialistische Abgeordnete und Gynäkologin Amalia Jiménez: „Kein Gesetz kann mich zwingen, eine Abtreibung vorzunehmen."

Angesichts der bevorstehenden Kommunalwahlen versucht die Regierung mit der Kirche einen Modus vivendi zu finden. Eine gemeinsame Kommission der Bischofskonferenz und der Regierung soll sich mit dem künftigen Verhältnis von Staat und Kirche beschäftigen. Dessen ungeachtet aber werden Bischöfe weiterhin das aussprechen, was sie für richtig halten: „Die Regierung ist entschlossen, sich offiziell zum Mörder vieler Tausender Spanier zu machen", erklärte öffentlich der Bischof von Guadalajara.

Das vorliegende Gesetz weicht kaum von den Vorschlägen ab, die die abgewählte bürgerliche Regierungspartei UCD bereits vor zwei Jahren vorgelegt hatte. Auch die inzwischen zur zweitstärksten Partei aufgerückte Demokratische Allianz protestierte: Parteichef Fraga Iribarne sagte dazu: „Wir bleiben entschieden bei unserem Nein."

Über eine Abtreibung ohne Einschränkung, wie sie die Sozialisten in der Oppositionszeit forderten, sprechen sie heute als Regierungspartei längst nicht mehr. In ihrem ersten Interview bekannte Carmen González, die Frau des Ministerpräsidenten: „Ich liebe meine drei Kinder und das Leben zu sehr, als daß ich die Abtreibung befürworten könnte. Allerdings geben Berichte armer Mädchen, die irgendeine weise Frau aufsuchen, weil sie die Reise nach England nicht bezahlen können, zu denken." Reiseunternehmen offerieren „Inclusive-Tours", meist nach Southampton, die auch Hotel und den Aufenthalt in einer Abtreibungsklinik einschließen.

Übertrieben und wenig qualifiziert wirkt der Forderungskatalog, den die spanischen Jusos bei ihrem 15. Kongreß vorlegten. Unter dem Motto „Mehr Toleranz" verlangten sie freie und kostenlose Abtreibung ohne Einschränkung, eine großzügige Regelung der Prostitution sowie die gesetzliche Zulassung leichter Drogen und der Homosexualität. Alles in einem Atemzug.

Enttäuscht über die vorgesehene Regelung der Abtreibung zeigte sich außerdem die spanische Feministinnenpartei. In einem Schreiben an den Gesundheitsminister Ernest Lluch fragte sie, welche Aufgabe der Frau denn zugemessen werde: „Die der Protagonistin oder weiterhin die der Reproduktionsmaschine ohne Stimmrecht?"

Die letzten Abtreibungsprozesse in Bilbao und Barcelona zeigten stark verunsicherte Richter. Das von ihnen verhängte Strafmaß blieb zwar im gesetzlich gültigen Rahmen. Bei der Begründung von Gnadenempfehlungen stellten die Richter aber fest, daß sie vom Gesetzgeber „zeitgemäße Regelungen" erwarten.

Selbst in linksorientierten Zeitungen wehren sich Leser in Zuschriften gegen die Abtreibung: „In Wahlreden hörte man nichts davon. Felipe González sagte im Fernsehen sogar, er sei dagegen" („El Pais", 31. Januar). Konservative Intellektuelle lehnen auch die Abtreibung mißgebildeter Embryos mit dem Hinweis auf die Entwicklung der Euthanasie im nationalsozialistischen Deutschland ab. (SAD)

Mehr als 3 Millionen Arbeitslose werden Wahlkampf bestimmen

Noch steht der Termin nicht fest, aber die Parteien stecken bereits ihre Positionen ab

FRITZ WIRTH, **London**

Während die britische Presse seit Wochen nimmermüde über das Datum der nächsten Unterhauswahlen spekuliert, konzentriert man sich in den Hauptquartieren der drei großen Parteien schon lange auf sehr viel konkretere Probleme, vor allem auf die Frage, was werden die Schlüsselthemen dieser Wahl sein? Wird es, wie in der Bundesrepublik, eine „Raketenwahl" werden? Wird der „Falkland-Faktor" immer noch so stark durchschlagen wie bei den letzten Nachwahlen zum Unterhaus? Wird das Heer der 3,2 Millionen Arbeitslosen der konservativen Regierung einen Denkzettel verpassen und schließlich: Welchen politischen Stellenwert wird die britische EG-Mitgliedschaft im Wahlkampf haben?

Der Plan der Regierung Thatcher, mit Hilfe einer Anzeigenagentur eine Publicity-Kampagne zu starten, um die Argumente der Friedensbewegung und der „Unilateralisten" zu neutralisieren, läßt vermuten, daß Abrüstungsfragen zum Wahlthema Nr. 1 werden dürften. Tatsächlich jedoch werden die Nuklear- und Abrüstungsdebatten noch lange nicht so intensiv und emotional wie in der Bundesrepublik geführt. Man diskutiert gelassener über das Nuklearthema und hat vorerst noch dringendere Probleme.

Die Meinungsumfrage der britischen Fernsehgesellschaft ITN belegt es. Danach hat für 58 Prozent der Briten die Arbeitslosigkeit als Wahlthema absoluten Vorrang. Das gesamte Abrüstungsthema folgt weit abgeschlagen mit acht Prozent. Eine gleiche Anzahl von Briten geben dem Thema der Inflation Priorität. Der „Falkland-Faktor" reiht sich mit zwei Prozent unter „ferner liefen" ein.

Obwohl es durchaus möglich ist, daß sich die Schwergewichte in diesem Themen-Katalog in den nächsten Monaten noch verschieben können, darf dennoch als ziemlich sicher gelten, daß die Frage der Arbeitslosigkeit stets deutlichen Vorsprung vor der Nuklear- und Abrüstungsproblematik haben wird. Der Grund: Arbeitslosigkeit ist heute das einzige politisch relevante Thema, das die Labour Party vereint. In allen anderen Fragen gibt es starke parteiinterne Differenzen.

So hat sich die Labour Party auf ihrem letzten Parteitag zwar eindeutig für eine einseitige nukleare britische Abrüstung und die Auflösung aller amerikanischen Raketenbasen in Großbritannien ausgesprochen. Mehrere Meinungsumfragen weisen jedoch aus, daß man an der Parteibasis darüber anders denkt. So sprachen sich in der Umfrage der „Sunday Times" 58 Prozent der Labour-Anhänger gegen eine einseitige Abrüstung aus und nur 37 Prozent dafür.

Kaum weniger problematisch ist das Thema für die neugegründete sozial-liberale Allianz. So hat sich der Parteirat der Sozialdemokraten am Wochenende in Newcastle die Haltung der Partei zur Stationierung amerikanischer Marschflugkörper in Großbritannien deutlich gemildert. Ein Antrag, der die totale Opposition gegen diese Raketen forderte, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Statt dessen erhielt der Parteivorstand Entscheidungs-

GROSS-BRITANNIEN

Spielraum. Er kann seine Position in dieser Frage vom Verlauf der Genfer Abrüstungsgespräche abhängig machen.

Damit steht die Sozialdemokratische Partei in deutlicher Distanz zu ihrem Koalitionspartner von der Liberalen Partei, die mit großer Mehrheit eine Stationierung der Marschflugkörper ablehnt. Diese internen Differenzen innerhalb der Oppositionsparteien lassen deshalb den Schluß zu, daß sie das Abrüstungsthema im Wahlkampf nicht allzu horh spielen werden.

Ansonsten aber zeichnen sich jetzt schon deutlich die strategischen Leitlinien dieser bevorstehenden Wahl ab. Die Konservativen werden sie zu einer reinen Persönlichkeitswahl machen. Premierministerin Margaret Thatcher wird die beherrschende Figur ihres Wahlkampfes sein, und dabei wird der „Falkland-Faktor" eine entscheidende Rolle spielen.

Nun heißt die Anwendung des „Falkland-Faktors" nicht, Frau Thatcher als Feldherrin und als Heldin eines gewonnenen Krieges darzustehen. Es heißt vielmehr, ihren Führungsstil und ihre Führungsqualitäten in Krisenzeiten herauszustellen. Die Härte, Unbedingtheit und Entschlossenheit dieser Frau, jene Eigenschaften, die sie zur „eisernen Lady" machten, werden die Slogans der Konservativen bestimmen.

Die Labour Party wird nicht in der Lage sein, dieses Duell aufzunehmen. Ihr Parteichef Michael Foot rangiert in Ansehen, Führungsqualitäten und Kompetenz seit Jahren hoffnungslos abgeschlagen hinter Margaret Thatcher. Labour wird deshalb nicht ihn, sondern Sachprobleme in den Vordergrund stellen. Dabei ist nach wie vor die Zahl von 3,2 Millionen Arbeitslosen, die bis zur Wahl eher noch weiter steigt denn fällt, ihre schärfste Waffe.

Labour hat dabei einige wirksame Trumpfkarten in der Hand. Die Partei wird sich in diesem Wahlkampf wortgetreu jener Slogans bedienen, mit denen die Konservativen im Jahre 1979 die Regierung Callaghan aus dem Amt jagten. Damals behaupteten die Konservativen auf Hunderttausenden von Wahlplakaten: „Unter Labour läuft nichts. Wir bringen Britannien wieder an die Arbeit." Seither ist die Arbeitslosigkeit um zwei Millionen gestiegen. Labour wartet nur zu begierig darauf, diese Slogans den Tories als Bumerang zurück ins Haus zu schicken.

Die Konservativen können als sichtbarsten Erfolg ihrer Wirtschaftspolitik die Reduzierung der Inflationsrate von fast 20 Prozent auf heute 5,4 Prozent vorweisen. Sehr wirksam jedoch ist es kaum. Labour wird einen direkten Bezug zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit herstellen und suggerieren, daß die unakzeptabel hohe Arbeitslosigkeit ein zu hoher Preis für finanzielle Stabilität sei.

Und Europa als Wahlthema? Labour hat bekanntlich den EG-Auszug beschlossen und erwartet davon Stimmenzulauf. Alle Anzeichen deuten jedoch darauf hin, daß es eine Fehlkalkulation ist. Der jüngst gewonnene Fischereikrieg gegen Dänemark und bedeutende finanzielle EG-Entlastungen haben in den letzten Monaten das Thema entschärft. Den meisten Briten dämmert im übrigen, daß ein Abnabeln von Europa die Zukunft ihres Landes eher verunsichert denn stabilisiert. Es wird also ein Randthema bleiben. Das wirkliche Schlachtfeld dieser Wahlen ist der Kampf um Existenzen, um Arbeitsplätze und damit um Hoffnung.

„Sie schlachten unser Volk wie Hühner ab"

Schwere Vorwürfe gegen Mugabe / Terror in Zimbab[we]

HANS GERMANI, **Johannesburg**

In einer stürmischen Parlamentsdebatte in Harare (früher Salisbury) drohte Innenminister Ushewokunze dem Führer der weißen Opposition, Ex-Premier Ian Smith: „Ich habe Ihnen den Paß entzogen. Als nächstes werde ich Sie unter Hausarrest stecken. Sie laufen mir zuviel herum." Zum unabhängigen weißen Abgeordneten Bill Irvine, der sich zunächst dem Regierungschef Mugabe genähert hatte, heute aber dessen Regime kritisiert, sagte der Innenminister: „Meine Männer werden heute nacht Ihr Haus besuchen."

In der Debatte ging es um eine Kernfrage Zimbabwes: den Guerrillakrieg der Matabele und die bürgerkriegsähnliche Situation im Südwesten des Landes. Dort sind vor einigen Tagen mehrere Dutzend schwarze Zivilisten ermordet worden. Der ehemalige Guerrillaführer und spätere Minister Mugabes, Joshua Nkomo, macht dafür die Armee Zimbabwes verantwortlich. Diese habe sich in „eine Orgie des Mordens" gestürzt und vergreife sich an dem Stamm der Matabele. Nkomo ist der Führer dieses Minderheitsstamms. Er erklärte, die Massaker würden von Einheiten der 5. Brigade durchgeführt. Diese Brigade gilt als Prätorianergarde Mugabes und wird von Nordkoreanern ausgebildet. Nkomo verlas auch den Bericht eines Augenzeugen, der zusehen mußte, wie drei Zivilisten namens Enoch Ndebele, Stephen Nyati und Frau Menya Mdlawuzu vor dem versammelten Dorf erschossen wurden.

Auch schwarze Abgeordnete beschuldigen die Regierung Mugabe, das Volk der Matabele brutal zu verfolgen und ein System des Terrors eingeführt zu haben. So berichtet der Parlamentarier Malunga von 14 Zivilisten, die ermordet worden seien, und von Schulkindern, die systematisch überfallen und verprügelt würden. Malunga, auch ein Matabele, steigerte sich im Parlament zu dem Ausruf: „Die Menschen unseres Volkes werden von der Armee wie Hühner abgeschlachtet."

Der Verteidigungsminister Sekeremayi antwortet auf diese Vorwürfe mit der Drohung, die Armee werde mit „brutalsten Mitteln die Revolte im Matabele-Land zerschlagen, auch wenn dabei Zivilisten erschossen werden!". Der Innenminister seinerseits verfügte in der vergangenen Woche ein totales Ausgehverbot von Anbruch der Dunkelheit bis Sonnenaufgang für das gesamte Matabele-Land.

Der Guerrillakrieg in West-Zimbabwe hat bereits so große Au[s]ße angenommen, daß Mugabe der Forderung der weißen Fa[rmer] beugte und ihnen die auto[mati]schen Gewehre zurückgeben [mußte]. Ansonsten hätte er mit [einem] Massenexodus aller Farmer [und] folglich auch mit einer [Ernäh]rungskatastrophe rechnen mü[ssen].

Nach Augenzeugen-Beric[hten] befinden sich etwa 5000 Häftl[inge,] die alle dem Matabele-Volk [ange]hören, in den Konzentratio[nsla]gern Nkayi, Lupan (dieses lie[gt in] der Nähe der katholischen Mis[sion] Regina Mundi), Mushumbi, G[o]kudzingwa und Tsholotsho.

Eine der entschlossen[sten] Kampfgruppen Mugabes in die[sem] Gebiet wird von einem ehemali[gen] Offizier der rhodesischen Ar[mee,] Leonard Dyke, angeführt. D[yke] war nach der Unabhängigkeit Z[im]babwes innerhalb von zwei Jah[ren] vom Hauptmann zum Oberst [be]fördert worden.

Nach übereinstimmenden I[nfor]mationen aus Harare und B[ula]wayo, der Hauptstadt der Ma[tabe]le, sind die Anfang des Jahr[es im] Matabele-Land ermordeten [] weißen Farmer von einer d[er] Kampftruppen getötet worden, [die] stehen unter dem Oberbefehl [des] Ex-Ministers Edgar Tekere [und] operieren als Matabele-Guer[rillas] getarnt, damit ihre Morde den [Gu]errillas dieses Stammes angel[astet] werden.

Ein weiteres Beispiel für den [be]denklichen Zustand der Rechts[]sicherheit in Zimbabwe ist der [Pro]zeß gegen den weißen Abgeord[ne]ten Stuttaford. Die drei schwar[zen] Hauptzeugen der Staatsanw[alt]schaft widerriefen während [des] Prozesses ihre früheren Aussag[en.] Sie wurden nach der Gerichts[ver]handlung festgenommen und s[ind] seither verschwunden. Am [Wo]chenende wurde auch der ehema[li]ge Kommandeur der weißen r[ho]desischen Armee, John Hickm[an,] plötzlich und ohne Angabe [von] Gründen festgenommen.

London ist über die Situation [in] Zimbabwe äußerst besorgt. D[ies be]sorgte vor allem die Tatsache, [daß] der Air Vice Marshal Huge Sla[tter] und sechs weitere weiße Offiz[iere] der Zimbabwe-Luftwaffe im G[e]fängnis gefoltert wurden. Die [sie]ben Offiziere haben sowohl die [bri]tische als auch die zimbabwis[che] Staatsangehörigkeit. Ihnen w[ird] vorgeworfen, an dem groß[en] Schlag der Matabele-Guerrilla [ge]gen die Luftwaffe im Juli 1982 [be]teiligt gewesen zu sein. Bewei[sen] kann die Regierung Mugabe sol[che] Behauptungen jedoch nicht. (SA[D])

Seite 2: Atempause in Südafrika

Wir werden es schaffen. Und wie.

Daß wir es am 6. März schaffen, zeigt uns der Aufwind, den wir jetzt spüren. Wie wir es schaffen, haben wir auf unserem Parteitag in Freiburg beschlossen. Mit unserer Wahlaussage. Kein Wunsch-Programm, aus dem sich jeder seinen Teil raussuchen kann. Sondern liberale Politik für die nächsten Jahre. 1971 haben wir in Freiburg liberale Politik für die 70er Jahre beschrieben. Jetzt, 1983, haben wir das für die 80er Jahre getan. Neue Zeiten stellen neue Fragen. Neue Fragen fordern neue Antworten. Die haben wir gefunden. Auch wenn anderen der Mut dazu fehlt: Wir lassen uns die Freiheit nicht nehmen, das Richtige zu tun.

Deutschland braucht die Liberalen.

Allein schafft es die CDU nicht. Was dann? Alleinherrschaft der SPD oder SPD-Pakt mit den Grünen. Deutschland braucht die Liberalen, damit die neue Bundesregierung auch nach dem 6. März ihre Arbeit fortsetzen kann. Deutschland braucht die Liberalen, damit es zwischen den unbeweglichen Machtblöcken Links und Rechts auch weiterhin die liberale Kraft der Mitte gibt. Fassen Sie sich ein Herz. Wählen Sie mit Verstand: am 6. März mit Ihrer Zweitstimme F.D.P.

Zweitstimme F.D.P. Die Liberalen

Wir schicken Ihnen gerne noch mehr Argumente für die F.D.P. Schreiben Sie uns. F.D.P. Bundesgeschäftsstelle, Baunscheidtstraße 15, 5300 Bonn 1.

هكذا من الأصل

Bonn sorgt sich um die menschlichen Kontakte

KSZE-Nachfolgetreffen in Madrid ringt um Kompromisse

MANFRED NEUBER, Bonn

Die Auspizien für das Madrider Folgetreffen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), das am Dienstag in die siebente Verhandlungsrunde gehen wird, haben sich während der Weihnachtspause nicht merklich verbessert. Diese Einschätzung geben diplomatische Kreise in der Bundeshauptstadt.

Nach wie vor ist Afghanistan von der Sowjet-Armee okkupiert. Auch nach der Aussetzung des Kriegsrechtes werden in Polen jegliche freiheitliche Regungen unterdrückt. Auch an der Mißachtung der Menschenrechte in den osteuropäischen Ländern hat sich bisher nichts geändert.

Mit Befriedigung konnte im Westen lediglich verzeichnet werden, daß die Ostblock-Führer auf ihrer Gipfelkonferenz am 6. Januar 1983 in Prag den Willen zu einem erfolgreichen Abschluß des Madrider KSZE-Folgetreffens bekundet haben. Diesen Worten müßten nun Taten folgen, so wird in Bonn an die Staaten des Warschauer Paktes appelliert.

Der Westen hofft jetzt auf „ernsthafte Text-Verhandlungen", um ein Schlußdokument in den Grundzügen vor Ostern fertigzustellen. Voraussichtlich werde in Madrid schon am 25. März, also vor der Karwoche, die Beratungen nochmals ausgesetzt. Ob dann unterschriftsreife Entwürfe für die Außenminister vorliegen, erscheint fraglich.

Obwohl in der Sache keinerlei Fortschritte erzielt wurden, werten diplomatische Kreise in Bonn die vorige Gesprächsrunde als „zufriedenstellend". Der neue sowjetische Chefdelegierte Konradschow, der Leonid Iljitschow ablöste, gibt sich zumindest in der Form konzilianter als sein Vorgänger.

Als die Delegierten der 35 KSZE-Teilnehmerstaaten in die Weihnachtsferien gingen, herrschte großer Unmut – vor allem unter den Neutralen – über die schleppenden Verhandlungen und den Mangel an Ergebnissen in Madrid.

Österreichs Delegationsleiter Ceska kritisierte Ost wie West, weil der Vorschlag der Neutralen und Nichtgebundenen (die N+N-Gruppe) für das Schlußdokument nicht akzeptiert wurde. Dagegen erklärte der spanische Chefdelegierte Pan de Soraluce, der Entwurf RM/39 der Neutralen könne nicht als unabänderlich, quasi als „biblischer Text" angesehen werden.

Die NATO-Staaten erklärten diese Vorlage für „definitiv unannehmbar" und verlangen „notwendige" Zusätze mit Blick auf die Entwicklung in Polen. Im einzelnen geht es dabei um:

- kulturelle, soziale und wirtschaftliche Selbstbestimmung jedes Volkes;
- die Zulassung freier Gewerkschaften;
- die freie Betätigung von Helsinki-Gruppen zur Überwachung der Einhaltung der KSZE-Schlußakte;
- dem Verzicht auf Störsender und
- die Freiheit der religiösen Betätigung.

In der neuen Phase der Madrider Folgekonferenz will sich die Bundesrepublik verstärkt für die Erleichterung von menschlichen Kontakten einsetzen. Dabei geht es zunächst um den freien Zugang der Bürger osteuropäischer Länder zu westlichen Botschaften und Konsulaten, der ihnen vor allem in der Sowjetunion verwehrt wird.

Da die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa auf Wunsch der Sowjetunion zustandegekommen sei und die Ostblock-Führer die seither vom Westen angemahnten Menschenrechte mit der KSZE-Schlußakte anerkannt hätten, so sieht es Bonn, müsse der Osten an seine moralische Selbstverpflichtung erinnert werden.

Freilich versuchen die Staaten des Warschauer Paktes der Kritik in Madrid an den Verstößen gegen die Beachtung der Helsinki-Beschlüsse auszuweichen; sie stellen ihre Forderung nach einer gesamteuropäischen Abrüstungskonferenz (KAE) in den Vordergrund, die von der KSZE einberufen werden soll.

Bonner diplomatische Kreise konstatieren westliches Interesse an einer solchen Abrüstungskonferenz, die ohne Junktim zu den Genfer Verhandlungen und anderen laufenden Abrüstungsgesprächen sinnvoll sei. Nach anfänglicher Skepsis werde das KAE-Vorschlag Moskaus nun auch von der amerikanischen Regierung gutgeheißen.

Strittig zwischen Ost und West ist in diesem Bereich die Definition vertrauensbildender Maßnahmen und die geographische Ausdehnung bei ihrer Verifizierung. Bonn hält es mit der Formel „vom Atlantik bis zum Ural", sieht den Westen jedoch flexibel hinsichtlich der Einbeziehung angrenzender Räume.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Sicher wie in der Lubjanka?

„Zitat des Tages"; WELT vom 15. Januar

„Die Bundesrepublik ist einer der sichersten Orte dieser Welt." Das stand in der WELT wie ein bewiesener wissenschaftlicher Lehrsatz oder wie eine Offenbarung eines Religionsstifters. Graf Baudissin soll das während einer „Diskussion" in Düsseldorf so gesagt haben.

Ich glaube das nicht. Da dürfte jemand dem Grafen nicht recht zugehört haben, oder man hat sich einen schmackhaften Brocken herausgefischt für „die Raketendiskussion beim Wahlkampf". Graf Baudissin war nicht immer „Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg". Er ist Berufssoldat, erfahren im Generalstabsdienst, und er war als General in Spitzenstellungen der NATO über unsere Sicherheit und deren Bedrohung besser unterrichtet als fast alle Deutschen.

Vielleicht wollte jemand mit diesem „Zitat des Tages" etwas tun gegen die Zeitkrankheit „Angst". Das wäre gut gemeint, aber schlecht gemacht; denn der Satz – den der Graf so nicht gesagt haben kann – ist falsch; hierzu einige Beispiele:

Innere Sicherheit: Bei dem beschämenden Bonner Schauspiel (. . . feierliches Gelöbnis . . .) brauchte man starke Polizeikräfte, damit die Soldaten und die höchsten Vertreter unserer Republik überhaupt den Ort der Handlung erreichen konnten.

Äußere Sicherheit: Es gibt auf der Erde keinen anderen Raum von rund 350 000 qkm (wir und die DDR), wo so viele Truppen und Waffen angehäuft sind. Und es gibt außer unserer Bundesrepublik Deutschland kein Land, in dem so viele „Ziele" für schreckliche Waffen eines möglichen Angreifers „aufgeklärt und vermessen" sind.

Behauptungen über „unsere Sicherheit" können nie in einen wahren Satz gepreßt werden. Dazu ein Beispiel: Während Zehntausende meiner Kameraden innerhalb weniger Wochen „nach Stalingrad" starben, war ich im gefürchteten Gefängnis Lubjanka in Moskau. Dort wurde ich ernährt, ärztlich versorgt, blieb vor Fleckfieber bewahrt, war vor Plünderern geschützt usw. Dennoch würde jeder Russe mich auslachen, wollte ich folgern, die Lubjanka sei einer der sichersten Orte dieser Welt. Man halte mir bitte nicht vor, ich vergleiche die Lubjanka mit unserem freien Deutschland; das Beispiel soll nur zeigen, „Sicherheit" hat viele Seiten; niemand kann sie in einen Satz pressen. *Artur Weber, Bad Homburg v. d. H.*

Handfeste politische Ziele

„Mit und ohne Knobelbecher"; WELT vom 21. Januar

Sehr geehrter Herr Barth,

mit Interesse las ich Ihren Leitartikel. Da heißt es u. a.: „als Napoleon III. sich unter dem Druck der Straße in das Krim-Abenteuer und dann in den Krieg von 1870 stürzte."

Das trifft zu auf den Krieg von 1870. Den hatte Napoleon III. bzw. seine Regierungen seit 1867 zielstrebig und konsequent vorbereitet, dafür gerüstet (Chassepots und Mitrailleusen!) und schließlich im Juli 1870 herbeigeführt.

Jedoch kann man den Krieg von 1854 kaum als „Krim-Abenteuer" bezeichnen. Damals hatte Frankreich handfeste wirtschaftliche und politische Interessen im Orient. Daß die schwache Türkei von Rußland vergewaltigt wurde, und letzteres sich am Bosporus und an den Dardanellen, zumindest macht- und einflußmäßig, festsetzte, mußte Paris verhindern. So stärkte der Franzosenkaiser Konstantinopel den Rücken und erklärte, gemeinsam mit Großbritannien und Sardinien, Petersburg den Krieg.

Auch in seinem Ablauf war dieser Krieg kein Abenteuer. Frankreich gewann Ihn, die Engländer und Italiener taten nur wenig dazu. Abgesehen von dem guten Ergebnis (Abwehr des russischen Drucks auf die Pforte, die Meerengen blieben geschlossen, Rußland blieb vom Ägäischen und damit vom Mittelmeer ausgesperrt) stieg Frankreichs Ansehen in der Welt. Die Siege von Alma und Sewastopol waren die ersten französischen Waffentaten seit den Tagen Napoleons I. und ließen die Niederlagen von Leipzig (1813) und Belle Alliance (1815) ein wenig in Vergessenheit geraten.

Mit freundlichen Grüßen
H. R. Elmenhorst, Heiligenhaus

Saurier-Gräber

„Ein Sammler entdeckte das Sauriergrab im Sauerland"; WELT vom 14. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,

es freut mich immer wieder, wenn auf einer der typographisch beispielhaft gestalteten Seiten der WELT ein interessantes paläontologisches Thema behandelt wird. Leider hat sich im letzten derartigen Artikel über das Dinosauriergrab bei Nehden im Sauerland ein Fehler eingeschlichen, der in zahlreichen Berichten über diese Fundstelle auftaucht: Die Fossilien aus der Gegend von Nehden sind keinesfalls, wie behauptet wird, die „ersten deutschen Dinosaurierknochen"!

Dinosaurierreste sind vor allem aus Württemberg bekannt, wo die bis zu zehn Meter langen Plateosaurier aus der Triaszeit so häufig entdeckt wurden, daß sie den Namen „schwäbischer Lindwurm" erhielten. Der berühmteste Plateosaurus-Fundort in Württemberg ist Trossingen, wo bei drei Grabungen – 1911/1912, 1921–1923 und 1932 – Reste von einigen Dutzend (!) solcher Reptilien geborgen wurden, darunter komplette Skelette. Knochen vom Dinosaurier Plateosaurus fand man außerdem in: Donaueschingen, Balingen, der Tübinger Gegend, Stuttgart, dem Stromberg, im Schwäbischen Wald, im Nürnberger Raum (Allersberg, Altdorf) und Ellingen bei Weißenburg.

Ernst Probst, Mainz

Reiz verloren

„Bulle' kein Schimpfwort?"; WELT vom 15. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Berliner Richter, der „Bulle" nicht als Schimpfwort einstuft, müßte einen Orden erhalten, denn eine Beschimpfung, die man nicht noch aufwertet, verliert ihren Reiz und verkümmert schließlich von selbst.

Das sollten sich auch die Leute merken, die mit dem groben Götz-Zitat so gern vor den Kadi ziehen und eine Beleidigungsklage anstrengen. Das Zitat ist keine Beleidigung, sondern eine grobe Aufforderung, der man nicht nachzukommen braucht.

Mit freundlichen Grüßen
Caroline Funkenstein, Sachsenheim 1

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Haus-Computer

„Silicon Valley' vor dem Sprung in die vierte Generation"; WELT vom 3. Januar

Liebe WELT,

im Namen meiner Mitbürger und Mit-Komputeristen möchte ich der WELT und Herrn Adalbert Bärwolf herzlichst dafür danken, daß Sie sich anschicken, das Silicon Valley, oder das Tal der Kieselerde, zu entdecken. Hier, im Dunstkreis der Stanford-University, wurden die Halbleiter und die integrierten Schaltkreise entwickelt, und hier wird gegenwärtig die Hauptaufmerksamkeit auf die Microcomputer gelegt, die sowohl großen wie kleinen Firmen, wie auch den einzelnen Bürgern ihre Arbeit erleichtern.

Herr Bärwolf schreibt: „Die Hausfrau von heute will – oder kann – Computer nicht mit logischen Befehlen betippen. Daran scheitert vorläufig der Einzug der Computer ins Haus." Beim nächsten Besuch kommen Sie 'mal bei mir vorbei. In meinem Haus steht ein Computer schon seit zwei Jahren und wird jeden Tag stundenlang verwendet. Sie sollten auch die Firma besuchen, die billige tragbare Computer herstellt, die etwa 11 Kilogramm wiegen und sich besonders für Korrespondenten eignen. Ihr Leben würde sich rasch verbessern, sobald Sie sich einen zulegen.

Sie haben Nobelpreisträger William Shockley, seit 30 Jahren der Urahne der Mikroelektronik, mit Recht erwähnt. Warum aber nicht auch Großväter wie David Packard und William Hewlett, oder Väter wie Robert Noyce, Gordon Moor, und Andrew Grove, von Intel; Charles Sporck von National Semiconductor; William Saunders von Advanced Micro Devices; und Steven Wozniak und Steven Jobs, von der jungen Generation, die den berühmten Apple-Computer herausbrachten?

Vielleicht der wichtigste elektronische Zeitgenosse in Gary Kidal, Konstrukteur des Control System for Microcomputers, besser bekannt als CP/M. Diese software wird von nicht weniger als 300 Computer-Maschinen oder hardware verwendet, um das Gerät und die Programme miteinander zu vereinen.

CP/M hat die Microcomputer für den Massenmarkt verwendbar gemacht. Ohne CP/M wäre vor ein paar Jahren kein Weltmarkt für Microcomputer entstanden. Tadahiro Sekimoto, von der Nippon Electric Co., die ebenfalls im Silicon Tal wirkt, sagte dies: „Wer die Programme (d. h. die software) kontrolliert, kontrolliert die Welt."

Die langsame Entwicklung der Nachfrage in der Bundesrepublik Deutschland ist schwer verständlich.

Stefan T. Possony, Los Altos / California

Personalien

EHRUNGEN

Josef Ertl, Bundesernährungsminister, ist zum „Gewerkschaftsmitglied ehrenhalber" gemacht worden. Auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin überreichte der Vorsitzende der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, **Willi Lojewski**, Ertl in Anerkennung seiner langjährigen Verdienste die Silberne Ehrennadel der Gewerkschaft, mit der normalerweise verdiente Gewerkschafter nach 25 Jahren Mitgliedschaft ausgezeichnet werden.

*

Clemens Kaminski (84), Rundfunk- und Pressereferent der Bremer Katholiken, ist von Bürgermeister **Hans Koschnik** im Auftrag des Bundespräsidenten das Große Bundesverdienstkreuz verliehen worden. Kaminski wurde besonders für seine Verdienste um die ökumenische Zusammenarbeit, das Albertus-Magnus-Werk und die Verständigung mit Frankreich ausgezeichnet.

*

Privatdozent Dr. **Böhles**, Erlangen, und dem Arzt Dr. **M. Georgieff**, Mannheim, wurde der Erlanger Förderpreis der Jacques-Pfrimmer-Gedächtnisstiftung in Höhe von 20 000 Mark überreicht. Der Preis, für den in den letzten Jahren insgesamt mehr als 2,5 Millionen Mark ausgeworfen wurden, geht an junge Forscher unter 40 Jahren.

VERÄNDERUNGEN

Jochen Raffelberg, bisher Chefredakteur der Nachrichtenagentur Reuters in der Bundesrepublik Deutschland, ist Manager der Agentur für das südliche Afrika geworden. An seine Stelle tritt **Anette von Broecker**, bisher Chefkorrespondentin in Rom. Neu geschaffen wurde die Stelle des stellvertretenden Chefredakteurs, die **Ingo Hertel** zusätzlich zu seinem Amt als Chefredakteur der deutschsprachigen Wirtschaftsdienste von Reuters übernommen hat.

Wort des Tages

„Unsere Prinzipien dauern gerade so lange, bis sie mit unseren Leidenschaften oder Eitelkeiten in Konflikt kommen, und ziehen dann jedesmal den kürzeren."

Theodor Fontane, dt. Schriftsteller (1819–1898)

Die neuen Autos 1983
Wann sie kommen, wie sie aussehen, was sie leisten.

Außerdem:

Test
Opel Corsa 1.2 S

Test
VW Scirocco GTI

Test
Jaguar XJ 6 4.2

Fahrbericht
Fiat Uno

Tips für
Extra-Touren

Grand-Prix-Fahrer
über die neue
Formel 1

Nirgends steht Besseres über Auto, Motor und Sport als in auto motor und sport. Jetzt am Kiosk.

GDK Frankfurt

AUF DER SUCHE NACH PETER HORA.

Millionen Fernsehzuschauer haben die Sendung am 29. 12. verfolgt und dabei viel über die Arbeit der Hilfsorganisation von World Vision erfahren. Sie konnten miterleben, wie eine Kinderpatenschaft für nur 50 Mark im Monat den Kindern in der Dritten Welt hilft. Wie Peter Hora durch die Patenschaftshilfe jetzt genug zu essen hat, Kleidung bekommt, ärztlich versorgt und gut ausgebildet wird. Und wie nicht nur Peter Hora, sondern der ganzen Familie und dem ganzen Dorf geholfen wird.

Aber es gibt noch Tausende von Kindern in der Dritten Welt, die es nicht so gut haben wie Peter Hora. Sie warten auf jemand, der eine Patenschaft für sie übernimmt.

Bitte ausschneiden und abschicken.

Ja, ich möchte auch eine Kinderpatenschaft übernehmen. Bitte schicken Sie mir alle nötigen Unterlagen.

Herr/Frau/Familie (Name): _____ (Vorname): _____

Straße/Nr.: _____ PLZ/Ort: _____

World Vision International e. V. ist eine christlich-humanitäre Organisation, die als gemeinnütziger Verein anerkannt ist. Spenden sind von der Steuer absetzbar. Unsere Büros: Oberhöchstadter Straße 3, 6370 Oberursel, Telefon (06171) 56074. Österreich: Marishilferstraße 10/10b, 1070 Wien, Telefon (0222) 961333. Schweiz: Ueteristraße 23, 8001 Zürich, Telefon (01) 2211807.

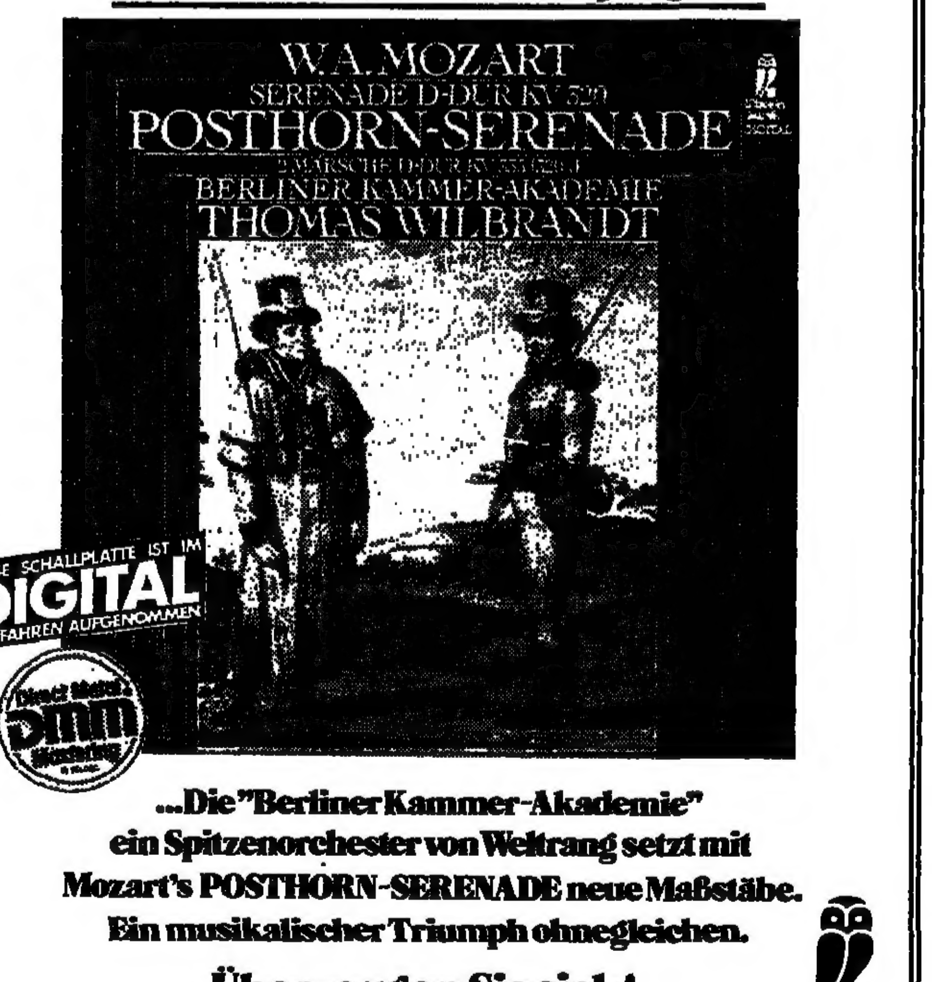
WORLD VISION

Letzte Runde beim Super-Ding

NUR 1,-DM und alles drin

Insgesamt 30 Autos zu gewinnen.

Ein klassischer Höhepunkt im Jahre 1983

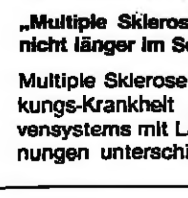


...Die "Berliner Kammer-Akademie" ein Spitzenorchester von Weltrang setzt mit Mozart's POSTHORN-SERENADE neue Maßstäbe. Ein musikalischer Triumph ohnegleichen.

Überzeugen Sie sich!

JETZT IM FACHHANDEL

Ullstein Musik



Veronica Carstens, Ärztin und Frau des Bundespräsidenten, Schirmherrin der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft

„Multiple Sklerose Kranke dürfen nicht länger im Schatten leben"

Multiple Sklerose ist eine Entmarkungs-Krankheit des Zentralnervensystems mit Lähmungserscheinungen unterschiedlichen Schweregrades, sowie Seh- und Hörstörungen.

Die MS-Krankheit kann jeden von uns treffen.

Die Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft berät und betreut MS-Patienten und fördert die medizinische Forschung über diese rätselhafte Krankheit.

Ihre Spende hilft uns, den Kranken zu helfen.

Spendenkonto Nr. 313131
PSA Köln/Stadtsparkasse München

Ski MAGAZIN

Das neue SkiMagazin ist da: Für noch mehr Ski-Erlebnis... für noch mehr Ski-Vergnügen ...jede Menge Service und aktuelle Informationen.

Holen Sie sich jetzt das neue Heft bei Ihrem Zeitschriften-Händler.

Schweizer Immobilien durch Architektur- und Treuhandbüro Frieder

Tel. 00 41 54 / 8 58 48

Nützen Sie eine der letzten Möglichkeiten, Wohneigentum in der Schweiz zu erwerben.
Sichere Kapitalanlage und gute Vermietungsaussichten. Notarieller Grundbucheintrag garantiert.

Schöne Stadtwohnungen im Zentrum von **Brig/Oberwallis** – deutschsprachig – 1- bis 5-Zimmer-Wohnungen, m²-Preis Sfr 2400,-
Brig ist ein bezauberndes Städtchen für herrliche Ausflüge sowie alle Sommer- und Wintersportmöglichkeiten.
Dauerwohnsitz unter bestimmten Voraussetzungen für Ausländer möglich.

Crans-Montana
Eines der exklusivsten Wintersportzentren im Wallis. Beste Lage, Nähe der Lifte.
1- bis 4-Zimmer-Wohnungen, 40–100 m².
Ab Sfr. 160 000,-
Ferien-Chalet
110 m², Ab Sfr. 295 000,-

Weitere Ferienwohnungen und -Chalets in **St. Moritz/Lenzerheide/Flims/Laax/Arosa/Davos/Walensee/Flumser Berge/Berner Oberland/Lugano/Locarno** auf Anfrage

FINANZANZEIGEN

International Bank for Reconstruction and Development
(Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung)
– WELTBANK –

5½% Deutsche Mark-Anleihe von 1965
– WKN 451 832 –

Auslosung

Für die am 1. April 1983 fällige Tilgungsrate werden nom. DM 4 274 000,– Teilschuldverschreibungen aus dem Tilgungsfonds zur Verfügung gestellt. Weitere nom. DM 12 726 000,– Teilschuldverschreibungen wurden am 25. Januar 1982 unter notarieller Aufsicht ausgelost. Unter Berücksichtigung der bereits früher getilgten Teilschuldverschreibungen wurden ausgelost die Stücke der Nummernkreise

24 410 bis 42 200
52 975 bis 71 116 zu DM 1000,–

Die Einlösung der verlosten Stücke erfolgt vom 5. April 1983 an zum Nennbetrag gegen Einreichung der Teilschuldverschreibungen und Zinsscheine per 1. Oktober 1983 uff. u. bei den nachstehend verzeichneten Banken sowie deren Niederlassungen.

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
ADCA-BANK Aktiengesellschaft Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt
Badische Kommunale Landesbank – Girozentrale –
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Joh. Berenberg, Gossler & Co.
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Bremer Landesbank
Delbrück & Co.
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank
Conrad Hinrich Donner
Hallbaum, Maier & Co. AG-Landkreditbank
Handels- und Privatbank Aktiengesellschaft
Hessische Landesbank – Girozentrale –
von der Heydt-Kersten & Söhne
Landesbank Rheinland-Pfalz – Girozentrale –
Merck, Finck & Co.
National-Bank Aktiengesellschaft
Norddeutsche Landesbank Girozentrale
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Rauschel & Co
Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.
Simonbank Aktiengesellschaft
Trinkaus & Burkhardt
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Bankhaus H. Aufhauser
Baden-Württembergische Bank Aktiengesellschaft
Bankers Trust GmbH
Bayerische Landesbank – Girozentrale –
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Braunschweigische Landessparkasse
Commerzbank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Deutsche Länderbank Aktiengesellschaft
DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank
Effectenbank-Warburg Aktiengesellschaft
Hamburgische Landesbank – Girozentrale –
Georg Hauck & Sohn Bankiers Kommanditgesellschaft auf Aktien
Bankhaus Hermann Lampe Kommanditgesellschaft
Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale
B. Metzler seel. Sohn & Co.
Bankhaus Neelmeyer Aktiengesellschaft
Oldenburgische Landesbank Aktiengesellschaft
Poensgenbank GmbH
Karl Schmidt Bankgeschäft
Schwäbische Bank Aktiengesellschaft
J. H. Stein
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
Weberbank Kommanditgesellschaft auf Aktien
Westfalenbank Aktiengesellschaft
Württembergische Kommunale Landesbank Girozentrale

Die Verzinsung der ausgelosten Stücke endet am 31. März 1983. Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Kapitalbetrag einbehalten.

Die zum 1. April 1983 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den in den Vorjahren ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Nummernfolgen 192–4470, 42201–52974 und 213664–250000 sind noch nicht alle Stücke zur Einlösung vorgelegt worden.

Washington, im Januar 1983

INTERNATIONAL BANK FOR RECONSTRUCTION AND DEVELOPMENT

Bekanntmachung

über die 14. Auslosung von Teilschuldverschreibungen der 5 % Anleihe von 1959/1984 (ehem. Gewerkschaft Wintershall)

Die Gewerkenversammlung vom 8. Juni 1970 hat die Umwandlung der Gewerkschaft Wintershall auf die BASF beschlossen. Die Umwandlung ist am 24. Juni 1970 in das Handelsregister beim Amtsgericht Celle eingetragen worden. Damit sind die Verpflichtungen aus der Anleihe auf die BASF übergegangen.

Entsprechend den §§ 3 und 4 der Anleihebedingungen ist am 20. Januar 1983 unter der Aufsicht eines Notars eine zum 2. Mai 1983 zur Rückzahlung fällige Serie ausgelost worden.

Gezogen wurde die Serie 13 mit den Nummern 01561–01690, 21501–23125, 32929–33422, 39281–39670 im Nennbetrag von DM 2 600 000,–.

Die Einlösung der Teilschuldverschreibungen erfolgt gemäß § 6 der Anleihebedingungen vom 2. Mai 1983 an zum Nennwert gegen Einreichung der ausgelosten Stücke nebst Zinsscheinen per 1. November 1983 ff. bei einer der nachstehenden Zahlstellen und ihren Niederlassungen:

Dresdner Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Berliner Commerzbank AG
Commerzbank AG
Westfalenbank AG
Deutsche Bank Saar AG

Die Verzinsung der ausgelosten Teilschuldverschreibungen endet am 30. April 1983.

Von den per 2. Mai 1973, 2. Mai 1978, 2. Mai 1979, 2. Mai 1980, 2. Mai 1981 und 2. Mai 1982 ausgelosten Serien 2, 3, 5, 7, 9 und 11 sind noch nicht alle Stücke zur Einlösung vorgelegt worden.

Ludwigshafen, im Februar 1983
Der Vorstand

BASF Aktiengesellschaft
6700 Ludwigshafen

BASF

Weltweit Handelspartner gesucht

Mit unseren Systemen können Geräte, Apparate und Werkzeuge sicher gelagert, transportiert und auch übersichtlich präsentiert werden.

Anwendungsbereiche: Labor, Werkstätten, Studios, Verkaufsläden, Heim und Hobby.

Wir machen das universelle Befestigungs-System der Zukunft.

Bitte schreiben Sie an:
SWINGBOX SYSTEM, Postfach 227
CH-3000 Bern 32
Telex 33006 cmfot

SWINGBOX SYSTEM

„Ich verkaufe alles"

Aktives Top-Verkäufer-Team hat noch Kapazitäten frei.
Schnellkontakt über T 3892 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir liefern
Werbeschilder
aller Art
jede Größe, für innen und außen, Kunststoffschilder
Arbeitsgröße 1000 × 1500 mm mit Siebdruck
Vertreter gesucht
Color Technik GmbH
6348 Herborn-Guntersdorf
Tel. 0 27 72/26 30, Telex 8 73 4..

Geschäftskarriere in ...
beginnt mit neue Beziehungen anbahnen, neue Geschäfte anzu..., wertvolle Kontakte zu Kunden ... werden könnten, zu pflegen. ... se Information (deutsch) von ... schaftsdiplomaten: KEMKO ... tional, Inc., 2017 Route 35, P. ... 158, Manasquan, N. J. 0 87 36, US... (2 01) 5 28 – 58 01; Telex: ... 107 336 518; Cable: KEMKO ... quan, N. J.

Wer verkauft
Altenwohnunges...
Norddeutscher Raum. Wa... schönes Haus mit 48 Alten... nungen, jeweils mit Dusch... Bad/WC, kl. Küche u. Ba... Komfortable Aufenthaltsr... Schwimmbad, Doppelschare... gelbahn, Restaurant, überdu... schnittlich gut ausgestatt... Fremdfinanzierung bis 80%... lich. Anfragen bitte unter Y ... an WELT-Verlag, Pos... 10 08 64, 4300 Essen.

Bestehende Vertriebsgruppe ...
50 Verkaufs-mitarbeitern
sucht im Großraum NRW erw... Betätigungsfeld für den Innen... vertrieb. Bevorzugt werden ... (In- und Ausland) aus dem Fa... bereich.
Zuschr. erb. u. PS 43 868 an ... Verlag, Postfach, 2000 Hambu...

Exp. Medizin/Medizintech...
Suchen Sie qualif. Beratungs... nehmen Sie mit mir – Dr. ... (exp. med., Univ.-Klinik) – ... auf unter PF 45964 WELT-... Postfach, 2 Hamburg 36

Investieren Sie US-$50 ... verdienen Sie 1 000 00...
Unser Anlageplan bietet Ihnen die ... lichkeit, beträchtlichen Einkomme... jährlicher Rendite von 188 % zu e... len. Die ideale Kapitalanlage für Si... Ihre Familie, die Ihnen hohes Ein... men auf unbestimmte Zeit garan... Mindestanlage US-$ 20 000. Anfr... von Maklern sind willkommen. Wenden Sie sich für weitere Ausk...
GLOBE PLAN SA
24, AV. Mon Repos
CH-1005 Lausanne/Schweiz
Tel.: (0 21) 22 35 12, Telex: 25 ...

BUSINESS OPPORTUNITIES
PROTECT YOUR FUTU...
Invest in Horizons 2000 and provide ... manent security for your entire f... for generations to come. Internati... ly-known accounting firm projects ... vidends of 100% by the 7th year ... over 100% per year by the 9th yea... annual yearly return of 143% for the ... 20 years.
Minimum investment US $ 20,00...
For prospectus and complete detai... English, French, German, or Arabic, ... tact:
Globe Plan SA, Mon Repos 24, ... 1005 Lausanne, Switzerland. Tlx: 2...

Ing.-Büro mit Standort in Stuttgart übernimmt ab sofort **Kundendienstarbeiten für elektronisch gesteuerte Geräte im P... leitgebiet 7.**
Angebote erbeten unter L 3886 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 ... 4300 Essen.

Ihr Zweitbüro in München-Schwabing
ca. 20 bis 25 m², in verkehrsgünstiger Lage, modern, repräsentativ ... funktionsgerecht eingerichtet, verbunden mit einem kompletten Bü... Sekretariat-Service, alle erforderlichen Büromaschinen und -geräte.
Büro Knecht und Partner, Dietlindenstr. 15
8000 München 40, Tel. 0 89 / 36 89 39

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAN...

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Klaus Müller; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich B. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 ... Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße ... Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, T... (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 3...) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 1...) 1 79 11, Telex 9 22 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 1... für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechel

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6

هكذا من الأصل

هكذا صدر الأصل

STAND PUNKT

Wirkliche Sozialhilfe?

Das soll es geben: Irgendwo in Südkalifornien sitzt jemand ohne Arbeit und ohne Geld. Er ist obendrein nicht ganz gesund, der Kreislauf läßt sich nicht stabilisieren. Aber das Interesse an Sport ist ungebrochen – schließlich hat der gute Mann seinen Fernseher. Er wäre sicher an Tagen, an dem ihm sein Kreislauf nicht allzu übel mitspielt, hocherfreut, seine Baseball- oder Footballgötter leibhaftig im Stadion bewundern zu können.

Dem Manne kann beinahe geholfen werden. Nicht mit Base- oder Football, aber mit olympischen Sportarten, die einen Amerikaner ohnehin meist herzlich wenig interessieren. Die Organisatoren der Spiele 1984 in Los Angeles wollen 100 000 Freikarten an ältere Leute, Bedürftige und Behinderte verteilen. Diese Karten sollen zuvor verkauft werden – für 25 000 Dollar das Stück an weniger Bedürftige. 23 000 Dollar davon können dann steuerlich abgesetzt werden. Mithin bleibt – für 2000 Dollar – eine gute Tat, oder etwa nicht?

Das soll es ja geben, daß irgendwo in Südkalifornien jemand ohne Arbeit und Geld sitzt und diese 2000 Dollar dringend gebrauchen könnte. Derjenige würde wohl, bei aller Sportbegeisterung, nicht auf die Idee kommen, sich dafür Eintrittskarten für die Olympischen Spiele zu kaufen. Für so etwas hat der gute Mann seinen Fernseher.

KLAUS BLUME

EISKUNSTLAUF / Verwunderung über Preisrichter bei der EM in Dortmund – Kein Heimvorteil für deutsche Läufer

Cernes Vortrag beklatschte sogar Norbert Schramm

FRANK QUEDNAU, Dortmund

Vielleicht war es nur eine freundliche Geste, weil da sein Landsmann vorführte, was er selbst schon hinter sich gebracht hatte. Doch zur wertfreien Aufmunterung paßte Norbert Schramms gedankenverlorenes, spontanes Händeklatschen beim Zuschauen überhaupt nicht. Vielleicht war es so, daß Schramm hier möglichst Anstand zeigen wollte. Aber so etwas wird vom Kopf gelenkt. Der Eiskunstlauf-Europameister des Jahres 1982 warf sich jedoch gleichsam hinein in Glenn Millers Musik („In the Mood"), die einem anderer gehörte. Schramms empfindsame Musikalität schwang mit, setzte sich auf der Stelle um in rhythmische Körperbewegungen. Der Kopf war bei ihm in diesem Augenblick nur dadurch beteiligt, daß er ihn reckte, um über Trainer, Kameraleute und Bande hinweg besser auf das Eis blicken zu können.

Diese sensible Aufmerksamkeit, die zeigte, daß es Schramm gefallen hatte, galt bei der Kurzkür der Eiskunstlauf-Europameisterschaft in Dortmund dem Landsmann Rudi Cerne. Ihm machte Titelverteidiger Norbert Schramm seine Aufwartung. Mag sein, daß er, der die Sprache mit dem oder besser „seinem" Publikum liebt, in diesem Augenblick nicht begriffen hatte, daß er ein Urteil abgegeben hatte.

Ein Urteil, mit dem die Zuschauer (es waren nur 1000) einig gingen: Rudi Cerne, mit 24 Jahren der Älteste unter den 21 Startern, hatte Schramm übertroffen. Er war sicherer, technisch sauberer, schöner gelaufen. Der gar nicht so häufige Eiskunstlauf-Augenblick, in dem Stilmittel, Vortrag und vorgeschriebenes Programm (sieben Elemente) eine runde Einheit bilden – dieser Augenblick gehörte am Dienstagabend Rudi Cerne. Die Zuschauer klatschten und trampelten, es war nur müßige Volksabstimmung, mit Verachtung gestraft. Das hochverehrte Publikum hat nämlich gefälligst seine Urteilskraft und Fachkenntnis mit der Eintrittskarte abzugeben. Die Preisrichter allein heben und senken die Daumen nach ihrem Ratschluß. Nein, nicht unergründlich zufällig, sondern offensichtlich, nach vorgefaßter Meinung, die sie vorab im stillen Kämmerlein in persönliche Rangfolgen gepreßt haben. Wenn der Sport selbst dazwischenkommt, ein Urteil für (wie hier bei Cerne) oder gegen (wie bei Schramm) einen Läufer spricht, dann kann das nur ein Regiefehler sein, der korrigiert werden muß. „Mich hatten sie nicht auf der Rechnung", sagte Rudi Cerne.

Norbert Schramm hatte vorher bei der persönlichen Chancenabwägung überzeugt und überzeugend sportlich argumentiert: „Man fällt leichter runter, als man raufkommt. Ich bin jetzt der Gejagte." Hinterher, nachdem ihm die beste Kurzkür zugewiesen worden war, nach dem Sprung von Platz vier in der Pflicht auf den zweiten Rang vor der Kür, hat er den Meisterbonus kennengelernt. Der gleicht eigene Fehler aus.

Schramm, im blauen Dreß mit rosa und goldenen Dreiecken und mit rotem Glitzer in der Frisur („Man muß sich eben immer etwas Neues einfallen lassen"), wackelte beim Doppelsprung und in der Sprungkombination. Und bei der Schrittkombination lenkten seine Armbewegungen ab vom fast biederen Fußwerk. Noten bis 5,9 war's den Preisrichtern dennoch wert, die danach bei Cerne bis 5,2 (ein 67 Jahre alter Ungar) heruntergingen. Schramm, dem Flitter verschrieben, dem Flattern an diesem Tag ausgesetzt, kann nichts dafür, daß andere flunkern. Er sagt: „Ich bin ohne größere Fehler durchgekommen." Das ist die selbstkritische Umschreibung dafür, daß es schlimmer hätte kommen können oder sogar müssen. Ob er denn mit den Noten zufrieden sei?. „Ja, sehr", lächelt er wie ein kleines Kind bei einem unverhofften Geschenk.

Heute fällt in der Kür (ab 21.15 Uhr original im ersten Fernsehprogramm) die Entscheidung. Das Gesamtbild aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland ist so hübsch wie nie: Schramm hinter dem Tschechoslowaken Josef Sabovcik Zweiter, Heiko Fischer hinter dem Franzosen Jean-Christophe Simond auf dem vierten Rang. Gold und Bronze also sind noch möglich. Und Rudi Cerne, doch noch in der Gruppe der Besten startend, ist Sechster.

Nur Schramm und Sabovcik kommen wohl für den Titel in Frage. Und dabei, so scheint es, wird der Europameister des letzten Jahres nicht, wie er selbst befürchtet hatte, gejagt, sondern gestützt.

Ihn hatten die Preisrichter nicht auf der Rechnung: Rudi Cerne FOTO: SVEN SIMON

SKI NORDISCH

Notz ließ auch Behle hinter sich

WERNER JUNGE, Oberstdorf

Mit 27 Jahren ist Dieter Notz (Deltingen), Oberfeldwebel der Bundeswehr vom Skizug in Fahl am Fuße des Feldbergs im Schwarzwald, der Älteste in der deutschen Nationalmannschaft der Skilangläufer. Bei den Deutschen Nordischen Ski-Meisterschaften in Oberstdorf war er im 30-km-Langlauf auch überraschend der Schnellste. Bei ständigem Schneefall gewann Dieter Notz im Rohrmoos seinen fünften deutschen Einzeltitel. „Jetzt ist der Knoten geplatzt, ich kann wieder locker laufen", jubelte der 1,81 m große und 69 kg schwere Läufer von der Schwäbischen Alb.

Zu lange war er in den vergangenen Monaten seiner Form hinterhergelaufen und mußte sogar um seinen Platz in der Nationalmannschaft bangen. Hinter ihm belegte Stefan Dotzler (München) mit 54 Sekunden Rückstand den zweiten Platz, und Jochen Behle, WM-Siebter und Titelverteidiger (Willingen) lag sogar 1:20 Minuten zurück. „Ich glaube, jetzt ist auch wieder das Problem des vierten Mannes für unsere Staffel gelöst. Der Dieter ist hervorragend gelaufen, für die Weltcup-Rennen in Sarajewo haben wir einen dritten starken Mann", lobte DSV-Sportwart Professor Dr. Dietrich Martin. Bei den Frauen über 10 km ist Karin Jäger (Hirschau) nach wie vor einsame Spitze. Sie hatte am Schluß über 1:40 Minuten Vorsprung vor Susi Riermeier (München).

VfL OSNABRÜCK

Nun sollen Gerichte entscheiden

dpa/sid, Osnabrück

Der VfL Osnabrück läßt es auf einen Arbeitsgerichtsprozeß gegen die Spieler Ralf Lehmann und Detlef Olaidotter ankommen. Die beiden Profis des Fußball-Zweitliga-Vereins hatten am vergangenen Freitag völlig überraschend dem Verein eine „fristlose Kündigung" geschickt. Da ein Gespräch der Rechtsvertreter der beiden streitenden Parteien nicht zustande gekommen ist, erwirkte der Verein eine einstweilige Verfügung „mit sofortiger Wirkung zur Teilnahme am Trainingsbetrieb und den Spielen".

Vereinspräsident Hartwig Piepenbrock, der alle Rechtsmittel ausschöpfen will, dazu: „Ich hoffe, unser Schritt hat Erfolg, denn wir haben kein Verständnis für die Haltung der Spieler."

Der Verein hatte vor einigen Tagen insgesamt sieben Spielern (darunter auch Lehmann und Olaidotter) einen Brief geschickt, in dem die Vereinsführung die Profis an ihre Pflichten erinnerte, nachdem die Leistungen im Spiel gegen FSV Frankfurt zu wünschen übrig ließen.

„Wir sehen keine Vertrauensbasis mehr zwischen Präsidium und uns", hatten Lehmann und Olaidotter ihre fristlose Kündigung anschließend begründet. Ein Vier-Augen-Gespräch zwischen Vizepräsident Hans-Wilken Canenbley und dem Anwalt der beiden Spieler kam aus terminlichen Gründen nicht zustande.

FUSSBALL / Einst wurde Rüdiger Abramczik gefeiert – mit 26 Jahren aber scheint er schon am Ende

Den „Flankengott" aufs Abstellgleis geschoben

BERND WEBER, Dortmund

Borussia Dortmunds Rechtsaußen Rüdiger Abramczik (26) und Kölns Mittelstürmer Klaus Fischer (33) trafen sich unlängst in ihrer Heimatstadt Gelsenkirchen. Rein zufällig nur, denn obwohl sie nach wie vor dort wohnen, hatten sich die beiden lange nicht mehr gesehen. Dennoch verlief das Treffen nicht gerade freundlich. Im Gegenteil. Fischer provozierte seinen Stürmerkollegen aus langjähriger gemeinsamer Zeit bei Schalke 04 mit einer Frage, die offensichtlich voll ins Schwarze traf. Fischer fragte: „Macht dich das nicht selbst verrückt? Vor ein paar Jahren haben dich noch alle als besten Außenstürmer der Bundesliga, wenn nicht sogar Europas gefeiert. Jetzt bist du im allerbesten Fußballalter, aber du mußt froh sein, wenn dich die Dortmunder am Ende der Saison nicht abschieben." Abramczik wurde kreidebleich vor Wut und giftete zurück: „Du bist in Köln doch auch nur noch Mitläufer." Fischers ruhige Reaktion: „Ich bin mittlerweile in einem Alter, in dem einen die anderen schon einmal überholen. Aber du . . .?"

Aber du, Abbi – was ist mit dir? Diese Frage stellt inzwischen nicht nur Fischer. Die wird gleichermaßen, und immer lautstärker, auch von den Dortmunder Fans, von den eigenen Mannschaftskameraden, vom Borussen-Vorstand und vom Trainer Kalli Feldkamp gestellt. Sie alle nämlich bekamen in den letzten Wochen einen Abramczik zu sehen, der unentschlossen und wenig effektiv übers Spielfeld trabte. Für den kein Gegner mehr einen Sonderbewacher abstellte, und der das Spielgeschehen einige Male auch nur noch von der Reservebank aus verfolgen durfte.

Nichts ist mehr geblieben vom Glanz früherer Tage, als Abbi so trickreich über die Flügel flitzte und so präzise seine Flanken schlug, daß er als „Flankengott aus dem Kohlenpott" Schlagzeilen machte. Der damalige Bundestrainer Helmut Schön holte ihn in die Nationalelf. Abramcziks Premiere, am 22. April 1977 beim 5:0-Sieg über Nordirland in Köln, geriet so berauschend, daß alle glaubten, hier habe einer auf Jahre hinaus seinen Stammplatz in der Nationalmannschaft gesichert. Doch solche Prognosen erwiesen sich als geradezu perfekter Irrtum. Am 25. Februar 1979 bestritt der Dortmunder beim 0:0 gegen Malta sein letztes von insgesamt 19 Länderspielen.

Bundestrainer Jupp Derwall schob den Außenstürmer ab. Richtete danach zwar immer wieder neue Appelle an ihn, er möge sich seines Talents erinnern und endlich um die Bestätigung einst bewiesener Klasse kämpfen. Doch Abramczik nahm die Herausforderung nicht mehr an.

Heute ist er so weit in seiner Leistung abgesackt, daß die Dortmunder tatsächlich wohl kein Interesse mehr daran haben, ihrem Stürmer, den sie vor drei Jahren für 1,2 Millionen Mark dem Ruhrgebietsrivalen Schalke 04 abkauften, einen neuen Vertrag anzubieten.

Die Fans auf den Rängen, die früher nicht müde wurden zu rufen: „Abbi für Deutschland", haben ihren einstigen Liebling auch längst fallengelassen. Letzten Samstag, beim mühsamen 2:1-Sieg über Hertha BSC Berlin, haben sie den Außenstürmer wiederum mehrmals gnadenlos ausgepfiffen. Daß er von den Zeitungen dennoch als Wegbereiter des Dortmunder Siegtreffers bezeichnet wurde, kann Abramczik nur als blanke Ironie empfunden haben: Er habe wenigstens im rechten Moment am Ball vorbeigeschlagen und so dem jungen Michael Zorc die Chance zum Einschuß eröffnet . . .

Trainer Karl-Heinz Feldkamp hatte gehofft, daß die Schelte den Außenstürmer wachrütteln würde. Er hatte erwartet, daß er im Training alles geben würde, um verlorengegangenen Kredit zurückzugewinnen. Doch Abbi rennt und quält sich nicht. Nicht für seine Reputation, nicht für einen neuen Vertrag, über den, zumindest formal, im nächsten Monat gesprochen werden soll.

Abramczik sagte zur WELT: „Wenn die Dortmunder mich nicht mehr haben wollen, dann gehe ich eben ins Ausland. Dort finde ich immer einen Verein, und ich bin sicher, daß ich dort auch sehr gut zurechtkäme." Da schwingt Trotz mit, Nachdenken aber wäre sinnvoller.

Der einstige „Flankengott" ist ratlos: Rüdiger Abramczik FOTO: FMS

Handball-Termine

Bonn (sid) – Der VfL Gummersbach wird seine Halbfinalspiele im Handball-Europapokal der Landesmeister gegen den FC Barcelona am 27. März in der Dortmunder-Westfalenhalle und am 3. April in Spanien austragen. Beide Spiele beginnen um 17.00 Uhr.

Breitners Werbung

Turin (sid) – Paul Breitner, der zum Saisonende seine Fußball-Karriere beendet, hat in Turin für sein Abschiedspiel am 31. Mai im Münchner Olympiastadion geworben. Acht Spieler von Juventus Turin (Zoff, Cabrini, Gentile, Scirea, Tardelli, Rossi, Platini, Boniek) sollen in einer Welt-Auswahl spielen, die gegen Bayern München antritt.

Navratilova vor Gericht

Norfolk (sid) – Der amerikanische Tennis-Star Martina Navratilova muß sich vor Gericht verantworten. Die weltbeste Tennispielerin war wegen überhöhter Geschwindigkeit von einer Polizeistreife angehalten worden und hatte die Beamten beleidigt.

Neuer Trainer in Berlin

Berlin (sid) – Der Jugoslawe Pero Jancic ist neuer Trainer beim Handball-Bundesligaklub Reinickendorfer Füchse. Der frühere Nationaltorwart wird damit Nachfolger von Peter Frank, der aus beruflichen Gründen (Polizei-Sportlehrer) seinen Posten aufgab.

Neue Weltbestleistung

Berlin (dpa) – Die 18 Jahre alte Heike Daute aus Jena hat bei einem Leichtathletik-Sportfest in Ost-Berlin die Hallen-Weltbestleistung im Weitsprung auf 6,88 m verbessert. Die alte Bestmarke hielt Swetlana Sorina-Wanjuschina aus der UdSSR mit 6,83 m.

Schmider traf Rausch

Frankfurt (sid) – Roland Schmider, Präsident des Fußball-Bundesligaklubs Karlsruher SC, führte in Frankfurt ein erstes Informationsgespräch mit Trainer Friedel Rausch über die Nachfolge des beurlaubten Horst Franz. Eine Entscheidung ist noch nicht gefallen.

ZAHLEN

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren: Jülich – Stuttgart 9:4, Bad Hamm – Reutlingen 8:8, Eßlingen – Düsseldorf 3:9, Altena – Saarbrücken 3:9. Tabellenspitze: 1. PSV Bor. Düsseldorf 102:36/22:2, 2. ATSV Saarbrücken 98:45/21:1, 3. TTC Jülich 95:87/18:6 4. SSV Reutlingen/ 85:84.13:11

EISKUNSTLAUF

Europameisterschaften in Dortmund, Herren. Stand nach Pflicht und Kurzprogramm: 1. Sabovcik (CSSR) 2.0, 2. Schramm (Deutschland) 2.8, 3. Simond (Frankreich) 3,0, 4. Fischer (Deutschland) 3,4, 5. Filipowski (Polen) 5.8, 6. Cerne (Deutschland) 6.2, 7. Fadejew (UdSSR) 6,6, 8. Kotin (UdSSR) 6,8, 9. Fedronic (Frankreich) 10.4, 10. Depouilly (Frankreich) 10,8.

Eistanz, Stand nach den Pflichttänzen: 1. Bestemianowa/Bukin (UdSSR) 0,6, 2. Barber/Slater (England) 1,2 . . . 6. Born/Schönborn (Deutschland) 3.6.

TENNIS

Hallenturnier in Philadelphia, zweite Runde: Buehning (USA) – Curren (Südafrika) 6:4, 6:2, Teltscher – Fromm (beide USA) 2:6, 6:3, 6:4, Fibak (Polen) – Dickson (USA) 6:1, 6:2, Walts – S. Mayer (beide USA) 6:4, 5:7, 6:4, Wilander (Schweden) – van't Hof (USA) 6:3, 7:6, G. Mayer – Gilbert (beide USA) 2:6, 6:4, 6:4.

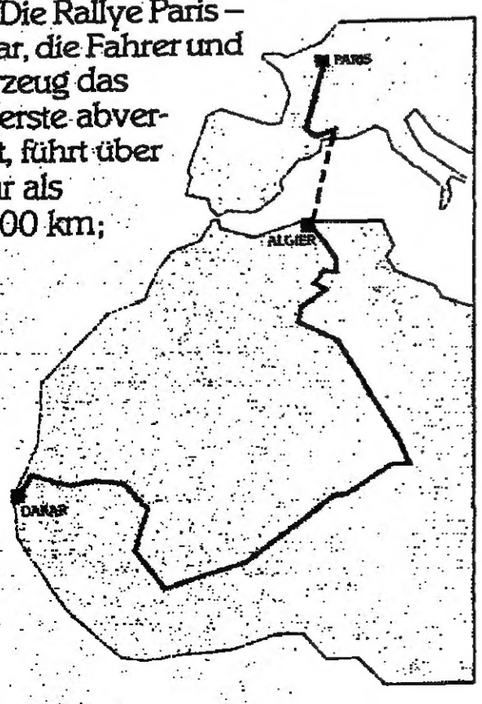
Grand-Prix-Turnier in Caracas, zweite Runde: Soares (Brasilien) – Gomez (Ecuador) 7:6, 3:6, 6:3.

Rallye Paris – Dakar 1983

Erstklassig zuverlässig: Mercedes G.

Einmal mehr haben Mercedes-Fahrzeuge ihr hohes Maß an Zuverlässigkeit unter Beweis gestellt.

Die Rallye Paris – Dakar, die Fahrer und Fahrzeug das Äußerste abverlangt, führt über mehr als 10.000 km;



von Frankreich aus durch die afrikanischen Staaten Algerien, Niger, Obervolta, Elfenbeinküste, Mali, Mauretanien und Senegal – größtenteils Wüstengebiete.

Unter den ersten 20 placierten sich 9 Mercedes-Geländewagen. Den Sieg errang mit einem Mercedes 280 GE der Weltklassefahrer Jacky Ickx.

Auch in der Lkw-Klasse konnten Mercedes-Fahrzeuge ihre überzeugende Leistungsfähigkeit beweisen und den Gewinner stellen: einen Mercedes 1936 AK.

Mercedes-Benz.
Ihr guter Stern auf allen Straßen.

Hanois Truppen rücken in Kambodscha vor

AP, **Bangkok**

Nach der Einnahme und weitgehenden Zerstörung des Flüchtlingslagers Nong Chan an der kambodschanisch-thailändischen Grenze sind die vietnamesischen Truppen mit Unterstützung von Artillerie gestern in Richtung auf ein zweites Lager mit kambodschanischen Flüchtlingen vorgedrungen.

Thailand hat nach der vietnamesischen Aktion seine Truppen im Grenzgebiet in höchste Alarmbereitschaft versetzt und gewarnt, es werde seine Souveränität verteidigen, falls die Vietnamesen die Grenze überschritten.

Die thailändische Regierung warf Vietnam eine „inhumane Handlungsweise" vor und verurteilte vor allem die Zerstörung des Krankenhauses im Lager von Nong Chan. Das Lager, in dem sich rund 30 000 Zivilisten und Untergrundkämpfer aufhielten, brannte nach Berichten von Journalisten vor Ort zu etwa drei Vierteln nieder. Es soll Tote und Verletzte gegeben haben.

48 verwundete Kambodschaner sind nach Angaben des Roten Kreuzes in das nahegelegene Flüchtlingslager Khao-I-Dang gebracht worden, das sich auf thailändischem Territorium befindet.

Gewaltverzicht auch für Afghanistan

● Fortsetzung von Seite 1

Auf die Frage, warum Reagan und Bush ausgerechnet von West-Berlin aus Angriffe gegen die Sowjetunion gerichtet hätten, erwiderte Genscher, der Präsident und sein Vizepräsident hätten für den Frieden gesprochen. „Und für Initiativen des Friedens ist Berlin ein besonders geeigneter Ort."

Auf die „Gefahren" der Nachrüstung angesprochen, verwies Genscher auf die anhaltende Bedrohung der Westeuropäer durch sowjetische SS-20-Raketen. „Den Europäern wäre nichts lieber, als ein Verzicht auf diese ganze Waffengattung." Sollte Moskau dazu aber nicht bereit sein, so könnte am Zeitpunkt des Beginns der Nachrüstung nichts mehr geändert werden. Westeuropa und Amerika trennen zu wollen, wäre illusionär.

Ein Prager Journalist fragte: „Wie schätzen Sie die kritischen Artikel in der CSSR-Presse im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag der Machtergreifung Hitlers ein?" Genscher antwortete: „Wenn die Leser dieser Artikel in der CSSR-Presse die Möglichkeit hätten, unser Land zu besuchen, so würden sie feststellen, daß sie in einem anderen Land sind, als es in der CSSR-Presse beschrieben wird."

Genscher verteidigte auch den in Osteuropa scharf kritisierten Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann, der mit seinen Äußerungen zur deutschen Ostgrenze nichts anderes getan habe, als an eine gemeinsame Entschließung des Bundestages aus dem Jahre 1972 anzuknüpfen, die allen Vertragspartnern bekannt gewesen sei und noch bekannt sei. „Daran kann nicht die Vermutung geknüpft werden, daß es irgend jemanden in der Bundesregierung gäbe, der nicht zu den Verträgen steht und der nicht die Absicht hat, die Beziehungen positiv zu entwickeln. Sie alle wollen verläßliche Partner sein und niemand hat die Absicht, das Rad der Geschichte zurückzudrehen." Die Haltung Zimmermanns werde schon an seiner Absicht deutlich, im März dieses Jahres die CSSR zu besuchen.

SPD-Parteitag im Herbst: Gegen Stationierung?

Andeutungen von Egon Bahr / Alternative: Moratorium

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Egon Bahr hat die Möglichkeit in Aussicht gestellt, daß sich die SPD auf ihrem für Herbst geplanten Parteitag gegen die Stationierung US-Mittelstreckenwaffen auf deutschem Boden aussprechen wird, falls sich die USA bis dahin nicht bei den Genfer INF-Verhandlungen „bewegen".

Gleichzeitig gab Bahr in einer öffentlichen Diskussion mit dem Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Lothar Ruehl, über den NATO-Doppelbeschluß die Erwägung bekannt, die SPD könnte sich auch auf eine Verlängerung der Zeit bis zum Stationierungsbeginn einigen, wenn der Verhandlungsstand in Genf in absehbarer Zeit ein Ergebnis erreichbar erscheinen lasse.

Die mögliche SPD-Forderung nach einem solchen Moratorium ginge im wesentlichen zu Lasten der USA, ließ Bahr erkennen. Nach Verabschiedung des Doppelbeschlusses durch die NATO habe es zwei Jahre bis zur Aufnahme der Genfer Verhandlungen gedauert. Eineinhalb Jahre hätten die USA gezögert, ein halbes Jahr die Sowjetunion. Den entscheidenden Grund für die amerikanische Zurückhaltung, den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan, ließ Bahr unerwähnt.

Auch die Tatsache, daß die Genfer Verhandlungen zur Zeit auf der Stelle treten, lastete der SPD-Politiker den USA durch die Feststellung an, die Sowjetunion habe sich „bewegt, die USA aber nicht, und sie sind stolz darauf". Falls die USA dabei bleiben sollten, „wird das zu unserem Nein (in der Stationierungsfrage, die Red.) führen", fügte Bahr hinzu.

Er ließ keinen Zweifel daran, daß die SPD die sowjetische Forderung nach Einbeziehung der französischen und britischen Atomwaffen mit strategischen Reichweiten in die Kräftegleichung in Europa nachdrücklich unterstützt. So würde nach Ansicht der Sozialdemokraten eine Nachrüstung überflüssig, wenn die Sowjetunion sich bereit fände, ihr Mittelstreckenpotential auf das Niveau der entsprechenden britischen und französischen Waffen zurückzuführen.

Ruehl stellte die Behauptung Bahrs, die Sowjetunion habe sich in Genf „bewegt", entschieden in Frage. Die von Moskau öffentlich gemachten Vorschläge seien höchst vage. Bislang habe es den Anschein, als versuche die Sowjetunion, sich Sicherheit in Europa nach ihren Bedingungen zu verschaffen. „Gemeinsame Sicherheit" dürfe jedoch nicht allein vom Gegenüber bestimmt werden, betonte der Staatssekretär. Er beschrieb die SS-20-Rüstung der Sowjetunion in freier Variation der klassischen Clausewitzschen Kriegstheorie als „neues Mittel der Politik", mit dem Krieg durch Kriegsfurcht ersetzt werde.

Warnung vor Verzicht auf Nachrüstung

AFP/AP, **Washington**

Der amerikanische Staatssekretär im Außenministerium, Lawrence Eagleburger, hat vor einem Verzicht auf die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa gewarnt, bevor die sowjetischen SS 2o abgebaut sind: Dies wäre „der Anfang vom Ende" der atlantischen Allianz.

Während einer Rede vor den Führern des Jüdischen Weltkongresses in Washington forderte Eagleburger die NATO-Partner auf, dem sowjetischen Druck gegen die Aufstellung von 572 Cruise Missiles und Pershing 2 zu widerstehen. Sonst „müssen wir mit einer noch aggressiveren Haltung rechnen". Die Vergangenheit habe gelehrt, daß die Sowjetunion ihre Politik nur angesichts westlicher Entschlossenheit mäßige.

Der amerikanische Politiker machte deutlich, daß wenig Hoffnung bestehe, bei den Genfer INF-Verhandlungen vor der für das Jahresende geplanten westlichen Nachrüstung zu einer Einigung zu kommen. „Ich bin überzeugt, daß die Verhandlungen nicht enden werden, wenn wir mit unserer Stationierung beginnen." Zugleich unterstrich Eagleburger jedoch, daß Washington keine Anstrengung scheuen werde, um noch vor Jahresende zu einem Übereinkommen zu gelangen.

Wenig optimistisch äußerte er sich darüber, daß sich die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen unter dem neuen Parteichef Jurij Andropow verbessern könnten. Das Verhältnis könne zwar von Persönlichkeiten geprägt werden, doch bestünden so grundlegende Meinungsunterschiede, daß ein einzelner allenfalls am Rande Wirkung erzielen könne.

Reagan hält Angebot zu Gipfel aufrecht

AP/rtr/ms, **Washington/Bonn**

Enttäuschung hat bei der Regierung in Washington die Ablehnung des Vorschlags von Präsident Reagan an den sowjetischen Parteichef Andropow ausgelöst, auf einem Gipfeltreffen ein Abkommen über ein Verbot aller atomaren Mittelstreckenraketen in Europa zu unterzeichnen.

Die USA hielten aber weiterhin an ihrem Angebot zu einem Treffen zwischen Reagan und Andropow zur Unterzeichnung eines solchen Abkommens fest, sagte ein Sprecher des Außenministeriums. „Wir hoffen, daß es von der Sowjetunion weiter geprüft wird."

Reagan selbst sagte in einem Interview der ST. Louis Post-Dispatch auf die Frage, ob er den Sowjets ein neues Signal habe geben wollen: „Nein, offen gesagt, ich reagierte ganz einfach auf ihre ungeheuren Propaganda-Anstrengungen, mit denen sie versuchen, unseren legitimen Abrüstungsvorschlag herabzusetzen."

Mit Erstaunen ist bei politischen Beobachtern im Westen registriert worden, daß Andropow die Antwort auf Reagans Vorstoß in einem in russischer Sprache geführten Interview mit Radio Moskau gegeben hat. Auswerter der Bundesregierung, die seit vielen Jahren die Medien in der Sowjetunion beobachten, können sich an keinen vergleichbaren Vorgang erinnern.

Das Verhalten von Andropow läßt aus der Sicht der Fachleute die Schlußfolgerung zu, daß dieses Interview ausgestrahlt wurde, um Anhängern einer bislang verborgenen Friedensbewegung zu signalisieren, daß die Partei weitgehende Hoffnungen nicht zulassen werde.

Seite 2: An der Basis

Erdöl vier bis fünf Dollar billiger?

■ Fortsetzung von Seite 1

Güter nicht mehr verkaufen könnten.

WELT: Aber für den Autofahrer und den Verbraucher von Heizöl würde sich ein sinkender Ölpreis doch positiv auswirken.

Buddenberg: Die eingetretene Entspannung bei den Rohölpreisen ist in der Tat zu begrüßen; und ich glaube, daß wir für das Jahr 1983 mit um etwa vier bis fünf Dollar je Barrel niedrigeren Preisen rechnen können. Das ist gut für unsere Wirtschaft und für die Verbraucher. Wir müssen jedoch im Interesse einer gesicherten und weitestgehend unabhängigen Energieversorgung in längerfristigen Zeiträumen denken. Es muß vermieden werden, daß Investitionen im Energiesparsektor zurückgehen und andere Energien, wie die eigene Kohleproduktion und auch die verschiedenen Arten der Kohleveredelung, vernachlässigt werden. Dies alles sollte der Verbraucher bedenken.

WELT: Und welche energiepolitischen beziehungsweise energiewirtschaftlichen Schlußfolgerungen ziehen Sie daraus?

Buddenberg: Unsere Wirtschaft braucht vor allem Stetigkeit. Überzogene Ausschläge nach oben und unten gefährden die Kontinuität und bergen erhebliche Risiken. Dies haben wir sehr eindringlich nach der Ölpreisexplosion 1980 erlebt. Dasselbe umgekehrt würde wiederum eine Schockwirkung mit negativen Begleiterscheinungen für die Wirtschaft bedeuten. Ein Dialog zwischen Verbraucherländern und Ölförderstaaten ist in dieser Situation sicher sehr nützlich.

BP-Chef Buddenberg

WELT: Was heißt das konkret?

Buddenberg: Auf eine einfache Formel gebracht: Die von den Opec-Staaten geförderten und von uns benötigten Rohöle müßten auch in Zukunft unter dem Gesichtspunkt einer echten Partnerschaft den Märkten zur Verfügung gestellt werden.

WELT: Würde eine solche Partnerschaft auch zu einer konkreten Kooperation führen, und haben Sie derartige Pläne?

Buddenberg: Ja, wir führen mit verschiedenen Ölproduzenten Gespräche in dieser Richtung.

Gesagt

„Die NATO ist ein Verteidigungsbündnis – wir werden niemals Gewalt, ob konventioneller oder atomarer Natur, anwenden, wenn wir nicht angegriffen werden."

Alan Romberg, stellvertretender Pressesprecher des State Department in Washington

800 000 Mark Abfindung für NH-Manager?

Richter macht Vergleichsvorschlag / „Gehalt etwas hoch"

dpa/DW. **Hamburg**

Im Prozeß um die Rechtmäßigkeit der Kündigungen gegen die ehemaligen Neue-Heimat-Vorstandsmitglieder Harro Iden und Wolfgang Vormbrock hat die Kammer für Handelssachen beim Hamburger Landgericht gestern einen Vergleich vorgeschlagen: Iden soll 800 000 und Vormbrock 600 000 Mark Abfindung erhalten.

Iden und Vormbrock, denen im Ferbruar vergangenen Jahres im Zusammenhang mit der Neuen-Heimat-Affäre gekündigt worden war, wollen feststellen lassen, daß ihr Arbeitsverhältnis durch die Kündigung nicht aufgehoben wurde und ihnen damit eine Fortzahlung ihres Gehalts bis Ende 1985 zusteht. Bei Iden würde es sich um rund 1,6 Millionen, bei Vormbrock um rund 1,3 Millionen Mark handeln.

Sowohl bei Iden als auch bei Vormbrock kürzte das Gericht bei seinen Berechnungen das Gehalt um 20 Prozent, weil – so Richter Urban – diese Gehälter für ein gemeinnütziges Unternehmen „etwas hoch" seien. Bei Iden legte das Gericht monatlich 30 240 Mark, bei Vormbrork 21 923 Mark zugrunde. Zum Vergleich führte er das Gehalt des Bundeskanzlers an, das nur 19 263 Mark betrage.

Der Richter wies darauf hin, daß die Kammer eine gütliche Einigung für besonders dringlich halte. Es sei zu überlegen, ob die Neue Heimat nicht „etwas über das Ziel hinausgeschossen" sei und ob eine Abberufung der beiden von ihren Vorstandsposten nicht ausgereicht hätte. Urban gab deutlich zu verstehen, daß die Kläger gute Prozeßchancen hätten. Schon das formelle Verfahren bei der außerordentlichen Kündigung sei bedenklich.

Urban schlug der NH vor, Vormbrock für die Zeit von März 1982 bis Ende 1984 eine monatliche Summe von rund 21 900 Mark oder eine Gesamtabfindung von 600 000 Mark zu zahlen. Für Iden wurde ein Monatsentgelt von rund 30 200 Mark oder eine Abfindung von 800 000 Mark vorgeschlagen.

Wie in der Verhandlung mitgeteilt wurde, verdiente Vormbrock bei der gemeinnützigen NH und der Neuen Heimat Stadtbau fast 30 000 Mark im Monat. Dazu kamen noch Tantiemen. Iden brachte es bei beiden Unternehmen auf fast 36 000 DM monatlich.

Die Verhandlung soll am 9. März fortgesetzt werden. Kommt kein Vergleich zustande, werden in einem Verfahren mehr als 30 Zeugen gehört werden. Als Zeugen benannt wurden dabei auch der frühere DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter und die Gewerkschaftsführer Eugen Loderer (IG Metall) und Rudolf Sperner (IG Bau, Steine, Erden) sowie der ebenfalls fristlos entlassene ehemalige Vorstandsvorsitzende der NH, Albert Vietor.

SPD begrüßt die DGB-Forderung nach Null-Lösung

GÜNTHER BADING, **Bonn**

Das SPD-Präsidium hat in einer Stellungnahme zu den Wahlprüfsteinen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) die Gewerkschaftsforderung nach einer Null-Lösung bei den Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenraketen in Europa begrüßt. Dies überrascht um so mehr, als sich führende Politiker der SPD in den vergangenen Wochen immer mehr von dieser Position entfernt hatten.

Der DGB fordert in den „Prüfsteinen" zum Thema „Frieden und Entspannung" unter anderem, daß die Verhandlungen zwischen USA und Sowjetunion über die Stationierung der Mittelstreckenraketen ernsthaft und zügig fortgesetzt werden müßten. „Alle in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Waffen dieser Art müssen abgebaut werden. Es darf keine Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in Europa geben", heißt es wörtlich in den DGB-Forderungen. Das SPD-Präsidium erklärte in der gestern in Bonn veröffentlichten Stellungnahme dazu: „Die SPD kann hier alle Forderungen des DGB nicht nur akzeptieren; sie trägt sie aus eigener Überzeugung."

Zu den übrigen drei Prüfsteinen – Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Demokratisierung der Wirtschaft, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit – nimmt das SPD-Präsidium fast ausnahmslos positiv Stellung. Nach der Versicherung, daß die Grundaussagen des DGB geteilt würden, setzt sich das Parteipräsidium für die vom DGB geforderte Ergänzungsabgabe, den Ausbau der Mitbestimmung, die „Ächtung der Aussperrung" und auch für die 35-Stunden-Woche ein.

Stoltenberg: Kapitalflucht bei rot-grünem Sieg

DW. **Bonn**

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg befürchtet, daß es im Falle eines Sieges von SPD und Grünen bei der Bundestagswahl am 6. März zu einem „drastischen Niedergang der deutschen Wirtschaft und zur größten Kapitalflucht der Nachkriegszeit" kommen werde.

In einem Interview mit der Illustrierten „Bunte" betonte er, daß die Wirtschaft in den vergangenen Wochen deutlich steigende Auftragseingänge notiert habe. Dies sei ein Zeichen für eine Trendwende und „erste Triebe nach einem harten Winter, die aber ein unerwarteter Frost wieder zerstören kann".

Die von der SPD geforderten staatlichen Programme zur Ankurbelung der Wirtschaft bezeichnete der Finanzminister als „Strohfeuer-Programme". Die CDU versuche demgegenüber, die Wirtschaft durch steuerliche und rechtliche Erleichterungen dauerhaft zu stärken.

Mit einem klaren Nein antwortete Stoltenberg auf die Frage, ob die Bundesbürger unter einer mit absoluter Mehrheit regierenden Union mit höheren Verbrauchssteuern rechnen müßten. Er unterstrich, daß die CDU vielmehr die Möglichkeiten prüfe, die Steuern zu senken.

Als erste Schritte in diese Richtung nannte er eine weitere Entlastung des gewerblichen Mittelstandes vom Jahre 1984 an sowie eine Verbesserung der Vermögensbildung für Arbeitnehmer. An eine Senkung der Lohnsteuer könne erst gedacht werden, wenn die Haushalte wieder gesund seien. Er hoffe, daß dies bis zum Ende der nächsten Wahlperiode der Fall sei.

War ein neues Attentat auf den Papst geplant?

AP/AFP/dpa, **Mail**

Der Türke Mustafa Savak ist stern in Mailand unter dem dacht festgenommen worden, Attentat auf Papst Johannes II. vorbereitet zu haben.

Der Mordanschlag hätte, so Vorwürfe, während eines für geplanten Besuches des Papstes Mailand stattfinden sollen. Festnahme Savaks ging die Identifizierung eines Italieners voraus, erklärt haben soll, Savak habe eine „eher bescheidene" Summ als Lohn für die Ermordung Papstes angeboten.

Die Staatsanwaltschaft will ermitteln, ob tatsächlich ein neuer Attentats-Plan vorliegt oder ob sich um die frei erfundene schichte eines Phantasten hand Nach Angaben des Rundfunks folgte die Festnahme Savaks Rho bei Mailand, nachdem ein formant der Polizei gemeldet hat der Türke habe „mehrere Pa nen" angesprochen, um ein Att tat auf den Papst zu organisier In Italien sind bereits zwei T ken und ein Bulgare unter Vorwurf in Haft, sie hätten dem Türken Ali Agca konspi

SPD kritisiert Kernenergiepolitik

HEINZ HECK, **Be**

Die Kernenergiepolitik von B desinnenminister Friedrich Zi mermann (CSU) sei „gegen die bensinteressen des Reviers ger tet". Das hat ihm der stellvertret de SPD-Fraktionsvorsitzende K Liedtke gestern vorgewor Durch den Zubau von Kernkra werken mit etwa 12 000 Megaw zusätzlicher Leistung würd „mindestens 30 000 Arbeitsplät im Bergbau akut gefährdet", der zusätzliche Atomstrom voll Lasten der Steinkohle gehe.

Das Deutsche Atomforum h Liedtkes Behauptungen, daß Kernenergie den Kohlbergbau fährde, für „unzutreffend". Einsatz deutscher Steinkohle der Stromwirtschaft sei durch Jahrhundertvertrag langfris abgesichert.

Bischöfe rügen Anspruchsdenken

KNA, **Bon**

Um die Hauptprobleme der G genwart – Arbeitslosigkeit, Friedenssicherung – zu bewält gen, ist es nach Auffassung deutschen katholischen Bisch unerläßlich, daß alle „überzoge Anspruchsdenken" zurückdrä gen und „das Gemeinwohl über Gruppeninteressen stellen". In nem Hirtenwort zur Bundestag wahl, das am kommenden W chenende in allen katholische Gottesdiensten der Bundesrep blik verlesen wird, rufen die B schöfe zu einem fairen Wahlkam auf und ermahnen alle Katholik von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen.

Verhandlungen aufgenommen

rtr, **Ge**

Nach zweimonatiger Pause si gestern die amerikanisch-sowjet schen START-Verhandlungen Genf wieder aufgenommen wu den. US-Unterhändler Edwa Rowny räumte ein, daß es in d Frage der Verringerung der strat gischen Rüstung „ernsthafte Hi dernisse" für ein Abkommen geb „Aber es gibt nichts, was nic überwunden werden kann, we man Ernsthaftigkeit und gute Willen an den Tag legt."

Oft bemäkelt: Volksmusik im Fernsehen

Jodeln und viel Gemüt

Wenn es auch so Mancher nicht wahrhaben mag, eine ZDF-Medien-Studie brachte es ans Tageslicht: 60 Prozent der Fernsehzuschauer begrüßen es, wenn Volksmusik in die gute Stube schallt. Roland Steinel, Ober-Jodler der Nation, erhielt nach einem Auftritt im ZDF-Dauerhit „Lustige Musikanten" einen Brief aus dem Erzgebirge: „Ihre Lieder sind einzig, wunderbar vom Text und der Musik her, einmalig interpretiert. Dies beweist auch Ihre Liebe zur Heimat und den Bergen."

An diesem Punkt aber scheiden sich die Geister. Hochgestochene Feuilletons finden für Auftritte von Heino und dgl. Wendungen wie

Lustige Musikanten – ZDF, 19.30 Uhr

„geschmacksnivellierende Anpassungsschnulzen". Aber Mainz hat mit Volksmusik eine Publikums-Show gemacht, die mit vollem Rohr auf die Herzen der Zuschauer zielt. Tatsächlich erreichten die 29 bisher ausgestrahlten „Lustigen Musikanten" einen Durchschnittswert von 13 Millionen Zuschauern pro Abend. Als die erste Sendung – wie fast alle folgenden – live am 25. November 1971 ausgestrahlt wurde, da entlud sich das aufgestaute Verlangen nach Jodel, Trubel, Heiterkeit und Gemüt in einer Zuschauerbeteiligung von 47 Prozent – das sind knapp 18 Millionen. „Dallas" beispielsweise erreicht „nur" 14 Millionen im Durchschnitt.

Peter Gerlach, unter dessen Regie die „Lustigen Musikanten" mit Strategie und Taktik aufs Publikum losgelassen wurden, hat dabei eine klare Aussage zu machen: „Wenn wir wissen, was der Zuschauer mag, dann haben wir die Aufgabe, diesem Geschmack Rechnung zu tragen. Denn der Zuschauer ist mündig. Und wir sind für ihn da – und nicht umgekehrt, wie manche Kritiker meinen." Und Wolfgang Penk, der neue Unterhaltungschef des ZDF, denkt da keinen Deut anders. Penk: „Wir machen Zuschauer-Fernsehen und schielen dabei nicht auf hochgestochene Feuilletons."

Ernst Mosch, Pionier böhmischer Blasmusik, wurde unlängst in Prag offiziell als einer derjenigen gefeiert, die diese Musik auch im Westen erhalten haben. Oder Roland Steinel: „Das, was diese eingebildeten Eliten über Volksmusik erzählen, zeigt nur, wie weit sie sich von diesem Volk entfernt haben, in dessen Namen sie sonst so gerne reden."

Maria und Margot Hellwig, Franzl Lang, Hans Krönauer, die Oberkrainer und wie sie sonst alle noch heißen, haben nichts anderes getan – und dies ist äußerst verdienstvoll – als ein Stück Liedgut ihrer Heimat durch alle Pop-Moden hindurch zu erhalten.

Eine ganz andere Sache ist die Machart der Sendung: Sie ist steril, marionettenhaft von einem Regisseur inszeniert, der sich offenbar sagt: „Hier brauchen wir nur mit links herunterzukurbeln, geguckt wird immer." Der verantwortliche Redakteur der Sendung, Eberhard Roeschen, hat das Gefühl für den Zuschauer längst verloren – die Einschaltquoten gehen sukzessive, aber beständig zurück.

Und auf dem Musikmarkt bewirkt die ehemals so erfolgreiche Sendung so gut wie nichts mehr: Der Anteil verkaufter Platten mit Volksmusik ist 1982 auf knapp unter zwei Prozent gesunken. Anders gesagt: Die beliebten „Lustigen Musikanten" des ZDF müssen neue Konturen bekommen. Das bisherige Konzept ist verschlissen.

REGINALD RUDORF

KRITIK

Reigen des Unheils

Auch ein paar Szenensplitter aus Karl Kraus' „Dritter Walpurgisnacht" können nicht unbedingt widerlegen, daß dem sprachgenialen Wiener Literaten zu Adolf Hitler kaum mehr eingefallen ist als das vielzitierte Nichts. Vermutlich aber sollten sie eben dies gar nicht widerlegen. Kraus hat wohl selbst – auch mit den hier zitierten Passagen – die Kapitulation der Sprache vor dem grausamen Widersinn der Wirklichkeit manifestieren wollen. „Es bleibt unvorstellbar, doch da es geschah, ist das Wort nicht mehr gebrauchbar." Helmut Qualtinger leider interpretiert diesen Kraus schlampig, ungewohnt einfallslos, und es scheint schlicht, als habe er sich da nicht vorbereitet. Peinlich fast, wie er – der überragende Rollen-Multi – hier höchst unangebracht und mißglückt mit dem Tonfall des eben zum Reichskanzler avancierten Nazi-Führers Kabarett zu machen sucht.

Aber Wolfgang F. Henschel gestaltet seine Collage **„Beginn der Walpurgisnacht"** (ZDF) zu einem Panorama der Irrungen, der Hoffnungen und der Angst, wie es sich an jenem 1. Februar 1933 bot, zwei Tage nach der „Machtergreifung". Schon in Hitlers ersten Kanzlertagen war alles Leid der Verfolgung, alles Elend des Krieges – unverkennbar und doch viel verkannt – grundgelegt, ließen die letzten Zuckungen einer vielfältigen Presse noch einmal die inneren politischen Kämpfe aufbrodeln, ehe sich die große Zensur-Guillotine nicht nur der Schlagzeilen und Zeitungsköpfe, sondern auch der Köpfe ihrer Gestalter annahm. Deutschland war erwacht, und mit einem Schlag waren auch all die denunziatorischen Hausmeister erwacht, die nichts Unarisches mehr dulden mochten in ihren Häusern.

Allzu leichtfertig aber erscheint Henschels Reigen des Unheils vom tristen sozialen Hintergrund jener Zeit losgelöst, der erst den Erfolg der Nazis möglich machte. Denn Hitler war bei aller Grausamkeit, die folgen sollte, nicht das Produkt eines massenergreifenden Sadismus, sondern einer sich an die Versprechungen eines Verführers klammernden Hoffnung. So rekonstruiert dieses Szenenkunterbunt zwar mit bestechender Tiefenschärfe die Fronten des Politischen, ignoriert aber die ausgebeutete Kraft des Unpolitischen.

HERMANN A. GRIESSER

STUDIO

In drei Folgen hat auch das israelische Fernsehen das Drama **„Die Geschwister Oppermann"** gesendet. Es war das erste Mal, daß ein Spielfilm in deutscher Sprache über israelische Bildschirme lief. Vor der ersten Aufführung gab es zwar Tausende von Protesten, nachher nicht einen einzigen (so zumindest beschied die Sprecherin des Fernsehens dem SAD). Der Kritiker der Zeitung „Yediot Achronot", Aharon Bechar, war außer sich vor Entzücken über das Fernsehspiel: „Schon nach der ersten Folge konnte man sehen, daß wir hier eines der besten Dramen vor uns haben, die unser Fernsehen je gezeigt hat . . ."

Die meisten Israelis konnten dem Film jedoch nur teilweise folgen, denn die Deutschsprechenden sind heute eine Minderheit. (SAD)

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 Eiskunstlauf-EM
10.45 Der Frosch und die Eintagsfliege
12.10 Bilanz
12.55 Presseschau
13.00 heute

15.25 Tagesschau
15.30 Verlorene Wünsche
Porträt einer türkischen Familie in Memmingen
Von Renate Stegmüller und Raimund Koplin
Um der Heirat mit einem Mann zu entgehen, den sie nicht liebte, ließ sich die junge Türkin Semiha als Hilfsarbeiterin in die Bundesrepublik vermitteln. Sie arbeitete in einer Käsefabrik in Wangen, lernte einen Mann ihrer Wahl kennen und bekam fünf Kinder.
16.15 Tom Sawyer und Huckleberry Finn
Jim wird verraten
16.40 Die Ferien des Herrn Rossi
Urlaub auf dem Bauernhof
17.05 ARD-Sport extra – aus Dortmund
Eiskunstlauf-EM
Eistanz – Freier Spurenbildtanz
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschließend
Der 7. Sinn
16.00 heute
16.04 Faszinierendes Weltall
Sonne und Sterne
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.55 Immer Ärger mit Pop
Letzte Folge
17.00 heute
17.08 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Graham Bonney
17.50 . . . und die Tuba bläst der Huber
Der Chiemseemaler
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Sherlock Holmes und Dr. Watson
19.00 heute
Anschließend:
Parteien zur Wahl
19.30 Lustige Musikanten
21.00 heute-journal
21.20 Kennzeichen D
Themen: Mieter-Ängste: Wer kann sich noch Wohnraum leisten, wenn die Mieten weiter steigen – Wohnungsprobleme am Beispiel der Stadt Köln. / Deutscher Dreck: Durch Luft und Flüsse schieben sich die „DDR" und die Bundesrepublik ihren Umweltschutz zu. Läßt sich der Kreislauf des deutschen Drecks noch stoppen? / Zwei Sorten Mensch: Warum ein Unternehmer, der Arbeiter und Angestellte gleich bezahlt, aus dem Verband der Metall-Industrie flog / Rock aus Ost-Berlin
Moderation: Ernst Elitz
22.05 Das kleine Fernsehspiel
„Eine Zeitlang, es war in Rom, dachte er nur an schneebedeckte Felder"
Die Geschichte eines Einsamen
Buch und Regie: Erwin Michelberger
Der Film handelt von Jugendlichen, die es nie gelernt oder wieder verlernt haben, miteinander zu sprechen, von sich zu sprechen oder anderen zuzuhören. Der Ort, an dem sie leben, ist austauschbar, die Menschen, mit denen sie Kontakt haben, sind zufällige Begegnungen.
23.35 heute

WELT Videotext

täglich von 16 Uhr bis Sendeschluß (ARD und ZDF) unter den Nummern 601, 602, 603

20.18 Deutschland vor der Wahl
Frauen in der Politik
Eine Diskussion mit Bundestagskandidatinnen
21.15 ARD-Sport extra – aus Dortmund
Eiskunstlauf-EM
Kür der Herren
22.45 Tagesthemen
23.15 Mittags auf dem Roten Platz (2)
Film von Dieter Wedel
Mit Monika Bleibtreu und Michael Degen u. a.
Dieter Wedel führt nicht nur das Schicksal von „Abweichlern" in der UdSSR vor, vielmehr erzählt er im Film auch von der Entstehung des Films. Dadurch zeigt er, wie problematisch es ist, „Realität" objektiv darzustellen.
0.55 Tagesschau

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Film am Donnerstag
Feuersturm
Amerik. Spielfilm, 1961
21.45 Landesspiegel
22.15 Nachtschalter

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Briefmarken nicht nur für Sammler
18.45 Follow me (13 und 14)
19.15 Was tun?!
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Die großen und die kleinen Flüchten (7)
Engl. Spielfilm, 1951
21.50 Kultur aktuell:
22.35 Beat-Club

HESSEN
18.50 Sindbad, der Seefahrer
19.15 Natur und Technik
20.00 Tagesschau
20.15 Filmstudio
Nur die Pflanze war Zeuge
US-Spielfilm, 1978
21.40 Drei aktuell
21.55 Kulturkalender
22.25 Alles, was geschieht, geht dich a
Der Dichter Günter Eich
23.10 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
18.30 Telekolleg I
19.00 Fernsehspiel des Auslands
20.15 Phantasie gegen Monotonie
21.05 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg
21.50 Freiplatz
Nur für Rheinland-Pfalz
21.50 Magazin regional Zeitraffer
22.15 Zugabe
Nur für das Saarland
21.45 TV-Club Saar 3

BAYERN
18.55 Nur einen Sommer lang:
18.45 Rundschau
19.00 Z. E. N.
19.05 Fernsehtheater
20.20 Analyse
20.45 Rundschau
21.00 Heut' abend . . .
21.00 Der Sportstammtisch
22.50 Sperrfrist

Krisenhilfe von der BIZ

cd. – Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel, die Bank der Notenbanken, ist in der letzten Zeit immer mehr in die Rolle einer Feuerwehr hineingewachsen. Sie hat bei der Zahlungsunfähigkeit Mexikos und Brasiliens, Ungarns und Jugoslawiens und jetzt gerade Argentiniens mit Überbrückungskrediten verhindert, daß an den internationalen Finanzmärkten Flächenbrände entstehen, die das ganze weltweite Finanzsystem zum Einsturz bringen.

Nun soll der BIZ-Präsident Fritz Leutwiler, hauptamtlich Chef der Schweizerischen Nationalbank in Davos, erklärt haben, die BIZ werde künftig Ländern mit akuten Zahlungsbilanzschwierigkeiten keine derartigen Überbrückungskredite mehr einräumen. Zwar ließ sich für diese Meldung einer Nachrichtenagentur keine Bestätigung finden. Doch gibt es einiges, was für ein Überdenken der BIZ-Politik spricht.

So hilfreich die BIZ-Feuerwehr in den wirklich akuten Krisenfällen Mexiko und Brasilien war: à la longue ist die BIZ, sind die wenigen starken Notenbanken, die ihr das Geld zur Verfügung stellen, mit dieser Aufgabe überfordert. Akute Zahlungsbilanzhilfe ist Sache des Internationalen Währungsfonds (IWF). Dem helfen elf Notenbanken bereits mit einer Verdreifachung der Mittel aus den „Allgemeinen Kreditvereinbarungen" auf rund 20 Milliarden Dollar.

Bei zu weitherziger Hilfsbereitschaft droht die BIZ zu einem Selbstbedienungsladen zu werden, der vom bitteren Gang zum IWF abhalten könnte. Im übrigen birgt auch nicht jede Länder-Zahlungsnot die Gefahr eines Zusammenbruchs des Währungssystems in sich. Es genügt wohl, wenn die BIZ sich für wirklich ganz kritische Fälle bereit hält.

Verzerrung

Py. – Das Kraftfahrzeug-Gewerbe unternimmt den soundsovielten Versuch, in Brüssel und Bonn auf die Abschaffung der kumulativen Besteuerung des gewerblichen Umsatzes bei Gebrauchtwagen zu dringen. Dieses seit 1968, also seit Einführung der Mehrwertsteuer, praktizierte gleichwohl systemwidrige Verfahren besagt, daß Gebrauchtwagen, die als Neuwagen bereits der Umsatzbesteuerung unterlegen haben, beim Verkauf als Gebrauchtwagen nochmals voll der Besteuerung unterworfen sind. Dieses Verfahren bedeutet nicht nur eine Verteuerung gegenüber den nicht mehrwertsteuerpflichtigen Verkäufen von Privat an Privat, es stellt auch eine Wettbewerbsverzerrung zu Lasten des Handels dar. Bei dreimaligem Besitzerwechsel während der durchschnittlich zehnjährigen Lebensdauer eines Pkw ergibt sich – auf den Neuwagen bezogen – eine umsatzsteuerliche Belastung von 30 Prozent. Ein vernünftiger, inzwischen fünf Jahre alter Reformvorschlag der EG-Kommission ist bislang am EG-Ministerrat gescheitert. Der Bonner Vorsitz dort könnte die Lösung des Problems bringen.

Flexible Lohnpolitik

Von PETER GILLIES

„Wir haben diese Wirtschaft aufgebaut, wir wollen unseren gerechten Anteil." So stand es getern auf Plakaten von Demonstranten in Fellbach. Wo liegt der gerechte Anteil"? Gilt er nur für die Arbeitsbesitzer oder auch für die Arbeitslosen?

In der Lohnrunde 1983 ist nach allgemeiner Erkenntnis wenig zu verteilen. Unter den vielen Anregungen, die den Tarifpartnern übermittelt wurden, fiel in jüngster Zeit häufig die Empfehlung zur „flexiblen" Lohnpolitik. Im gerade veröffentlichten Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung wird Flexibilität nach Regionen, nach Sektoren und Qualifikationen angeregt.

Das Motiv dieser Empfehlung liegt darin, den Spielraum der Unternehmen zu erweitern, sie kostenmäßig „atmen" zu lassen, ihnen letztlich zu ermöglichen, mehr rentable Arbeitsplätze zu schaffen. Die deutsche Tarifpolitik ist quasi gesetzlich, schafft eine Art Einheitslohn. Die Gewerkschaften versuchen, den Abschluß an möglichst gewinnträchtigen Unternehmen zu orientieren, die Arbeitgeber müssen darauf achten, daß auch der gewinnschwache Grenzbetrieb die Lohnerhöhung noch aufbringen kann.

Durch die fortschreitende Tarifierung außertariflicher Leistungen hat sich das Einheitslohnprinzip verfestigt. Es nimmt kaum mehr Rücksicht darauf, daß es große und kleine, bessere und schlechtere, periphere oder zentrale Unternehmen gibt. Wenn gar eine Branche wie die Metallindustrie das entscheidende Datum für die gesamte Volkswirtschaft setzen will (oder muß), erlischt die Elastizität der Lohnpolitik völlig.

Für einen Betrieb am Zonenrand, der schwer zu kämpfen hat, wäre eine Null-Runde eine Erleichterung. Dagegen kann ein gewinnstarkes Unternehmen mutmaßlich auch sechs Prozent Tariferhöhung verkraften, ohne ins Schleudern zu kommen. Würde man sich am Gewinnschwachen orientieren, hätten die Starken mehr Spielraum für Gewinnbeteiligungen und Boni, dort sicherte man Arbeitsplätze, hier machte man sie rentabler.

Eine betriebsnahe Tarifpolitik rüttelt jedoch am gewerkschaftlichen Selbstverständnis. Sie würde die „Regionalfürsten" entmachten. Auch gibt es Unternehmen, die von der Kalkulierbarkeit einer starren Lohnpolitik mehr halten als von der flexiblen. Auch sei es, so sagen sie, ein Wert an sich, wenn das Gewerkschaftslager geschlossen und kalkulierbar sei.

Zur Flexibilität gehört nicht nur der Abstand zwischen den Löhnen von Hilfs- und Facharbeitern, über zeitliche Variationen, sondern auch das Nachdenken über andere Wege. Aktuell sind hier die Vermögensbildung oder die Umsetzung von Tariflohn in Arbeitszeitverkürzung.

Aber: Wenn nur 2,5 oder drei Prozent zu verteilen sind, will man daraus Vermögensbildung oder eine Stunde Arbeitszeitverkürzung machen, also auf Lohnerhöhung völlig verzichten? Die Masse will Kasse, wissen Tarifexperten. Die 90 Prozent der Arbeitnehmer, die Arbeit haben, begehren Lohnerhöhungen, wobei sie an die zehn Prozent Arbeitslosen wenig denken.

So bleiben die Überlegungen zur Flexibilität ein Glasperlenspiel, wenngleich eine längerfristige Herausforderung für die Volkswirtschaft.

Die Arbeitslosigkeit zu beseitigen geht nur mit der Tarifpolitik – niemals ohne sie. Das Überangebot an Erwerbspersonen hat mit dem Preis der Arbeit, dem Lohn, zu tun. Noch höhere Preise würden dieses Überangebot vergrößern, nicht vermindern.

So stellt die Tarifrunde 1983 die Herausforderung dar, zu vermeiden, daß die Unternehmen – wie schon bisher – den nicht mehr finanzierbaren Teil der Lohnerhöhung durch Personalkürzung ausgleichen. Könnten sie ihn durch höhere Preise hereinholen, wäre das Ergebnis ebenfalls unerwünscht, denn höhere Inflationsraten mindern die Kaufkraft.

Daß die Inflationsrate stellenweise schon eine Drei vor dem Komma trägt, ist ermutigend. Es sollte den Tarifpartnern erleichtern, Solidarität mit den Arbeitslosen zu beweisen. Das Konzept, die Reallöhne zu Lasten der Gewinne sichern zu wollen, führt dagegen noch stärker in die Erwerbslosigkeit, weil der Spielraum für arbeitsplatzschaffende Investitionen geringer würde.

Im letzten Jahresgutachten der Sachverständigen stand: „Im Prinzip und von den gegenwärtigen Störungen einmal abgesehen, erhalten Menschen Arbeit, wenn sie für andere etwas herstellen wollen und dafür im Austausch nicht mehr verlangen, als das, was sie herstellen, den anderen wert ist." Über das Prinzip darf nachgedacht werden.

LANDWIRTSCHAFT / Bundeskabinett verabschiedet Agrarbericht 1983

Die Bauern können eine erhebliche Einkommenserhöhung erwarten

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Die deutsche Landwirtschaft kann nach Ansicht der Bundesregierung auch im laufenden Wirtschaftsjahr mit einem überdurchschnittlichen Einkommensanstieg rechnen. Nach dem gestern vom Bundeskabinett verabschiedeten Agrarbericht 1983 erhöhten sich die landwirtschaftlichen Einkommen im Wirtschaftsjahr 1981/82 im Durchschnitt um 7,7 Prozent auf 22 890 Mark je Familien-Arbeitskraft. Für 1982/83 rechnet Ernährungsminister Josef Ertl mit einem Anstieg, der dem der Vorperiode vergleichbar ist.

Grundlage für diese positive Einkommenseinschätzung ist die insgesamt gute Ernte 1982. Die Mengen bei Getreide, Raps, Obst, Gemüse und Wein lagen erheblich höher als im Vorjahr und erreichten teilweise Spitzenerträge. Auch das Aufkommen an wirtschaftseigenem Futter war relativ hoch, so daß ausreichend Vorräte an Winterfutter angelegt werden konnten. Bei Zuckerrüben und Kartoffeln fiel die Ernte allerdings schlechter als im Vorjahr aus.

Die Experten im Hause Ertl gehen davon aus, daß sich das Niveau der Erzeugerpreise 1982/83 insgesamt etwa dem des Vorjahres entsprechen werde. Zwar wird bei Obst, Wein, Gemüse, Kartoffeln und Zuckerrüben teilweise mit deutlichen Preisrückgängen gerechnet. Dagegen wird für die insbesondere für Vollerwerbsbetriebe wichtigen Produkte wie Milch, Schlachtvieh und Getreide im Durchschnitt von höheren Notierungen ausgegangen.

Die Einkaufspreise für landwirtschaftliche Betriebsmittel dürften 1982/83 um rund drei Prozent steigen. Die Mengenänderungen würden sich in engen Grenzen halten. Der Zukauf von Futtermitteln dürfte wegen der guten Ernte kaum ausgeweitet werden. Die Zunahme des Gewinns von 7,7 Prozent je Familien-Arbeitskraft im Wirtschaftsjahr 1981/82 konnte den Rückgang um 12,6 Prozent der Vorperiode noch nicht ausgleichen. Daher spricht der Deutsche Bauernverband noch von einem erheblichen Nachholbedarf. Er kommt in seinen Berechnungen auch nur zu einem Einkommenszuwachs von rund drei Prozent.

Vor der Presse in Bonn verwies Josef Ertl auch noch auf den gewerblichen Vergleichslohn, der im Wirtschaftsjahr 1981/82 zwar nur um 3,8 Prozent zugenommen hatte, mit 32 176 Mark jedoch noch beträchtlich über dem Durchschnittseinkommen in der Landwirtschaft gelegen haben soll. Allerdings messen die Experten des Hauses Ertl einem solchen Vergleich wenig Aussagekraft bei.

Je Unternehmen erhöhte sich der Gewinn um durchschnittlich 5,9 Prozent auf 28 587 Mark in der Landwirtschaft. Im letzten Jahrzehnt ist der Gewinn je Familien-Arbeitskraft laut Agrarbericht um jährlich 3,7 Prozent und je Unternehmen um 4,2 Prozent gestiegen.

Die Einkommenslage der landwirtschaftlichen Zuerwerbsbetriebe verbesserte sich wie die der Vollerwerbsbetriebe. Gegenüber dem Vorjahr stieg der Gewinn je Unternehmen um 5,5 Prozent auf 16 615 Mark. Damit betrug das Gesamteinkommen je Familie 34 520 Mark. Auch die Ertragslage der Nebenerwerbsbetriebe wurde 1981/82 durch steigende betriebliche und außerbetriebliche Einkommen bestimmt. Das durchschnittliche Familieneinkommen erhöhte sich um 6,1 Prozent auf 36 268 Mark.

Generell schnitten die Betriebe im Norden besser ab als die im Süden. Während Dauerkulturbetriebe ein Gewinnplus von 49,2 Prozent und Veredelungsbetriebe von 31,8 Prozent verbuchen konnten, konnten die Futterbaubetriebe nur einen leichten Anstieg um 3,2 Prozent erwirtschaften. Die Marktfruchtbetriebe mußten schon im dritten Jahr hintereinander Einkommenseinbußen (minus 4,6 Prozent) hinnehmen.

Wegen der allgemein schleppenden konjunkturellen Entwicklung hat sich der Strukturwandel in der Landwirtschaft verlangsamt, weil es immer schwieriger wurde, einen Arbeitsplatz in anderen Bereichen zu finden. Die Zahl der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft hat im Wirtschaftsjahr 1981/82 nur noch um 2,4 Prozent abgenommen, was dem Umfang der Berufsaufgabe aus Altersgründen entspricht. Im Durchschnitt der Jahre 1970 bis 1982 lag der Rückgang bei 3,9 Prozent. Wegen der wieder günstigeren Einkommenssituation haben die Investitionen der Landwirte 1981/82 um vier Prozent auf 8,67 Milliarden Mark zugenommen. Für 1982/83 wird mit einem weiteren Plus gerechnet.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Pragmatische Lösungen für den Binnenmarkt gesucht

WILHELM HADLER, Brüssel

Schwierig, aber nicht aussichtslos sind die Bemühungen um eine Stärkung des europäischen Binnenmarktes. Dies hat der erste Sonderministerrat zu diesem Themenkomplex gezeigt. Bis zum Ende der deutschen EG-Präsidentschaft im Sommer könnten deutliche Fortschritte beim Abbau technischer Handelshemmnisse gemacht werden. Voraussetzung ist jedoch ein Kompromiß über die Behandlung von Drittlandswaren.

Die eintägigen Beratungen der Wirtschaftsminister ließen erkennen, daß alle EG-Regierungen an einer Beseitigung der bestehenden Handelsbarrieren Interesse haben und den Gemeinsamen Markt als Chance für Innovation und kostengünstigere Produktion begreifen. Zugleich gibt es jedoch schwer überbrückbare Meinungsunterschiede über das Ausmaß der anzustrebenden „Gemeinschaftspräferenz" im Handel. Die Frage ist, wie weit EG-Erzeugnisse künftig eine privilegierte Behandlung erhalten sollen.

Frankreich betont seit langem die Notwendigkeit einer stärkeren „Identität" der EG. Der Ausbau des freien Warenverkehrs im Innern der Gemeinschaft – so argumentierte es auch diesmal – dürfe nicht zu einer wachsenden Überschwemmung des Europäischen Marktes mit Drittlandswaren führen.

Dagegen vertrat Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff die bekannte freihändlerische Position Bonns. Bei einem EG-Anteil von knapp 48 Prozent am deutschen Außenhandel könne es sich die Bundesrepublik nicht leisten, auf Handelspartner außerhalb der Gemeinschaft zu verzichten. Schon aus der eigenen wirtschaftlichen Interessenlage heraus dürften sich auch die meisten anderen EG-Staaten nicht mit dem europäischen Markt begnügen.

Die Aussprache zeigte jedoch, daß keine Regierung sich wegen dieser unterschiedlichen Grundeinstellung einer Diskussion der technischen Einzelfragen verschließen will, damit ist der Weg für pragmatische Lösungen in den kommenden Monaten offengeblieben. Deutlich wurde dies besonders bei der Beratung über das von Frankreich gewünschte Sonderverfahren für die technische Zulassung von Drittlandsprodukten. Eine Einigung darüber würde allein die Verabschiedung von 20 entscheidungsreifen Harmonisierungs-Richtlinien gestatten.

Ziel der Kommission ist es, daß Waren, für die in einem Mitgliedsstaat die Übereinstimmung mit den auf Gemeinschaftsebene festgelegten Sicherheitsvorschriften bescheinigt wird, automatisch in allen anderen EG-Staaten weiter vermarktet werden dürfen. Ohne eine Sonderregelung für Drittländer würde dies bedeuten, daß zum Beispiel in Belgien zugelassene japanische Kraftwagen ungehindert (und ohne handelspolitische Gegenleistung) nach Frankreich importiert werden dürfen.

Der Rat will versuchen, bis Ende März eine Lösung für diese Probleme zu finden. Das gleiche gilt für die Schaffung eines „Frühwarnsystems" vor der Einführung neuer Industrienormen in den Mitgliedsstaaten.

AUF EIN WORT

„Die drastisch erhöhten Preisforderungen für heimische Kohle stehen in deutlichem Gegensatz zum Strompreisniveau unserer Konkurrenten in den Nachbarländern. Energieintensive Prozesse sind durch solches Verhalten, das von der Existenz eines Marktes keine Notiz nimmt, äußerst gefährdet."

Prof. Dr. Carl Heinrich Krauch, Vorstandsvorsitzender der Chemische Werke Hüls AG, Marl

FOTO: P. PRANGE

IFO-STUDIE

Haushalte umschichten statt höherer Kredite und Steuern

rtr, München

Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung hat Zweifel am Sinn zusätzlicher staatlicher Investitionsprogramme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit angemeldet. In einer Studie spricht sich das Münchner Institut statt dessen dafür aus, die Investitionen am echten Bedarf auszurichten und eine etwas stärkere staatliche Investitionstätigkeit durch einen „Solidarpakt" im öffentlichen Dienst zu erleichtern.

Der Staat sollte in den kommenden Jahren die vorrangige Bedeutung der privaten Investitionen anerkennen und Rücksicht auf die hohe Zins- und Steuerbelastung der Wirtschaft nehmen. Zusätzliche Mittel für mehr staatliche Investitionen sollten daher vor allem durch Umschichtungen in den Haushalten aufgebracht werden, nicht aber durch mehr Kredite oder höhere Steuern. Hilfreich wäre dabei, so das Ifo, ein „Solidarpakt" in Form einer mittelfristigen Zurückhaltung bei Tariferhöhungen und einer Senkung der Einstellungsgehälter, um mehr Neueinstellungen im öffentlichen Dienst zu ermöglichen. Auf diese Weise würde dem Problem der Folgekosten öffentlicher Investitionen begegnet und zur Entlastung des Arbeitsmarktes beigetragen.

Zu der Forderung nach zusätzlichen staatlichen Investitionsprogrammen erklärte das Institut, es sei zu bezweifeln, ob sich eine kreditfinanzierte Erhöhung durch die Wirkung auf den Wirtschaftskreislauf letztlich selbst finanzieren würde. Dies berge das Risiko in sich, daß der gegenwärtige Zinssenkungsprozeß wieder zum Stillstand kommt. Steuererhöhungen zur Finanzierung seien nur dann gerechtfertigt, wenn ein Nachholbedarf an öffentlicher Infrastruktur bestehe. Dies sei derzeit aber nicht der Fall, da der Nachholbedarf weitgehend gedeckt sei.

GROSSBRITANNIEN

Nachfrage und Produktion sind weiter zurückgegangen

WILHELM FURLER, London

Die Stimmung in der herstellenden und verarbeitenden Wirtschaft Großbritanniens ist unverändert gedrückt. Nachfrage und Produktion haben sich in den vergangenen vier Monaten insgesamt verringert, und die Chancen, daß sie in den kommenden vier Monaten merklich wachsen, sind äußerst gering.

Ebenso zurückgegangen sind in den vergangenen vier Monaten Exportaufträge und Lieferungen ins Ausland, und auch hier wird für die kommenden vier Monate kaum eine Verbesserung erwartet. Das geht aus den Ergebnissen der jüngsten Umfrage des britischen Industrieverbandes CBI bei mehr als 1700 Mitgliedsfirmen hervor. Lediglich bei einer längerfristigen Betrachtung der Exportaussichten für die nächsten zwölf Monate ergibt sich eine leichte Vertrauenszunahme. Sie dürfte ausschließlich auf die jüngste Abwertung des Pfundes und damit auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der britischen Wirtschaft zurückzuführen sein.

Die Investitionsneigung stellt sich nicht mehr ganz so negativ dar wie in den beiden vorausgegangenen Befragungen im Juli und im September vergangenen Jahres. Trotzdem dürften die tatsächlichen Investitionsausgaben weiterhin zurückgehen.

Besonders unerfreulich wird für die Regierung Thatcher die in den Antworten ausgedrückte Erwartung über eine weiter zunehmende Arbeitslosigkeit in diesem voraussichtlichen Wahljahr kommen. Etwa die Hälfte der befragten Unternehmen rechnet damit, die Zahl ihrer Beschäftigten während der nächsten vier Monate weiter zu reduzieren. In seinem Kommentar zu den Umfrageergebnissen betont der Industrieverband, daß es noch keine Anzeichen für eine Zunahme der Wirtschaftsaktivitäten gibt.

Staatsvertrag über Bildschirmtext

AP, Bonn

Gesetzliche Regelungen für den Verbraucherschutz beim Bildschirmtext hat die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AGV) gefordert. Im Staatsvertrag über Bildschirmtext, den die Ministerpräsidenten der Bundesländer morgen beschließen wollen, müsse sichergestellt sein, daß den Verbrauchern bei Bestellungen über Bildschirm ein Rückgaberecht der Ware und ein generelles Widerrufsrecht eingeräumt werde, erklärte die AGV in Bonn. Auch müsse zwischen kommerzieller Werbung und neutraler Information klarer unterschieden werden als vorgesehen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Hilfe zugesichert

Bonn (AP) – Die Bundesregierung hat der deutschen Hochseefischerei versichert, ihre Interessen national und international zu vertreten. Staatssekretär Waldemar Schreckenberger vom Bundeskanzleramt sagte den Vertretern der Deutschen Hochseefischerei in einem Gespräch im Bundeskanzleramt zu, daß die Bundesregierung insbesondere mit Nachdruck auf die Einhaltung international bestehender Fangverträge drängen werde. Dies gelte unter anderem gegenüber Kanada. Wie das Bundespresseamt über die Fischereigespräche erklärte, schlug Schreckenberger einen intensiven Meinungsaustausch über die Probleme der Hochseefischerei vor.

Sondersitzung

Salzgitter (dos) – In einer Sondersitzung am 21. Februar will sich der Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages mit dem Bericht der Stahlmoderatoren zur Neuordnung der deutschen Stahlindustrie befassen. Nach Angaben des CDU-Bundestagsabgeordneten Helmut Sauer (Salzgitter) sollen an der Sitzung alle Abgeordneten teilnehmen, die die betroffenen Stahl-Standorte im Bundestag vertreten, auch wenn sie nicht Mitglied des Wirtschaftsausschusses sind.

Arbeitslose in Japan

Tokio (AFP) – Die Arbeitslosigkeit erreichte 1982 in Japan mit 2,4 Prozent der aktiven Bevölkerung den höchsten Stand seit 28 Jahren. Dies geht aus einem in Tokio veröffentlichten Regierungsbericht hervor. Von der arbeitsfähigen Bevölkerung des Landes, die 56,38 Millionen zählt, waren Ende vergangenen Jahres 1,36 Millionen erwerbslos. Nach den Angaben des Arbeitsministeriums dürfte die Arbeitslosenrate noch für einige Monate auf 2,4 Prozent verbleiben. Sie ist jedoch im Vergleich zu der anderer Industrieländer sehr gering.

Absatz gestiegen

Frankfurt (dpa/VWD) – Bei den Realkreditinstituten ist der Absatz von Pfandbriefen und Kommunalobligationen im vergangenen Jahr gegenüber 1981 weiter kräftig um 22,3 (Vorjahr: gut 20) Prozent auf 116,3 (95,1) Milliarden Mark gestiegen. Nach Angaben des Gemeinschaftsdienstes der Boden- und Kommunalkreditinstitute in Frankfurt wurden mit 100,1 (84,3) Milliarden Mark um 18,7 Prozent mehr Inhaberpapiere verkauft. In dieser Kategorie sei vor allem der Absatz an Inhaber-Pfandbriefen beachtlich gewesen, der mit 24,0 (14,8) Milliarden Mark das Vorjahresergebnis um 62,9 Prozent übertraf. Niedriger fiel dagegen der prozentuale Zuwachs bei den Inhaber-Kommunalobligationen aus: Von diesen Titeln wurden 76,0 (69,5) Milliarden Mark emittiert, 9,3 Prozent mehr als 1981.

Neue Grundsätze

Berlin (dpa/VWD) – Eine Neufassung der Grundsätze über die Erteilung von Bankauskünften hat der Zentrale Kreditausschuß durch den Bundesverband deutscher Banken beim Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen in Berlin gemeldet. Mit der Überarbeitung der aus dem Jahre 1952 stammenden Grundsätze sollen die Regeln des Bankauskunftsverfahrens der Rechtsentwicklung, insbesondere dem Bundesdatenschutzgesetz, angepaßt werden. Die Grundsätze enthalten keine Aussage darüber, unter welchen Voraussetzungen die Erteilung einer Bankauskunft rechtlich zulässig ist, sondern lediglich den technischen Verfahrensablauf im Interesse einer Standardisierung des Auskunftswesens.

Pipeline in Betrieb

Wilhelmshaven (dos) – Nach zehnmonatiger Bauzeit ist gestern das erste Rohöl durch die Pipeline der Norddeutschen Ölleitungsgesellschaft mbH (NDO) von Wilhelmshaven nach Hamburg geflossen. Nach Angaben der NDO belaufen sich die Investitionen für die 138 km lange Leitung auf 145 Millionen Mark. Die jährliche Kapazität von derzeit rund 8 Millionen Tonnen kann durch den Bau einer zweiten Pumpstation auf 11,5 Millionen erhöht werden. Gesellschafter der NDO sind die Deutsche BP und die Esso AG.

Anzeige

Sekretärin gesucht

Wir sind eine angesehene Anwalts-Praxis im Herzen der City und suchen eine qualifizierte, tüchtige Sekretärin für unseren Sozius. Preiswerter, guter Mittagstisch im Hause. Auch mit der Arbeitszeit und dem Entgelt werden Sie zu-

Mit uns finden Sie leichter, was Sie suchen.

Wenn man zwischen gleichrangigen Stellen-Angeboten die Wahl hat, kann ein gutes Essen im eigenen Betrieb durchaus ausschlaggebend sein. Doch nicht nur die Suche nach einer Sekretärin wird mit uns leichter.

Sondern vor allem auch die Suche nach einem preiswerten, abwechslungsreichen und hochwertigen Mittagstisch. Dürfen wir uns bewerben?

Sofort-Beratung: 040/34 90 24 97

Iglo-Dinner-Service:
Tiefkühlkost für jede Betriebsgröße.
Langnese-Iglo GmbH,
Dammtorwall 15, 2000 Hamburg 36.

Iglo Dinner Service

PRODUKTION

Weiter leicht gesunken

Mk. Bonn

Die Industrieproduktion ist in der Bundesrepublik zum Jahresende weiter leicht gesunken. Der Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe ging nach den vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes von November auf Dezember saisonbereinigt um ein Prozent zurück. Allerdings wurde der November-Index nachträglich um einen Punkt nach oben korrigiert. Auch der Aussagewert des Zweimonatsvergleichs (November/Dezember gegenüber September/Oktober) ist ebenfalls noch durch die Feiertage begrenzt. Er weist einen Rückgang für das Produzierende Gewerbe von 1,5 und für das Verarbeitende Gewerbe von zwei Prozent auf. Überdurchschnittliche Einbußen von drei Prozent mußten die Hersteller von Investitionsgütern verkraften. Im Vorjahresvergleich sank die Erzeugung im Produzierenden Gewerbe um sechs Prozent. Dabei verzeichnete das Verarbeitende Gewerbe einen Rückgang von sieben Prozent.

ÖFFENTLICHE VERWALTUNG / Prof. Engels sprach auf dem VDMA/IW-Symposium

„Bürokratie will gar nicht effizient sein"

HEINZ HECK, Bonn

Die Beamten sind eher die Leidtragenden als die Schuldigen an der Ineffizienz der staatlichen Bürokratie. Mit dieser Behauptung brach Professor Wolfram Engels auf dem gemeinsamen Symposium des Instituts der Deutschen Wirtschaft und des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau gestern in Bad Godesberg eine Lanze für den seit eh und je kritisierten Stand. Nicht die fehlende Intelligenz, sondern die schlechte Organisation machte Engels in einem temperamentvollen Vortrag für die offenkundige Misere verantwortlich.

Die Gründe hierfür seien einmal in der fehlenden oder falschen Motivierung des Beamten zu suchen. Seine Beförderungschancen sind um so größer, je höher das Budget ist, das er verwaltet und je mehr Leute ihm unterstehen, behauptet Engels und zieht das Fazit: es sei folglich nicht sein Interesse, eine Aufgabe möglichst billig, sondern möglichst teuer zu erledigen, da die Motivation „grundlegend falsch" sei. Parkinsons Gesetz von der wundersamen Bürokratievermehrung sei schlicht der Ausfluß eines Organisationsfehlers.

Zur Veranschaulichung hatte der Frankfurter Wirtschaftsprofessor Beispiele zur Hand wie etwa dieses: Die Zahl der Beamten im Bonner Ernährungsministerium habe sich gegenüber 1955 verdoppelt, die Zahl der betreuten Bauern seither halbiert.

Eine zweite Ursache für die geringe Effizienz sieht Engels in dem fehlenden Konkurrenzdruck. In der Privatwirtschaft könnten richtig organisierte Unternehmen überleben. Für den Staat gelte dies nicht.

Den Sinn des Föderalismus sieht Engels unter anderem in dem damit beabsichtigten Wettbewerb der Bundesländer. Aber mit der Begründung, die „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse" in der Bundesrepublik herzustellen (die das Grundgesetz gar nicht fordere), würden alle wichtigen politischen Fragen wie etwa Bildung unter den Ländern abgestimmt, meist auf Beamtenebene. Die Politiker würden entmündigt, und der Ersatzmechanismus für den Wettbewerb am Markt durch dieses „Kartell" abgeschafft.

Engels, der die „Effizienzsteigerung der staatlichen Bürokratie" im Visier hatte, stellte die Frage, was gegen diese Entwicklung zu tun sei. Zunächst müsse man versuchen, auch im öffentlichen Dienst Leistung zu messen. Die Ergebnisse müßten dann aber auch veröffentlicht werden. Bereits heute habe die öffentliche Hand einige Zahlen, würde sie jedoch meist geheimhalten. „Was nützt eine Kostenrechnung, wenn daraus keine Schlußfolgerungen gezogen werden?" fragte Engels. Beispielsweise sei die Müllabfuhr in Kassel dreimal so teuer wie in Kaiserslautern. Doch sei dies öffentlich nicht bekannt, und es könnte daher auch kein „Kontrolldruck" entstehen.

Obwohl der Staat teuerer sei, ziehe er immer mehr Aufgaben an sich; denn die Abgrenzungsmechanismen zwischen staatlicher und privater Betätigung seien „total in Unordnung" geraten. So müsse die private Müllabfuhr Steuern zahlen, die öffentliche dagegen „keine Mark".

Aber nicht nur der Mechanismus, auch die Geister seien in Unordnung geraten, befürchtet Engels. Denn immer stärker setze sich die Mentalität durch, daß etwas, was Verlust bringt, etwas sozial Wertvolles, ein gewinnträchtiges Unternehmen dagegen etwas zu Verachtendes sei. Symptomatisch hierfür erscheint Engels an der Selbstdarstellung von Politikern, daß sie – gerade im Wahlkampf – ständig Leistungen und Kosten verwechselten.

TSCHECHOSLOWAKEI

Warenverkehr nicht ausgeweitet

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die bisherige stetige Zunahme des deutsch-tschechoslowakischen Warenverkehrs hat sich bereits im vergangenen Jahr nicht mehr fortgesetzt. Im Gegenteil: Die deutschen Exporte sanken, verglichen mit der gleichen Zeit 1981, in den ersten elf Monaten um 3,7 Prozent auf 1,65 Milliarden Mark. Die Importe gingen um 1,3 Prozent auf 1,86 Milliarden Mark zurück. Vor diesem Hintergrund fanden jetzt die Gespräche von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher in Prag und des Vizeaußenhandelsministers Jaroslav Jakubec in Bonn statt.

Damit dürften die deutschen Exporteure besser als die anderer westlicher Industriestaaten abgeschnitten haben. Von Januar bis Oktober hatte Prag die Importe aus dem Westen um insgesamt 13,5 Prozent gedrosselt. Dagegen wurde der Außenhandel mit den anderen Ostblockstaaten verstärkt. Der Anteil dieser Länder am gesamten Außenhandel der Tschechoslowakei stieg 1982 auf mehr als 75 Prozent, dem höchsten Stand seit zwei Jahrzehnten.

Dem Überschuß im Handel mit der Bundesrepublik von über 200 Millionen Mark stehen Ausgaben der Tschechoslowakei für Dienstleistungen im Hamburger Hafen in ähnlicher Größenordnung gegenüber. Die Einnahmen von deutschen Touristen werden auf 125 Millionen Mark veranschlagt. Zum Jahresende konnte die Arbeitsgemeinschaft Mannesmann Handel und Thyssen Stahlunion mit der Ferromet in Prag ein Lieferabkommen über 500 000 Tonnen Großrohre unterzeichnen. Diese sind für den tschechoslowakischen Teil der Sibirien-Pipeline bestimmt.

Anzeige

Abonnieren Sie Denkfrische

Die WELT ist keine bequeme Zeitung. Ihre Analysen, Hintergrundberichte und Kommentare regen an zur geistigen Auseinandersetzung. Oft ist sie Stein des (Denk-)Anstoßes. Das macht sie so wertvoll für kritische, aktive, geistig unabhängige Leserinnen und Leser. – Beziehen Sie die WELT im Abonnement. Dann sind Sie fit für alle Diskussionen des Tages.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Hinweis für den neuen Abonnenten
Sie haben das Recht, Ihre Abonnements-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

An: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bestellschein

Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin bis auf weiteres die WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 23,60 (Ausland 31,00, Luftpostversand auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen

Name _____
Straße/Nr. _____
PLZ/Ort _____
Beruf _____
Telefon _____ Datum _____
Unterschrift _____

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift _____

01–134

MANAGEMENT-SYMPOSIUM / Nationale Vielfalt erschwert die kurzfristige Bewältigung der Aufgaben

Weltwirtschaft braucht einen gemeinsamen Rahmen

WALTER LEOPOLD, Davos

„Man wird den Unternehmer wieder in den Mittelpunkt stellen, und dafür sind die Rahmenbedingungen wesentlich, die die Wirtschaftspolitik setzt." Das verkündete Professor Klaus Schwab, Präsident des 13. Internationalen Management-Symposiums von Davos, als Ergebnis des zweiten internationalen Politikertreffens von 25 Premiers, Finanz- und Wirtschaftsministern in Verbindung mit der Begegnung von Unternehmensleitern aus aller Welt.

Sie ließen erkennen – wenn auch gelegentlich durch eine Vielzahl von Argumenten verstellt –, daß die Wirtschaft längst jene global abgestimmten Voraussetzungen braucht, die ihr die Politik noch häufig versagt. Tatsächlich ist die nationale Vielfalt der Weltwirtschaft zu groß, um trotz ihrer zahlreichen Institutionen wie Gatt, OECD, Unctad zu kurzfristigen Ergebnissen der Bewältigung weltweit anstehender Aufgaben zu gelangen, als da sind: wachsende Staatsverschuldungen, steigende Arbeitslosigkeit, gefährliche protektionistische Auswegsuche, verwirrende Subvenionsvielfalt.

Wenn in Davos, zum Beispiel aus Nigeria, zu vernehmen war, daß die Schwellenländer sich gegen industrielle Liberalisierung wenden müßten und andererseits von den Philippinen aus dem Munde ihres Premiers Cesar Virata staatspolitische Mutproben postuliert wurden, indem er sagte: „Eine Regierung muß oft gegen den Strom schwimmen", dann hält mancher europäische Unternehmer nach vergleichbarer Unerschrockenheit vor nationalen Egoismen auf dem eigenen Kontinent Ausschau.

Mehr noch als auf Unerschrockenheit aber kommt es in der westlichen industrialisierten Welt heute auf die Suche nach einer gemeinsamen Basis an. Denn der Feststellung des dänischen Ministerpräsidenten Poul Schlüter, daß jede internationale Entscheidung zunächst im nationalen Rahmen durchgesetzt werden muß, kann nur wenig entgegengesetzt werden. Globale Abstimmung aber wird noch immer am besten durch wirtschaftlichen Erfolg garantiert, so wie ihn zum Beispiel der erste Mann des Philips-Konzerns, Wisse Dekker, demonstrierte: Für ihn hieß die Entwicklung „globaler Strategien, ohne einen Wirtschaftskrieg heraufzubeschwören", im Rückblick: Aufkauf mehrerer US-Firmen. Denn sie hatten, nach Dekker, den Preiskrieg in der Verbraucherelektronik verloren. Das wiederum machte Japan selbstbewußter, um große Kapazitäten aufzubauen und auf dem Videosektor weltweite Erfolge zu holen.

Trotz mehrerer ähnlich klarer „Rahmen-Beispiele" fand die internationale Wirtschaftsprominenz auf die marxistischen Attacken des britischen Bergarbeiterführers Arthur Scargill und auf die Utopien der deutschen grünen Lady Petra Kelly nicht jene Antwort, die gerade ein solches Symposium ermöglicht haben sollte. Petra Kelly hatte den Managern vorgeworfen, sie beuteten durch unkontrollierte technische Entwicklung und Profitstreben die Umwelt und die Entwicklungsländer aus. Falls die deutschen Grünen bei den Wahlen am 6. März den Sprung ins Parlament schaffen sollten, würden sie keine Kompromisse auf den Gebieten der Abrüstung, der Gesundheit und der Lebensqualität eingehen, sagte Frau Kelly weiter.

MATRA AUTOMOBILES / Verlust weiter gestiegen

Renault prüft Beteiligung

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Bei der französischen Matra Automobiles, die die beiden Pkw-Modelle „Rancho" und „Morena" produziert, bahnen sich Veränderungen in den Kooperations- und Besitzverhältnissen an. Sie könnten den staatlichen Renault-Werken einen beherrschenden Einfluß auf die Gesellschaft verschaffen, deren Kapital gegenwärtig von dem verstaatlichten Elektro- und Rüstungskonzern Matra zu 55 Prozent kontrolliert wird. Angesichts der von 80 Mill. F 1981 auf 120 Mill. F bis 130 Mill. F 1982 gestiegenen Verluste der Matra Automobiles hatte der private Peugeot-Konzern bereits angekündigt, sich von seiner 45prozentigen Matra-Beteiligung zu trennen. Daß Renault diesen Anteil übernimmt, wird erwartet, ist aber noch nicht sicher.

Jedenfalls haben Renault und Matra bereits ein Abkommen über die gemeinsame Entwicklung eines „Van"-Modells getroffen, das im ersten Halbjahr 1984 auf Markt gebracht werden soll. Autoteile dafür werden we hend in den Renault-Werken g tigt. Auch der Vertrieb er durch Renault. Die derzeitigen tra-Wagen werden weiterhin der zur Peugeot-Gruppe geh den Talbot-Gesellschaft verk Allerdings waren im vergang Jahr nur noch 6400 (7500) Ran und 2200 (6300) Morena-Wage fertigt worden. Vor allem auf französischen Markt wurden g Absatzverluste verbucht. Das rena-Modell als Nachfolger Baghera erwies sich als eindeu Mißerfolg.

Der Präsident des Matra-K zerns, Lagardère, sieht in dem tosektor eine „wenig rentable nur noch marginale" Aktivität, einem 1982 um 22 Prozent g Mrd. F gestiegenen konsolidie Umsatz veranschlagte er den V zerngewinn auf 130 Mill. F bis Mill. F nach 158 Mill. F 1981.

GROSSBRITANNIEN / Regierung legt Weißbuch vor

Staatsausgaben unter Plan

WILHELM FURLER, London

Die Bemühungen der britischen Regierung unter Premierministerin Margaret Thatcher, die Staatsausgaben zu drosseln, zeigen Erfolge. So werden die gesamten öffentlichen Ausgaben Großbritanniens für das laufende Finanzjahr, das Ende März zu Ende geht, um etwa zwei Milliarden Pfund unter dem im letzten Frühjahres-Budget genannten Rahmen liegen. Das sind zum heutigen Kurs umgerechnet rund 7,5 Milliarden Mark. Dieser Betrag konnte eingespart werden, obwohl durch das militärische Eingreifen auf den Falkland-Inseln 800 Millionen Pfund an zusätzlichen Ausgaben angefallen sind. Das geht aus den jüngsten Regierungs-Schätzungen hervor, die im sogenannten „Weißbuch über die Staatsausgaben" enthalten sind.

Bei der Vorlage dieses Weißbuches wurde allerdings darauf hingewiesen, daß ein Teil dieser Einsparungen auf ein geändertes Abrechnungsverfahren zurückzuführen sind. Dennoch verbleiben aufgrund der jüngsten Hochrechnung dem Schatzkanzler rund 600 Millionen Pfund oder 2,25 Milliarden Mark mehr an Finanzspielraum für das kommende Frühjahres-Budget, als von ihm noch im Herbst bei der Vorlage seines Finanzpaketes angegeben worden war.

Entsprechend wird in der Londoner City jetzt darauf spekuliert, daß Schatzkanzler Sir Geoffrey Howe auch diesen zusätzlichen Spielraum in seinem Budget am 15. März voll für Hilfen an die Industrie sowie für erwartete Steuerkürzungen einsetzen wird. Jedoch hat der erste Staatssekretär im Schatzamt, Leon Brittan, bei der Bekanntgabe der neuesten Ausgaben-Schätzungen davor gewarnt, „derart einfache Rückschlüsse zu ziehen". Es habe seit Herbst eine Reihe wichtiger Veränderungen wie etwa beim Ölpreis und beim Wechselkurs gegeben, die zwar entgegengesetzt wirken würden, deren Finanzeffekt noch nicht erfaßt werden könne.

Brittan betonte, daß die Regierung die Staatsausgaben unter Kontrolle habe. Sie werden bis zum Ende des laufenden Finanzjahres am 31. März gegenüber dem Vorjahr um acht Prozent auf 113 Milliarden Pfund gestiegen sein. Für das kommende Finanzjahr sieht das Weißbuch einen Anstieg um 5,8 Prozent auf 119,568 Milliarden Pfund vor.

FRANKREICH / Kohlepolitik nicht erfolgreich

Produktivität ist gesunken

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die auf die Steigung der nationalen Förderung und die Verbesserung der Rentabilität der staatlichen Charbonnages de France (CDF) ausgerichtete Kohlenpolitik der sozialistischen Regierung brachte 1982 keinen Erfolg. Obwohl die laufenden Zuschüsse an die CDF auf 6,5 (4,1) Milliarden Franc erhöht worden waren, schloß diese ihr Geschäftsjahr bei 25 Milliarden Franc Umsatz mit einem Defizit von über einer Milliarde Franc ab. Davon entfielen etwa 900 Millionen Franc auf die Chemie und 200 Millionen Franc auf die Kohle.

Die CDF-Verwaltung erklärt dies damit, daß die Kohlenförderung um neun Prozent auf 18,3 (20,1) Millionen Tonnen und die Verkaufspreise um neun Prozent auf 427 Franc je Tonne zurückgenommen werden mußten, während die Einstandspreise um 27,8 Prozent auf 586 Franc anzogen. Der Verlust je Tonne geförderter Kohle verdreifachte sich damit auf 169 (57) Franc.

Dafür hauptverantwortlich sind die infolge der Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich stark gestiegenen sozialen Lasten. Außerdem schrumpfte die Leistung je Mann und Schicht im Zechendurchschnitt um 6,7 Prozent auf 3299 (3537) Kilogramm. Dies lag auch an den verschlechterten Abbaubedingungen, vor allem im nord- und mittelfranzösischen Revier.

In diesem Jahr, so teilte jetzt Premierminister Mauroy auf eine parlamentarische Anfrage mit, soll die französische Steinkohlenförderung wieder auf 20 Millionen Tonnen gebracht werden. Gleichzeitig forderte er die CDF-Verwaltung auf, die Gründe der Produktivitätsverschlechterung ausfindig zu machen. Die Wiederaufrichtung der Kohle müsse durch eine bessere Verteilung der Arbeitszeit und eine stärkere Nutzung des Maschinenparks sichergestellt werden.

Der französische Kohlenverbrauch war nach vorläufigen Angaben der CDF auf knapp 50 (47,6) Millionen Tonnen gestiegen, womit deren Anteil am primären Energieverbrauch des Landes auf 18,1 (16,8) Prozent zunahm. Gleichzeitig gingen die Kohlenimporte zurück und zwar um 17,5 Prozent auf 24,8 (30,16) Millionen Tonnen. Davon kamen 5,45 (6,59) Millionen Tonnen aus der Bundesrepublik.

GETREIDE / Kaum Plus in Entwicklungsländern

Vorräte auf Rekordniveau

AFP, Rom

Die Weltgetreideerzeugung hat 1982 einen Rekordstand von 1,544 Milliarden Tonnen, zwei Prozent mehr als die Vorjahresernte von 1,515 Milliarden, erreicht, wie die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) in ihrem Monatsbericht zur Ernährungslage mitteilt. Die Erzeugung in Entwicklungsländern nahm wegen der schlechteren Reisernten in Asien nur geringfügig zu, und in den Nahrungsdefizit-Ländern mit niedrigen Einkommen ging die Getreideerzeugung leicht zurück.

Afrika war wegen Dürre in weiten Gebieten am stärksten betroffen. In den Nahrungsdefizit-Ländern mit niedrigem Einkommen südlich der Sahara ging die Getreideproduktion infolge schwerer Einbußen beim Rauhgetreide um sieben Prozent und pro Kopf gerechnet um zehn Prozent zurück. In 17 Nahrungsdefizit-Ländern mit niedrigen Einkommen, die fast ein Drittel der Bevölkerung der gion umfassen, fielen die Er 1982 noch schlechter als im V jahr aus, und die Erzeugung s insgesamt um 15 Prozent und Kopf gerechnet um 17 Prozent, dem Bericht der FAO heißt „Diese ernste Lage dürfte 198 einer Anzahl südafrikanis Länder anhalten, die noch u der Dürre des Jahres 1982 leid

Der Gesamtverbrauch an Ge de dürfte 1982/83 voraussicht zum zweitenmal unter dem Er gungsniveau bleiben, bed durch die anhaltende weltw Rezession. Aus diesem Gru dürften die Weltgetreidevor stark auf ein Rekordniveau von Millionen Tonnen, im Vergleic 278 Millionen Tonnen 1981/82 steigen. Das gesamte Getreid gebot erscheint 1982/83 da weltweit betrachtet, reichl heißt es in dem Bericht der F der freilich auch vermerkt, daß Lage in zahlreichen weniger w habenden Ländern gegenteilig

ÖSTERREICH / Kreditinstitute haben ihre Wertpapier-Portefeuilles beträchtlich aufgestockt

Unaufhaltsame Abwärtsentwicklung bei Aktien

WOLFG. FREISLEBEN, Wien

Licht und Schatten lagen am österreichischen Kapitalmarkt im abgelaufenen Jahr dicht nebeneinander. Während sich der Rentenmarkt weitaus besser entwickelte als im Jahr zuvor und auch die Investmentfonds sehr erfreuliche Resultate zeigten, setzte sich die seit Ende 1979 begonnene Abwärtsentwicklung am Aktienmarkt unaufhaltsam fort.

Die nach dem Krisenjahr 1981 unerwartet positive Entwicklung am Rentenmarkt dokumentiert sich in einer Steigerung des Bruttoemissionsvolumens um 60 Prozent auf 5,87 Mrd. Mark und deren Nettobeanspruchung um 258 Prozent auf 2,45 Mrd. Mark. Trotz eines beträchtlich gestiegenen Budgetdefizits blieb aber der Bundesanteil am Bruttoemissionsvolumen mit 57,5 Prozent deutlich unter dem Wert von 1981, was auf eine stärkere Verschuldung in Bundesschatzscheinen und Bankendarlehen zurückzuführen ist. Infolge des nicht unwesentlich höheren Anteils der Länder und Städte bleibt aber der Gesamtanteil der öffentlichen Hand mit 71,6 Prozent über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre von 67 Prozent.

Neuerlich geschrumpft ist der Anteil der Kreditunternehmen: Nach 27,6 Prozent 1980 ging er bis auf 15,8 in 1982 zurück. Umgekehrt haben die Institute aber ihre Wertpapier-Portefeuilles beträchtlich aufgestockt und ihren Bestand an Rentenwerten um rund 2,7 Mrd. Mark ausgedehnt. Ebenfalls stark zugegriffen haben 1982 wieder die privaten Haushalte und Unternehmen, die ihren Wertpapierbestand um 2,3 Mrd. Mark erweiterten, während die institutionellen Anleger nur um knapp über 400 Mill. Mark mehr hielten. An Devisenausländer wurden per saldo Rentenwerte im Betrag von 143 Mill. Mark verkauft.

Am Anleihemarkt spiegelten sich die allgemeinen Zinssenkungstendenzen übers Jahr mit einem Rückgang der Emissionsrendite von 10,6 bis auf 9 Prozent wider. Am Sekundärmarkt wurden gleichzeitig die Kursverluste des Jahres 1981 mehr als wettgemacht: Seit Februar 1982 stieg das durchschnittliche Kursniveau um nicht weniger als 8 Prozentpunkte auf 100,4 Prozent. Die Sekundärmarktrendite betrug zum Jahresende 1982 8,6 Prozent und lag damit um 1,4 Prozentpunkte unter dem Wert des Jahresultimo 1981.

Die Fortsetzung des schon seit 1980 scharfen Kursverfalls österreichischer Aktien hatte im vergangenen Jahr seine Ursache in einer sowohl konjunkturell als auch strukturell bedingten weiteren Ertragsverschlechterung der börsenotierten Aktiengesellschaften. Das Kursniveau lag zum Jahresende kaum mehr über dem Niveau von Anfang 1967. Von den 50 börsennotierten Inlandswerten hatten im Jahresverlauf nur 13 Boden gutgemacht.

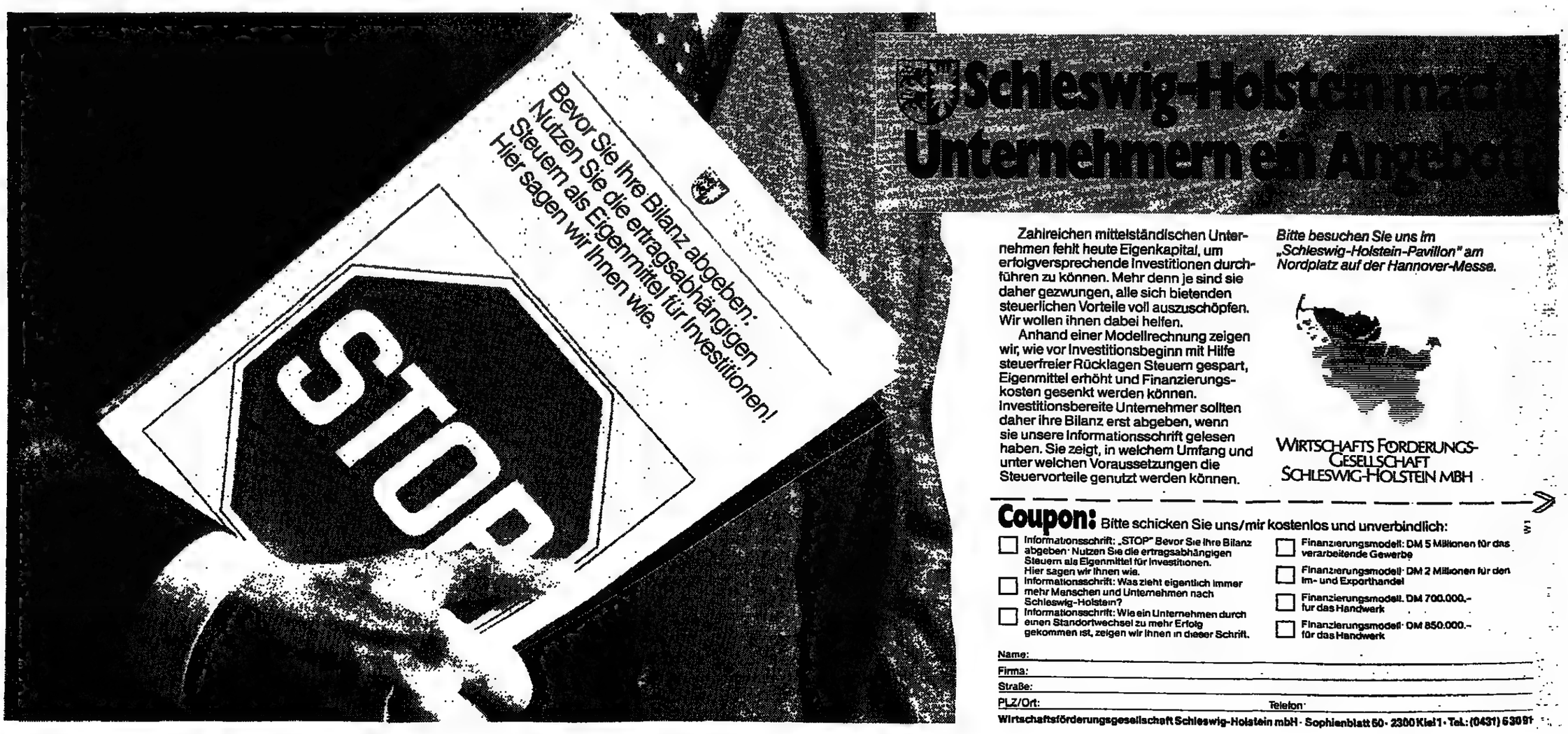
Während im laufenden Jahr am Rentenmarkt bei einem vorerst weiteren Absinken des Kapitalmarktzinsniveaus mit einer weiter verstärkten Nachfrage nach längerfristigen festverzinslichen Anlagen zu rechnen ist, gibt man sich an der Aktienbörse keinen Illusionen hin: Bei einem nach wie vor großen Renditenabstand zu festverzinslichen Papieren könnten zum Aktienkauf lediglich die Ertragsaussichten verlocken – und die sind ihrerseits denkbar schlecht.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bielefeld: Röwekamp GmbH & Co. KG; Bitburg: Herbert Berg GmbH & Co. Bauunternehmung, Olmscheid; Herbert Berg GmbH, Olmscheid; Braunschweig: Nachl. d. Joachim Ewald, Flugzeugbauer; Darmstadt: Nachl. d. Wolfgang Friedrich; Detmold: RH Druckhaus GmbH, Lage; Dieburg: Offset-Reproduktionen Rolf Fischer GmbH, Eppertshausen; Elmshorn: Nachl. d. Klaus Oscar Löhmann, Dipl-Ing., Heist; Frankfurt/M.: Autoreifen-Vertriebs-Ges. mbH A. C. Sievers; Nachl. d. Hans-Hermann Schmincke, Assessor; „C 1-alpha" Restaurant GmbH; Hannover: Infomat-Werbung Mörs KG; Hof: Richard Wunderlich, Bäckermeister, Regnitzlosau; Verein für Eis- und Rollsport e. V., Selb; Kassel: Nachl. d. Walter Artur Sieling; Nachl. d. Erna Marie Neuberg geb. Kurzhals; Landau: Winfried Alois Reiter, Berg; Lübbecke: 1. Möller Bauelemente GmbH & Co. KG, Hüllhorst 2. Möller GmbH, Hüllhorst-Oberbauerschaft; München: BIW Gaststätten-Holding GmbH; Dögast Restaurant GmbH, Gröbenzell; Strutz GmbH, Medizin-Labor- und Messtechnik, Poing; Continental Handels-GmbH; Münster: Nachl. d. Dr. med. Werner Sievers, Kinderarzt, Warendorf-Milte; Neuss: Schuhmarkt Martens GmbH & Co. KG; Küchenstudio Berrisch GmbH, Kaarst; Schuhmarkt Martens GmbH; Neu-Ulm: Elektr Antennen- und Fernsehdienst Thüle GmbH, Bibertal - G; Nürnberg: Don nico Cariucci, Hersbruck; Seligenstad Heidemarie Kopp, Inh. e. Fa. f. Lede warenfabrikation, Rodgau 6; Siegbu Nachl. d. Georg Wilhelm Bürger, Eitt Waldshut-Tiengen: Gebrüder Wink Abbruch; Wuppertal: Fertigbadear gen Rexroth-Würthen-Maaß ol Mettmann.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Ha a) Form + Norm Stanz-Biege-Umfo Technik GmbH & Co. KG b) For Norm Stanz-Biege-Umform-Tech GmbH; Karlsruhe: Walter Otto Fl müller, Handelsagentur, Malsch 1.

Vergleich beantragt: Bückeburg: hard Herrmann, Inh. d. Wilhelm Ilsemann, Obernkirchen; Dulsb Revon Handelsges. mbH; Hambu Hamburger Stahlwerke GmbH; H Garten-Lampert GmbH, Selb; K Gottfried Hagen AG; Heinz Loock, I telkaufmann; Bruncken-Elektrom ren GmbH; H. Bungart KG; Münst Viola de Borghese Mode GmbH, G mering; Neustadt/Wstr.: Schwab Wohnbau Beteiligungsges. mb Osterholz-Scharmbeck: Fried Dietrich, Kaufmann, Schwanewe Aschwarden; Ottweiler: Bernd Kl



Schleswig-Holstein macht Unternehmern ein Angebot

Zahlreichen mittelständischen Unternehmen fehlt heute Eigenkapital, um erfolgversprechende Investitionen durchführen zu können. Mehr denn je sind sie daher gezwungen, alle sich bietenden steuerlichen Vorteile voll auszuschöpfen. Wir wollen ihnen dabei helfen.

Anhand einer Modellrechnung zeigen wir, wie vor Investitionsbeginn mit Hilfe steuerfreier Rücklagen Steuern gespart, Eigenmittel erhöht und Finanzierungskosten gesenkt werden können. Investitionsbereite Unternehmer sollten daher ihre Bilanz erst abgeben, wenn sie unsere Informationsschrift gelesen haben. Sie zeigt, in welchem Umfang und unter welchen Voraussetzungen die Steuervorteile genutzt werden können.

Bitte besuchen Sie uns im „Schleswig-Holstein-Pavillon" am Nordplatz auf der Hannover-Messe.

WIRTSCHAFTS FÖRDERUNGS-GESELLSCHAFT SCHLESWIG-HOLSTEIN MBH

Coupon: Bitte schicken Sie uns/mir kostenlos und unverbindlich:

- ☐ Informationsschrift: „STOP" Bevor Sie Ihre Bilanz abgeben · Nutzen Sie die ertragsabhängigen Steuern als Eigenmittel für Investitionen. Hier sagen wir Ihnen wie.
- ☐ Informationsschrift: Was zieht eigentlich immer mehr Menschen und Unternehmen nach Schleswig-Holstein?
- ☐ Informationsschrift: Wie ein Unternehmen durch einen Standortwechsel zu mehr Erfolg gekommen ist, zeigen wir Ihnen in dieser Schrift.
- ☐ Finanzierungsmodell: DM 5 Millionen für das verarbeitende Gewerbe
- ☐ Finanzierungsmodell · DM 2 Millionen für den Im- und Exporthandel
- ☐ Finanzierungsmodell. DM 700.000,– für das Handwerk
- ☐ Finanzierungsmodell · DM 850.000,– für das Handwerk

Name:
Firma:
Straße:
PLZ/Ort: Telefon:

Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH · Sophienblatt 50 · 2300 Kiel 1 · Tel.: (0431) 63091

هكذا من الأصل

HANNOVER-MESSE '83 / Fast alle Hallen ausgebucht

Premiere für Microtronic

DOMINIK SCHMIDT, **Hannover**

Zehn Wochen vor Beginn der Hannover-Messe '83 (13. bis 20. April) herrscht bei dem Veranstalter, der Deutschen Messe- und Ausstellungs-AG, Zufriedenheit. Nahezu alle Hallen sind ausgebucht. Für acht der insgesamt zehn Fachmessen existieren Wartelisten. Messe-Vorstandschef Claus Groth rechnet damit, daß das gute Ergebnis der vergleichbaren Hannover-Messe 1981 (5269 Aussteller) noch übertroffen wird.

Nach dem bisherigen Stand haben sich gut 5500 Direktaussteller aus über 40 Nationen angemeldet. In 23 Hallen und auf dem Freigelände stehen ihnen 430 000 qm Fläche zur Verfügung. Die Netto-Standfläche in den Hallen erreicht 327 000 (1981: 308 000) qm. Der Anteil der ausländischen Aussteller (1560 nach 1440 im Jahre 1981) liegt bei 30 Prozent. Verstärkt hat sich der Trend zum eigenen Engagement: Die Zahl der zusätzlich vertretenen Firmen ging zurück.

Premiere hat im Rahmen der „Messe der Messen" die Fachausstellung Microtronic. In sieben Ausstellungs- und drei Informationszentren sollen den Besuchern Chancen für den Einsatz der Mikroelektronik demonstriert werden. Rund 80 Firmen zeigen ihr Angebot in Gemeinschaftsständen, weitere 60 beteiligen sich im Center „Innovative Anwendung der Mikroelektronik". Mit Einzelständen sind etwa 140 Aussteller vertreten.

Zu den größten Anziehungspunkten wird einmal mehr das Weltcentrum der Büro- und Informationstechnik (CeBit) gehören. Über 1200 Unternehmen der Branche werden in den CeBit-Hallen Systeme, Produkte und neue Technologien zeigen. Rund 150 Firmen stehen auf der Warteliste.

Nach Zahl und Fläche verdoppelt hat sich der Ausstellungsbereich Montage, Handhabung und Industrieroboter. Er ist der alle zwei Jahre stattfindenden Fachmesse Antreiben, Steuern, Bewegen (ASB) angegliedert. Erstmals eine eigene Halle wird das Informationszentrum „Jugend und Technik" haben.

Ganz im Zeichen von Innovationen und neuesten Technologien steht das Rahmenprogramm mit insgesamt 27 Fachtagungen und Symposien. Zufrieden ist die Messe-AG mit den Anmeldungen des „Partnerlandes" Portugal (über 50 Firmen). Zur Hannover-Messe '83 werden wieder über 500 000 Besucher erwartet.

SIEMENS / Kapitalbeteiligung an Grundig derzeit ausgeschlossen – Abbau von Arbeitsplätzen geht weiter

Kaske: Wir haben uns noch recht gut gehalten

GERD BRÜGGEMANN, **München**

„Wir werden uns anstrengen müssen, um Umsatz und Ertrag im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.) auf der Höhe des Vorjahres halten zu können", sagte Karlheinz Kaske, Vorstandsvorsitzender der Siemens AG, auf der Bilanzpressekonferenz des Unternehmens in München. Mit einem für den größten deutschen Elektrokonzern nicht untypischen Understatement ließ Kaske seine Zuhörer nur vermuten, daß solche Entwicklung angesichts der unverändert schlechten Konjunktur schon als relativer Erfolg betrachtet werden müßte.

Bei solcher Vorausschau ist vor allem zu bedenken, daß Siemens im Geschäftsjahr 1981/82 zu den ganz wenigen Großunternehmen gehörte, die nicht nur den Umsatz, sondern auch den Ertrag nachhaltig steigern konnten. In Wirklichkeit, so Kaske, sei das Ergebnis sogar noch etwas besser, als im Jahresabschluß zum Ausdruck komme. So wuchs der Umsatz um 16 Prozent auf 40,1 Mrd. DM, und selbst wenn man Sondereinflüsse aus der Abwicklung von Großaufträgen herausnimmt, immerhin noch um 6 Prozent. Noch besser sieht es beim Ertrag aus. Nach drei Jahren mit kleiner werdenden Zahlen gab es im abgelaufenen Jahr eine Verbesserung um 45 Prozent auf 738 Mill. DM. Den Gewinn je Aktie gab Finanzchef Heribert Närger, errechnet nach der hauseigenen Methode, mit 31,50 (20,30) DM an. Es ist deswegen eine recht stolze Bescheidenheit, wenn Kaske erklärt: „Wir haben uns noch recht gut gehalten."

Die deutliche Steigerung der Erträge – sie entsprechen einer Umsatzrendite von 1,8 (1,5) Prozent, die Finanzchef Närger als weiterhin unzureichend bezeichnet – führt Kaske zurück auf das, was er „das Jahr der Produktionssteigerung" nannte. Sie erhöhte sich um 3 Prozent. Man habe aber auch die Bestände erheblich besser in den Griff bekommen. Sie blieben praktisch konstant, obwohl sie nach bisheriger Entwicklung, parallel zum Umsatz, um 2,8 Mrd. DM hätten steigen müssen. Dies führte zu einer Erhöhung der liquiden Mittel um 2,5 Mrd. auf 11,1 Mrd. DM.

Aber auch in zwei Problembereichen machte das Unternehmen Fortschritte. So konnte das langjährige Sorgenkind Datentechnik den Verlust halbieren, im Bereich Bauelemente wurde er verringert. Zahlen nannte die Verwaltung allerdings, wie üblich, nicht.

Die Siemens-Investitionen beliefen sich auf 1,8 (2,0) Mrd. DM. Dieser Betrag soll auch im laufenden Geschäftsjahr investiert werden. Für Forschung und Entwicklung will Siemens 3,5 (3,4) Mrd. DM aufwenden. Der Anteil der öffentlichen Mittel an den Forschungsaufwendungen von Siemens beträgt 6 Prozent.

Der verlangsamte Auftragseingang – er stieg nur noch um 4 Prozent auf 43,1 Mrd. DM – führte zu einer auf 77 (80) Prozent gesunkenen Kapazitätsauslastung und brachte wieder einen Stellenabbau mit sich. Die Zahl der Mitarbeiter sank um 14 000 auf 324 000. Wie Kaske betonte, ließ sich das Problem bisher weitgehend durch Drosselung der Einstellungen lösen. Er machte aber klar, daß durch die schlechte Wirtschaftslage und die Umstellung zur weniger arbeitsintensiven Elektronik noch weitere Mitarbeiter ihre Arbeitsplätze verlieren werden. Im ersten Quartal des neuen Geschäftsjahres ging die Beschäftigungszahl noch einmal um 7000, davon 5000 im Inland, zurück.

Im vierten Quartal 1982 kam es zu einem erheblichen Auftragsstoß. Verglichen mit der gleichen Zeit des Vorjahres konnte Siemens 25 Prozent mehr Aufträge in seine Bücher schreiben, allerdings ausschließlich aus dem Inland. Kaske führt dies weitgehend auf die bis zum 31. Dezember 1982 begrenzte Investitionszulage zurück, denn er rechnet für das gesamte Geschäftsjahr mit einer ähnlichen Auftragsentwicklung wie im Vorjahr.

Der Hauptversammlung, die am 24. März stattfinden wird, will die Verwaltung eine unveränderte Dividende von 8 DM je Aktie vorschlagen. Den Rücklagen der AG sollen 205 (172) Mrd. DM zugeführt werden; im Konzern sind es 335 (139) Mill. DM.

Ausführlich äußerte sich Kaske auf Befragen zur Entwicklung bei Grundig, ohne indes eine klare Auskunft über die Rolle von Siemens dabei zu geben. Er sprach in diesem Zusammenhang von einer „katalysierenden oder integrierenden" Mitwirkung. Eine Kapitalbeteiligung zum gegenwärtigen Zeitpunkt schloß er aus. „Grundig hat Siemens keine Minderheitsbeteiligung angeboten, und wir haben auch nicht danach gefragt."

Kaske machte aber deutlich, daß Siemens als Hersteller von Bauelementen allergrößtes Interesse daran habe, in Europa eine leistungsfähige Unterhaltungselektronik am Leben zu erhalten.

KABELMETAL-HV

Die Auftragsdecke wird immer dünner

dos. **Hannover**

Die Kabel- und Metallwerke Gutehoffnungshütte AG (kabelmetal), Hannover, erkennt zwar vor allem in der Bauwirtschaft „eine Reihe positiver Signale". Vorstandschef Jörg Stegmann rechnet aber nicht damit, daß diese Einflüsse noch im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 6.) wirksam werden. Eine nachhaltige Belebung, so Stegmann auf der Hauptversammlung, dürfte erst in der Bilanz 1983/84 sichtbar werden.

Zu einer Ergebnisprognose und den Dividendenaussichten im laufenden Jahr wollte sich Stegmann nicht äußern. Auch in der Diskussion wurde aber deutlich, daß mit der Wiederaufnahme der Dividendenzahlung für 1982/83 nicht zu rechnen ist. Kabelmetal schreibe zwar keine roten Zahlen mehr, habe aber nach den ersten fünf Monaten nur ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt.

Die meisten Sorgen bereite der Umstand, daß seit geraumer Zeit die Umsätze deutlich höher seien als die Auftragseingänge. Dies habe dazu geführt, daß der Auftragsbestand nur noch eine Reichweite von knapp einem Monat hat, gegenüber drei Monaten in früheren Jahren. Das Unternehmen begegnet dieser Entwicklung mit verstärkter Kurzarbeit. In den ersten fünf Monaten sind bereits doppelt so viele Kurzarbeitsstunden angefallen wie im gesamten Jahr 1981/82. Daneben geht der Abbau der Belegschaft weiter. Ende Juni soll die Mitarbeiterzahl auf 2800 zurückgeführt werden, 500 weniger als Anfang 1982.

Für die weitere Zukunft zeigt sich Stegmann aber „in keiner Weise pessimistisch". Die Probleme seien unter Kontrolle; derzeit würden die Schwachstellen beseitigt. Zudem sei die Bilanz „in einer ordentlichen Verfassung". Stegmann: „Wir sind zuversichtlich, im Geschäftsjahr 1983/84 wieder zu einer vorsichtigen Vorwärtsstrategie übergehen zu können."

Für das Geschäftsjahr 1981/82 weist Kabelmetal noch einen Umsatz von rund 1,4 Mrd. DM aus. Die Zahlen der Bilanz und der Ertragsrechnung sind jedoch wegen der Anfang 1982 wirksam gewordenen Ausgliederung des Elektrogeschäfts – die kabelmetal electro GmbH wurde auf die französische CGE-Tochter Les Cables de Lyon übertragen – nicht vergleichbar. Der Umsatz der Metallaktivitäten erreichte 724 Mill. DM, der neutralisierte Vollumsatz 660 Mill. DM. Von der electro GmbH ist kabelmetal eine Dividende von rund 11 Mill. DM zugeflossen.

MUSIKMESSE / Optimismus bei deutschen Herstellern

Exporterfolg mit gutem Klang

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Die deutschen Musikinstrumente-Hersteller tragen kurz vor Eröffnung der Musikmesse in Frankfurt (5. bis 9. Februar) Optimismus zur Schau: Die große Flexibilität der mittelständisch geprägten Branche, die weltweite Rückbesinnung auf qualitativ hochwertige Instrumente und der breit gestreute Export der deutschen Hersteller untermauern nach Ansicht von Horst Link, Vorsitzender des Bundesverbandes der Deutschen Musikinstrumente-Hersteller diese Einstellung in Dur.

Im vergangenen Jahr produzierte die Branche in der Bundesrepublik wiederum Instrumente für rund 600 Mill. DM, real bedeutet das einen Rückgang von etwa 6 Prozent. Erfreulich für die Industrie: die deutlichen Exporterfolge (Anteil 62 Prozent des Produktionswertes). Der Anstieg um gut 10 Prozent auf 375 Mill. DM hat den Rückgang des deutschen Marktes um knapp 11 Prozent mehr als kompensiert. In diesem Jahr hofft die Branche auf ein Anhalten dieser Entwicklung.

Erste Fingerzeige dazu wird die Frankfurter Musikmesse bringen, auf der sich rund 700 Aussteller aus 32 Ländern dem Publikum stellen; etwa ein Drittel des Weltmusikmarktes von insgesamt rund 10 Mrd. DM Volumen wird nach Schätzungen von Link auf dieser Messe in Bewegung gesetzt: „Es gibt keinen Platz in der Welt, an dem sich Ähnliches in der Musikbranche abspielt," betont Link.

Skeptisch hinsichtlich der weiteren Entwicklung zeigte sich vor der Messe der Vertreter der rund 1400 deutschen Fachgeschäfte, die im vergangenen Jahr rund 10 Prozent ihres Umsatzes von etwa 1 Mrd. DM einbüßten, und zwar überwiegend als Folge der Ebbe in den öffentlichen Kassen.

Die Summe öffentlicher Aufwendungen für die Musikpflege wird vom Zentrum für Kulturforschung, Bonn, für 1981 auf 1,6 Mrd. DM geschätzt, dazu kommen 1,3 Mrd. DM musikbezogene Zuschüsse im Schul- und Hochschulbereich. Die eigentliche öffentliche Musikförderung mache 25 DM pro Einwohner aus, ermittelte das Zentrum.

Eternit auf dem Weg zur Gesundung

HERBERT KLAR, **Essen**

Die Eternit AG, Berlin, hat ihr Ende 1981 beschlossenes Restrukturierungsprogramm erfolgreich abgeschlossen, betonte Vorstandsvorsitzender Hans Thöni anläßlich der Deubau '83 in Essen. „Alle bis heute zur Verfügung stehenden Fakten bestätigten, daß sich der eingeschlagene Weg zur Gesundung als richtig erwiesen habe." Das „neue Kleid" habe sich dem künftigen Volumen des Marktes bereits heute gut angepaßt.

In Schwierigkeiten geraten war die zu den führenden deutschen Baustoffherstellern zählende Eternit unter anderem durch die Asbest-Diskussion. Rund 1200 Arbeitsplätze sind abgebaut worden; noch 1981 mußten 57 Mill. DM Verlust ausgewiesen werden. Für 1982 rechnet Thöni damit, daß der Verlust unter 20 Mill. DM liegen wird. Der Umsatz dürfte etwa 570 (590) Mill. DM erreichen. Der Rückgang beim Asbest-Geschäft konnte weitgehend durch Diversifikation ausgeglichen werden. Der Markt erwarte Faserzementprodukte aus nicht asbesthaltigen Werkstoffkombinationen, daher bemühe sich Eternit seit Jahren um die Entwicklung neuer Produkte. Bedeutende Mittel würden in Forschung und Entwicklung investiert (rund 5 Prozent vom Umsatz).

Das Nahziel für 1983 sei, wieder ein ausgeglichenes Ergebnis zu erreichen, meinte Thöni. „Die Eternit muß für alle – die Mitarbeiter und Aktionäre – wieder profitabel werden."

Albingia konnte Ertrag verbessern

dpa/VWD, **Hamburg**

Die Versicherungsgruppe Albingia, Hamburg, hat 1982 den Ertrag verbessern können und wird nach „wieder beachtlicher" Rücklagendotierung eine unveränderte Dividende von 14 Prozent ausschütten. Nach Unternehmensangaben schloß die Muttergesellschaft, die Albingia Versicherungs-AG, entgegen ursprünglichen Erwartungen mit einem versicherungstechnischen Gewinn ab, der über dem Vorjahresniveau (nach Schwankungsrückstellungen 1,5 Mill. DM) liegt. Das Gesamtergebnis der Gruppe wird höher als im Vorjahr (13,5 Mill. DM) sein. Auch bei der Albingia Leben ist der Überschuß gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Das Prämienvolumen der Gruppe nahm geringfügig um 40 Mill. auf 1,1 Mrd. DM zu. Die Kapitalanlagen erhöhten sich um rund 100 Mill. auf 2 Mrd. DM. 1983 wird die Albingia rund 75 Mill. DM in den Bausektor, überwiegend in den Wohnungsbau, investieren. 1982 beliefen sich die Investitionen in Grundstücke und Bauten auf rund 18 Mill. DM.

E. MERCK / Schwäche im Pharma-Export

Drastischer Gewinneinbruch

dpa/VWD, **Darmstadt**

Der Chemie- und Pharmakonzern E. Merck, Darmstadt, mußte im Geschäftsjahr 1982 einen deutlichen Rückschlag gegenüber der Vorjahres-Geschäftsentwicklung hinnehmen. Der Gewinn werde voraussichtlich zwischen 20 und 30 Prozent niedriger als 1981 ausfallen, als er noch um 17 Prozent auf 27,6 Mill. DM gestiegen war, teilte der Vorsitzende der Geschäftsleitung, Hans Joachim Langmann, in Darmstadt mit.

Der Umsatz stieg im vergangenen Jahr um 3,4 (10,4) Prozent auf rund 1,16 Mrd. DM. Dazu trugen das Inland mit 3,3 und der Export mit 4,1 Prozent Steigerung bei. 52 Prozent des Exports gingen an die ausländischen Merck-Gesellschaften. Im Geschäftsbereich Pharma mußte – bedingt durch ein Minus im Export von 7,2 Prozent – ein Rückgang um 0,8 Prozent hingenommen werden.

Bei den Chemikalien gab es noch eine Steigerung um 8 Prozent. Dies sei vor allem durch erhöhte Exporte, insbesondere nach den europäischen Ländern, gelungen, erklärte Langmann. Die Laborpräparate konnten mit einem Zuwachs von 4 Prozent die gute Geschäftsentwicklung von 1981 nicht fortsetzen. Beim Gruppenumsatz mit Dritten wird eine Steigerung um 3,5 Prozent auf 2,47 Mrd. DM ausgewiesen. Rückgänge mußten insbesondere in Südamerika und Afrika hingenommen werden.

1983 sind bei Merck Investitionen in der Größenordnung von 100 Mill. DM geplant. Der Entschluß zu investieren sei von den Wahlen unabhängig, betonte Langmann. Zum 1. Januar 1983 ist die E. Merck Beteiligungen oHG (EMB) gegründet worden, die als Holding für einen Teil der Merck-Beteiligungen fungiert und auch Finanzaufgaben übernommen hat. Sie verfügt über eigene Mittel von rund 110 Mill. DM.

POROTON-WERKE / Umsatzrückgang gebremst

Suche nach Marktnischen

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Mit Innovationen wollen die Poroton-Werke Ernst Jungk & Sohn GmbH, Wöllstein und Neunkirchen/Saar, trotz der schlaffen Baukonjunktur die Nase vorn behalten. Ernst K. Jungk, derzeit als vierte Generation an der Spitze des 120 Jahre alten Familienunternehmens, stellte eine neu entwickelte Ziegel-Fertigdecke vor. Damit wolle man eine Marktlücke schließen. Die Decken (Spannweite bis zu 6 Metern) werden in der Wöllsteiner Ziegelei in einem vom Unternehmen entwickelten (und europaweit zum Patent angemeldeten) Verfahren industriell gefertigt.

Die Konkurrenz zu anderen Fertigbauteil-Verfahren scheut Jungk nicht, man liege im Preis darunter. Für dieses Verfahren will Jungk, da die eigenen Fertigungskapazitäten nicht ausreichten, Lizenznehmer gewinnen.

Der innovationsfreudige Mittelständler mit 102 (120) Beschäftigten hat im vergangenen Jahr etwa 20 Prozent seines Umsatzes für innovative Investitionen und Forschung aufgewandt. Sozusagen als Nebenprodukt sind Verfahren für die keramische Aufbereitung von Rohstoffen (z. B. Elektrofilterasche) angefallen. Derartiges Know-how soll künftig durch die eigens gegründete Juwö-Engineering GmbH, Wöllstein, vermarktet werden.

Viel verspricht sich Jungk auch von seinem Solarhaus, das die Sonnenenergie passiv als Wärmequelle nutzt und in das Meßprogramm der Kernforschungsanlage Jülich einbezogen wurde. Der Verwendung der „Waschberge" im Steinkohlenbergbau dient das mit Unterstützung des Forschungsministeriums laufende Pilotprojekt im Ziegelwerk Neunkirchen.

In diesem Jahr erwartet Jungk nach einem Rückgang beim Porotonziegel-Umsatz um 6 (15) Prozent auf 22 Mill. DM eine „leichte Umkehr" im zweiten Halbjahr. Den Ertrag beschreibt Jungk mit „beruhigend schwarze Zahlen"; die Liquidität sei gut.

NAMEN

Dr. Peter Pies, lange Jahre in leitenden Positionen bei Otto Wolff Handelsgesellschaft mbH, Köln, ist ab 1. Januar 1983 zum stellvertretenden Geschäftsführer der Stahlring GmbH ernannt worden.

Werner Schuhmacher (55), Bochum, ist per 1. Februar 1983 zum Vorstandsvorsitzenden der Eisen und Metall Aktiengesellschaft, Gelsenkirchen, bestellt worden. **Hans-Georg Schluchtmann** (58), Essen, zuständig für den Unternehmensbereich Finanzen/Betriebswirtschaft, wird zum 31. Dezember 1983 auf eigenen Wunsch aus dem Vorstand ausscheiden.

Hans-Hinrich Dölle (34), persönlicher Referent des AEG-Vorstandsvorsitzenden Heinz Dürr und seit dem 1. März 1982 Leiter der Marketing-Koordination bei AEG-Telefunken, verließ den Konzern zum 1. Februar 1983.

CHEMISCHE WERKE HÜLS / Doppellast aus Konjunktur und Umstrukturierung

Kleine Hoffnungsschimmer leuchten

JOACHIM GEHLHOFF, **Marl**

Nach zwei Jahren vergeblichen Wartens auf einen immer wieder prophezeiten Konjunkturaufschwung werde man mit Prognosen natürlich vorsichtig, meint Professor Carl Heinrich Krauch. Doch nachdem auch bei der Chemische Werke Hüls AG, Marl, ebenso wie weithin in der Chemieindustrie der Januar besser als erwartet verlaufen sei, sieht der Vorstandsvorsitzende dieses fünftgrößten deutschen Chemieunternehmens (Veba-Konzern) nun doch „kleine bis mittlere" Verbesserungen im Geschäft. Die Kurzarbeit bei Hüls sei vorüber, der Einstellungsstopp freilich bleibe bestehen. Zuversichtlich für die Ertragsentwicklung stimme allerdings in erster Linie die „ganz erheblich verbesserte" Kostenstruktur, mit der nun die ersten Früchte der 1981 angelaufenen „Strukturanpassung" geerntet werden.

Solche Hoffnungsschimmer hat Hüls auch nötig. Denn der erste Rückblick auf 1982 ergibt, daß die Hüls AG bei Minderungsraten von 11,7 Prozent auf 4,5 Mill. t Absatz und von 5,9 Prozent auf 5 Mrd. DM Umsatz (in der Gruppe minus 5 Prozent auf 5,7 Mrd. DM) eine noch etwas größere Ergebnisminderung als schon im Vorjahr hinnehmen mußte (damals um 81,5 Mill. DM) und nach dem 1981 an die Null-Linie gesunkenen Gewinn nun wohl einen Jahresverlust von mindestens 60 Mill. DM ausweisen muß.

Zwei Lasten kamen bei diesem trotz aller Bemühungen um die Entwicklung höherwertiger Produkte noch immer dominierend von petrochemischer Massenware geprägten Unternehmen zu diesem Negativergebnis zusammen. Einerseits infolge preisdrückender Konjunkturschwäche bis zu fast 100 Mill. DM Verluste im Kunststoffbereich (vor allem bei PVC mit 0,5 Mrd. DM Umsatz) sowie ähnlich große Verluste aus der Ammoniakproduktion, die auch den gesamten Agrarchemiebereich („weniger stark") ins Negative drückten.

Andererseits Kosten aus der „Strukturanpassung". Gut 100 Mill. DM (je zur Hälfte 1981 und 1982) kosteten bisher die Sozialpläne für den bis Ende 1984 anvisierten Abbau der AG-Belegschaft um 2300 Leute (weitere 700 bei den „Fremdfirmen"-Beschäftigten) auf noch etwa 15 700 Beschäftigte, der bis zum ersten Quartal 1983 zu mehr als der Hälfte schon realisiert wurde. Zu durchschnittlich zwei Dritteln auf das Konto „Strukturanpassung" gehen auch die „antizyklisch" 1982 um weitere 26 (7) Prozent auf 245 Mill. DM gesteigerten AG-Sachinvestitionen, die auch 1983 dieses um ein Sechstel über den Abschreibungen liegende Niveau behalten sollen.

Leitlinie dieses Kraftaktes der Umstrukturierung: Einsparungen beim Energieaufwand (der bei Hüls knapp 15 Prozent der gesamten Produktionskosten erreicht) sowie bei den Rohstoffen; letzteres zumal durch Abschied von der Traditionsidee möglichst vollständiger Eigenversorgung mit petrochemischen Zwischenprodukten zugunsten größerer Freiheit beim Zukauf billiger Spotmengen aus dem „zunehmenden Produktangebot" jener (insbesondere Nahost-) Länder, die dank Rohstoffreichtum und billiger Energie kostengünstig produzieren können.

Der „Ballastabwurf" überkommener Hüls-Struktur bleibt dabei nicht auf das Inland beschränkt. Auch die insgesamt lange Zeit verlustreichen Auslandsbeteiligungen wurden nun gestrafft. Insbesondere hat sich Hüls nun komplett aus seinen brasilianischen Kunststoffbeteiligungen zurückgezogen.

Empfindliche Störungen des Genesungsrezepts befürchtet Krauch („Hüls ist auf Kohle gebaut") aus den seit 1982 schwelenden Preiserhöhungsforderungen von 20 bis 25 Prozent (gleich 40 Mill. DM pro Jahr) für die von der Ruhrkohle AG bezogene Kraftwerks-Ballastkohle. Der Strompreisnachteil beispielsweise gegenüber der französischen Konkurrenz sei ohnehin schon gefährlich groß.

Flüssiges Kapital

6 polierte Sibirskaya-Gläschen erhalten Sie frei Haus gegen einen Verrechnungs-Scheck über DM 29,90 von Simex, Wiesenstr. 5, D-5170 Jülich.

Sibirskaya. Ein 42%iger feiner, milder und reiner Wodka. Aus kernigem Wintergetreide und unberührtem Wasser der Taiga-Seen. Mehrfach filtriert. Kristallklar und weich.

Unter den edlen russischen Wodkas ist er gewiß der edelste.

Simex D-5170 Jülich
Alle echt russischen Weine, Krimsekt und Spirituosen.

Sibirskaya. Der Wodka für uns Wenige.

Factoring

Hö. – Vor dem düsteren Hintergrund der weltwirtschaftlichen Großwetterlage entwickelt Factoring erfreulich positive Züge. Dafür gibt es eine Reihe von recht unterschiedlichen Gründen:

1. Factoring befindet sich weltweit noch immer im Stadium der Einführung. Das gilt selbst für das Ursprungsland dieses Systems, für die USA: Dort bemüht man sich seit Jahren intensiv darum, aus der einseitigen Bindung an die Textilindustrie auszubrechen und neue Märkte mit lukrativeren Branchen zu erschließen. Auch die US-Factors haben dabei gegen Vorurteile zu kämpfen, wie sie jeder Novität anzuhaften pflegen.

2. Aus Entwicklungsländern werden Schwellenländer und aus Schwellenländern Industriestaaten. Der Fertigwarensektor nimmt im Binnen- und im Außenhandel dieser Länder breiteren Raum ein. Große Banken in diesen Ländern gründen Factoring-Töchter um sich dem wandelnden Finanzierungsbedarf anzupassen.

3. In allen Unternehmensleitungen gewinnt das Finanzmanagement an Bedeutung. Liquiditätsvorsorge, Kreditkontrolle und Absicherung der Kreditrisiken genießen heute hohe Priorität innerhalb der Unternehmensstrategie.

4. Auslandsmärkte sind schwieriger zu handhaben; aus Verkäufermärkten werden Käufermärkte: der Kunde diktiert die Konditionen, und das bedeutet vielfach Lieferung auf offene Rechnung, Lieferantenkredit. Hier wird der Factor im Käuferland zum unentbehrlichen Dienstleister.

5. Je schwächer die Binnenkonjunktur, desto stärker das Bemühen, den Export zum zentralen Anliegen zu machen. Auslandsmarketing aber bedeutet ein Marketing für jedes einzelne Land. Factoring als System zur risikolosen Abwicklung von Ausfuhrgeschäften auf offene Rechnung (kurzfristiger Lieferantenkredit) kommt den Erwartungen der Käufer und Verkäufer entgegen: In jedem Land steht eine im Umgang mit offenen Buchforderungen erfahrene Organisation zur Verfügung. Der Exporteur kann eigenes Personal sparen.

6. Mancher Vorbehalt gegen Factoring löst sich angesichts von 15 000 jährlichen Insolvenzen in Luft auf: Mußte der Factoring-Verkäufer früher dreimal anklopfen, öffnen sich ihm heute viele Türen von selbst.

7. Kreditrestriktionen fördern Finanzierungsalternativen. Auf diese Weise erlebt zum Beispiel Italien zur Zeit einen ausgesprochenen Factoring-Boom mit einem Umsatzplus von 50 Prozent im Jahre 1981 gegenüber 1980.

Insgesamt darf man feststellen, daß die Entwicklung des Factoring einerseits immer noch durch Vorurteile gebremst wird, daß sie andererseits aber Auftrieb erhält durch die großen wirtschaftlichen Veränderungen der achtziger Jahre.

Sind die Risiken im Inlandsgeschäft schon groß, so sind sie im Exportgeschäft noch um einiges höher einzuschätzen. Die größere Distanz zum Kunden, rechtliche Probleme, Devisenbewirtschaftung und Sprachschwierigkeiten schaffen zusätzliche Unsicherheit. Auch hier hilft Factoring, gewährt Schutz vor Forderungsverlusten und macht unabhängig von längeren Forderungslaufzeiten. Insbesondere zur Absicherung laufender Geschäftsverbindungen mit regelmäßigen Lieferungen ist Factoring ein probates Finanzierungsinstrument.

Exportfactoring ist allerdings eine Spezialität, die nicht von allen deutschen Factoringinstituten angeboten wird; sie setzt Erfahrung und ein gut funktionierendes Korrespondentennetz voraus.

Daß Factoring kein Heilmittel für notleidende Unternehmen ist, versteht sich eigentlich von selbst, wird aber gelegentlich übersehen. Da der Factoringkunde dem Factor für den Bestand der Forderungen haftet, ist auch seine Bonität gefragt. Im übrigen sind die Factoringinstitute an dauerhaften Geschäftsverbindungen interessiert.

EXPORT / Wer erfolgreich sein will, sollte den Weg zum Factor nicht scheuen

Wie Spezialisten im Ausland die Geschäfte ankurbeln

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Das Exportgeschäft ist zur Zeit kein Honigschlecken. Die weltweite Rezession lähmt die Nachfrage. Das spüren vor allem viele kleinere und mittelständische deutsche Firmen, die Spezialitäten ins Ausland verkaufen. Dennoch läuft das Exportfactoring-Geschäft wie geschmiert.

Der Spezialist in dieser Branche, die etwas einen Anteil von einem Zehntel am gesamten Factoringgeschäft hat, die Procedo Gesellschaft für Exportfactoring J. Klindworth KG, Wiesbaden, berichtete dieser Tage über ein „sagenhaft" gut gelaufenes Geschäft, über eine Umsatzsteigerung um 60 Prozent im letzten Jahr.

Das ist zwar sicher nicht typisch für das gesamte Exportfactoring in der Bundesrepublik; aber es zeigt, daß Bedarf für diese Dienstleistung da ist und mit werblichem Geschick auch noch reichlich geweckt werden kann.

Es mag wie Ironie klingen. Aber es ist so: Das Exportfactoring verdankt seine Blüte seit einiger Zeit den zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, den Finanzierungsproblemen, die für viele Abnehmer deutscher Waren viel größer geworden sind als in der Vergangenheit. Sie verlangen immer längere Zahlungsziele. Wo früher Bezahlung mit Akkreditiv üblich war, werden heute 90 Tage offenes Ziel gefordert. Und statt 80 Tagen Ziel werden heute mindestens 120 Tage verlangt. Liquidität ist knapp.

Diese Finanzierungsschwierigkeiten schlagen auch auf die deutschen Lieferanten durch. Wer von ihnen den Finanzierungswünschen der Abnehmer entgegenkommen kann, hat einen Wettbewerbsvorteil, der nicht zu unterschätzen ist. Ein Factoring-Institut kann hier helfen: Mit dem Ankauf der Forderung des Exporteurs, der nun seinem Abnehmer das gewünschte Zahlungsziel einräumen kann, ohne seine eigene kostbare Liquidität oder die Kreditlinien bei seinen Banken strapazieren zu müssen.

Aber das ist nicht der einzige Grund, warum seit einiger Zeit immer mehr mittelständische Unternehmen besonders im Exportgeschäft leichter als früher den Weg zum Factor finden. Auch der übrige Service der Factoring-Institute ist zur Unterstützung der Ausfuhr-Aktivitäten gefragt: Der Einzug – und nicht selten das gerichtliche Eintreiben – von Forderungen an ausländische Abnehmer und die Übernahme des Delkredere-Risikos.

Die Expertise von Factoring-Instituten ist nicht selten die notwendige Ergänzung zu den Verkaufsbemühungen mittelständischer Unternehmer auf fremden Märkten.

Zumindest gilt das für Firmen, deren Exporte nur einen relativ kleinen Teil des Gesamtgeschäfts ausmachen. Dann lohnt es sich häufig nicht, teure eigene Experten speziell für die finanzielle Abwicklung des Auslandsgeschäfts zu halten. Oft ist es billiger, einen Factor damit zu betrauen, der dafür eine Provision von ein bis zwei Prozent vom Umsatz berechnet.

Seine Experten, die sich im internationalen Recht auskennen, wissen, wie man wo mit welchen Behörden umgehen muß, was zu tun ist, wenn der Abnehmer säumig, zahlungsunwillig oder zahlungsunfähig ist. Und das ist viel wert.

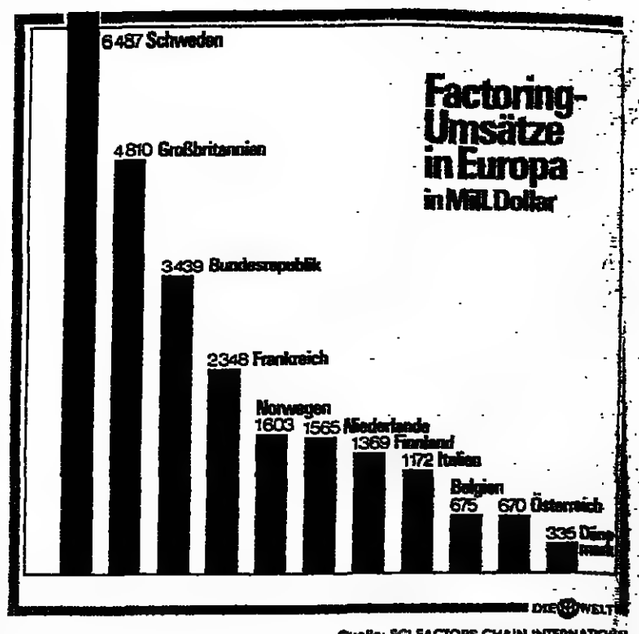
Denn es ist schon ein Unterschied, ob der Lieferant sich mit derartigen Problemen im Inland auseinandersetzen muß, wo er eben mal schnell zum Telefonhörer greifen oder seinen Anwalt einschalten kann oder im Ausland, wo in Problemfällen allein schon die Sprache eine Barriere sein kann.

Das Procedere bedient sich dafür eines internationalen Anwaltsbüros, das mit Korrespondenzanwälten in anderen Ländern zusammenarbeitet. Die Deutsche Factoring Bank in Bremen beschreitet einen anderen Weg. Sie kooperiert mit Factoring-Instituten im Ausland.

Das Export-Factoring ist freilich nicht in allen Ländern möglich. Problemlos ist es in den EG-Ländern, auf die rund 80 Prozent der gesamten Exportfactoring-Umsätze von rund 600 Millionen Mark jährlich entfallen. Früher lief auch das Factoring-Geschäft mit den Ostblockstaaten. Heute spielt nur noch das Geschäft mit der Sowjetunion eine gewisse Rolle.

In den anderen Comecon-Staaten haben sich die Zahlungsverzögerungen so gehäuft, daß das Geschäft zum Erliegen gekommen ist. Kein Wunder, wenn zum Beispiel – und das ist kein Witz – die „DDR" ein Jahr offenes Zahlungsziel für Bonbons verlangt, die sicher schon längst gelutscht sind.

So sehr Factoring-Institute im Exportgeschäft davon profitieren, daß Sicherheit auf ausländischen Märkten von deutschen Lieferanten gefragt ist: Mit der Verschlechterung der Bonität hat sich die Ablehnungsquote erhöht. Und gleichzeitig ist auch die Ausfallquote von rund 0,2 Prozent auf 0,3 Prozent gestiegen. Das seien zwar immer noch kleine Zahlen, so wird in der Branche versichert. Aber man spürt es schon.



Keine Konkurrenz, sondern Ergänzung der Finanzierung

F. W. H. Bremen

Allein aus der Kombination verschiedener Leistungen, die sonst bei keiner anderen Finanzierungsform zu finden ist, bezieht Factoring bereits seinen eigenen Stellenwert. Hinzu kommen rechtliche Besonderheiten, die seine eigenständige Position noch markanter hervortreten lassen. Vor dem Hintergrund der schwierigen gesamtwirtschaftlichen Situation gewinnt Factoring darüber hinaus zusätzliche Aktualität.

Die Risiken in den Außenständen haben drastisch zugenommen. Der rasante Anstieg der Insolvenzen ist dafür ein trauriger Beweis. Selbst eine sorgfältige Debitorenüberwachung garantiert keinen sicheren Schutz vor Forderungsverlusten. Dem Aufwand an Zeit und Geld steht nach wie vor ein unkalkulierbares Risiko gegenüber. Längere Zahlungsziele binden zudem erhebliche Mittel, die der eigenen Liquidität fehlen. Den Ausweg aus diesem Dilemma bietet Factoring.

Wodurch unterscheidet sich nun Factoring von den traditionellen Finanzierungsinstrumenten? Rechtlich ist Factoring ein Kaufgeschäft. Es entsteht also zwischen Kunde und Factor kein Kreditverhältnis. Als Käufer der Forderungen übernimmt der Factor vielmehr die Gläubigereigenschaft seines Kunden, so daß dessen Abnehmer zu seinen Schuldnern werden. Die Forderungen scheiden folglich aus dem Vermögen des Factoringkunden aus; das Bild seiner Bilanz verbessert sich, insbesondere hinsichtlich der Kapitalrelationen.

Mit dem Ankauf der Forderungen geht zugleich das Delkredere-Risiko in voller Höhe auf den Factor über, dem dann 100 Tage nach Fälligkeit einer notleidenden Forderung das Zinsrisiko automatisch folgt. Der Factoring-Kunde haftet dem Factor lediglich für den Bestand der Forderungen, was nichts anderes heißt, als daß er für Liefermängel einzustehen hat. In seiner Verantwortung bleiben somit weiterhin Reklamationen, Retouren und Forderungsabzüge. Wichtig ist, daß der Abnehmer gegenüber der vom Factor erworbenen Forderung das Recht behält, mit Gegenansprüchen aufzurechnen. Der Factor greift nicht in das Liefergeschäft ein.

Als Eigentümer der Forderungen obliegen dem Factor die Überwachung des Zahlungseinganges, das Mahnwesen und der zwangsweise Einzug notleidender Forderungen. Der Kunde erhält vom Factor so viel Informationsmaterial, daß er auf eine eigene Debitorenbuchhaltung verzichten kann.

Der Factor erwirbt die Forderungen von seinem Kunden frei von etwaigen Ansprüchen der Lieferanten aus verlängertem Eigentumsvorbehalt. Diese rechtliche Regelung gilt nur für das Factoring, sofern der Factor das Delkredere-Risiko trägt.

So ist der Factor in der Lage, bei Ankauf der Forderungen sofort 80 bis 90 Prozent des Forderungsbetrages an seinen Kunden auszuzahlen. Die restlichen zehn bis 20 Prozent werden zunächst einem Sperrkonto gutgeschrieben und dienen in erster Linie als Sicherheit für etwaige Abzüge des Abnehmers; sie werden an den Kunden in voller Höhe ausgezahlt, sobald die Forderung vom Abnehmer ungekürzt reguliert worden ist.

Eine ausreichende Bonität der Abnehmer vorausgesetzt, sorgt Factoring für zusätzliche Liquidität, die zudem jeweils pünktlich zur Verfügung steht. Die Factoring-Finanzierung kennt im übrigen keine starren Grenzen, so daß der Kunde auch bei steigenden Umsätzen mit ausreichender Liquidität versorgt wird.

Factoring bietet Produktions- und Handelsunternehmen mit Jahresumsätzen von mindestens zwei Millionen Mark und Zahlungszielen bis zu 90 Tagen aus verschiedenen Überlegungen heraus eine interessante Finanzierungsalternative. Es bietet vor allem Schutz vor Forderungsausfällen, löst Probleme in der Debitorenverwaltung und bewährt sich in der Liquiditätsversorgung insbesondere expansiver Unternehmen, die an ihre Finanzierungsgrenzen stoßen. Es ist auch dann ein Ausweg, wenn außer dem Umlaufvermögen keine weiteren Sicherheiten zur Verfügung stehen. Jedes Kreditinstitut wird in einem solchen Fall wegen der verlängerten Eigentumsvorbehalte der Lieferanten bei der Kreditvergabe besondere Vorsicht walten lassen müssen.

Den Banken bietet Factoring die Chance, ihren Kunden auch dann noch einen Finanzierungsweg weisen zu können, wenn die eigenen Möglichkeiten der Kreditgewährung erschöpft sind, sei es bei stark expandierenden Unternehmen oder hohen Engagements in der Anlagenfinanzierung. Der Factor wird hier zum Partner der Kreditinstitute. Dabei dürfte es für die Banken von besonderer Bedeutung sein, daß ihnen der Kunde mit seinem gesamten Umsatz erhalten bleibt. Der Factor führt nämlich keine Kontokorrentkonten, sondern stellt seinem Kunden die Factoring-Erlöse auf dessen Bankkonto zur Verfügung.

SERVICE / Die verschiedenen Dienstleistungsfunktionen der Factoringgesellschaften und ihre Bedeutung für die Kunden

So wird der Unternehmer vom administrativen Ballast befreit

H. V. M. Stuttgart

Gerade in einer Zeit ständig steigender Insolvenzen dürfte eine der wichtigsten Service-Leistung des Factor die Bonitätsprüfung der Debitoren sein.

Unterstrichen wird die Bedeutung der Bonitätsprüfung auch damit, daß in jüngster Zeit Seminare speziell für die erfolgreiche Prüfung und Verwaltung der Debitoren abgehalten werden, auf die vornehmlich Kreditmanager der Konzerne geschickt werden.

Mit Factoring verfügt jeder mittelständische Unternehmer über ein Profi-Kreditmanagement, das ihm sämtliche Arbeiten in diesem Bereich abnimmt. Zunächst einmal holt der Factor über jeden einzelnen Abnehmer Büro- und Bankauskünfte ein. Da bei diesen Auskünften – ähnlich wie bei Zeugnissen – zwischen den Zeilen zu lesen ist, erfordert dies ganz spezielle Fähigkeiten und Kenntnisse, ohne die eine richtige Einschätzung des Abnehmers nicht möglich wäre.

Danach wird der Anschlußfirma (Lieferanten) die Höhe des Warenkreditlimits mitgeteilt. Dieses Limit wird nun vom Factor ständig überwacht. Sollte es bei erhöhten Lieferungen nicht ausreichen, wird es erhöht. Sollte jedoch bei der Zahlweise des Abnehmers festgestellt werden, daß sich eine Verschlechterung der finanziellen Verhältnisse ergeben hat, wird dies der Factor genauestens im Auge behalten, um rechtzeitig das Warenkreditlimit zu streichen, damit die Anschlußfirma sowohl bei Factoring mit Delkredere als auch beim Factoring ohne Delkredere weitere Lieferungen im eigenen Interesse unterläßt.

Warnsignale bei der Veränderung der festgestellten Zahlweise könnten sein, daß beispielsweise eine Einkaufsvereinigung nicht mehr skontiert, sondern Zahlungsziele voll ausnützt. Auch eine ständig zunehmende Zielüberschreitung könnte ein Warnsignal sein. Ebenso die plötzliche Hergabe von Wechseln.

So ist es empfehlenswert, bei Neukunden bei den ersten Lieferungen Wechselzahlungen grundsätzlich auszuschließen, um die Zahlungsfähigkeit des Kunden kennenzulernen. Weitere Warnsignale könnten auch die Aufgabe von Filialgeschäften sein, wie auch die Tatsache, daß plötzlich Aufträge erteilt werden, die weit über das bisherige Maß hinausgehen oder in keinem angemessenen Verhältnis zur Größe des Unternehmens stehen. Alle diese Fälle werden vom Factor genauestens geprüft und analysiert.

Die ständige Bonitätskontrolle des Factors ist auch wichtig und interessant für die Erschließung neuer Märkte. Von ganz entscheidender Bedeutung wird die laufende Debitorenprüfung im grenzüberschreitenden Verkehr, da dort allein aufgrund der weiten räumlichen Entfernung die Gefahren besonders groß sind.

Die Kreditlimitüberwachung der Abnehmer durch den Factor bringt jedoch nicht nur einen wirksamen Schutz vor Insolvenzen. Durch die ständige Selektierung des Kundenkreises können sich die Außendienstmitarbeiter mehr Zeit für die guten, von dem Factor mit entsprechenden Limiten versehenen Kunden, nehmen. Schlechte Kunden werden nicht mehr besucht, was Zeit und Geld spart.

Der weitere Service-Schwerpunkt des Factors liegt in der Führung der Debitorenbuchhaltung. Nach zivil- und steuerrechtlicher Betrachtung führt der Factor, soweit er das Factoring mit Delkredere betreibt, die Buchhaltung in Wahrnehmung eigener Angelegenheiten. Ein Doppel hiervon erhält die Anschlußfirma. Bei dem Factoring ohne Delkredere führt er die Debitorenbuchhaltung für die Anschlußfirma.

Losgelöst von dem Theorienstreit über die rechtliche Beurteilung des Factoring in seinen verschiedenen Formen gibt es für den Factor und die Anschlußfirma wirtschaftlich betrachtet keinen Unterschied bei der Führung der Debitorenbuchhaltung zwischen dem Factoring mit oder ohne Delkredere. Bringt doch dieser Service des Factors der Anschlußfirma ganz erhebliche Vorteile.

Zunächst erfaßt der Factor sämtliche Daten, besonders von Rechnungen, Gutschriften und Zahlungseingängen. Die so erfaßten Zahlen und Daten werden buchungstechnisch mit Journalen nachgewiesen und einmal monatlich so zusammengefaßt und aufaddiert, daß die Anschlußfirma mit wenigen Buchungen einmal monatlich ihre Sachkonten entsprechend verändern kann.

Bei den Zahlungseingängen werden darüber hinaus noch die jeweils vereinbarten Skontofristen überwacht und bei Überschreitung die Abnehmer automatisch zur Zahlung der unberechtigten Skontoabzüge aufgefordert. Soweit weitere Abzüge und Mängelrügen vom Factor nicht beurteilt werden können, erfolgt eine Abstimmung mit der Anschlußfirma, um auch in diesem Bereich unberechtigte Zahlungskürzungen möglichst kurzfristig vom Abnehmer anzufordern. Bei Wechselzahlungen nimmt der Factor auch automatisch die Abrechnung der Diskontspesen mit dem Abnehmer vor, um auch hier eine Entlastung für die Anschlußfirma zu erreichen.

Viele Factoringinteressenten fürchten sich davor, ihre Debitorenfirmenbuchhaltung außer Haus an den Factor zu geben, weil sie meinen, von diesem Zeitpunkt an nicht mehr zeitnah über die Abnehmer und die jeweiligen Bewegungen informiert zu sein. Diese Befürchtungen sind unbegründet, weil der Factor den Anschlußfirmen laufend Kundenübersichten übermittelt, die zeitnah die jeweiligen Außenstände, wie auch die offenen Posten ausweisen.

Da sich gerade heute nicht nur die Insolvenzen häufen, sondern auch die Zahlungsmoral sich ständig verschlechtert, ist das individuelle, ausgefeilte Mahnsystem des Factors von ganz erheblichem Vorteil für die Anschlußfirma. Gelegentlich aufgestellte Behauptungen von sogenannten Fachleuten aus der Finanz- und Kreditwirtschaft, wonach der Factor durch brutales und hartes Mahnen Kunden verärgert und damit Umsatzeinbußen zu befürchten sind, entbehren jeglicher Grundlage.

Vielmehr mahnt der Factor regelmäßig und konsequent unter Beachtung der vereinbarten Zahlungsziele und der branchenüblichen Abmachungen. Dabei wirkt sich allerdings sein konstantes Mahnen positiv auf die Debitorenlaufzeit aus, was die Anschlußfirmen der Factoringgesellschaft besonders in Zeiten der Hochzinsphase schätzen, weil damit nämlich in erheblichem Maße Soll-Zinsen gespart werden können.

Im übrigen entlastet das Mahnen des Factors ganz entscheidend das Lieferanten-Kundenverhältnis, da nun die Anschlußfirma und deren Außendienstmitarbeiter mit den Kunden nicht mehr über die leidigen Zahlungsprobleme diskutieren müssen. Bei verspäteten Zahlungen berechnet der Factor den Abnehmern unter Beachtung der mit der Anschlußfirma vereinbarten Kulanzfrist Verzugszinsen, die der Anschlußfirma wieder zugute kommen und somit deren Zinsaufwand weiter schmälern. Ist eine außergerichtliche Betreibung erfolglos geblieben, erfolgt die gerichtliche Betreibung durch den Factor, jedoch erst nach vorheriger Abstimmung und Zustimmung der Anschlußfirma.

Im Rahmen seiner Service-Leistungen bietet der Factor darüber hinaus noch Umsatzstatistiken, Exportstatistiken, Provisionsabrechnungen und numerisch und alphabetische Kundenlisten. Die Anschlußfirma erzielt durch die umfangreichen Serviceleistungen des Factores erhebliche Vorteile und kann Einsparungen bei Personal- und Sachkosten verzeichnen.

In den heutigen schwierigen Zeiten der Debitorenüberwachung und der Verwaltung ist es vielen mittelständischen Unternehmen aus Kostengründen nicht möglich, die erforderlichen Fachkräfte, besonders für die ständige Bonitätsprüfung der Debitoren einzustellen. Da die Gebühren für die Führung der Debitorenbuchhaltung umsatzabhängig sind – in der Regel zwischen 0,50 und zwei Prozent vom Umsatz – handelt es sich um variable Kosten, was sich besonders positiv bei Umsatzrückgängen oder extremen saisonalen Schwankungen auswirkt.

Das Dienstleistungspaket Factoring macht den Unternehmer frei von administrativem Ballast für seine eigentlichen Aufgaben. Dieser Umstand läßt immer mehr Unternehmer das moderne Finanzierungs- und Dienstleistungsinstrument Factoring einsetzen, um auch in konjunkturell unsicheren Zeiten bestehen zu können.

„TIME IS MONEY – DIE KÜRZESTE FORMEL FÜR FACTORING."

DEUTSCHE FACTORING BANK

-TIME IS MONEY-

Erfolgreiche Unternehmen nutzen Factoring, weil sie ihre Zeit lieber für neue Geschäfte als für alte Forderungen aufwenden.

Wir sind auf den Umgang mit Außenständen spezialisiert, das entlastet unsere Partner spürbar.

Vor allem setzt Factoring eigene Mittel frei und schont die Kreditlinie.

So einfach ist das: Kaum ist Ihre Ware unterwegs, verwandeln sich Ihre Forderungen in Liquidität. Time is money.

Sie nennen uns die Höhe Ihrer Außenstände. Täglich. Wir zahlen sofort aus. Täglich.

Für jede gekaufte Forderung tragen wir das Ausfallrisiko zu 100%.

Zugleich kümmern wir uns um alle Probleme, die bei Außenständen auftreten. Fazit: Mehr Zeit. Mehr Geld. Mehr Sicherheit.

Rufen Sie uns an oder schicken Sie uns den Info-Bon. Wir sagen Ihnen, welchen Nutzen wir speziell Ihrem Unternehmen bieten können. Auch die Sparkasse berät Sie gern.

Deutsche Factoring Bank
Martinistraße 48 · 2800 Bremen 1
Tel. (0421) 310206 · Telex 244593

Informieren Sie mich ☐ über Factoring allgemein ☐ speziell über Export-Factoring

Name:

Firma:

3

DEUTSCHE FACTORING BANK

VERWALTUNG

Der Factor übernimmt die Buchführung

H. W. Bonn

Da die Forderungen durch den Kauf in das Vermögen des Factors übergehen, wird er dafür buchführungspflichtig und hat auch die Verwaltung zu übernehmen. Für den Kunden entfällt somit die Verpflichtung, die Forderungen einzeln zu buchen und zu mahnen. Für ihn verbleibt in seiner Aktiva lediglich das Konto „Forderungen an den Factor", das nur die vom Factor in Abzug gebrachten Einbehalte enthält. Da der Factor zu einer ordnungsgemäßen Buchhaltung und Überwachung der Forderungen verschiedene, ausführliche Unterlagen benötigt, erhält der Kunde ebenfalls, quasi als Abfallprodukt, Informationen über den Stand der Forderungen.

Im einzelnen sind dies in regelmäßigen Abständen offene Postenlisten mit Angaben der genehmigten Limite, der Salden und der Limitüberschreitungen, kumulierte Umsätze pro Abnehmer, Altersgliederungen der Forderungen pro Abnehmer und insgesamt, Zahlungsjournale, Kopien der letzten Mahnungen und ggf. Kopien des Schriftverkehrs mit den Abnehmern. Die nicht unter ein Limit fallenden Forderungen bucht und verwaltet der Factor meist treuhänderisch mit.

Er tut dies mit der gleichen Sorgfalt, wie bei den von ihm gekauften Forderungen. Nicht selten rutschen auch Forderungen in das Limit, wenn ältere Forderungen beliehen werden. In der heutigen Zeit, in der die meisten Firmen über eine leistungsfähige eigene EDV verfügen, nimmt die Verwaltungsfunktion im klassischen Sinne nicht mehr jenen Rang ein, den sie früher hatte. Diesem Umstand entsprechend übertragen heute einige Factors treuhänderisch die Debitorenbuchhaltung und das Mahnwesen auf den Kunden.

An der juristischen Konstellation ändert dies nichts, lediglich an der praktischen Handhabung. Daß der Factor bei einer solchen Regelung bestimmte Anforderungen an die EDV und die mit der Debitorenbuchhaltung befaßten Personen des Kunden stellt, ist ein nicht zu unterschätzendes Erfordernis. Das Inkassoverfahren behält sich der Factor jedoch selbst vor.

DIE FACTORING-ARTEN / Liquidität, Rentabilität und Arbeitsentlastung

So werden Außenstände zu Bargeld

W. D. Bonn

Wenn sich ein Unternehmen für die Zusammenarbeit mit einem Factoringinstitut entschließt, so sind seine Beweggründe hierfür meist in den vielfältigen Funktionen zu sehen, die der Factor ihm zu bieten in der Lage ist. Zweifelsohne wird seine Entscheidung, Factoring zu praktizieren, hauptsächlich dadurch gefällt, daß der Factor es ihm ermöglicht, seine Liquidität zu sichern und ihm auch die Sorgen eines möglichen Verlustes durch Insolvenzen seiner Abnehmer abzunehmen.

Ein weiterer Vorzug, mit einem Factor zu arbeiten, liegt in der Übernahme der Debitorenbuchhaltung und des gesamten Mahn- und Inkassowesens. Mit der Aufzählung eben dieser Kriterien ist die bekannteste Art des Factoring-Verfahrens grob umschrieben, nämlich das sogenannte „Old-Line-Factoring" oder auch „Standard-Factoring" genannt. Der Factor vergibt für sämtliche zu beliefernden Abnehmer des Factoringkunden Kreditlimite, bis zu deren Höhe auch das Delkredererisiko zu 100 Prozent übernommen wird.

In der Regel erhält der Factoringkunde am Tage der Übersendung der Rechnungskopien an das Factoringinstitut von diesem eine sofortige Bevorschussung von 80 bis 90 Prozent auf diese Forderungen. Der Einbehalt von zehn bis 20 Prozent durch den Factor dient zur Abdeckung etwaiger Rechnungskürzungen durch den Abnehmer. Sollten Kürzungen nicht vorgenommen werden, zahlt der Factor diesen Betrag nach Bezahlung an ihn an den Kunden aus. Die Debitorenbuchhaltung wird von dem Factor geführt; er übersendet in regelmäßigem Abstand seinem Kunden Informationen, aus denen dieser den aktuellen Stand der Debitoren erkennt und führt auch das gesamte Mahn- und Inkassoverfahren durch.

Eine weitere Factoring-Art bietet der Factor dem potentiellen Interessenten, der in der Lage ist, die Debitorenbuchhaltung treuhänderisch für den Factor zu führen. Diese Möglichkeit ist denjenigen Interessenten gegeben, die bereits eine elektronische Datenverarbeitungsanlage benutzen und auch in der Lage sind, dem Factor die benötigten Unterlagen zu erstellen. Das sonstige Prozedere ist weitestgehend identisch mit dem Standard-Factoring-Verfahren.

Die volle Nutzung der eigenen EDV ist weiterhin gegeben. Der Kunde, der mit dem Factor einen solchen Vertrag geschlossen hat, mahnt auch seine Abnehmer selbst an und leitet nach fruchtlosen Mahnungen über das Factoringinstitut das gerichtliche Inkassoverfahren ein.

Factoring-Interessenten, denen nicht unbedingt an der Verflüssigung ihrer Außenstände gelegen ist, wird das Factoringinstitut zu dem „Fälligkeitsfactoring" raten. Der Wunsch des Interessenten wird hierbei ausschließlich mit der Absicherung des hundertprozentigen Abnehmerrisikos begründet. Dieses Verfahren ist bis auf die Bevorschussung der Forderungen mit dem Standard-Factoring-Verfahren identisch. Die spezifischen Merkmale der Factoringarten bieten dem Unternehmer die Möglichkeit, ein Factoringverfahren nach seinen Bedürfnissen einzugehen.

Was erreicht wird, und was es kostet

H. F. Mainz

Was soll mit Factoring erreicht werden? Eine zusätzliche Liquidität zu dem normalen Bankkredit durch Finanzierung der Außenstände mit hundertprozentigem Delkredereschutz. Dadurch kommen die Factoring-Kunden in den Genuß zusätzlicher Lieferantenskonti, denn sie werden Barzahler. Außerdem sind Abnehmer-Insolvenzen voll abgesichert. Dazu übernimmt der Factor, je nach Absprache, die Debitoren-Buchhaltung, das Mahn- und Inkassowesen, Gerichts- und Mahnkosten. Der Factoring-Kunde wird mit der Factoring-Finanzierung so gestellt, als habe sein Abnehmer bei Abholung der Ware bar bezahlt. Ein weiterer Vorteil besteht darin, daß dem Factoring-Kunden die Finanzierung umsatzkongruent zufließt, was bei wechselnder Umsatzhöhe wichtig ist.

Da dem Factoring-Kunden durch die Finanzierung die Sorge seiner Geldeingänge genommen wird, kann er sich voll dem Verkauf seiner Ware und neuen Produkten widmen.

Was kann mit Factoring eingespart werden? Vor allen Dingen Ärger beim Hinterherlaufen hinter den Außenständen. In vielen Fällen gibt man noch zusätzliche Rabatte zu den Skonti, nur, um sofort über einen größeren Geldbetrag verfügen zu können, weil wichtige Zahlungen anstehen.

Im Betrieb selbst wird Personal frei, das mit unproduktiven Dingen, wie Buchungen und Überwachungen der Debitoren, Zahlungseingängen, Mahnungen und Inkasso beschäftigt war. Im Inkasso fallen außerdem die Anwalts- und Gerichtskosten weg, weil diese vom Factor übernommen werden. Bei Überziehung von Bankkrediten entfallen die Überziehungsgebühren. Der Factoring-Kunde erhält außerdem täglich vom Factor für die Gesamtsumme nur einen Scheck, während er ohne Factoring eine Flut von Geldeingängen zu überwachen hätte.

Was kostet Factoring? Die Factoring-Gebühr, in der die Kosten der Delkrederehaftung eingeschlossen sind, liegt zwischen 0,8 und 1,5 Prozent. Sie wird vor der Zusammenarbeit festgelegt.

Als Beispiel nehmen wir hier ein Prozent: Bei 20 Millionen Mark macht das 200 000 Mark aus. Die Zinsen auf die Inanspruchnahme ergeben 215 000 Mark. Die Gesamtkosten pro Jahr betragen also 415 000 Mark.

Bei einem durchschnittlichen Wareneinsatz von 50 Prozent und bei vier Prozent Lieferantenskonti können dann 400 000 Mark zurückgeholt werden.

Der Factoring-Interessent kann nun einwenden, daß er bereits jetzt schon Skontozahler ist. Er muß aber dabei berücksichtigen, daß er diese Beträge aus seinem Kreditrahmen zieht, wofür er auch Zinsen und Kreditkosten bezahlt. Gegen die Factoring-Kosten sind auch die Insolvenzverluste und die Mahn- und Gerichtskosten zu rechnen, außerdem noch zusätzliche Personaleinsparungen.

Factoring-Gesellschaften in Deutschland

DW. Bonn

Die Entwicklung des Factoring-Geschäfts in Deutschland ist vergleichbar mit der Entwicklung in anderen Ländern. Mittlerweile hat Factoring seinen berechtigten Platz im kurzfristigen Finanzierungsbereich gefunden. 1979 beliefen sich die im Factoring-Geschäft getätigten Umsätze auf über 5,5 Milliarden Mark. 1981 konnte eine Steigerung des Gesamtumsatzes auf knapp sieben Milliarden Mark erzielt werden. Diese Umsätze verteilen sich im wesentlichen auf diese acht, dem Deutschen Factoring Verband e.V. angeschlossenen Factoring-Institute:

1. Credit-Factoring International GmbH, Mainzer Landstr. 49, 6000 Frankfurt/Main
Gesellschafter: Credit Factoring International Ltd., London

2. Deutsche Factoring Bank – Deutsche Factoring GmbH & Co., Martinistr. 48, 2800 Bremen
Gesellschafter: 8 Landesbanken und Sparkasse Bremen

3. DG Diskont Bank AG, Kaiser-Friedrich-Str. 7, 6500 Mainz
Gesellschafter: DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank

4. Diskont und Kredit AG, Couvenstr. 6, 4000 Düsseldorf
Gesellschafter: Dresdner Bank

5. GEFA Gesellschaft für Absatzfinanzierung mbH, Laurentiusstr. 19/21, 5600 Wuppertal
Gesellschafter: Deutsche Bank

6. Heller Factoring Bank AG, Wallaustr. 111, 6500 Mainz
Gesellschafter: Walter E. Heller Overseas Corporation, USA

7. Procedo Gesellschaft für Exportfactoring J. Klindworth KG, Gustav-Stresemann-Ring 12–16, 6200 Wiesbaden
Gesellschafter: mehrere Privatpersonen

8. Süd-Factoring GmbH, Kronenstr. 36, 7000 Stuttgart
Gesellschafter: Württembergische Kommunale Landesbank

Der Kundenkreis liegt im wesentlichen im mittelständischen Bereich mit Umsätzen zwischen zwei und 150 Millionen Mark. Der überwiegende Teil der Factoring-Kunden tätigt alle seine Umsätze über die Factoring-Institute. Die Fachleute sind sich darüber einig, daß das Factoring-Geschäft sich weiter durchsetzt und seinen Platz ausbauen wird.

UNTERNEHMENSBERATER UND FACTOR

Experten im Umgang mit den Außenständen

SIEGFRIED OLBORT, Mainz

Immer häufiger auftretende Strukturveränderungen und weltweite Konjunkturschwankungen führen zu erheblichen Unternehmenskrisen. Während man früher erforderliche Sanierungsmaßnahmen als etwas Außergewöhnliches betrachtete und darüber höchstens hinter vorgehaltener Hand sprach, ist heute eine Meinungsänderung zu beobachten. Daß sich hier ein Wandel vollzieht, hat handfeste Gründe. Geht es doch häufig um Sein oder Nichtsein von Unternehmen und Arbeitsplätzen.

Erfreulich ist, daß vermehrt Unternehmer, Mitarbeiter, Gewerkschaften, Banken und Gläubiger an einem Strang zu ziehen versuchen. Diese Tatsache ändert jedoch nichts daran, daß eine sich anbahnende Krise Spezialisten zu ihrer Lösung bedarf.

Verfügt der Unternehmer oder das Team des Unternehmens über die nötigen theoretischen und praktischen Kenntnisse und über die erforderliche Zeit, wird man versuchen, hausintern der Probleme Herr zu werden. Oftmals jedoch sind diese Voraussetzungen nicht gegeben, so daß ein externer Unternehmensberater herangezogen werden muß. Daß ein solcher Berater, der gerade in einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit Hochkonjunktur hat, seriös und der gestellten Aufgabe gewachsen sein muß, versteht sich von selbst.

An dieser Stelle soll jedoch nicht auf die vielfältigen Maßnahmen eingegangen werden, die ein Unternehmensberater vorzuschlagen oder durchzuführen hat, sondern auf die Frage, ob Factoring einem Unternehmensberater nützlich sein kann. In den folgenden Situationen oder Problemen könnte ein Unternehmensberater Factoring zur Bereinigung der Schwierigkeiten heranziehen:

1. Die Forderungen des Unternehmens sind in einem miserablen Zustand. Erkennen kann man dies an der enormen Höhe der Forderungen, einer schlechten Altersgliederung, Rückständen in der Debitorenbuchhaltung, Klärposten und einigen anderen Faktoren. Daß der Factor keine Reklamationsbereinigung durchführen kann, dürfte klar sein, daß er aber zusammen mit dem Unternehmen massiv an dem Einzug und der Klärung der Forderungen arbeiten wird, ist selbstverständlich.

2. Es kann keine klare Aussage darüber erfolgen, ob die Forderungen in ihrer Mehrheit gegen bonitätsmäßig gute Abnehmer gerichtet sind. Zudem bilden einige Konzentrationen ein erhebliches Risiko. Eine Kreditversicherung besteht nicht. Durch das Limitprozedere des Factors wird hier zum einen Klarheit und zum anderen Sicherheit geschaffen.

3. Die Liquidität des Unternehmens ist angespannt. Zwar sind die Forderungen an die Hausbank abgetreten, eine Finanzierung erfolgt jedoch mit maximal 50 Prozent und im Rahmen einer festgelegten Kreditlinie. Für diese Kreditlinie sind noch weitere Sicherheiten gegeben. Durch die Einführung von Factoring wird eine höhere Finanzierung erreicht. Vor allem gibt es keine starre Kreditlinie. Die Finanzierung wächst mit der Höhe der Forderungen. Sind die Forderungen nicht an die Hausbank abgetreten, so ist der Liquiditätszufluß erheblich größer. Oftmals geben auch Hausbanken die Forderungen ohne Ablösung frei, jedoch gegen Abtretung der Auszahlungs- und Rückgewährsansprüche aus dem Factoring-Vertrag.

Aus der Praxis des Factoring-Alltags gibt es erheblich mehr Fälle, in denen Factoring von Unternehmensberatern zur Problemlösung herangezogen wurde. Man sollte jedoch davon ausgehen, daß seriöse Unternehmensberater einem Unternehmen nicht so ohne weiteres Factoring empfehlen. Erst nach genauer Analyse und Festlegung der Zielrichtung wird er mit dem Factor Kontakt aufnehmen.

Daß der Factor ebenfalls eine genaue Prüfung und Analyse durchführt, entspricht seiner Factoringphilosophie. Ein marodes Unternehmen als Kunden zu haben, kann er sich nicht leisten. Es kann aber seine Aufgabe sein – genau wie die der Hausbanken –, aufgrund eines gemeinsam erarbeiteten Konzeptes mit an der Lösung von Problemen zu arbeiten.

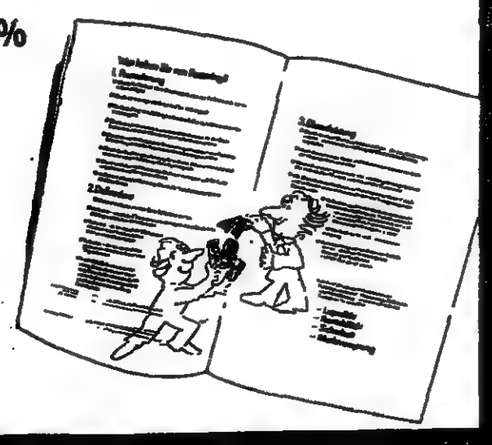
Süd-Factoring GmbH
Tochtergesellschaft der
Landesbank Stuttgart
Kronenstraße 36 · 7000 Stuttgart 1 · Telefon (0711) 221811-15

Ihr Erfolg!

Liquidität und Rentabilität mit Süd-Factoring.

Wir, die Süd-Factoring, haben viel mit Ihrer Branche zu tun!

- Wir bezahlen Ihre Forderungen sofort
- Wir übernehmen das Ausfallrisiko zu 100 %
- Wir führen Ihre Debitorenbuchhaltung



Was ist Factoring?
Wie funktioniert Factoring?
Warum Factoring mit Süd-Factoring?

Fordern Sie unser Handbuch für Factoring mit detailliertem Fragebogen an.

Süd-Factoring GmbH

Coupon
Firma
Name
Anschrift
Telefon
W-2-83

FACTORING
FACTORING
FACTORING
FACTORING
FACTORING
FACTORING
FACTORING

Wir haben etwas gegen Ihre hohen Außenstände: Factoring.

Bremsen Sie Ihre Umsatzentwicklung nicht durch mangelnde Liquidität. Lassen Sie Ihre Außenstände zu Bankguthaben werden – ohne Einschränkung der übrigen Kreditlinien, ohne Verkürzung der gewährten Zahlungsziele.
Factoring mit Delkredereschutz. Liquidität und Sicherheit für mittelständische Unternehmen von einem der ältesten und größten Factoring-Institute der Bundesrepublik. Hinter uns steht die DG BANK Deutsche Genossenschaftsbank, das Spitzeninstitut der Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie ihrer regionalen Zentralbanken.
Sprechen Sie mit uns – damit wir in Abstimmung mit Ihrer Hausbank für Sie ein individuelles Angebot ausarbeiten können.

DG DISKONTBANK AG
Kaiser-Friedrich-Str. 7, 6500 Mainz 1
Tel. (0 61 31) *10 40, Telex 4 187 754

Im Verbund der Volksbanken/Raiffeisenbanken und ihrer regionalen Zentralbanken.

DG DISKONTBANK
Wir finanzieren Umsatz

FORFAITIERUNG / Abwicklung von grenzüberschreitenden Geschäften – Absicherung gegen politische, wirtschaftliche und monetäre Risiken – Beispiele aus der Praxis

An die Bonität der Schuldner werden hohe Maßstäbe gelegt

H. EHRENBERGER, Bremen

À forfait heißt korrekt übersetzt: in Bausch und Bogen. In Deutschland hat sich daraus der Begriff „Forfaitierung" entwickelt. Unter diesem Begriff wird der Ankauf von später fällig werdenden Forderungen aus Warenlieferungen oder Dienstleistungen – meistens Exportgeschäften – unter Ausschluß des Rückgriffs auf vorherige Forderungseigentümer verstanden.

Obwohl theoretisch nahezu jede Form von Schuldanerkennung forfaitiert werden kann, sind derartige Forderungen in der Regel durch gezogene Wechsel oder Eigen-(Sola-)Wechsel verkörpert. Zu den weniger gebräuchlichen Formen zählen Buchforderungen und Akkreditive mit aufgeschobenen Zahlungen (deferred payment). Die vorzugsweise Verwendung von Eigenwechseln und Tratten ist in deren langer Geschichte als Finanzierungsmittel des Handels und in deren Simplizität zu sehen. Für die Wahl des Instrumentes gibt es dennoch keine allgemeingültige Regel, sie hängt von einer Vielzahl rechtlicher, wirtschaftlicher und politischer Überlegungen ab.

Bei allgemeiner Betrachtung kommt man zu dem Ergebnis, daß Factoring und Forfaitierung von den einzelnen Funktionsbereichen her kaum Unterschiede aufweisen. Bei näherem Hinsehen stellt sich jedoch schnell heraus, daß es eine ganze Anzahl sowohl qualitativer als auch quantitativer Abgrenzungspunkte gibt: Der Hauptunterschied dürfte darin liegen, daß bei der Forfaitierung einzelne Lieferungen beziehungsweise Forderungen zum Gegenstand der Geschäftsbeziehung gemacht werden, auch dann, wenn man – was durchaus üblich ist – wiederholt mit dem selben Geschäftspartner tätig wird. Im Gegensatz dazu wird vom Factoringvertrag von vornherein die Gesamtheit der Forderungen oder ein bestimmter Teil im Wege einer Globalzession erfaßt; die Forfaitierung ist auf einzelne Geschäftsfälle größeren Umfangs ausgerichtet.

Bei der Forfaitierung, der ein Exportgeschäft zugrunde liegt, versucht der Forfaiteur – soweit möglich – sich ein Bild über die Bonität des Schuldners zu machen. Beim Exportfactoring bedient sich der Factor (Exportfactor) hinsichtlich der Bonitätsprüfung eines Korrespondenzpartners (Importfactor) im Importland. Dieser ist naturgemäß – der Debitor ist für ihn Inländer – in einer wesentlich besseren Position, wenn es um die Bonitätsprüfung geht. Die Forfaitierung erfolgt auf der Basis eines festen Zinssatzes (Diskont) für die gesamte Laufzeit. Bei der Factoringfinanzierung wird in der Regel ein variabler Zinssatz vereinbart, der sich am Geldmarkt orientiert und der monatlich, vierteljährlich oder halbjährlich nachträglich in Rechnung gestellt wird.

Im Gegensatz zum Factor übernimmt der Forfaiteur auch das mit der Forderung verbundene politische Risiko. Ein Kursrisiko besteht für den Exporteur nur bis zum Verkauf der Forderung, während der Factor üblicherweise das Kursrisiko nicht abdeckt.

Die bei grenzüberschreitenden Finanzierungen auftretenden Risiken lassen sich wie folgt klassifizieren:

● Politisches Risiko: Schäden für den Exporteur können bei außerordentlichen staatlichen Maßnahmen oder politischen Ereignissen im Ausland (Krieg, Revolution, Annexion, bürgerlichen Unruhen) entstehen.

● Transferrisiko: Hierunter versteht man die Unfähigkeit oder Unwilligkeit von Staaten oder anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften zur Durchführung von Zahlungen in der vereinbarten Währung (inklusive Moratoriumsrisiko).

● Währungsrisiko: Eines der bedeutendsten Risiken kann darin liegen, wenn Zahlung in einer anderen Währung als der im Lande des Exporteurs erfolgt und im Austauschverhältnis zwischen in- und ausländischer Währung Schwankungen auftreten.

● Delkredererisiko: Hierunter fällt die Zahlungsunfähigkeit oder Zahlungsunwilligkeit von Schuldner oder Garant. (Bei staatlichen Verpflichtungen fällt das Delkredererisiko in die Kategorie der politischen Risiken).

Zur Frage der Absicherung gegen diese Risiken nachstehend einige Ausführungen:

Transferrisiko – Wird vom Forfaiteur abgesichert, der vor allem überlegen muß, ob das Importland auch in Zukunft zahlungsfähig sein wird und sich Devisen beschaffen kann.

Währungsrisiko – In der Regel werden von den Forfaiteuren nur Forderungen in solchen Währungen übernommen, in denen möglichst eine fristenkongruente Finanzierung möglich ist (zum Beispiel US-Dollar, Deutsche Mark und Schweizer Franken).

Debitorenrisiko – Die Forfaitierungsgesellschaften werden sich im allgemeinen nur für Laufzeiten engagieren, die einigermaßen überschaubare Risiken enthalten. An die Bonität der Schuldner werden hohe Maßstäbe angelegt. In der Regel ist die Forderung durch eine Bankgarantie im Schuldnerland abzusichern. Generell bleibt festzuhalten, daß neben der Bonität des Importeurs oder der garantierenden Bank die wirtschaftliche und politische Stabilität des Schuldnerlandes von Bedeutung sind. Daraus ergibt sich, daß Länder, die als instabil eingeschätzt werden, nicht für eine Finanzierung ohne Rückgriff geeignet sind, auch dann, wenn Importeur und Bank allererste Adressen sein sollten.

Wechsel – Der größte Teil der forfaitierbaren Forderungen wird in Form von Wechseln dargestellt. Teils handelt es sich um vom Schuldner zugunsten des Gläubigers ausgestellte Eigenwechsel, teils um vom Gläubiger gezogene und vom Schuldner akzeptierte Wechsel. Die Gründe für das Vorherrschen dieser beiden Instrumente der Forderungsverkörperung sind ohne Zweifel einmal im Bekanntheitsgrad von Wechseln und zum anderen in der international vereinheitlichten Gesetzgebung, basierend auf dem internationalen Übereinkommen für Handelswechsel (Genfer Konferenz im Jahre 1930), zu suchen.

Finanzierungs-Alternative für Exportunternehmen

ER. Bonn

Wenn ein Exportunternehmen bei seinen Verkaufsgesprächen mit den ausländischen Abnehmern auf kurz-, mittel- oder langfristige Finanzierungswünsche stößt, dann muß es zunächst einmal wissen, ob im Hinblick auf die Zahlungsbedingungen, die Ware, das Käuferland, die angebotenen Sicherheiten oder aus anderen Gründen Hermes-Deckung möglich ist, und damit auch eine Refinanzierungsmöglichkeit über die AKA (Auslandskredite). Trifft dies nicht zu, sollten andere Finanzierungsalternativen untersucht werden, darunter auch die Forfaitierung.

Für die Abgabe einer zunächst noch unverbindlichen Offerte sind zumindest folgende Angaben erforderlich: Name und Land des Schuldners und des Garanten; Liefergegenstand; Lieferwert und Kontraktwährung sowie Zahlungsbedingungen (Rückzahlungsmodus) mit Angabe des Zinssatzes, den der Schuldner zahlt; ungefährer Liefertermin und Anzahl und Höhe eventueller Teillieferungen; vom Schuldner angebotenen Sicherheiten, wie Wechsel, Garantien, Akkreditive und Name der Bank oder Institution, die die Sicherheiten zur Verfügung stellt; Zahlungsort der Eigenwechsel oder Tratten; Lieferdatum/Zeitpunkt der Verfügbarkeit der A-forfait-Dokumentation.

Liegt eine Anfrage auf der Basis dieser Einzelangaben vor, so wird die Hausbank ein Angebot auf Forfaitierung vermitteln oder im eigenen Namen unterbreiten.

Sagt dem Exporteur die vorläufige Offerte zu, so wird ihm von der vermittelnden oder ankaufenden Bank eine Festofferte in schriftlicher Form erteilt, an die sie sich gebunden hält. Mit der schriftlichen – in Ausnahmefällen telefonischen – Annahme der Bedingungen durch den Exporteur ist der Forfaitierungsvertrag zustande gekommen.

Der vorsichtige Forfaiteur wird sich sowohl die Unterschriften der avalierenden oder garantierenden ausländischen Banken und bei Wechseln mitunter auch die Aussteller beziehungsweise Bezogenenunterschriften als ordnungsgemäß bestätigen lassen. Mit der Gutschrift des Diskonterlöses gibt die Hausbank ihrem Kunden gegenüber im eigenen Namen (bei Eigenforfaitierung) oder im Namen des Forfaiteurs die Erklärung ab, daß die Exportforderung ohne Regreß (whithout resours) auf den Exporteur übernommen wurde. Gleichzeitig wird der Lieferant bei gezogenen Wechseln auch für den Fall schadlos gehalten, wenn aufgrund seiner Ausstellungsunterschrift Rückgriff von dritter Seite erfolgt (Haftungsausschlußerklärung).

Schon vor Abschluß des Forfaitierungsvertrages können Optionen eingeräumt oder Festofferten abgegeben werden. Der Exporteur erhält dadurch die Möglichkeit, schon vor Abschluß des Exportkontraktes die Finanzierung zu sichern. Er hat dann allerdings eine Bereitstellungsprovision (commiment fee) zu tragen. Gelegentlich werden für den Fall des Rücktritts auch Vertragsstrafen vereinbart (Pönale).

Es kann auch vereinbart werden, daß der Exporteur sich für einen kurzen Zeitraum eine Festofferte mit der Maßgabe andienen läßt, ohne Kosten zurücktreten zu können, wenn das Grundgeschäft nicht zum Tragen kommt. Die Optionsdauer beläuft sich normalerweise nur auf wenige Tage, kann allerdings auch auf einen längeren Zeitraum ausgedehnt werden, wobei eine Optionsgebühr zu zahlen ist, die der Höhe nach der Bereitstellungsprovision entspricht.

Bei längeren Kreditlaufzeiten und hohen A-forfait-Sätzen wirkt sich der hohe Effektivzinssatz erfahrungsgemäß immer wieder nachteilig auf die Preiskalkulation des Grundgeschäftes aus. Hier hat sich alternativ eine kostensenkende Variante entwickelt. An Stelle des Festzinssatzes erfolgt eine Koppelung an den Eurosatz für 3- oder 6-Monat-Geld. Die für den gesamten Zeitraum des gewährten Zahlungszieles halbjährlich nachträglich zu belastenden Zinsen setzen voraus, daß der Exporteur über Jahre im voraus kreditwürdig erscheint. Der Ankauf erfolgt in diesem Falle zu 100 Prozent.

In der letzten Zeit ist die Quotierung fester Zinssätze immer schwieriger geworden, wenn längere Vorlaufzeiten mit anschließenden Kreditlaufzeiten von vier Jahren und mehr zugrunde lagen. Die hier für den Forfaiteur zweifellos vorhandenen Zinsrisiken können dadurch eliminiert werden, falls die Vorlaufzeit ein an die Londoner Interbankrate gekoppelter Satz angeboten wird, der zum Zeitpunkt der Andienung der Dokumentation zu dem dann gültigen Londoner Satz für die gesamte Kreditlaufzeit in einen Festsatz umgewandelt wird.

Auch in Zukunft Chancen für den Forfaiteur

H. E. Bremen

Die Gesamtkosten der Forfaitierung können – insbesondere durch den sofortigen Zinsabzug – erheblich sein. Trotzdem ergeben sich in der Regel Vorteile, die die Mehrbelastung durchaus mehr als kompensieren können: Bilanzentlastung; keine Kreditversicherungskosten; keine Selbstbehalte; feste Zinssätze für die gesamte Kreditlaufzeit und die eventuelle Vorlaufzeit; kein Kursrisiko bei Fremdwährungen ab Zeitpunkt des Ankaufs der Forderung; Forfaitierungsmöglichkeiten nahezu zu jedem beliebigen Zeitpunkt nach Lieferung; Liquiditätsverbesserung; einfache Abwicklungsform und Entlastung im administrativen Bereich.

Auf den regreßlos angekauften Forderungsbetrag wird zunächst wie beim Wechseldiskont ein in Per-annum-Sätzen berechneter Abschlag (Diskont) vorgenommen. Er wird sofort voll in Abzug gebracht. Die Sätze variieren erheblich und sind ihrer Höhe nach von zahlreichen Faktoren abhängig, wie Schuldner, Land, Währung, Laufzeit und Sicherheiten. Wie in anderen Bereichen wirken sich naturgemäß auch Angebot und Nachfrage kostenregulierend aus. Weitere Faktoren sind die Kurssicherungs- oder Refinanzierungskosten, die eine nicht unbedeutende Rolle spielen.

Im allgemeinen kann man davon ausgehen, daß sich der vom Forfaiteur genannte Diskontsatz aus vier, bei Geschäften mit Vorlaufzeiten aus fünf Komponenten zusammensetzt: Geldbeschaffungskosten, (im wesentlichen von den jeweiligen Eurosätzen abhängig), Risikomarge (je nach Land und Bonität der Garanten stark variierend), Inkassokosten (voraussichtlicher Aufwand beim späteren Einzug der Forderungen, sofern diese nicht gesondert in Rechnung gestellt werden), Gewinnmarge des Forfaiteurs und Zinsrisikomarge (in Fällen, wo der Ankauf der Forderungen zu einem späteren Zeitpunkt – also mit Vorlaufzeit erfolgt).

Die Forfaitierung hat ihre eigenen Gesetze und Usancen entwikkelt. Sie hat inzwischen eine solche Bedeutung erlangt, daß beispielsweise der Export von Investitionsgütern in den Ostblock und die Entwicklungsländer in diesem Ausmaß kaum möglich wäre.

Seit Mitte der siebziger Jahre zeigt das abgewickelte Volumen eine fallende Tendenz. Der Grund ist darin zu suchen, daß einige Länder (UdSSR, Algerien), auf die in größerem Umfang Forderungen angekauft wurden, dazu übergingen, die Fungibilität der für eine Forfaitierung erforderlichen Dokumentationen einzuschränken oder sogar zu verbieten.

Die künftige Entwicklung der Forfaitierung wird sicherlich auch davon beeinflußt werden, in welchem Umfang sich die Bank-zu-Bank-Kredite weiter durchsetzen. Zu berücksichtigen ist ferner, daß eine ständige Verbesserung der Hermes-Bedingungen und eine beachtliche Flexibilität der Refinanzierungsmöglichkeiten über Auslandskredite der Finanzierung bundesdeutscher Exporte der Forfaitierung nicht gerade förderlich sein werden.

Die im A-forfait-Geschäft engagierten Kreise haben sicherlich bereits Überlegungen dahingehend angestellt, ob sich nicht bei akzeptablen Konditionen der Länderkreis forfaitierungsfähiger Risiken ausdehnen läßt, um ein Äquivalent für die Stagnation beziehungsweise den Rückgang des Geschäftsvolumens zu schaffen. Erste positive Ansätze bei Afrika und Asien wurden bereits sichtbar.

FACTORING EXPORT

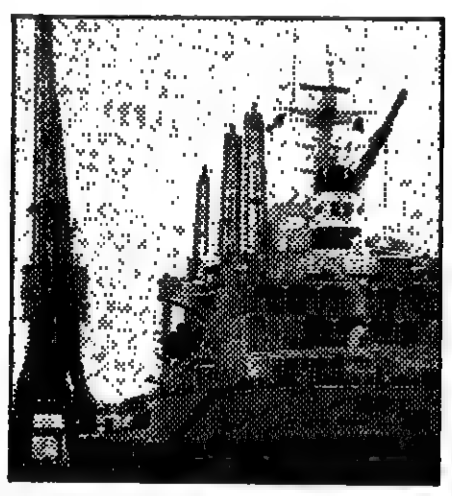
Wir helfen bei der Erschließung neuer Märkte und sorgen für Sicherheit und Liquidität im Exportgeschäft.

Wir kaufen Ihre Außenstände. Und übernehmen das wirtschaftliche Risiko!

Das heißt für Sie: Keine Forderungsverluste. Liquidität durch sofortige Barzahlung. Ausschaltung der Debitorenüberwachung. Einräumung üblicher Zahlungsziele anstatt Lieferung nur gegen Akkreditiv. Orientierungshilfen durch weltweite Kontakte.

Voraussetzungen für eine schnelle und problemlose Abwicklung Ihrer Exportgeschäfte. Und die Garantie für Sicherheit und Liquidität. Nutzen Sie Ihre Exportchancen – und die Vorteile, die Ihnen Procedo Exportfactoring bietet!

Informieren Sie sich über alle Einzelheiten. Wir beraten Sie gern.



Wir sind schneller: Sie müssen nicht mehr auf Zahlungseingänge warten, sondern bleiben liquide. Ihre Exportgüter sind beim Verladen bereits bezahlt!

procedo
Gesellschaft für Exportfactoring
D. Klindworth KG · Postfach 4706
6200 Wiesbaden 1
Tel: 06121/379061-63
Telex: 4186356 cedo

VERKAUFEN SIE NUR NOCH GEGEN BAR!

Ihre Kunden haben trotzdem Zahlungsziel.
Bei uns.
Sie geben uns Ihre Ausgangsrechnungen.
Wir bezahlen sofort an Sie.
Sie sind das Risiko los.
Und den Ärger mit säumigen Zahlern.
Beides nehmen wir Ihnen ab.
Der Schlüssel zum Verkauf ohne Risiko und zu gesicherter Liquidität heißt

HELLER FACTORING VERFAHREN

Wir informieren Sie gern ausführlich. Fordern Sie unsere Broschüre „Heller – eine Säule der Unternehmensfinanzierung" an. Oder telefonieren Sie mit Herrn Weimer, Tel. 06131-603216.

HELLER FACTORING BANK
AKTIENGESELLSCHAFT

Kupon: Schicken Sie umgehend Ihre Broschüre „Heller – eine Säule der Unternehmensfinanzierung" an meine/unsere Anschrift
z. Hd.
Tel.
(Mit Kuvert oder auf eine Postkarte geklebt senden an Heller Factoring Bank AG, Postfach 2420, 6500 Mainz)
We 1

Seit er Credit Factoring nutzt, hat er die Kosten im Griff.

Außenstände belasten Liquidität und Rentabilität. Mit Credit Factoring erweitern Sie Ihren unternehmerischen Entscheidungsspielraum.
Verlangen Sie Informationen mit diesem Coupon:

Name
Firma
Straße
PLZ/Ort
Telefon

W/2/83

Credit Factoring International GmbH
Postfach 2509, 6000 Frankfurt 1, Tel.: 0611/281734
Eine Gesellschaft der National Westminster Bank Gruppe

هكذا صدر الأصل

Renditen nahe an acht Prozent

Die Hoffnungen auf eine positive Reaktion nach der kräftigen Kurszurücknahme am Dienstag haben sich am Rentenmarkt nicht erfüllt. Die Abwärtsbewegung hat sich lediglich verlangsamt. Im langen Laufzeitbereich gab es neue Abschläge bis zu 0,35 Prozentpunkte. Im zehnjährigen Bereich nähern sich die Renditen bereits wieder der Acht-Prozent-Grenze. Das gilt sowohl für öffentliche Anleihen als auch für Pfandbriefe. DM-Auslandsanleihen lagen bis zu einem Viertelpunkt niedriger.

Bundesanleihen

		2.2.	1.2.
5.57*	4/84	100,4	100,4
dgl.63 II	4/85	99,95	99,95G
dgl.75	1/85	100,25	100,25
dgl.75	6/85	100,65G	100,65
dgl.75	6/83	100,7	100,7
dgl.78 II	7/85	100,9	100,9
gl.78 I	1/84	99,65	99,55
	1/84	100G	100G
76 I	2/84	102	102
77	3/84	100,85	100,9
gl.76 II	4/84	101,6	101,6
78	5/84	98,9	99,1
78 III	9/84	99,2	99,3
gl.76	9/84	102,85G	102,65G
78 IV	12/84	99,2G	99,2
gl.79	1/85	99,65	99,65
dgl.78 I	3/85	105,75	105,75
79	4/85	100,4	100,4
gl.79 II	6/85	100,55	100,7
gl.79 I	7/85	102,1	102,1
76 IV	10/85	102,4	102,4
gl.78 II	3/86	97,65	97,55
gl.78	5/86	96,75	96,75
gl.78 I	12/86	99,8	99,8
gl.77	1/87	97,45G	97,45
gl.76 II	1/87	99,75	99,75
gl.77	4/87	98,1	98,1
gl.77	7/87	96,6	96,8
gl.77	10/87	95,15	95,15
gl.78 I	1/88	94,9	95,05
dgl.78 I	9/88	96,7	96,7
dgl.78 II	12/88	96,55	97,55
dgl.79	1/89	97,55	97,55
dgl.79 I	4/89	98,6	98,7
dgl.81	4/89	109,9	110,15
dgl.79 I	4/89	99,5	99,4
gl.79 I	2/89	101,1	101,1
dgl.79 II	8/89	100,8	100,85
dgl.79 II	9/89	98,7	98,7
dgl.79 II	11/89	99,35	99,7
dgl.80 I	1/90	99,4	99,75
dgl.80	4/90	110,7	111,05
dgl.78	5/90	92	92
dgl.80 I	7/90	101,25	101,5
dgl.80 II	11/90	101,45	101,7
dgl.82	11/90	99,05	99,35
dgl.81	2/91	105,6	105,85
dgl.81	7/91	113,15	113,25
dgl.81	7/91	116,8	116,8
dgl.81 II	12/91	111,8	111,8
dgl.82 I	1/92	110,5	110,75
dgl.82 II	3/92	110,55G	110,55
gl.78 II	3/95	108,9	108,9
dgl.82	4/92	97,7bG	97,7
dgl.82	5/92	105,75	106,1
dgl.82	6/92	102,85G	103,25
dgl.82	8/92	105,85G	105,9
dgl.82	9/92	104,55	104,45
dgl.82	12/92	99,8	99
dgl.85	1/95	97,7	98,1
B.Obl.79 S.1	12/84	102,4	102,3
gl.80 S.2	2/85	102,4	102,6
dgl.80 S.3	2/85	105,35	105,35
dgl.80 S.4	3/85	104,25	104,3
dgl.80 S.5	4/85	105,75	106
dgl.80 S.6	5/85	103,30	103,3
dgl.80 S.7	4/85	102,58	102,5
dgl.80 S.8	8/85	101,2	101,2
dgl.80 S.9	10/85	102,5	102,55
dgl.80 S.10	1/86	105,9	105,0
dgl.81 S.11	1/86	104,2	104,2
dgl.81 S.12	3/86	104,5	104,5G
dgl.81 S.13	3/86	106,6	106,65
dgl.81 S.14	4/86	105,9G	105,5
dgl.81 S.15	4/86	106,7	106,7
dgl.81 S.16	6/86	108,35	108,35
dgl.81 S.17	8/86	109,8	109,85
dgl.81 S.18	10/86	108,95	108,95
dgl.81 S.19	10/86	107,3	107,4
dgl.81 S.20	11/86	106,15G	106,15
dgl.81 S.21	11/86	108,45	108,45
dgl.82 S.22	11/86	107,7	107,7
dgl.81 S.23	12/86	106	106,1
dgl.82 S.24	1/87	105,15	105,4
dgl.82 S.25	3/87	105,85	105,9
dgl.82 S.26	4/87	105,1	105,1
dgl.82 S.27	4/87	104,35	104,35
gl.82 S.28	3/87	102,45	102,8
dgl.82 S.29	7/87	106,15	106,15
dgl.82 S.30	8/87	104,05	104,2
dgl.82 S.31	9/87	105,4	105,5
dgl.82 S.32	10/87	101,3	101,95
dgl.82 S.33	11/87	100,6	100,7
dgl.82 S.34	12/87	99,8	99,8
dgl.82 S.35	12/87	99	99,05

Bundesbahn

		2.2.	1.2.
Bbl.57*	4/84	100,4G	100,4G
Bbahn 58	10/85	99,9G	99,9G
dgl.75	5/85	100,5G	100,6
dgl.78 II	11/85	102,8	102,85
dgl.72	2/84	101,35	101,4
dgl.72	9/84	102,2	102,2
dgl.76	9/84	102,6	102,6
dgl.78 III	11/84	99,1	99,2
dgl.79	2/85	100G	100
dgl.73	2/85	105,7	105,7
dgl.77	2/87	98,7	98,9
6 dgl.77	9/87	94,7G	94,7
6 dgl.78 II	7/88	93,85	94
6½ dgl.77	5/87	95,9	96
8 dgl.79 I	7/89	101,5	101,7
6 dgl.78 I	2/98	92,55	92,55
8 dgl.80 II	7/90	100,5	100,7
9 dgl.81	3/91	105,7	106,1
10½ dgl.81	9/91	115	115,1
10¾ dgl.81	11/91	113,6	113,9
8 dgl.80 I	2/92	100,4	100,8
10 dgl.82	2/92	112,45	112,6
9½ dgl.82	7/92	109,25	109,5
8 dgl.82	11/92	100,06	100,4
7¾ dgl.85	1/93	99,5	99,5

Bundespost

		2.2.	1.2.
4 Abl.57*	4/84	100,4G	100,4G
5½ Bdpost 58	10/83	99,85G	99,85G
4 dgl.63 II	7/85	100,05G	100,05G
8 dgl.72 II	12/85	101,75	101,75
6½ dgl.68	6/88	99,5	99,5
8 dgl.72 I	9/87	101,15	101,15
10 dgl.81	3/89	110,5	110,5
10½ dgl.81	6/89	111,45	111,7
8 dgl.80	3/90	100,65	100,95
7¾ dgl.80	9/90	100,3	100,35
8½ dgl.80	12/90	104,75	105,15
10½ dgl.81	10/91	114,9	115,2
9¾ dgl.82	2/92	111,25	111,25
8½ dgl.82	4/92	104,25	104,5
8½ dgl.82	10/92	105,15	105,45

Länder – Städte

		2.2.	1.2.
5½ Bd.-Wttbg.58	83	99,5G	99,5G
8 dgl.71	85	99,5G	99,5G
8½ dgl.75	85	101G	101
6½ dgl.78	86	100,2	100,2G
8¼ dgl.82	92	97,4	97,25G
7 Bayern 66	86	101,5	101,5
6½ dgl.67	87	100,6G	100,4
6 dgl.68	85	98,5	98,5
7½ dgl.71	88	100,15G	100,15G
7 dgl.72	84	101G	101G
8½ dgl.75	83	100,25G	100,25G
7½ dgl.76	84	101G	101
6 dgl.78	86	95,95	94
8½ dgl.80	98	104,25G	104,35G
8¾ dgl.82	90	104,5	104,5G
8½ Berlin 70	86	102,5	102,5G
7½ dgl.71	85	100,5G	100,3G
8 dgl.72	85	101,35G	101,35
8½ dgl.75	85	100,55	100,6G
7½ dgl.74	84	101,3G	101,2
7 dgl.77	85	100,5G	100,5G
6½ dgl.78	88	97,75G	97,75
8¾ dgl.80	88	105,4	105,5
7½ Bremen 71	87	100,75G	100,75G
8 dgl.72	87	101G	101
8½ dgl.75	83	100,1G	100,1
8½ Hamburg 70	82	102,25G	102,35G
8½ dgl.75	85	100G	100,1G
6½ dgl.77	92	94,2	94,7
8 dgl.80	92	100,5	100,8
9½ dgl.82	92	110,1	111,3G
8 Hessen 71	86	100,5	100,5
8½ dgl.78	88	95,15	95,25
6 Nieders.69		99,8G	99,8G
8½ dgl.70	85	102,35G	102,35G
7½ dgl.72	87	100,65	100,65G
8 dgl.72	87	101,5	101,5
7½ dgl.79	87	98,5G	98,75G
7½ dgl.82	92	97	99
7½ NRW 71	85	101bG	100,95bG
8 dgl.75	85	100,65bG	100,55bG
6½ dgl.85	95	97,75bG	98bG
6 Rhld.-Pf.64 II	84	99,6G	99,5
6½ dgl.68	85	100G	100G
8 dgl.71	86	100,5	100,75
6½ Saar 68	85	100G	100G
8½ dgl.70	85	102,1	102,1
7 dgl.72	82	98,5	98,5
6 dgl.78	88	94	94
5½ Schl.-H.59	84	99,4G	99,4
6 dgl.64 II	84	99,8G	99,8
7½ dgl.72	87	99,25	99,25
8½ dgl.75	85	105G	105
7 Essen 72	85	100,6	100,6
7½ Köln 71	85	100bG	100,9
6 München 65	85	99,9G	99,9G
6 dgl.64	84	99,75G	99,75G
6 Stuttgart 65	85	100G	100G
7 dgl.71	86	101,5G	101,5G
7½ dgl.72	87	101,75bG	101,75bG

Sonderinstitute

	2.2.	1.2.
5 DSLB Pf 35	74,5	74,5
6 dgl. Pf 37	85	86
7 dgl. Pf 63	92	92
8 dgl. Pf 118	102	102
5 dgl. KO 36	97	97
5½ dgl. KO 45	94,5	94,5bG
7 dgl. KO 58	110	110
6½ dgl. KO 67	100	100
8½ dgl. KO 94	100,75	100,75
8 dgl. KO 119	102	102
8½ dgl. KO 124	100,25	100,25
6 IKB 68	99,5	99,5
6½ dgl. 69	99,75	99,75
6½ dgl. IS 90	90,95	90,95
7½ K. f. W. 70	100,7	100,7
8 dgl. 70	101,5	101,5
8½ dgl. 75	100	100G
8 dgl. 76	101,7	101,7G
7½ dgl. 79	99,15	99,15
10 dgl. 81	111,7	111,7
8½ dgl. 82	102,8	102,8
6 Landw.-Rzbk. 20	99,25G	99,25G
6 dgl. 26	99,25	99,25G
7½ dgl. 27	100,75G	100,75G
8 dgl. 29	100,35G	100,35G
9½ dgl. 36	105,15	105,15G
6½ dgl. 99	100,65G	100,45G
10 dgl. 120	106G	106G
8½ dgl. 127	103,25G	103,25G
9 dgl. 131	104,75G	104,75G
8½ LAG 75/15	100	100G
7¾ dgl. 76/14	101,5	101,5G
8 dgl. 76/17	102,9G	102,9
6½ dgl. 77/18	96,4	96,5G
5¾ dgl. 78/19	95,4G	95,7
7 dgl. 79/20	98G	98,1

Bankschuldverschreib.

	2.2.	1.2.
7 All. Hyp. Pf 2	100G	100G
6½ dgl. Pf 7	91G	91G
6½ dgl. Pf 98	95G	95G
7 dgl. Pf 99	100G	100G
6½ dgl. Pf 100	100G	100G
7½ dgl. Pf 101	100G	100G
6 dgl. KO 1	85G	85G
6½ dgl. KO 66	100G	100G
6 Bd. Komm.Ldbk. 69	85G	85G
7 dgl. Pf 74	92G	92G
6½ dgl. KO 64	86G	86G
6½ Bay. Hdbk. Pf. 3	87	87
7 Bay. Hdbk. KO 2	100	100
6 Bay. Hypo. Pf. 30	81	81bG
7 dgl. Pf 3	91	91
6½ dgl. KO 6	86	86
6 Bayer. Vbk. Pf. 39	81	81
6½ dgl. Pf 8	88	86
7 dgl. KO 5	100,5	100,5
8 Bln. Pfbr. Bk. 51 fr. Bln. Pfbr.Amt	102,5G	102,25G
7½ dgl. 33	99,25G	99,25G
7½ dgl. 47	99,75G	99,75G
6 Bk. H. Hy. Pf 71	81	81
7 dgl. Pf. 72	99,5	99,8
6½ dgl. Pf. 75	87,75	87,75
6½ D.Centrbd. Pf 123	90	90
9 dgl. Pf 190	102,75	102,75
7 dgl. KO 113	100	100
6 DG HYP Pf 48	82G	82G
5½ dgl. Pf 50	76G	76G
7 dgl. Pf 69	99	99,8
5½ D. Gen. Bk. IS 70	91,5G	91,5T
6 dgl. IS 71	98,65G	98,65G
6½ dgl. IS 73	95,75	95,75
6½ dgl. IS 74	95	95G
6½ dgl. IS 75	99G	99G
7½ D. GiroKO 101	101,3G	104,5G
10 dgl. KO 125	104,25G	104,7G
9 dgl. KO 179	105,4G	105,4G
9½ dgl. KO 180	107,75	108,6G
9½ dgl. KO 181	108,1G	108,1G
9 dgl. IS/K	101,25	101,35G
6 D.Hyp.Brem. Pf 118	82G	82G
7 dgl. Pf 125	97,6T	97,6T
6½ dgl. KO 125	94,45G	94,25G
6 Dt. Pfbr. A. Pf 92	84G	84G
7 dgl. Pf 130	95	94G
6½ dgl. Pf 149	87,5G	87,5G
8½ dgl. KO 215	100,1G	100,1G
8½ D. Schiffb. Pf 85	101,6	101,6
7½ dgl. Pf 84	100,8	100,8
6 Fr. Hyp Pf 98	82G	82G
7 dgl. Pf. 113	95	93
6½ dgl. Pf 117	88	88
10 dgl. Pf 168	102,2	102,2
8 dgl. KO 220	101,6G	101,6G
7½ dgl. KO 222	101,5G	102,4G
10 dgl. KO 226	105,75G	105,75G
9½ dgl. KO 228	109,4G	109,4G
8½ dgl. KO 231	102,5G	102,5G
9 dgl. KO 252	106G	106G
6 Hbg. Ldbk. Pf 48	81	81
8½ dgl. Pf 78	100,1	100,1
9 dgl. IS 44	100,75	100,75
10 dgl. IS 46	101,4	101,4
9½ dgl. IS 53	104,75	104,75
8½ dgl. IS 92	102,25	102,25
8 dgl. IS 96	101,5	101,5
9½ dgl. KO 110	101,75	101,75
9 dgl. KO 111	104,75	104,75
5½ H. Ldbk. Pf 43	79G	79G
7 dgl. Pf 54	94,35	93,8G
8 dgl. Pf 70	100,1G	100,1G
9 dgl. Pf 76	102,8G	102,8G
6 dgl. Pf 87	99,6G	99,6G
6 dgl. KO 47	81G	81G
6½ dgl. KO 81	81	86G
7 dgl. KO 203	94,4G	94,7G
7½ dgl. KO 204	96,6G	95,9G
6 Hyp.LHbg. Pf 46	82,5	82,5
6½ dgl. Pf 80	90,5	90,5
9 dgl. Pf. 117	100,65	100,65
8 dgl. Pf 248	101,75	101,75
9 dgl. KO 125	101,6	101,6
8 dgl. KO 175	101,5	101,5
9 dgl. KO 259	103,75	103,75
9½ dgl. KO 262	104,9	104,9
6½ Lb.Rh.-Pf. Pf 16	85G	85,25G
7 dgl. Pf 24	94,5G	94,75G
6 dgl. Pf 26	87G	87,75G
7 dgl. KO 150	95	95G
6½ dgl. KO 151	99,5G	99,85G
6 dgl. KO 152	99,9G	99,5G
6½ dgl. KO 154	97,75G	97,75G
8 dgl. KO 168	101,25G	102G
8½ dgl. KO 171	100,75G	100G
8½ dgl. KO 174	101G	101G
9 dgl. KO 177	102G	102G
9½ dgl. KO 180	102,4G	102,4
9½ dgl. KO 181	106G	106,25G
9 dgl. IS 12	101,5G	101,5G
6½ dgl. IS 35	99,75G	99,75G
6 Ldbk. Saar Pf 18	87,75G	87,75G
6½ dgl. KO 69	99,5G	99,5G
7 dgl. KO 70	96,5G	94,5G
7 dgl. KO 73	100,75G	100,9G
7½ dgl. KO 76	97,25G	99,25G
7½ dgl. KO 79	101,25G	101,5G
8½ dgl. KO 85	104,25G	104,25G
9 dgl. KO 88	107,75G	107,75G
9½ dgl. KO 89	104,6G	105,25G
7½ dgl. KO 90	102,25G	102,25G
6 Ldbk. S.-H. Pf 87	81	81
7 dgl. Pf 95	90	90
8 dgl. Pf 80	102,1	102,1
7½ dgl. Pf 81	101,5	101,5
7½ dgl. Pf 83	98	98
8 dgl. KO 98	101	101
8½ dgl. KO 242	108,5	108,5
7½ dgl. KO 248	101,25	101,25
7 LKB Pf 27 fr. Bd.Ldkr.	96,5G	96,5G
6½ dgl. Pf 29	92	92
6½ LKB Pf 22 fr. W. Ldkr.	95,6G	95,5G
7 dgl. Pf 45	94G	94G
8 LKB KO 1	100G	100G
6½ LBb.Hyp. Pf 62	87	87
9 dgl. Pf 92	102,55	102,35
8 dgl. Pf 168	101,85	101,85
8½ dgl. Pf 174	102,15	102,15
8½ dgl. Pf 175	102,65	102,65
9½ dgl. Pf 178	104,75	104,75
6 dgl. KO 39	82	82
7½ dgl. KO 170	97,5	97,5
9 dgl. KO 180	105,65	105,65
6½ Mll.Hyp. Pf. 100	87,5bG	87,5bG
7½ dgl. Pf 111	98	98
7 dgl. KO 25	94,5	94,5
7 Nd.Hyp.W. Pf 28	95	95,5
6½ dgl. Pf 34	87	87
6 dgl. KO 27	84,5	84,5
9 Nord.LB IS 20	101	101
8 Old. Lbk. IS 75	100,6	100,75
8 dgl. IS 76 I	101,9	102,15
8 dgl. IS 76 II	102,4	102,75
7½ dgl. IS 77	101,75	102
6 dgl. IS 78	97,2	98
6 Pfälz. Hyp. 57	89,5G	89,5G
7 dgl. Pf 99	99,15G	99,15G
8½ dgl. Pf 124	102,35G	102,35G
7½ dgl. Pf 191	97,55G	97,55G
9 dgl. Pf 195	102,45G	102,45G
9½ dgl. Pf 196	105,45G	103,45G
7½ dgl. Pf 197	100,5G	100,5G
8½ dgl. KO 169	101,6G	101,6G
8 dgl. KO 173	100G	100G
7½ dgl. KO 180	100,25G	100,25G
7 Rheinbod. Pf 60	92	92
6½ dgl. Pf 64	86,5	86,5
6 S.H. Ldsch. Pf 19	84	84
7 dgl. Pf 20	92,5	92,5
6½ dgl. Pf 21	87,25	87,25
8½ dgl. Pf 31	106,5	106,5
6½ St.KrOld. Pf 55	89,1G	89,1G
7½ dgl. Pf 66	100,3G	100,5G
8 dgl. Pf 65	100G	100G
9 dgl. Pf 67	102,9G	102,9G
7½ dgl. KO 33	100,4G	100,4G
6 Südboden Pf 41	90	90
5½ dgl. Pf 57	79,5	79,5
7 dgl. Pf 105	100	100
6 Vbk. L Nbg. Pf 56	90,5	90,5
7 dgl. Pf 102	93,5	93,5
9 dgl. Pf 131	102,25	102,25
10 West LB IS 577	101,75	101,7bG
6½ Westhyp. KO 58	97T	97T
6 Wf. Ldsch. Pf 12	91,5G	91,5G
7 dgl. Pf 13	96,5	96,5
5½ dgl. Pf 14	86G	86G
6 Württ.Hyp.KO 30	83G	83G
7 W. Ldbk. KO 44	98,2G	98,2G
8½ dgl. 69	100,3G	100,3G
7 Wü. Ko.Lbk. Pf 68	97,7G	97,7G
9 dgl. Pf 83	103,25G	103,25G

Industrieanleihen

	2.2.	1.2.
6 Badenwerk 64	98,75	98,75G
6 dgl. 78	95	95
5 BASF 59	96,75G	96,75G
5 Bayernw. 59	97T	97,1T
8 Chem. Hüls 71	100bG	100,5T
7½ Cont. Gum. 71	99,25	99,5T
6 Dt. Texaco 64	98,5T	98,5T
6 Gelsenb. 64	98,5T	98,75T
6 GHH Alz. 63	99,5T	99,5T
6 GHH Sterkr. 63	99,5T	99,5G
6 HEW 58	99,25G	99,25G
5½ dgl. 62	97G	97G
6 dgl. 63	99,25G	99,25G
7½ dgl. 71	100,5G	100,5G
7½ dgl. 71	100,75G	100,75G
4½ Harpen 59	1410T	1400T
6 Hoechst 63	99,5T	99,5T
6 dgl. 64	99,5T	99,5bG
6 Hoesch 64	98,5T	98,5T
7½ dgl. 71	99G	99G
7½ Karstadt 71	99G	99
7½ Kaufhof 71	99T	99G
7½ dgl. 71	99,5T	99,75
7½ dgl. 74	99,25T	99,25T
6 Klöckner W. 65	98,75G	98,75G
7½ dgl. 71	98,75G	98,75
8 dgl. 72	100	99,75T
6 Krupp 64	98,25G	98,25bG
6 Linde 64	98,5G	98,25bG
5 Mannesmann 59	98G	98G
6 Moselkraft 63	98,5G	98,5G
6 NWK 58	99,25G	99,25G
6 dgl. 61	98	98G
6 dgl. 62	96,75G	96,75G
6 ObDon. Kraft. 64	–	94,6T
5½ Öst.BayK. 58	99T	99T
6 Pr. Elektr. 63	99,95G	99,95G
6 Rat.Vdb. Sdt. 68	98	98
5½ Rh.Braw. 58	98G	98G
6 dgl. 63	94,25T	94,25T
6 dgl. 65	95,75bG	95,75T
5½ RWE 59	98,25T	98,25T
6 dgl. 63	94,5T	94,5T
6 dgl. 65	95bB	94,5T
7½ dgl. 71	100	100
7 dgl. 72	98T	98T
6 Rh.-M.-Don. 62	96,75	96,75G
6½ dgl. 68	98,75	98,75G
8 Schleswag 71	100,5T	100,4T
5 STEAG 59	97,25G	97,25G
6 TWS 63	100G	100
6 Thyssen 63	99T	99G
7½ dgl. 71	99	99,5T
8 dgl. 72	100bG	100bG
7½ dgl. 77	97,5T	97,5T
5 Veba 59	97G	97,25T
8 VEW 71	100T	100bG
6½ dgl. 77	96,25T	96,25T
7 VW 72	98G	98
5½ Wintersh. 58	98T	98T

Wandelanleihen

	2.2.	1.2.
4½ AKZO 69	84G	84G
3½ All Nippon 78	89,75	89,75
3½ Asahi Opt. 78	97,5	97,5
4½ Canon Inc. 77	267G	275G
3½ Cas. Comp. 78	156G	159,5G
5 D Bk. Lux. 77	99,5bG	99,5
5½ Daiei Inc. 80	111G	111
4½ Fujitsu Ltd. 78	388G	388
5 dgl. 79	255T	255T
6½ Hoogovens 68	80G	80G
3½ Izumiya Co 78	90,25T	90,75
3½ Jusco Co. 78	92,75G	92,75G
4 Kansai El. 79	99,6	99,55bG
4 Konishiroku Pho.81	109G	111G
6½ dgl. 82	113,5	115T
6 Komatsu 76	150T	149T
3½ Koraluen 78	90,5	91,5G
7½ Kraft Inc. 78	104,5	104,5
3½ Marudai F 78	94T	94T
6 Michelin Int. 70	94G	94G
5½ Minolta 77	134G	134G
4 dgl. 79	107,5G	107,5G
6½ Mitsub. Ch. 76	182G	182G
6,75 Mitsub. H 81	127	127G
6 dgl. 81	105,1	102,25
6 Nichii Co Ltd 80	113,75G	113,75
7 Nippon Sh. Gl. 82	112,5G	112T
3½ Nippon Sh. 78	165,5T	165T
3½ NissanMot. 78	91,75	91,25T
4 Nisshin Steel 78	128G	126G
6½ Océ v. d. Gr. 69	100G	100G
3½ Olympus 78	205G	208G
3½ Omron Tat 79	158G	158G
4½ Orient Fin 79	200G	200G
3½ Ricoh Comp. 78	121,5G	121,5
6½ Rothm. Int. 72	92,6bG	92,6
3½ SankyoElec. 78	95,5	94T
3½ Sanyo Elec. 78	148G	148G
3½ Seiyu Stores 78	92,5G	92,5G
5½ dgl. 79	100,55G	100,55
6½ Sekisui 76	142,5G	142,5G
3½ Stanley 78	94,2G	94,2G
6 Taiyo Yuden Co. 82	104,25	103G
5 Texaco Int. 66	94,75bG	94,65
3½ Tok. Elec. 78	222G	222G
4½ Tok. Sanyo 77	205G	205G
4 Tokyu Land 79	94,5G	94,5
3½ Trio Kenw. 78	92G	92G
6½ Uny Ltd. 79	105T	105T

Optionsscheine

	2.2.	1.2.
11 BASF 82	20,7	21,1
7½ Bayer Fin. 79	15,8	16,5
10½ Bayer Fin. 82	18,75bG	19,5
6½ Ciba-Geigy 75	573	575
5½ Commerzbk. 76	27,5	27,1
4½ Dt. Bk. Comp. 77	78,5	78,6
10 Hoechst 75	88,8	88,8
6½ dgl. 79	16,75	17
7½ Jap.Syn.Rubber82	704	715
6½ Wella F. 75	173	175

Optionsanleihen

	2.2.	1.2.
8½ BASF 74 m O	126bG	126bG
8½ BASF 74 oO	102,7	102,9
3½ Stumpf 88 mO	95bG	95T
3½ Stumpf oO	72	72

Währungsanleihen

	2.2.	1.2.
8 Brasilien 72	100	99,5G
6½ Kopenhagen 72	97,5	97T
7,875 Norwegen 78	97,75G	97,75G
9½ dgl. 79	99G	99G
7½ Sira-Kvina 68	99G	99G

Optionsanleihen

	2.2.	1.2.
3½ ComBk. Int. 78 mO DM	99,75G	99,75G
3½ dgl. 78 oO DM	87,25G	87,25
4½ C F DT. Bk. 77 mO $	110,75	110
4½ dgl. 77 oO $	84	84,5
6½ Wella F. 73 mO DM	112G	112G
6½ dgl. 73 oO DM	93,6G	93,6G

Optionsscheine

	2.2.	1.2.
8½ BASF 74	35	35,6

Wandelanleihen

	2.2.	1.2.
5 Bayer 69	100bG	100bG
8 Bay Wa 75	100,58	100,58
8 Beiersdorf 82	155	155,5
4½ Commerzbk. 78	98,6bG	98,6bG
9 Girmes 74	265	258bG

Anmerkungen:
* Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen

(Kurse ohne Gewähr)

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

	2.2.	1.2.
7½ AKZO 85	99,75G	99,75G
6 dgl. 84	96,5G	96,5G
6½ dgl. 86	95,5G	95,5G
7½ Arbed 85	94,75G	94,75G
7½ dgl. 86	84,5T	84,5T
9 dgl. 87	87/88	87/88
6½ Ardal 89	96G	96G
10 dgl. 88	104,75	104,75
8 Austr. 87	104G	104G
8½ dgl. 87	104,25	104,25
7½ BEC 85	100/101	100/101
4½ CFDB 85	99,2/9,7	99,2/9,7
5 dgl. 84	98,7/9,2	98,7/9,2
6½ Estel 84	91,75G	91,75G
6½ dgl. 85	88,5G	88,5G
8½ dgl. 87	91,5G	91,5G
6½ Euratom 91	95,25G	95,25G
6½ Eurofima 87	98,5G	98,5G
10 dgl. 87	107G	107G
6 EIB 88	91G	91G
6½ Lufthansa 84	97G	97G
6 Montanunion 90	92,5	92,5
6½ D. Ko. Bk. 84	99G	99G
7½ Parker-H. 87	95G	95G
8 S. A. R. 83 I	100G	100G
8 dgl. 83 II	99,7/100	99,7/100
7½ Schweden 89	97G	97G
6½ Weltbank 85	100G	100G
6½ dgl. 85	98,25G	98,25G
7½ dgl. 87	98,75G	98,75G
7½ dgl. 90	99,75G	99,75G
9 dgl. 88	101/2,5	101/2,5
8½ dgl. 88	102G	102G
7½ dgl. 86	100/101	100/101
8 dgl. 89	105/4,5	105/4,5
8 dgl. 90	100,5	100,5
11 dgl. 91	112G	112G

Ausländische Aktien

		2.2.	1.2.
F	L'Air Liquide	144G	144G
D	Akzo	35,8bG	36,2
F	Alcan	67,5	70,2
F	Alcoa	81	83
F	Alg. Bk. Nedld.	258,5	275
F	All Nippon Air	3,5T	3,5T
F	Amax	61	62,7
F	Am. Cyanamid	91	87G
D	American Expr.	157G	161G
D	Am Motors	18,4	19,3
F	Am. T & T	169,5	172,5
F	Amro Bank	39,5	39,5
M	Anglo Am. Gold	288	301
F	Anglo Am.m.O.	55	56,6
F	dgl. o.O.	44,8	45,8
F	Arbed	52G	52,5G
F	Asahi Chem.	2,75G	2,75G
M	Atl. Richfield	108,3	109,3
H	Atlas Copco	35G	35G
M	Avon	76	79,2
F	Bell Canada	16,5	16,5
F	Banco Central	26,5	26exD
D	Beatrice Foods	57G	57G
D	Bell Canada	46,5	47G
F	Boeing	87,5	89
F	Bowater	6,65	6,7
D	BP	11,5T	11,95
M	Broken Hill	17,4	17,1
F	Bull	14,6	14,6
F	Cdn. Pacific	74	75,2
F	Canon	11,7T	12,2
F	Casio Comp.	10,35G	10,5G
F	Caterpillar	106,5	108
D	Ch. Manhattan	123	125
F	Chrysler	41,3	45,7
M	Citicorp.	84,4	87,9
F	City Investing	72T	70G
F	Coca-Cola	118	124
D	Colgate	21	49G
F	Cons. Gold F.	21,2	21,2
D	Cont. Group	87G	88G
F	Control Data	106	109
F	Courtaulds	–	–
M	CRA	10,4	10,48
M	CSR	7,55	7,55
F	Dart & Kraft	164	166
M	De Beers Cons.	17,35	17,1
F	Deere Comp.	79G	78
F	Diam Shamr.	59	58
M	Digital Equipm.	292	305
M	Disney Prod.	165,2	165,4
F	Distillers	9G	9G
M	Dome Petroleum	8,4G	8,65
D	Dow Chemical	69	72
F	Dunlop	–	–
D	DuPont	97,5G	100,5
M	East Drief. Gold	92	94,9
D	East Air Lines	21,9	25G
F	Eastman Kodak	206,7	212
F	Elf Aquitaine	43	42
D	Ericsson	114G	114G
D	Esmark	140T	140T
D	Exxon	74,7bG	76,5
D	Fiat St.	3,65bG	3,6bB
D	dgl. Vz.	2,7T	2,65T
F	Finsider	0,07G	–
D	Fisons	16,4G	16,5G
M	Fluor	56,8	57,9
D	Ford	94,7	96,5
F	Fosaco Minsep	5,1	5
F	Fujitsu	9,5	9,7
F	General Electric	246,5	252,5
F	General Mining	62	61,9
D	General Motors	151,5	155
D	Gen. Shopping	570G	570G
M	Getty Oil	131	137B
D	Gevaert	89G	89G
F	Goodyear	82	81,1
H	Grace	97G	97G
D	GKN	5,4bG	5,5
F	Gulf	75,8	74,5
F	Highveld m. St.	11,5T	11
F	dgl. o. St.	10	10
F	Hitachi	825	827
M	Holiday Inns	84,5	90,5
F	Homestake	148,5exD	152,8
D	Hoogovens	14,4	14,85
F	IBM	238	243,2
F	ICI	14,1	14,7
M	Imperial Oil	54,3	55,4
F	Inco	31,6	32,1
F	Int. T & T	79,1	79
D	Istituto Fin.	6,4G	6,4G
F	Italcementi	64	66
F	Izumiya	6,1G	6,1G
F	Japan Line	1,45T	1,45
D	Jusco	5,8G	5,8G
F	Kawasaki Kisen	1,25G	1,25G
F	Kawasaki Steel	1,4	1,45
M	Kloof Gold Min.	120,6	125,3
F	Komatsu	5,25T	5,25T
D	KLM	138,5	143
F	Kubota	3,05G	3,05G
D	Lafarge	–	92T
D	Litton Ind.	154G	155,5
M	M.I.M. Hold.	21,5	21
F	Magneti Marelli	–	–
D	Marubeni	3G	3G
F	Marudai Food	6T	6T
D	Matsushita El.	12,5	12,2G
M	McDonald's	141,5	146,6
F	McDonnell D.	110	107,7
D	Minnesota M.	184T	184T
D	Minolta Camera	4,5G	4,4G
F	Mitsubishi Chem.	2,5T	2,5
F	Mitsubishi El.	3,6	3,75T
F	Mitsui Bk.	4,1G	4,1G
F	Mitsui & Co.	3,75G	3,75G
F	Mitsui Engin.	1,65	1,7
F	Mitsui O. S. K.	1,9G	1,9G
F	Mitsumi El.	4,15	4G
H	Mobil Oil	62,5G	65,5exD
F	Monsanto	207G	204
F	Montedison	0,21	0,21
M	Nat. Semicond.	74	70,5
D	Nat. Westminster	19,5G	19,5G
F	Nestlé	4775	4750
D	Nikko Sec.	4,3G	4,3G
F	Nippon El.	9,7	9,65
F	Nippon Kokan	1,35bB	1,3bG
F	Nippon Shinpan	8,5G	8,5G
F	Nippon Yusen	2,3G	2,3G
F	Nissan Motor	8G	8,2
F	Nisshin Steel	1,55G	1,55
F	Nissho - Iwai	2,7G	2,7G
F	Norsk Hydro	95	95,5
F	Norton Simon	55G	55bG
H	Occ. Petroleum	49,2	49,2
D	Océ v. d. Grint	167T	165T
F	Olivetti Vz.	4,2	4,25
F	Olympus Optical	11,2G	11,2G
H	v. Ommeren	18G	17,9G
F	Omron Tateisi	10,2G	10
F	Pakhoed	38	37,9
M	PanAm	12	9,9
M	Pepsi	84	85,5
F	Pernod-Ricard	130G	130
F	Peugeot	49,5	50
F	Philip Morris	142	148,5
H	Philips	29,5	29,6
D	Phoenix Ass.	12G	12G
F	Pirelli	2,75	2,75
M	Polaroid	69,1	70,7
F	Procter & G.	274G	279G
F	Bank Org.	4,75	4,75
F	Ricoh	7G	7G
F	Rio Tinto NA-St.	21,5	21,5
H	Robeco	232,5	234
F	Rockwell	115	117,5
H	Rolinco	219	219
F	Rorento	–	165,2
F	Rothmans Int.	4,9G	4,9G
H	Royal Dutch	84,2	84,6
F	Sanko Steamship	2,1G	2,1G
M	Santos	12,5	12,75
F	Sankyo Electric	4,4G	4,4G
F	Sanyo Elec.	4,45T	4,3
F	Sanwa Bk.	4,5G	4,5G
M	SASOL	8,25	8,35
F	Schlumberger	108,5	113,9
F	Schw. Alum.	717	728
F	Schw. Bankverein	316,5	320
M	Sears, Roebuck	71,7	71,8B
D	Seiyu Stores	7T	7,2G
F	Sekisui Prefab.	6,8G	6,8G
F	Selected Risk	28,5G	28,5T
H	Shell T & T	15,8	16,2G
F	Snia Viscosa	1,5	1,55
D	Solvay	109G	109G
D	Sony Corp.	34,5T	36
D	Sperry Corp.	91bG	91,5
F	Stanley Elec.	5,2G	5,2G
F	Steyr-Daimler-P.	20,5	20,5
F	Sumitomo Heavy	1,6T	1,55G
D	Sumitomo Metal	1,6G	1,5G
F	Sumitomo Shoji	4,5G	4,5G
D	Sun	75T	75T
F	Swissair	953	947
F	Taisei Kens.	2,4G	2,4G
M	Tandy	133,9	134,4
F	Tenneco	80,1	80,5
D	Thomson-CSF	54G	55G
D	Thorn Emi	17	16,5G
D	Tokyo Pac	205G	205G
F	Tokyo Sanyo El.	4,6G	4,6G
F	Trio Kenwood	5,5G	5,7
F	TRW Inc.	170G	170G
D	Toray	3,7G	3,7G
D	Toshiba	3,5G	3,5G
D	UAL	85	84G
H	Unilever	179	180
D	Uniroyal	30,5	30
F	United Techn.	153	153
F	US Steel	51	51
M	Vaal Reefs Expl.	288	294,7
F	Veitscher Magn.	–	–
D	Vml-Stork	57	56bG
D	Volvo A	97T	100T
D	dgl. Nom B	97T	100T
F	Warner Commun.	74,3	74,4
F	Warner Lambert	72,5	76
F	Wells Fargo	68,5	65
M	Western Deep L.	145,8	150
M	Western Mining	10,65	10,7
F	West.-Utrecht H.	79	80,5
D	Xerox Corp.	90,5	91

Warenpreise – Termine

An der New Yorker Comex wurden am Dienstag die Gold- und Silbernotierungen deutlich zurückgenommen. Auch Kupfer schwächte sich ab, ebenso wie Kaffee und Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

	1.2.	31.1.
Weizen Chicago (c/bush)		
	345,00	343,00
	353,50	351,00
	360,00	357,50
Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	1.2.	31.1.
St. Lawrence 1 CW	226,41	226,16
Amber Durum	218,41	206,71
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
	119,30	119,20
	123,20	123,10
	126,40	126,00
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
	101,20	100,80
	99,80	99,10
	99,70	99,97
Hafer Chicago (c/bush)	1.1.	31.1.
	166,75	166,00
	173,75	174,50
	182,25	181,75
Mais Chicago (c/bush)		
	269,25	267,50
	270,00	267,25
	286,50	258,75
Gerste Winnipeg (can. $/t)	1.2.	31.1.
	107,50	106,60
	109,10	108,50
	111,30	110,90
Reis, roh, New Orleans ($/cwt)	1.2.	31.1.
	9,56	9,57
	9,77	9,69
	9,89	9,81
	9,62	9,48
Reis, gemahlt, New Orleans ($/cwt)		
	17,35	16,93
	17,30	17,30
	17,50	17,50

Genußmittel

	1.2.	31.1.
Kaffee New York (c/lb) Terminkontr. März	122,40	122,75
Mai	120,50	120,50
Juli	118,75	119,00
Kakao New York ($/t) Terminkontr. März	1811	1825
Mai	1825	1832
Juli	1835	1845
Umsatz	3055	5125
Zucker New York (c/lb) Kontrakt Nr. 11 März	6,30	6,18
Mai	6,69	6,57
Juli	6,93	6,96
Sept.	7,31	7,34
Okt.	7,53	7,60
Umsatz	8 982	10 073
Ico-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	1.2. –	31.1. 8,14
Kaffee London (£/t) Robusta-Kontr. März	1674–1676	1691–1692
Mai	1594–1595	1598–1599
Juli	1523–1527	1518–1524
Umsatz	4661	8495
Kakao London (£/t) Terminkontrakt März	1296–1297	1289–1291
Mai	1307–1308	1295–1296
Juli	1317–1318	1305–1306
Umsatz	6378	11673
Zucker London (£/t) Rohzucker März	108,85–109,00	108,00–108,20
Mai	114,10–114,20	112,95–113,00
Aug.	122,65–122,85	121,90–122,00
Okt.	129,00–129,30	128,50–128,60
Dez.	134,75–136,25	134,50–135,50
März	143,75–144,00	142,25–142,50
Umsatz	3714	3371

Öle, Fette, Tierprodukte

	1.2.	31.1.
Erdnußöl New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	25,50	25,50
Maisöl New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	23,00	22,75
Sojaöl Chicago (c/lb) März	17,82	17,53
Mai	18,02	17,82
Juli	18,42	18,32
Aug.	18,53	18,45
Sept.	18,68	18,60
Okt.	18,75	18,75
Dez.	19,00	19,05
Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal	17,00	16,80
Schmalz Chicago (c/lb) loco lose	15,50	15,50
Choice white hog 4% fr. F.	14,375	14,375
Talg New York (c/lb) top white	15,25	15,25
fancy	14,75	14,75
bleachable	14,25	14,25
yellow max. 10% fr. F.	11,25	11,25
Schweine Chicago (c/lb) Febr.	58,40	57,97
April	54,50	54,15
Juni	55,85	55,60
Schweinebäuche Chicago (c/lb) Febr.	80,50	80,35
März	80,60	80,25
Mai	80,80	79,70

	1.2.	31.1.
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg) schw. Sarawak spez.	265,00	265,00
weißer Sarawak	337,50	337,50
weißer Muntok	342,50	342,50
Orangensaft New York (c/lb) März	108,15	107,20
Mai	108,80	107,70
Juli	109,75	108,70
Sept.	110,05	109,30
Nov.	110,35	109,45
Umsatz	660	500

	1.2.	31.1.
Häute Chicago (c/lb) Ochsen einh. schwere River Northern	38,00	37,00
Kühe einh. schwere River Northern	54,00	54,00
Sojabohnen Chicago (c/bush) März	602,00	605,00
Mai	617,00	618,50
Juli	629,25	630,00
Aug.	632,00	634,50
Sept.	632,00	635,00
Nov.	640,50	641,50
Jan.	652,50	654,00
Sojaschrot Chicago ($/sht) März	181,20	183,00
Mai	184,40	185,50
Juli	186,00	188,30
Aug.	189,50	189,90
Sept.	189,50	190,00
Okt.	190,50	191,10
Dez.	194,50	193,20
Leinsaat Winnip. (can. $/t) März	295,40	297,30
Mai	302,40	304,00
Juli	308,80	309,80
Kokosöl New York (c/lb) Westküste fob Werk	19,50	19,50
Erdnußöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. cif (2.2. / 1.2.)	455,00	455,00
Leinöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	407,50	410,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	352,50	340,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) ron Niederl. fob Werk	107,75	108,25
Kopra Rotterdam ($/t) Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	447,50	450,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	251,00	262,75

Wolle, Fasern, Kautschuk

	1.2.	31.1.
Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2: März	65,65	65,90
Mai	67,05	67,30
Juli	68,15	68,49
Okt.	67,30	67,50
Dez.	67,70	67,90
März	69,10	69,25
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS-1	45,50	45,50
Wolle Lond. (Neus. c/kg) Kreuzz. Nr 2: März	350–360	350–360
Mai	367–370	370–375
Aug	390–392	389–380
Umsatz	75	70
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge: März	43,60	43,50
Mai	44,00	43,80
Juli	44,50	44,30
Okt.	45,30	45,00
Umsatz		0
Tendenz: nominell		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype März	540,5–541,0	–
Mai	559,5–560,0	–
Juli	567,5–568,0	–
Umsatz	128	–
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Brazilian Type 2	–	–
Brazilian Type 3	–	–
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager Febr.	14 269	14 300
März	14 356	14 390
Kautschuk London (p/kg) Nr. 1 RSS loco	58,50–60,00	58,50–60,00
März	59,20–60,00	59,70–60,10
April	59,80–60,00	60,30–60,70
April/Juni	60,50–60,70	60,80–61,10
Tendenz: uneinheitlich		

	1.2.	31.1.
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg) Nr. 1 RSS loco	189,50–190,50	–
Febr.	190,00–190,50	190,00–190,50
März	194,00–194,50	194,25–194,75
Nr. 2 RSS Febr.	185,75–186,75	185,75–186,75
Nr. 3 RSS Febr.	184,25–185,25	184,25–185,25
Nr. 4 RSS Febr.	176,50–177,50	176,50–177,50
Tendenz: –		
Jute London (£/lgt) BWC	414,00	240,00
BWD	350,00	217,00
BTC	390,00	238,00
BTD	350,00	216,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R – 76 WD – (–), BTC – (–), BTD – (–)

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	2.2.	1.2.
Blei: Basis London laufend. Monat	113,30–113,45	113,79–114,17
drittfolg. Monat	118,03–118,12	117,94–118,32
Zink: Basis London laufend. Monat	170,61–170,80	174,27–174,46
drittfolg. Monat	175,67–175,86	180,11–180,49
Produz.-Preis	195,00	197,74
Reinzinn 99,9%	3454–3488	3439–3473

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	2.2.	1.2.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	401,15–403,42	407,88–410,14
Blei in Kabeln	121,00–122,00	121,50–122,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	370–372	370–372
Vormaterial	387	387

* Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhändler

Messingnotierungen

	2.2.	1.2.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	339–342	343–346
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	375–378	372–379
MS 63	379–382	384–387

Zinn-Preis Penang

	1.2.	31.1.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring.-/kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	2.2.	1.2.
Leg. 225	234–249	234–249
Leg. 226	237–251	237–251
Leg. 231	280–295	280–295
Leg. 233	295–311	295–311

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	2.2.	1.2.
Platin (DM je g)	41,60	41,40
Gold (DM je kg Feingold) Banken-Vkfpr.	40 100	40 800
Rücknahmepr.	39 300	40 000
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	40 240	40 240
Rücknahmepr.	39 030	39 670
verarbeitet	42 230	42 930
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	38 835	40 355
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	1113,30	1153,60
Rücknahmepr.	1074,30	1113,20
Verarbeitet	1162,70	1204,80

Internationale Edelmetalle

	2.2.	1.2.
Gold (US-$/Feinunze) London 10.30	498,25	508,50
15.00	498,25	508,50
Zürich mittags	498,75–497,75	507,50–508,25
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	113 850	115 400
Silber (p/Feinunze) London Kasse	902,30	900,00
3 Monate	927,65	965,20
6 Monate	952,35	990,90
12 Monate	1004,15	1045,25
Platin (£/Feinunze) London fr. Markt (1.2. / 31.1.)	318,95	312,00
Palladium (£/Feinunze) London f. Händlerpr.	87,30	85,55

New Yorker Preise

	1.2.	31.1.
Gold H & H Ankauf	508,50	499,50
Silber H & H Ankauf	1426,00	1386,00
Platin fr. Händlerpr.	462,00–465,00	462,00–466,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	134,00–136,00	128,50–130,50
Produz.-Preis	140,00	140,00
Silber (c/Feinunze) Febr.	1398,50	1422,00
März	1405,00	1421,00
Mai	1420,50	1443,30
Juli	1428,00	1465,80
Sept.	1450,00	1488,30
Dez.	1476,00	1523,30
Jan.	1515,00	1535,60
Umsatz	30 000	29 000

New Yorker Metallbörse

	1.2.	31.1.
Kupfer (c/lb) Febr.	74,40	74,65
März	74,90	75,20
Mai	76,25	76,50
Juli	77,55	77,70
Sept.	78,75	78,90
Dez.	80,40	80,50
Jan.	80,90	81,05
Umsatz	17 000	14 000

Londoner Metallbörse

	2.2.	1.2.
Aluminium (£/t) Kasse	747,50–748,50	754,00–755,00
3 Monate	773,00–774,00	810,00–810,00
Blei (£/t) Kasse	299,50–300,00	304,00–305,00
3 Monate	312,00–312,25	316,50–317,00
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	1048,0–1048,5	1069,5–1070,5
3 Monate	1080,5–1081,0	1102,0–1102,5
abends Kasse	–	1065,5–1066,0
3 Monate	–	1097,5–1098,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1025,0–1025,5	1039,0–1040,0
3 Monate	1055,5–1056,0	1069,5–1070,5
Zink (£/t) Kasse	451,00–[illegible]	462,50–463,00
3 Monate	467,00–467,50	478,50–479,00
Zinn (£/t) Kasse	8270–8275	8280–8285
3 Monate	8265–8270	8375–8277
Quecksilber ($/fl)	–	325–340
Wolfram-Erz ($/t-Einh.)	–	77–83

Schutz des Wettbewerbs in falschen Händen.

Das Unwesen sogenannter „Gebührenvereine" greift um sich. Diese Vereine nutzen die gesetzlichen Möglichkeiten, um gegen tatsächliche oder vermeintliche Wettbewerbsverstöße mit Abmahnungen vorzugehen und ganz nebenbei einen kräftigen finanziellen Schnitt zu machen. Ihnen kommt es weniger auf den Schutz des Wettbewerbs an als auf das Kassieren der Pauschalgebühren für Abmahnungen.

Jeder am Wirtschaftsleben Beteiligte kennt sie. Viele resignieren. Immer stärker wird aber auch die Abwehrfront.

Was ist gegen Gebührenvereine zu tun?

- **Prüfen Sie jede Abmahnung, bevor Sie eine Unterlassungserklärung abgeben und eine Kostenpauschale zahlen.**
- **Prüfen Sie sorgsam, wer hinter einer Abmahnung steht und ob der Verein überhaupt abmahn- und klagebefugt ist.**
- **Fragen Sie Ihre Industrie- und Handelskammer, Ihren Berufsverband, oder ziehen Sie einen Anwalt zu Rate.**

Der Zentralausschuß der Werbewirtschaft e. V. (ZAW) hat Ratschläge für das Verhalten bei Abmahnungen zusammengestellt. Fünf Spitzenverbände der Wirtschaft haben darüber hinaus „Grundsätze für die Tätigkeit von Wettbewerbsvereinigungen" aufgestellt. Diese Unterlagen können Sie kostenlos beim ZAW anfordern.

Helfen Sie, einen fairen Wettbewerb zu verteidigen. Dazu gehört auch: Den Gebührenvereinen muß das Handwerk gelegt werden.

An ZAW
Abt. Kommunikation
Postfach 20 06 47, 5300 Bonn 2

Bitte senden Sie mir die Informationen über Abmahnungen an folgende Anschrift

Name: ______
Straße: ______
PLZ/Ort: ______

ZAW

Zentralausschuß der Werbewirtschaft e.V.
Postfach 20 06 47, 5300 Bonn 2

Vergebliches Warten auf Aufträge

Die meisten Standardaktien gingen leicht zurück

DW. – Unter dem Eindruck sinkender Aktienkurse an der Wall Street, steigender Zinsen und des festen Dollarkurses, hielten sich In- und Ausländer an der Mittwoch-Börse von Neuanlagen fern. Während der gesamten Börsenzeit blieb das Geschäft schleppend. Zwar erwiesen sich die Kurse schließlich stabiler als dies vorbörslich den Anschein hatte, dennoch waren die Notierungen fast aller Standardaktien leicht rückläufig. Eine Ausnahme bildete der Siemens-Kurs, der sich, gestützt auf die bei Siemens erkennbar werdende bessere Rentabilität, auf Vortagsbasis behaupten konnte. Das gleiche trifft für Philips-Aktien zu, die von den rückläufigen Wall-Street-Kursen nahezu unbehelligt blieben.

Zu den widerstandsfähigen Werten zählten neben Daimler im Maschinenbaubereich auch Linde. Dagegen mußten MAN-Stämme um weitere 4 DM auf 132 DM zurückgenommen werden. Pessimisten stellen sich hier für das laufende Jahr auf einen Totalausfall der Dividende ein. Bei den Banken fielen Dresdner Bank mit einem Abschlag von 3 DM gegenüber den beiden anderen Großbanken etwas aus dem Rahmen. Auf die greifbar nahegerückte Wideraufnahme der Dividendenzahlungen reagierte der Phoenix-Kurs mit einem weiteren Anstieg um 0,30 DM auf 75,30 DM. Der weitere Anstieg wird durch Glattstellungen erschwert. Die Kurse der Stahlaktien bröckelten weiter ab. Dagegen konnten sich die Kaufhausaktien gut behaupten, ähnliches gilt auch für die Bau- und Baunebenwerte. Versicherungsaktien lagen unter Druck und verloren bis zu 3 DM.

Düsseldorf: Dt. Atlanten schlossen mit einem Plus von 22 DM auf 325 DM ab. Kochs Adler verbesserten sich um 6 DM auf 214 DM und Mauser stiegen um 1,50 DM auf 96 DM. Stinnes verminderten sich um 5 DM auf 480 DM und Allianz fielen um 5,50 DM auf 472,50 DM.

Frankfurt: Hartmann & Braun-Stämme gaben um 5 DM auf 190 DM, Kraft Rheinfelden um 8 DM auf 206 DM, MAB-Vorzüge um 10 DM auf 250 DM. Verbessern hingegen konnten sich Parkbrauerei um 15 DM auf 405 DM, Stempel um 6 DM auf 130 DM sowie Stolberger Zink um 20 DM auf 1020 DM.

Hamburg: Für Reichelt wurden 62,50 DM plus 1,50 DM bezahlt. HEW verloren bei 113 DM 1 DM, NWK Vz. lagen bei 157,50 DM unverändert, NWK St. gingen mit 197 DM plus 3 DM aus dem Markt. Phoenix Gummi legten bei 75,50 DM 1 DM zu und Hapag büßten 1 DM ein.

München: Augsburger Kammgarn erhöhten sich um 2 DM auf 70 DM und Leonische Draht stiegen um 4 DM auf 264 DM. Dywidag fielen um 6 DM auf 264 DM und Flachglas verminderten sich um 2 DM auf 260 DM.

Berlin: Forst Ebnath wurden um 20 DM und Concordia Chemie um 5 DM höher taxiert. Berthold und DeTeWe konnten sich um je 3 DM und Lehmann um 2,50 DM erholen. Herlitz Vorzüge gaben um 3,10 DM, Orenstein um 3 DM, Berliner Kindl um 2 DM, Herlitz Stämme um 1,90 DM und Bekula um 1,50 DM nach. BHF-Bank bröckelten um 1 DM ab.

Nachbörse: abwartend

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf	2.2	1.2	2.2 Stücke
AEG	29,1-9,7-9,5-9,6G	29,2G	3264
BASF	120-19,7-8,5-9,1	121,1	54619
Bayer	115,5-5,2-4-5-5,3	115,5G	15791
Bayer Hypo	242-45	244G	610
Bayer Vbk.	286-78	287	385
BMW	230,5-1,5-30-30G	231,5G	3528
Commerzb.	127-7,5-6,8-7	129,5G	4987
Cont. Gumm.	70,8-0,9-0,1-0,5G	70,5	22635
Daimler	392-3-1,5-1G	392,8	5572
Dt. Bank	260-61-60,7-60,5	261,2	4194
Dresdner Bk.	136,5-7-5,5-5,5G	138,5G	5768
DUB	210G-12-12G	211G	[illegible]
GHH	158,5-7,5-8-7,5G	157G	[illegible]
Harpener*	222,2-2-1,5-1,5G	223	[illegible]
Hoechst	115-2,7-2,5-3	113,5	21254
Hoesch	35,8-6-5,8-6	36G	72876
Holzmann	495-5-5G	498G	242
Horten	118-8,5-8,5G	119G	[illegible]
Kali + Salz	158-8,5-8,5G	158,5G	2850
Karstadt	197,5-8-7,5-8	197G	2726
Kaufhof	195G-5-7-7G	197G	668
KHD	201-1G	202,5	1071
Klöckner-W.*	48,5-8,1	48,8	6324
Linde	318-7-6G	316G	1170
Lufthansa St.	89-9,5-9,5G	89,3	6685
Lufthansa VA	88,5-9-9,5G	90G	1854
Mannesmann*	141,3-1,5-40-40,5G	141,8G	12129
MAN	134,5bG-4-5-4G	135G	2434
Mercedes-H	354-2-2,5-2,5G	355,5G	100
Metallges	232,5-29G	229G	113
Preussag*	210,5-10-09,5	212G	1972
RWE St.	190-0,5-1-1,3	191	6504
RWE VA	187,1-7,5-7-7G	187G	11790
Rütgers	397G-7-7G	397G	556
Schering	299-300,5-300-299,5G	299G	1210
Siemens	256-7-6,3-6,9	256	27198
Thyssen	67,5-7,7-7,1-7,3G	67,6G	13176
Veba	140-40-39,5-9,3G	139,2G	10773
VEW	124-4G	124G	303
VW	149,5-50-8,5-8,5G	150G	16196
Philips**	29,4bG-9,6-9,5	29,6bG	110247
Royal D**	83,8-4	83,8G	8421
Unilever**	179-8,5G	181G	600
Kurswert in 1000 DM			47282

Frankfurt Stücke gesamt: 69326; Hamburg: 12894; München: 14825

Aktien-Umsätze

Düsseldorf		
Badenwerk	474	(1250)
Hamborner	37	(130)
Dt. Babcock	792	(966)
dgl. Vz.	388	(309)
Gelsenw.	–	(15)
Girmes	1639	(3194)
Goldschm.	182	(388)
Salamander	916	(52)
Akzo**	16315	(20463)
Robeco**	75	(184)
Frankfurt		
Allianz Vers.	1025	(4900)
BBC	1750	(1170)
BHF	2999	(705)
Degussa	2116	(1461)
DLW	494	(201)
Contigas	579	(1249)
IWKA	16516	(24370)
Philips Komm.	1500	(5094)
Varta	1876	(459)
IBM**	6283	(1810)
Hamburg		
Beiersdorf	855	(1117)
Bekula	300	(308)
Br. Vulkan	250	(200)
Hapag	810	(455)
HEW	245	(710)
Hussel	30	(60)
NWK	852	(1439)
Phoenix	4127	(1265)
Reichelt	147	(–)
Salamander	65	(–)
München		
Ackermann	740	(550)
Allianz Vers.	436	(631)
Dierig	500	(540)
Dywidag	154	(20)
Energ. Ostb.	–	(54)
Isar-Amper	217	(173)
Münch. Rück	199	(120)
PWA	350	(118)
Salamander	–	(500)
Südchemie	–	(53)

	2.2.	1.2.
H AachM Beteil. 9	545	548
H Aach. M. Vers. 5	2608	2608
D Aach. Rück. 9+7,5	780G	780
D Aseag *4	190T	190T
M Ack-Gogg 2,5	84bG	95
H Adca 0	79,5	79
D Adler 9	298G	298G
F Adt AG 7,5	121	122
D AEG-Telef. 0	29,5	29,5
D AEG-Kabel 7+1	168G	168G
S Aesculap 8	272bB	271bG
D Agrippina *7	630G	630G
M Agrob *9	345bG	345bB
M dgl. Vz. *11	331,5	333bG
M Akt. Kaufb. *17	780G	770bG
D AG f. Chemie **0	1000G	1000G
H Agiv 8,5+1,5	255B	254
H Albingia 7	410G	410G
D Alexanderw 0	49	47T
Hn Allerthal *0	150G	150G
S Allg. Renten **6,5	1285	1250
S dgl. NA **6,5	740G	740
S dgl. 35% E. *6,5	1105	1170
D Allianz Leb 9	1800G	1800G
D Allianz V 10	477,5	476ovB
S Allweiler St. 8	275G	280G
S dgl. Vz. 9	218G	220G
F Altana 9	288	290
F Andreae-N.Z. 4	149,5	148
H Audi NSU 2	135G	135
M Augsb. Kg. 0	70bG	68bG
S Badenwerk 6	137,5	138G
F Bd.-Württ. Bk. 9	418G	419,5
D Balcke-Dürr 4,5	129G	129G
F Bankg. v. 1899 *10	325G	325G
D Banning **20	1000G	1000B
H BASF 7	118,5	121
H Bavaria 6	199	200
D Bayer 7	114,8	115,5
F B. Br. Sch.-7 6	255G	–
M Bayer. ELG 6	356G	356
M Bayer Hdlb. 10	371bG	365bG
M Bayer. Hartst. *12	830G	830G
M Bayer. Hypo 7,5	240bG	242,5
M Bayer Lloyd 0	176G	175bB
H BMW 9	229,5	231,5
M Bayer. Vbk. 9	284,5	289
H Beiersdorf 7+1	273	273
F BHF-Bank 9	218,2	219
B Berl. Kindl 3,5	120	122
B Bekula 5	92	95,5
B Berthold 10	223bG	220
D Blewag 6	145G	145G
S Bilf. - Berg. 10+1	268,5	264G
F Binding 7	207	205,5
M Blattmetall 5	555B	555B
D Boch.-Gels. Str. 0	170T	168T
D Bonn. Zem. 0	117	113G
F Brau AG 2	185G	185G
M Brtw. Amb. *5	680B	680B
F Braun VZ. 7,5	286G	284G
H Br. H. Hypo 9	281G	281bG
Hn Brsch. Jute *0	51G	51
H Breitenb.-C. *28	460B	460B
H Br. Straßb. *0	230T	230T
H Br. Vulkan 0	28,5	28,1
H Br. Wollk. 6	119	119
F BBC 6	109,5	210
S BSU Textil %12	1000G	1000G
D Buckau-W. 0	111	111bG
D Buderus *12,6	345G	341
M Bgl. Br. Ing. *11+1	705G	705G
S Bgl. Brh. Rav. *5	410G	410G
D Burbach 3,2	126G	126G
S Calw D. **18	665G	665G
F Cassella *9	262	270
F Ceag 0	78	78,5
F Chem. Vw. *0	236	235
D Colonia 5	204	200,5
D Commerzb. 0	126,8	129
D Combl. Reste RM	4,8	4,6
D Conc. Chemie *5	271G	271G
B Conc. Sp. *0	150G	150G
D Contigas 7,5	348	357G
D Conti Gummi 0	70,1	69,9
D Bahlb. St 8,375	265	268T
D dgl. Vz. 16	405G	405
S Daimler 10	392,5	392,5
M Deckel AG 2,5	90bG	90
D Dt. Atl. Tel. 9	325G	305G
H Doag 5	190	190bG
D Dt. Babcock St. 4,5	140,5	142
D dgl. Vz. 5	137	139
F Dt. Bank 10	260,5	261,8
F Dt. Bk. Reste RM	4,7	4,5
D Dt. Centrb. 11	500T	495T
F Dt. Eff. + Wbt. 8	290G	290bG
F Degussa 9	238	241,8
H Dt. Hyp.H.-Bln. 9	260	260
H Dt.Hyp.F.-Br.10+2	405B	410G
S DLW 10	273,5	275,9
Hn Dt. Spezialgl. 6	128	127,5
F Dt. Steinz. *6	136G	136G
H DeTeWe 8	250	248G
F Dt. Texaco 16,5	278	273bG
F Dt. Eisenh. *0	126G	126G
M Diamalt 0	154bG	156
D Didier 5,5	129,9	129,9
F D.bl. Quellen 7,5	205B	–
D Dierig Hold 0	75,5	75G
D Dittm. & N **60	–	–
D DAB 3	109T	107
D Dm. Ritter 6,6	215G	215G
D DUB-Schulth. 6	211	210,8
D Duewag 5	150	150
D Dresdn. Bank 4	136	138,2
D Dr. Bk. Reste RM	6,7T	6,9
D Dyckerh. Z 5	180T	174
D dgl. Vz. 5	156	154
F Dywidag 8	267,2	267bG
D Edelst. Wit. *4	150T	150T
F Eichbaum-Br. 5	158B	158bB
D Eisb. Verk. 10	250G	250G
H Elbschloß 5,5+1	361	361G
M En. Ostb. 5	335G	335bG
H Elikraft 0	55,5	56
B Engelhardt 6	216B	216B
D Enka 3,33	93	92
M Erlus 10	280bG	285TB
M Erste Kulmb. 8	660bG	670B
S esbi *0	68	68
S Essl. Masch. *10	470	470G
M Esterer **30	570G	570G
D Farb. Liqu. RM 0	9	9
F Flachglas 10	258bB	260
H Flb. Schiff 5	125,1	125
D Ford *0	810T	790G
B Forst Ebn. *4	1990T	1970bB
M Fr. Obld.W 5	264	264B
F Frf. Hypo 11	508	514
F Frankona R. 8	390G	390B
F dgl. NA 8	325	325T
F dgl. 50% E. 4	320	310G
H Geestm. Bk. 0	115B	115B
M Gehe *4	142G	141,4
D Gelsenwasser 6	160	160
D Gerresh. Gl. 2	73	73
D Glldem. 0	49,1	49,9bG
D Girmes 7,5	124,3	124,5
D Glas & Sp. *11	–	–
D Goldschm. 4	121,5	122
M Glw. Frk. *7	288bG	288G
F Grünzw. H. 5	172bB	175
H Guano *7	565G	565G
D GHH St. 7	157,5	158
D GHH Vz. 7	157,5	155G
M Hacker-Pschorr 8	1080B	1080bB
H Hageda 0	62T	62
H Hall.-Meurer *0	117T	120T
D Hamborner 6	229	250
H Hbg. Hochb. *4,44	79,5G	79,5G
H HEW 5	113	114
H Hdlb. Lüb. 7,5	255G	255G
H Hapag-Lloyd 0	40,5	41,5
D Harpener 7,5+1	221,5	222,5
F Hartm. & Br.St. 5	190	195bG
F dgl. Vz. 18	190	192,5
M Hasen-Bräu 8	575bG	575bG
B Heidelb. Zem. 6,5	345	335
H Helll & W. 5	229,5	229,5
D Hein. Lehm. *4	165G	165G
D Heinr. Ind. *4	210	210G
H Hemmoor 12,5	260T	270T
F Henninger 0	115	112,5
B Herlitz 7	228,1	230
B dgl. Vz. 9	206,9	210
B Hermes 8	240B	240B
S Hesser *14,5	550B	550B
D Hindr. Aufl. *7	121G	116
D Hochtief 9+2	470	470
D Hoechst 7	112,5	113,5
D Hoesch 0	35,9	36,2
M Hofbr. Cbg. 0	330	335B
D Hoffm. St. 4	174	177
S Hahner *0	180bB	180
H Holsten-Br. 6	247,5	246
F Holzmann 10	490	496bG
D Horten 2,5	118,5	117,5
B Hw. Kayser *12	230B	230B
D Hussel 7	184	184
D Huta Heg. 5	144	140
M Hutschenr. 8,5+1	217	217bG
H Hypo Hbg. 10+2	598G	598
D IKB 7	165	164G
S IWKA 0	119,5	119
M Isar-Amper 6	267TG	265G
D Isenbeck *9,5	290T	290T
H Jacobsen *8	620G	620G
H Jute Bremen *6	275B	272,5
D Kabelmetal 3,5	122,5	125
D Kali-Chemie 10	–	–
D Kali u. Salz 8	158,5	158,5
D Karstadt 6	198	197
D Kaufhof 6	196	197,5
B Kempinski 3,5	244T	245
D Keramag 0	144bB	145T
F KSB 3	135	142
F dgl. Vz. 4	120	122,8
Hn KWS 4	268	270
D KHD 7	201	203
D Klöckner-Wk. 0	48,5	49,5
D Kochs-Adler *12	214	208bB
D Köln-Düff. *0	227G	227G
D Köln. Rück. *18	515	515
D Kölsch-Fölz 0	70TB	–
B Kötitzer *0	149G	149G
B Kolb & Sch. 5	126,1	150
F Kr. Rheinf. 6,5	206bG	214
S Kraft Altw. *14	518G	515G
M Kr.-Maffei *15	1350G	1350
D Kromschr. 10	170bG	175T
D Krupp-Stahl *0	58	60,5
H Klinkr. *0	230	230G
D Klippenb. *0	150G	150G
D KKB 10+2	325	325
F Kupferberg *20	585	580G
F Lahmeyer 10	295	294G
D Langenbr. 10+5	1470T	1470T
D dgl. Vz. 10,5+6	1470T	1470T
F Lech Elektr. 7,5	272	270T
D Leffers 9	245	245,5
B Lehmann *0	152,5	150G
M Leon. Drahtw. 10	264	260bG
F Linde 9	317	315
Hn Lind. Gild. *13	438,5	439
M Löwenbräu 16+3	1360	1380
D Losenhausen *10	210T	210T
D Lufth. St. 0	89	89
D dgl. Vz. 2,5	88,8	90
D Magd. Feuer 6,5	400T	400T
D Magd. Rück. 0	905T	905T
D dgl. NA 0	305G	305G
H Maihak 6	150T	150G
F Main-Kraft *15	480,5	480,5G
F MAB 6,5	175T	170bG
F dgl. Vz. 6,5	250T	260G
D Mannesmann 6	140	141,2
D Mann. Demag 6	125	125G
F Mannh. Vers. 8	337	337,5
F Markt & K. *6	227G	227
F MAN St. 7	133,8	133
F dgl. Vz. 7	141,5	141G
F MAN-Roland 16	405	410T
S M.Müll.Weing. *14	295G	295bG
D Mauser 4	96G	94,5bG
D Masch. Viers. 0	38	38
F Mercedes 10+1	353	353,5
F Metallges. 4	229,5	229,5
S Met. u. Lack 0	175G	175G
S Mäug 6,5	228G	228bG
F Moenus 2	68	65bG
Hn Mühle Rün. 8	169G	168G
M Mü. Rück Inh. 9	785bG	785bG
M dgl. 50% E. *9	500	498
M NAK Stoffe 0	76B	76bB
S Neckarw. Ebl. 7	225bG	225
F Neckermann 0	75,5bG	76bG
M N. Bw. Hof 8	146G	146G
M Niedermayr *6	175Brat	180G
H Nordcement 0	130	131bG
H Ndd. Steingut 2	84	83,8
D Nordstern A *10	655G	655G
D dgl. NA *10	640G	640G
B Nordst. Leb. *16	3100T	3200bB
H NWK St. 7	197	194
H dgl. Vz. 7	157,5	158
H Old. Ldbk. 7+1	250	251
D O & K *0	158	160
H Otavi 5	74,5	74G
F PWA 2,5	47,9	46,2
F Parkbräu *14	405	390
M Paitzier-Br. 0	155bG	160TG
M Paulaner 9+1	1430	1450bG
D Pegulan 8	171bG	172
D dgl. Vz. 9	165T	168G
F Pfälz. Hypo 10+2	468	465
F Pfaff 5	137	137,5
D Philips Kom. 4	251	250
H Phoenix Gu. 0	75,5	74,4
H Pittl. Masch. 0	33,5	34
D Ponge. & Z. 0	74,5	73,5
M Parz. Walds. 6	310B	310B
H Preussag 8	211	212,5
S Progress. 7	153,5bG	152,9
M Rathgeber *8	230	232
D Rav. Spinne *0	127bG	127G
F Reichelbr. 7	340B	340B
H Reichelt 0	62,5	61G
S Rheinel. 10	411G	411G
F Rhein. Hypo. 9	475	475
D Rhein. Tex. *6	170G	170T
D Rheinboden 6	151	151
D RWE St. 8	190,8	191,2
D dgl. Vz. 8	187	187
D RWK 0	105G	105G
D Rheinmetall 6	225	225
D Rhenag 7	235G	235G
Hn Ried. d. H. *17	260	260G
M Ried. Jersey 0	78bB	78
H Rina. Sth. A **0	880B	880T
H dgl. Lit. B **0	630T	630T
F Rosenthal 8,5	269	272bG
F Ruberoid 7	–	–
D Rütgers 8,5	397G	397
S Salamander 7,5	177,5G	175,1
H Scheidem. *4,5	170G	170G
D Schering 10,5	300	299
D Schiess 4	101bG	100,5
M Schlenk 4	160G	160G
F SchloßQu. H. *0	–	–
D Schub. & Salz. 0	56,2G	56,2T
S Schw. Zellst. *10	194	193
H Securitas *0	400G	400G
F Seitz Enz. N. 4	130	130G
S SEL 10,5	257,5	257
S Sekt. Wach. *16	542G	542G
H Siemens 8	256,1	255,5
F Sinalco *9,75	427G	427G
F Sinner *12	–	265G
H Sloman Nept. *10	153G	150B
M Sp. Kolbm. *4	242bG	742
S Sp. Pfersee *14	1153bB	1150G
D St. Bochum *6	127T	127T
H P & S *8	145G	145G
F Steigenb. *12	1120T	1150T
F Stempel 0	130	124
D Stern-Br. 0	125	125
D Sunnes *18	485T	485G
B Stock 1,92	250G	250G
D Stöhr 0	40,8	39,5G
D Stolbg.Z. 20-34	1050G	1050G
D Stollwerck 4,5+4	275	275
D Strabag 10	274	274
M Stumpf 0	22,4bB	22bG
M dgl. Vz. *0	41,5G	41G
M Sturz **80	4200bB	4200B
S St. Bäckerm. *0	170	180B
S St. Hofbr. 7,5+4	295G	300
S dgl. Vz. 8,5+4	298,5	299
M Süd-Chemie 8+1	330B	330bB
M Südboden 10	419	408
S Südzucker 10	275G	275G
B Terp. Feld. *3,5	600G	600
B Terr. Rud. **0	3500T	3500T
Hn Teut. Z. Vz. 0	123G	124G
D Thür. Gas 7,5	317,5bG	317
F Thuringia 10	300B	300B
D Thyssen 2	67,1	68,1
D Thyssen Ind. 1,2	67	66bG
H Triton-Belco 6	137	137
M Triumph-Adler 0	257bB	256T
M Oberl. Ufr. 6	302G	302G
H Ostra Hann. V. 1	70	69T
F Varta 5	169	169,8
D Veba 7,5	139,3	140
F Veith-Pirelli 4	121T	124B
M Ver. Ag.-Bln. *13	730G	750G
M dgl. NA *13	690G	690G
S V. Alt u. Str. *0	105G	105G
F VDM *6,666	154bG	154bG
D V. Dt. Nickel *0	78bG	79,5
D VEW 6	124	124,5
S Ver. Filz *0	115G	115G
F VGT *0	120T	121,4bB
H V. Kammg. 0	8,5G	8,5G
M V. Kunstm. *10	1080B	1080G
D V. Rumpus *0	214	214
D V. Seidenw. St. 0	48T	47,3
D V. Werkst. 4	145T	148T
H Vereins-Westb. 9	286	286
M Vbk.-Nürnb. 10	330bG	320bG
D Vict. Leben *16+2	2370	2340
D dgl. 50% E. *8+1	1945	1940
M Vogtl. Bwsp. 8	140G	140
D VW 5	148,7	149,2
M Wanderer *6	212B	212bBG
D Wedag 3	133	133G
D Westag & Get. 0	58,9	58,5
F Wibau-Hartm. 4	199,5	200
F Wickrath *10	230G	230G
Hn Wilke *0	5B	5G
S Walid. Weil 0	135G	135G
S Württ. Bw. *10	610G	610G
S Württ. Cattun 2	230G	230
S Württ. El. 9	300G	300G
S Württ. Feuer 9	505,8	506bG
S Württ. Hypo 10+1	440TG	430bG
S Württ. Lein *14	1170G	1170G
S WMF 0	151TG	145TG
S dgl. Vz. 5	142	147bG
S Württ. Bd. *16	770G	770G
M Würzb. Hofbr. *0	255bG	255G
M Zahnr. Renk. 7	350bB	251Grat
S Zeag Zement 7	240bG	232
S Zeiss Ikon *10	210G	209
M Zucker & Co. *0	380TG	380G
S ZWL Gr. & Bet. 8	515G	515G

Freiverkehr

	2.2.	1.2.
F AGAB 4,5	145G	145
Br AG Weser *8	150T	150T
F Asko 0	210	210
H Audi Gen. **0,15	2,35B	2,45B
H Autania 10	430G	440G
F Bad Salzschl. *6	320G	320G
Br Brv. Bremen 4	172G	172G
D Bw. Gronau **0	200G	200G
H Bau-V. HBg. *2,84	300G	290G
H Behrens 2 F. 0	52/4	52/4
B Bergmann 7+1	238B	238B
S Br. Cluss 5	275	274G
Hn Br. Feldschl **80	3400G	3400G
F Br. Moninger 0	141G	141
Hn Brschw. M. 4	95G	95B
Br Brem. Lager 5	93G	91G
Br Brem. H. Els **0	1670G	1660G
D Babcock BSH *9	270G	270G
Hn Ch. Oker *8	540G	540G
B Chem. Brockh. 7	281G	281G
H Delmo 4	156/60	158B
S Dinkelacker 7,5	305	305G
D Dol.-Basalt *10	303G	303G
D Dorst. Masch. *0	350G	350G
H Drägerw. Vz. 7	233G	229/35
Hn Enb. Br. 10+1,5	442	442G
D Essen u. Hutt. *8	144	140
M Electronic 2000	360	360
Br Elsfl. Werft 0	55G	55G
B Eschw. Berg *0	57G	57G
D Gemm. AG *2,56	240	240
B Gruschwitz *4	270G	278G
B Günther *0	300G	300G
H Hooke-B. *4	493G	490G
H Hbg. Getr. 9,5+1	168/72	175/9
H dgl. Vz. 9,5+1	149/53	164/8
H Hann. Papier 0	57,9	59G
Hn Harb. Wolters *12	550	550
F Katz Werke 0	120G	120
S Knoeckel 0	97	97G
M Knurr-Mech. 6	141,5	135
F Koepp 3,5	59,1	59,1G
M Krw. Haag *20+5	–	–
H Kühlhaus *0	350B	350B
F KKK St. 8	256	259
F dgl. Vz. 8,5	235	235
D Lehnkering 7,5	160G	160G
Hn Meinecke *24+6	556G	556G
H NY H. Gummi 0	52,4/9	53,5/9
Hn NKK-Bank 5	172G	172G
H Nordd. Hypo 5	143B	145B
H Oelmühle 12,5	223/29	224G
Hn Phywe *6	191	191G
B Pomm. Zucker 6	365B	365B
F Siebeck Met. **1,13	174	180T
D Rösler 4,5	210	215
D Rückforth 12,5	324	319
H Schichau Uw. 0	13/3,4	13,8/4
S Schloßg. St. *20	900	905G
D Schuschlag *15	330G	330G
S Schwabenverl. *6	230G	250G
F Seilwolff 0	62B	62,5G
M Solenhofer *7+1	1000G	1000G
B Spinne 2. **60,9	1005/35	1020G
S Swd. Salzw. 7,5	380G	380G
D Texaco 0,75	78	77,2exD
D Triumph Int. 7,5	113G	115
M dgl. Gen. 3,5	56,5G	54,5
M Triumph-Inv. *10	185T	185G
M Obert. Obtr. 5	300T	300T
Hn Uelz. Bierbr. **10	430G	430G
D VA Verm. *0	172	172G
M VFS Vermög. *20	780G	780G
Hn V.Schmirgel *14	800G	800G
D Vict. Feuer *16	1460G	1440G
D Walther 13,5	310G	310G
D Wasag *0	112	114B
D Wd. Marmor *0	731G	731G
D Wl. Kupfer *7	208B	208B
D dgl. Vz. *9	570B	570B
D W. Zellstoff 4	93G	93G
Br Wilkens *18	405G	405G

Ungeregelt. Freiverkehr

	2.2.	1.2.
M A. Alpenm. 13,5%	385T	385T
F Allgusso *18	810G	810G
F Ako Leipziger B **7	395G	395G
F dgl. 50% NA*5	360B	360B
F Berl. AG Ind. *4	260G	260G
D Berl. Leben 9	485	485
M Bernard **28	2010G	2010G
F Bibl. Institut 6	330G	330G
F Boew. & Kn. 4	192B	192B
F Bürst. Krönzl *0	380G	380G
D Dachz. Idungh. *4	570G	570G
F Deere Lanz *6	140B	140B
F Diskow. 0	45,5G	45,5G
F Dm. Hansa 5,55	200G	200G
D Garbe, Lahm *0	154	152
F Gas K'laut. 5	240B	238
F Georg A. 7	200	200B
F Gerling **50	990B	1050B
F dgl. NA 5	104,5G	103
F dgl. Vz 5	102B	102G
D Germ. Epe 0	72	–
F Grossm. *13	250G	250G
F H.-Privatb. *4,5	199G	198
F Hanfw. Oberg *8	160	160G
D Koenig & B 5	215B	–
D dgl. NA 5	–	–
D Köln Verw. 3,5	260G	260G
F Karl Stahl 0	77	77
F Langbein-Pf. *0	65B	65
F M. Fahr *9,54	313	303
F Masch. Zuff. *10	430G	444G
S Mn. Oberk. 8+1	390	389
Hn Nwd. Hefe *9+2	452	452G
Hn Osn. Bierbr. *0	220G	220G
F Papier Weiss 0	31G	31
F Pf. Lederw. *27	390G	390G
F Sarona V 8,25	202G	202G
D Schött *0	80G	80
F Schwab 5,5	300G	300
F Tonw. Wiesl. *0	200	195
F Veritas G. 3	320G	320G
F Westafr. Vict. *0	–	–

Unnotierte Werte

F Global Nat **0	17,05	17,45
F H. O. Financial **0	2,8	2,39
F Inv. Propert Int	26,4G	–
F Uoc **0	–	2,05

D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, B = Berlin, Br = Bremen, M = München, S = Stuttgart. *Stücke in 100 DM, **abweichende Stückelung, kein Zeichen = Stücke in 50 DM. (Kurse ohne Gewähr)

Inlandszertifikate

	Ausg. 2.2	Rückn. 2.2
AAB-UNIV-F I	108,44	102,30
Adifonds	29,95	28,41
Adirenta	22,80	21,76
Adiropa	29,36	27,82
Adiverba	61,16	58,25
Aegis Dat. Fds	56,17	53,50
Aegis Wachst. Fds	49,14	44,95
AGI Fonds	162,75	154,78
Akkumula	97,55	93,81
Alfa Kapital Fds	36,45	35,20
Allianz Rentenfonds	116,34	113,51
Analytik Fonds	22,74	21,13
Arideka	55,20	51,86
Assecura I	–	–
BW-Renta-Univ.	51,50	50,50
BW-Wertberg Univ.	71,27	68,86
Colonia	60,35	57,46
Colonia Rentenfonds	51,56	49,81
Concentra	–	–
DIT-Fonds	115,10	109,20
dito-Fonds V I	56,75	53,95
Dekafonds	24,40	23,18
Dekarent	37,85	36,12
Deltaspezial	148,58	141,46
Despa	76,25	72,63
Deut-Invest	45,00	42,79
Deut-Rent	50,30	48,16
DIT Fonds f. Verm.	–	–
Dt. Rentenfonds	–	–
Dt. Vermögensb. Fds A	37,55	36,71
dgl. R	25,58	24,33
dgl. I	30,36	29,91
Fondak	30,43	29,95
Fondis	27,65	26,31
Fondra	64,96	61,87
FT Am. Dynamik	23,17	21,70
FT Frankf. Eff. F.	59,84	56,48
FT Interspezial I	16,70	15,78
FT Interspezial II	49,62	[illegible]
FT Interzins	42,45	41,21
FT Nippon Dynamik	45,22	41,56
FT Re Spezial	137,90	135,45
Gerling Dynamik	65,35	53,53
Gerling Rendite	[illegible]	55,91
GKD-Fonds	52,00	49,91
Grabarent	93,64	90,59
Grundbesitz Invest	68,50	65,25
Grundwert-Fonds	–	–
Hansainternational	58,95	56,56
Hansaprofit	35,74	33,15
Hansarenta	36,01	34,63
Hansasecur	36,84	35,52
Haus Invest	67,42	64,21
Hbg. M. Rentenfds.	55,27	52,64
Ix-Fonds Nr. 1	111,90	106,62
dgl. Nr. 2	72,80	69,35
Industria	–	–
INKA-Global	56,50	54,30
INKA Rent	50,77	47,81
Interenta	69,10	67,38
Interglobal	–	–
Interrapid	19,80	17,79
Int. Rentenfonds	–	–
Inter-Renta	39,80	38,61
Intervest	67,45	58,72
Investa	53,40	51,87
Investors Fds	10,70	9,45
Ivera	31,58	29,91
Japan-Pazifik Fd	65,86	62,94
Medico-Invest	80,02	76,90
Merkur I	–	–
NB Rent	59,00	56,25
Nordrenta Int	64,13	[illegible]
Nordstern-F RK	51,85	50,00
Numb. Rentenf.	53,15	50,72
Oppenh. Int. Rent	97,54	94,68
Oppenh. Priva Rent	112,91	109,74
Oppenheim-Privat	35,83	32,91
Plusfonds	39,31	37,44
Privatfonds	40,90	38,97
Re Interrenta	119,65	116,40
Renditdeka	54,75	[illegible]
Rentak	121,86	115,76
Rentensparfonds	57,00	55,54
Romeo	108,18	106,92
Ring Aktien Fds DWS	33,45	31,27
Ring-Renten-Fds DWS	49,35	47,11
Sudinvest I	37,75	35,95
dgl. II	45,14	43,01
dgl. III	25,45	24,08
Thesaurus	–	–
Transatlanta	–	–
Unifonds	16,10	15,27
Uniglobal	81,92	77,55
Unirak	60,45	57,57
Unirenta	39,90	38,07
Unispezial I	105,20	101,11
Verm. Aufbau F	73,50	67,97
Verm.-Ertrag F	89,45	86,96

Auslandszertifikate (DM)

Austro-Inv.	–	–
Convert Fund A	23,20	22,88
Convert Fund B	54,80	54,00
Eurinvest	–	–
Euronion	112,20	107,48
Formular Sel	101,95	95,52
GT Inv. Fund	–	–
Interspar	20,40	19,38
Japan Sel.	261,35	244,35

Fremde Währungen

Amerika-Valor sfr*	436,25	413,75
Ascor	–	–
Asia Fd $	107,28	102,17
Automation sfr	84,00	77,50
Bond-Invest sfr	60,00	58,75
CSF-Bonds sfr	63,75	60,75
CSF-Int. sfr	75,00	69,75
Dreyfus $*	14,02	13,18
Dreyfus Int. $*	30,35	28,77
Dreyfus Intercont. $*	28,15	26,66
Dreyfus Leverage $*	19,42	17,77
Dreyfus Third C. $*	–	6,78
Energie-Valor sfr	123,50	115,25
Europa Valor sfr	105,75	99,00
Fonsa sfr	101,50	97,25
Founders Growth $*	8,46	8,46
Founders Mutual $*	10,06	9,68
Goldmines hfl.	–	285,00
Intercontinental Tr. sfr	–	239,50
Interswiss sfr	–	165,50
Intervalor sfr	58,00	54,75
Japan Portfolio sfr	552,75	522,00
Kemper Growth $*	14,16	12,96
NY Venture $*	8,85	8,10
Noramvest $*	–	2,96
Pacific-Valor sfr	99,50	91,75
Pharmafonds sfr	190,00	176,00
Pioneer Fund $*	20,67	18,91
dgl. II $*	15,36	14,05
Schweizeraktien sfr	285,75	267,25
Sat-imm. sfr	1635B	1630G
Siat 63 sfr	1225B	1215G
Swissimmob. NS sfr	2600,00	2410,00
Swissimmob. 1961 sfr	1320,00	1275,00
Swissvalor sfr	224,75	215,25
Technology $*	14,31	13,07
Templeton Growth $*	8,57	7,66
Universal B.S sfr	68,00	65,00
Universal Fund sfr	84,85	81,97

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Junge Aktien

2. 2. 83: BMW 230; Bavaria 190G; GHH Vz. 151; MAN St. 131G; MAN ... 133G; Jute-Spinnerei 135G; Ph... Komm. 243G; VEW 118,1; Herlitz ... 213,50; Herlitz Vz. 198bG. Freiverkehr: ... Reag 400B. Bezüge: Allianz Versicher... 42.

WELT-Aktienindex vom 2... 109,7 (109,8); WELT-Umsatzindex vom 2. 2.: 2425 (2715).

Ausländische DM-Anleihen

	2.2.	1.2.
8 Adela Inv. 76	98,75	97,75
7,75 Afr. EBk. 79	95,15	95T
8 dgl. 79	97	96,25
9 Air Canada 82	103,75	104,25
9 Akzo N.V. 80	101,5G	101,55
9,50 dgl. 82	105,5G	106,25
8,25 Alusuisse 75	100,5G	100,25
3,50 Am. Express. 79	94T	94,5
6,75 Arbed 77	74,25	77,25
10,75 Ardal og Sunndal 81	105T	106T
7,50 Argentinien 77	90,25	90,5T
6,50 dgl. 78	83,5	82,5
6,50 dgl. 78 II	72,75T	73,5
7,50 dgl. 79	71,25T	70,5
7 As. Entw. Bk. 69	100,25G	100,25
7 dgl. 77	98,9G	98,9
8,50 dgl. 78	91G	91G
7,25 dgl. 79	95,9	96
10 dgl. 80	106T	106,25
8,375 dgl. 80	99,5	99,5
10 dgl. 81	106G	106
10,75 dgl. 81	107,85	107,75
9,25 dgl. 82	102,75	103
9,25 dgl. 82	104T	103,5
8,25 dgl. 82	98,75	99
7,50 Aumar 73	96,75	96,5
9 dgl. 76	102T	101,5
7,75 dgl. 77	100,35T	99,35
6,75 Australien 68	100,5	100,25G
6,50 dgl. 69	105,5T	101,5T
7,25 dgl. 69	100,75	100,05
7 dgl. 72	100,1	101,5T
7,25 dgl. 76	99,95G	99,95G
5,75 dgl. 77	93	94
6 dgl. 78	95,95	96
8,125 dgl. 80	103,75	103,85
9,875 dgl. 81	108,25	108,4
9,375 dgl. 82	107,75	108,75T
6,75 Austr. I. D. C. 72	97,9	97,9T
7,25 Autop. C. E. 69	99	99T
8 dgl. 71	100G	100,5
6,75 dgl. 72	94,5T	94,5
8 Banco Nac. 71	96bB	96bB
7 dgl. 77	84,3	84,25T
8,50 BNDE 77	85,5T	86,25
6,75 dgl. 78	74,5	74,5
9,25 dgl. 80	76	77,5
5,75 Bk. Amerika 78	90,5	90,75
7,50 Banque Extérieure 77	98,75	99,25
7,25 dgl. 78	98	98,25
7,25 Banque Nat. Algérie	98,6G	98,4
6,75 Barclays Ov. 79	95,35	96,25
8,375 dgl. 82	101	101,25
8 Beecham 76	100,9	101
8,125 dgl. 82	100,75	100,6
8,125 Base Cont. Fin. 82	99,65	99,65
10,50 Belg. Finance B.V. 81	104bG	104bG
11 dgl. 81	110	110,5
8,75 Borgen 75	101,25T	100,5
7,25 dgl. 77	99,75bB	99,75bB
8,25 B.F.C.E. 76	102bG	102
8,25 dgl. 76	101,5	101G
7 dgl. 78	98,25	98
5,75 dgl. 78	91,35	91
7,75 dgl. 80	100,25	100G
8,125 dgl. 80	100	99,9
9,25 dgl. 82	103,75	103,75
8 Bowater 82	99,5	99,5T
8,50 Brascan Int. 75	100,25	100
8,75 Brasilien 77	76,75	75,25
8,75 dgl. 76	85,05	85T
7,75 dgl. 77	89bG	90,25bB
4,75 dgl. 78	82	82,15
7,25 dgl. 79	71,5	72,5bB
8 dgl. 79	72,75	72,8
9,25 dgl. 80	81,5	82,5
8,50 Burmah Oil 70	101T	101,5
8,50 CCCE 75	101	101
8,50 dgl. 76	102	101,75T
7 dgl. 77	95G	95
6,50 CNA 69	100T	100T
6,50 Celese N.T. 68	100T	99,75T
7,25 dgl. 76	100T	100G
6,25 dgl. 79	95	95,5
7 CESP 77	93,75	93,25
6 Chase Manh. 78	92	91,5bG
9 Chile 80	89,7	89,7
7 Chrysler 69	100T	100
7,75 Comalco 71	99,5G	99,5
8,50 CFP 75	100,75	101T
6,50 dgl. 77	99,25bG	99,25
10,50 CTNE 82	106,25	105,5T
9 Comp. VRD 76	96,5T	95T
8,50 dgl. 76	96,5T	96,25T
6,50 Courtaulds 72	95G	95
8,75 Credit Fonc. 83	101,75T	101T
6 Credit Nation. 77	94,25	93,75
6 Creditop 71	98	97,5G
6 Daiml.Fin.Hold 70	104,10	105
8,25 Den Danske 76	99,5G	99,5G
6,50 District Pac 69	99,75G	99,75G
8,875 E.D.F. 82	101	101,75
7 Eletrobras 77	96T	96,9
6,75 dgl. 78	79,5	79,5
7 dgl. 79	72,5	72G
5,25 ELF Aquit. 78	89	89,25
9,75 Emhart 82	104,6G	104,6G
6,75 Ericsson LM 72	99G	99G
6,50 Escom 68	99,5T	99,25
8,50 dgl. 70	101	101,25
8 dgl. 71	101,25	100,5T
6,25 dgl. 72	96,75bB	96,75T
7 dgl. 73	95,5bG	96T
9,25 dgl. 80	101,75	102
9,50 dgl. 82	104T	103T
7,75 Estel 73	95G	93
8,50 dgl. 75	99,1	99,5
5,75 Euratom 77	94,25	94,25G
4,50 Eurofima 67	99,9	100T
4,25 dgl. 72	95,5	95,5T
6,50 dgl. 75	96G	95,5T
8 dgl. 75	102,5T	105T
5,50 dgl. 78	96T	96T
4,50 dgl. 79	97,8	97T
10,25 dgl. 81	111	111T
9 dgl. 82	105,5	105,25
8,125 dgl. 82	102,9	103,5T
7 Europarat 73	97,75	98,25T
7,75 dgl. 76	100,25G	100,25
7 dgl. 76	100,1G	100,1
4,25 dgl. 77	96,1	96,5bB
6,125 dgl. 78	95,25T	94,75T
6,25 dgl. 78 II	96,75	97
6,25 dgl. 78 III	97T	97T
7,25 dgl. 79	96,35	97
7,50 dgl. 79	97,25bG	97T
9,75 dgl. 80	104	104
10 dgl. 81	105,5T	106
10,25 dgl. 81	105,5	106,75
10 dgl. 82	105,25	105T
8,75 dgl. 82	101,5	102T
8,25 dgl. 82	–	99,85
6 EIB 69	99,85	99,5T
7 dgl. 69	100	100,75
7,50 dgl. 71	101,25T	101G
7,75 dgl. 71	100,5	100,5
6,50 dgl. 72	97,5G	99,4
6,75 dgl. 75	99,5	99,5G
7 dgl. 75	99,5	99,5
8 dgl. 76	100G	100G
6,75 dgl. 76	100	100,5
6 dgl. 77	94,5	94,75G
5,25 dgl. 78	91,25G	91,5
6 dgl. 78	92,5	92,75
6,50 dgl. 79	95	95,4
7,50 dgl. 79	99	99,5
9,25 dgl. 80	105,5G	106G
9,50 dgl. 80	105,25	105,25
7,875 dgl. 80	102,5	103,5
8,50 dgl. 80	105,5bG	105,5
9,50 dgl. 80 II	109,5T	110T
10,50 dgl. 81	110,75T	111T
10,75 dgl. 81	109,75T	109,75T
10,50 dgl. 81 II	107,25	107
10,125 dgl. 81	107,85	108
10 dgl. 82 I	109,25	109,35
8,375 dgl. 82	100,5	100,8T
9,375 dgl. 82	104,5	105T
8,75 dgl. 82	100,75	100,75
7,25 EWG 76	100G	100G
7,875 dgl. 79	99,5	99,9
10,125 dgl. 81	107G	107
9,75 dgl. 82	106,75	107,15
8 dgl. 82	99,6	99,75G
8,25 Europistas 71	103,5T	103,25T
8 dgl. 72	100T	100T
10,50 Ferrov 82	103,25	102,25
8 Fin. I. Bk. 71	100,35	99,75
7 dgl. 72	96	95,75
6,50 dgl. 80	100,25G	100,25G
8 Finn. Komm. 71	99,9	99,9T
10 dgl. 82	105,75bB	106bB
7 Finnland 68	99,85G	99,85G
6¾ dgl. 68	100,25T	100bG
7 dgl. 69	99,75	99,75
7,50 dgl. 69	100	100,25G
7 dgl. 72	98,75G	98,75G
8 dgl. 76	100,75G	101
5,75 dgl. 78	95,3	95,4
6 dgl. 78	99,4G	99,4G
8 dgl. 79	101,4	101,1
10 dgl. 81	105,4	105,5
10,50 dgl. 81	106,25	105,7T
9,75 dgl. 82	105,1	104,8bG
8,25 Forsmarks 75	99,75	99,75
5,75 dgl. 78	97T	97,25T
8,875 dgl. 81	102G	102,5
7,50 Francenel 76	100,2G	100G
6 G. Zbt. Wien 77	95	95T
7 Grand Metro 77	98,75	98,5G
8 GKN-Fin. 76	99,95	99,95
8,375 dgl. 82	98,2	98,2
6,75 Hamersley Ir. 72	98,6G	98,6
7 Helsinki 68	99,5G	99,5G
8,875 dgl. 82	100,45	100,25G
8,375 Honeywell 80	99,75bG	99,25
8,75 IAKW 75	102bB	101,75G
7 Iberduero 80	98,25	98,25
6,50 ICI 72	94,25	94,5G
7,50 dgl. 76	100,75G	101
6,75 dgl. 77	98,75	98,75
7 Indonesien 78	95,15	95,25
7,50 Ind. Bk. Iran 78	95,25T	95,75T
7,75 dgl. 77	84,7	85,1
5 Ind. Bk. Japan 78	98,75	98,25T
6,75 I. A. E. Bk. 68	99,5G	99,5G
7,75 dgl. 69	102	102G
8,50 dgl. 70	101	101,25
6,75 dgl. 72 I	99G	99
6,75 dgl. 72 II	99G	99G
7 dgl. 77	100G	100,25
6,25 dgl. 78	93,6	93,6
7,75 dgl. 79	100,5bG	100,5bG
8 dgl. 80	100,65	100,5
10 dgl. 81	105T	105,5
10,25 dgl. 81	108bG	108,25T
9 dgl. 82	101,75	102,25B
9,75 dgl. 82	104,6	104,5
6,75 Int. Com. Bk. 75	99,25G	99,25G
8,125 Irland 80	99,25	98,75
10,125 dgl. 81	104,5	106,25
9,50 dgl. 82	103	102,75
8,875 dgl. 83	99,5	99,5
7 Japan 68	99,95G	99,95G
8,125 Jap. Airlines 80	104,25	104,35
7,25 Japan Dev.Bk.76	100	100G
7,625 dgl. 80	101,75	101,75
8 Johannesburg 71	98,25	99
6,25 dgl. 77	94,5	95T
10 dgl. 82	104,35	105
6,75 Jydsk Tel. 72	95	95,1
7,25 dgl. 73	98,5	98,75
8,50 dgl. 80	98,55	98,5
6,75 Kärntner El. 73	98,5	98,5
8,50 Kanada 82	105,25	105,25T
6,75 Kansai E. Po. 69	100T	99,85T
7,75 dgl. 71	100,25T	100,25T
6,75 KHD Fin. H. 72	99,8	99,25T
7 Kobe 68	100,25G	99,95G
6,75 dgl. 69	100,25	100,25T
7,75 dgl. 71	101T	100,75
6,75 dgl. 72	99,65G	100G
7,50 dgl. 74	100G	100,25
6,50 dgl. 77	98,25	97,75
5,75 dgl. 78	97,25G	97,25
7,125 dgl. 79	99,9	99,9
8 dgl. 80	102,5G	102,5G
9,25 ITT 82	104,5	106,25G
7,75 Kom. Anleihe. 76	99,95G	99,95G
5,75 Kopenhagen 64	100,5G	100,5G
7 dgl. 68	97,5G	97,5G
6,75 dgl. 69	99,4	99,5G
7,75 dgl. 71	100,75T	101T
7,75 dgl. 76	100,25	100
6 dgl. 78	98,5	98,65
6,50 dgl. 82	97T	90T
7,50 Kjøbenh. Tel. 72	101,25	101,25
6,50 dgl. 73	97,5	96,5T
7,25 KoreaDev.Bk.77	95,5bG	95,75bB
9,75 Lonrho Int. Fin. 80	103	102,75
7 Malaysia 72	100,5G	100,5G
6,50 dgl. 77	91,1	91,9
6,25 Megal 78	92,25	92,25
7 dgl. 79	94G	94G
7,25 Medika 73	73T	73T
7,75 dgl. 74	97	95,5
7,75 dgl. 77	86,15	86,4
6 dgl. 78	75,25	76,25
11 dgl. 81	91,35	91,25T
8,50 Midland Int. F. 80	102,6	102
6,50 Mitsubishi 79	99,75bB	99,5
5,50 Mamanun. 65	99,75G	99,75G
7,50 dgl. 71	103,5	103,25T
6,50 dgl. 72	97	97,4
7,50 dgl. 72	99	98,75
6,50 dgl. 73	97,35G	97,35
7,75 dgl. 73	114,75T	114,25T
8,50 dgl. 75	104,5G	104,5G
7,75 dgl. 76/83	100,6	100,6
7,75 dgl. 76/84	99,85	100,5
5,25 dgl. 78	91,25	91,4
6 dgl. 78	94	94
7 dgl. 79	96,25	96,75T
7,875 dgl. 80	100,9	100,9
7,875 dgl. 80/2	99,75	100
9,50 dgl. 80	103,25	104
10 dgl. 81	106,5	106,5T
9,75 dgl. 82 I	107,5	107,4
9,75 dgl. 82 II	105,4	105,6
7 Montreal 69	97,5	97,5
6 dgl. 72	92G	92G
6,75 dgl. 73	94,25	95T
8,50 dgl. 76	103G	103G
7 dgl. 77	98,25	98
8,75 Nac. Fin. 77	91	91,75G
8 Neder. Gas 79	102,25	102,25T
8,50 dgl. 80	105,1	105,75
7,25 Neufundl. 69	102G	102
8 dgl. 71	105	104,5
6,75 dgl. 72	99,25T	99
6,50 dgl. 73	98,75	99T
6,75 Neuseel. 69	100	100
7,50 dgl. 71	102T	102
7 dgl. 72	101,5	100T
7,50 dgl. 76	100	99,95G
7,75 dgl. 76	100,75G	100
6,25 dgl. 77	99,85	99,85
5,25 dgl. 78	95,75	95,75
5¼ dgl. 79	96,75	97
7,125 dgl. 79	100,25	100,25
7,875 dgl. 80	102G	102,4
9,75 dgl. 81	108	108,25
9,25 dgl. 82	104,75	104,75
8,25 dgl. 82	102,5	102,25
6,75 New Brunsw. 72	99T	–
4,50 Nippon Kok. 79	99,75	99,75
5,75 Nippon St. 78	96G	96G
7,75 Nippon T+T 76	100,65G	100,65
5,50 dgl. 79	95,35bG	95,65
5,75 Norcem 78	96,5T	96,65
4,25 Nordiska Bk. 79	101,25	101,25
8,5 Norpipe 76	100,5	100,5
8 dgl. 76	93,25	95,35
6 dgl. 77	98	98
7,25 Norsea Gas 76	97,4T	97,5T
7 dgl. 77	103,25	103
9 Norsk Hydro 75	100,35	100,75T
8 dgl. 76	97,4	97,75
6,75 dgl. 77	105	103,25
9 dgl. 82	104,5	104,75
8,5 dgl. 82	99,6	99,6
4,375 Norwegen 78	100	100,1
6,25 dgl. 79	102,25	101,75
7,50 dgl. 80	–	–
9,75 Nucleobras 80	79,5T	79bG
6,50 Occidental 68	99,75G	99,75G
6,50 Österreich 69	99,75G	99,75G
6,50 dgl. 75	101,75	101,75
7,75 dgl. 76	102,25	100,75
6,75 dgl. 77	99,1	99
5,75 dgl. 78	90,15	90,5
8,25 dgl. 80	100,6	100,25
8,375 dgl. 82	101,15	101,15
6 Öst. Donaukr. 59	99,5G	99,5G
6,75 dgl. 73	98,5	98,75T
8,75 Östr. Draukr. 75	103,1G	103,1
7 Öst. El. Donau. 67	100,1	100,25T
6,50 Öst. Kbk. 78	95,1	95
7,375 dgl. 79	99,75	99,1
8 dgl. 80	102,4	102,4
8,25 dgl. 80	100,35	100,35
8,50 dgl. 80	102,75G	102,75G
10,125 dgl. 81	108,25	108,5G
9,25 dgl. 82	103,9	103,75
8,875 dgl. 82	102,15	102,25
6,50 Omaria 69	102	102
6 dgl. 72	98,5	99
7,50 Ontario H 71	101,5G	101,5
4,50 dgl. 72	98,5	98,5
6,50 dgl. 73	102,17	102
7,50 Oslo 69	101,25G	101,25G
7,50 dgl. 71	100	99,75T
7,50 dgl. 72	104T	104,5T
9 dgl. 73	102,15	102,8
8,75 dgl. 80	99,4T	99,5T
6,75 Papua 73	93,4	93,15
8,75 Petrol Mex. 76	77,7	77,6
7 dgl. 78	82,75	82,5
11 dgl. 82	106,5	106,75
9,5 Phil. Morris Int. 82	105,25G	105,25G
8,25 dgl. 82	94,65	94,75
7,25 Philippinen 77	90,25	90,15
6,75 dgl. 78	105,4	105,25
8,50 Philips 82	91,25	91,25
5,75 PK Banken 78	99	99
4,50 Quebec 72	100,35	100,25
7,50 dgl. 73	100,35	99,75
7,25 dgl. 77	92,25	92,25
6 dgl. 77	109,85	109,45
10,75 dgl. 81	108G	108
10,125 dgl. 82	101,5	101,35T
4,75 Quebec H. 69	101,25T	101T
7,25 dgl. 69	100,4	100,35T
8 dgl. 71	99,75G	99,75
6,50 dgl. 72	98,5	98
6,50 dgl. 73	97,75	98
6,50 dgl. 77	97	97
6,25 dgl. 77	108,15	108,15
10,25 dgl. 81	91,15	91,25
5,75 Rautaruukki 78	98T	97,5
7,25 Reed Int. 73	99,25G	99,25G
5,25 Ricoh 78	99,5G	99,85G
7,75 Royal Bk. Can. 80	–	–
7,75 Saab-Scania 71	101,25	101,2bG
7,50 Sandvik 72	100,4	100G
7 Sanko 77	100,2	100,1G
6,50 Schweden 77	99,65	99,65
6 dgl. 77	92,25	92,25
7,75 dgl. 79	98,1	98,15
9,75 dgl. 80	104,5G	104
7,875 dgl. 80	98,1	98,15
9,75 dgl. 82 I	104,5G	105
9,75 dgl. 82 II	105,5	105,5
7,50 SDR 76	99,45	100T
4,50 Shell Int. 72	99	99,5G
6,75 dgl. 77	98,9	98,9
6,50 Singapur 77	99,6G	99,6G
8,50 Sira-Kvina 70	100,75G	100,75
6,50 S.N.C.F. 68	100G	100G
8,625 dgl. 82	101,5	102,75G
7,50 S.A. Railw. 73	97	97,5
7 South of Scotl. 73	99,85G	99,85
6,75 Spamen 77	98,75G	98,75G
6 dgl. 78	93	93,4
6,50 Stand. Chart. 78	94,5	94,5
Statsföretag 77	99,75	99,75
6 Statoil 73	95,45T	95,75T
6,50 dgl. 77	95,75	95,9
6,75 Südafrika 69	100bG	100T
8,50 dgl. 70	101,25	101bB
7,75 dgl. 71	106,75	106,75T
7 dgl. 72	99,5	99
9 dgl. 80	103,25T	105
6,75 Sver. Inv. Bk. 72	99	98,5T
7 dgl. 73	100	99,25
8,50 dgl. 75	100	100T
9 SHV Holdings 82	98,65	98,75
6,50 Tauernkraftw. 68	99,5T	99,5
8 Tréu. N.G. 73	98,5	100T
6,50 Trafalgar Hs 72	99T	99G
6 Trinidad-Tobago 78	97,75G	97,75G
5,75 Trondheim 78	93G	93G
7,50 TRW Int. 69	99,6G	99,6G
5,75 UDS 78	99,25G	99,25G
4,50 Ung. Nat. Bk. 77	85,9	85,9bB
8,50 Unilever 75	101,4G	102
6,50 UnionBk. Fin. 78	92	91,75
7 Venezuela 68	99,5T	99,5T
6 dgl. 78	72,35	72,75
6,50 dgl. 78	68	68
9,75 dgl. 80	85,5	85,15
11,50 dgl. 82	93,85	93,85
8,50 VOEST ALP. 73	100,25	99,85
8,50 dgl. 75	100,5bB	101
6,75 dgl. 77	95	94,75
5,50 Weltbank 65	99,75G	99,75
4,50 dgl. 69	100,1	99,75
8 dgl. 70	103,25T	105
7,50 dgl. 71 I	100	100
7,50 dgl. 71 II	100,45	101,1
6,75 dgl. 72	98,25	98
6,75 dgl. 73	–	–
6,875 dgl. 73	98T	98
8,25 dgl. 75	100,5	100,4
7 dgl. 76	101,75	101,75
7,50 dgl. 76	100	100,75
7,75 dgl. 76	100,75	100,75
7 dgl. 77	99,75	99,5
4,50 dgl. 77	97,75	98
6 dgl. 77	98,85	98,5
5,75 dgl. 78	91,25	91,5
5,75 dgl. 78 II	99,75	99,5
6 dgl. 78	94,15	94,1
6,25 dgl. 78	94,45	94,5
7,75 dgl. 79	99,4	99,25
7,875 dgl. 80	100,15	100
10 dgl. 80 I	107,5	107,15
10 dgl. 80 II	108,5G	108,5
8 dgl. 80	100,4	100,25
9,25 dgl. 81	100,25	100,25
10 dgl. 81	108,75	108T
10 dgl. 81 II	111	111,45
10 dgl. 81	108,9T	109
8,50 dgl. 82	101,75	101,75
9,50 dgl. 82	107	106,4
9 dgl. 82	104,25	103,75
8,25 Wien 75	100	100,1
9,375 dgl. 80	104,5	105G
6,75 Yokohama 68	99,75T	99,75T
7 dgl. 69	99,75T	99,75G
8 dgl. 71	105T	105,5T

Düsseldorf

	2.2.	1.2.
6,75 B. Autob. 68	99,75	99,75
8,50 Corsorzio 70	99,75	99,5
6,25 Dänemark 74	102,75	101,75
7,50 Hyp. Dän. 69	100	100
7 dgl. 73	95bG	99,5bG
8 Imatran 72	99,15	99,15
7,75 Iscor 71	95,75	96,25
7 dgl. 72	95,5T	95,75
7 dgl. 73	99,75	100
8,50 dgl. 73	99,75	98,5bG
7,25 Island 69	99,5bG	98,5bG
7,75 dgl. 77	104bB	103,5bG
9,25 Malmö 75	100G	98,5bG
8,25 dgl. 76	99,25	99,25
6,75 Manitoba 72	95,25	95,25
7 Metrop. 73	100	100bG
9 Mo och 75	99,75	98,7bG
6,75 Mortage 69	98,5	98,5
7 Norges 77	102,25	102
7,75 Nova Scot. 71	99,25	99,25
7 Nova Scot P 72	99,25	99,25
8,50 Queensland 70	100bG	100bG
8 Rente 77	100bG	99,5bG
7,50 Sun Int. 73	100,25	99,75
7,25 Svenska 73	97,75T	97,5bG
7,25 Tokyo E. P. 69	100bG	100bG

Ausland

New York

	1.2	31.1
Alcan Aluminium	27,875	28,875
Allied Chemical	33,75	34,75
Alcoa	32	32,875
AMR Corp	21,875	21,75
Am. Cyanamid	35,25	35,625
Amax	24,25	25,25
Am. Motors	7,375	7,625
Amerada Hess	22,875	24,125
Am. Tel & Telegr	68	69,375
Asarco	37,875	39
Atlantic Richfield	43,50	45,875
Avon Products	31,125	32
Bally	23,875	24,125
Bk. of America	19,50	19,75
Bethlehem Steel	19,625	19,75
Boeing	36	36,375
Borg-Warner	40,25	41
Brunswick	25,875	26
Burroughs	42,875	44,375
Caterpillar	42	42,75
Celanese	55,25	54
City Investing	28,375	28,875
Chase Manhattan	50	50,75
Chrysler	16,75	17,75
Citicorp	33,875	35,25
CNA Financial	17,125	17,25
Clorox	25,75	24
Coca Cola	48,25	50
Colgate	19,625	19,75
Comm. Edison	26,25	26,75
Comm. Satellite	71,75	73,50
Continental Group	35,625	36,125
Control Data	43,50	44,875
CPC Int.	39,625	40
Curtiss Wright	42,375	42
Deere	32,375	32,875
Digital Equipm.	118,87	121,875
Dow Chemical	27,50	28,75
Du Pont	39,50	40
Eastern Airlines	9,125	9,25
Eastern Gas-Fuel	21,625	21,50
Eastman Kodak	82,75	85,75
Exxon	30	30,125
Faberge	18,50	18,50
Firestone	19	19
Fluor	22,625	23,125
Ford	39,25	39,625
Foster Wheeler	13,875	14,25
Fruehauf	28,50	29,25
GAF Corp.	13,75	14,125
General Dynamics	37,25	38
General Electric	100,75	103,25
General Foods	38,25	38,25
General Motors	61,625	63,25
Gen. T. & E.	40,625	41,875
Getty Oil	52,75	55,25
Goodyear	32,75	33,375
Goodrich	31,125	31,50
Grace	40	40,25
Gulf Oil	30	29,675
Halliburton	33,25	34,25
Hewlett Packard	78,25	79,375
Honeywell	88,125	90,375
IBM	97	98,875
Int. Harvester	6,625	5,875
Int. Paper	49,375	49,625
Int. Tel. & Tel	31,625	31,50
Int. North. Inc.	27	26,50
Jim Walter	32,50	33,625
J. P. Morgan	65,50	66,375
TV Corp	13	12,75
Litton Industries	54,50	55,375
Lockheed Corp	89,25	90
Loew's Corp.	149,50	151,50
Louisiana Land	26,75	27,375
Mc Dermott	19,625	19,75
Mc Donnell Doug	45,25	44,25
Merck & Co	85,125	85,75
Mesa Petroleum	10,50	10,75
MGM (Film)	9,75	10
Minnesota M.	74,50	75,25
Mobil Oil	25,25	26,50
Monsanto	83,50	83,625
National Gypsum	26,50	27,25
Nat. Semiconductor	30,375	28,875
National Steel	19,875	20
NCR	94,50	94,875
PanAm World	4,625	3,875
Pfizer	68,625	68,50
Philips Petroleum	30,50	32,375
Philip Morris	56,625	58,75
Pittston	14,50	14,875
Polaroid	28,25	28,875
Prime Computer	40,75	42,125
Procter & Gamble	111	112,50
RCA	20,375	21,25
Revlon	32,375	32,875
Reynolds Ind	48	48,875
Rockwell Int.	47,625	47,625
Rorer Group	24,25	23,875
Schlumberger	45	45,125
Sears, Roebuck	29,25	28,625
Shell Oil	37,25	38
Singer	18,625	19,25
Sperry Corp.	37	37,375
SPS Technologies	14,875	15,50
Stand. Oil Calif.	31,75	33,125
Stand. Oil Indiana	39,375	40,375
Storage Techn.	21,625	22,625
Superior Oil	29,125	30,75
Tandy	53,75	55,50
Teledyne	144,37	148,50
Telex Corp.	24,25	25
Texaco	31,25	32,125
Texas Instrum.	168,25	176
Tesoro	10,875	11
Transamerica	22,25	22,125
Travelers	23,375	23,875
Trans World Airl.	31	30,875
UAL	34	34
Union Oil of Calif.	29,375	30,25
United Technologies	62,125	61,375
US Industries	12,625	12,875
US Steel	20,25	20,625
Westinghouse E.	43,875	45,25
Weyerhaeuser	36,375	36,50
Whittaker	23,50	23,875
Wyly	9,75	10,75
Woolworth	24	24
Xerox	36,125	36,375
Zenith Radio	14,25	14,75
Dow Jones Index	1059,7	1075,7
Stand. & Poors	142,96	144,50

Mitgeteilt v. Merrill Lynch (Hbg.)

Toronto

	1.2.	31.1.
Abitibi Paper	19	19
Alcan Alu.	34,625	35,375
Bk. of Montreal	25	25,25
Bk. of Nova Scotia	33,125	32
Bell Canada	22,625	22,50
BP Canada	42,125	43,375
Bluesky Oil	3,15	3,20
Brenda Mines	15	14,625
Brunswick M. & Sm.	16	15,75
Can. Cement	14	14
Cdn. Imperial Bk.	29,625	29,875
Cdn. Pacific Ltd.	37,50	37,25
Cdn. Pacif. Enterpr.	19,50	19,875
Cominco	51,875	52,25
Coseca Res.	4,20	4,20
Denison Mines	31,75	31
Dome Petroleum	4,10	4,40
Domtar	23,75	23,50
Falconbridge Nickel	50	50,75
Great Lakes Paper	69	68,75
Gulf Canada	13,375	13,625
Gulfstream Res.	1,46	1,50
Hiram Walker Res.	22,25	21,875
Hudson Bay Mining	20,75	20
Husky Oil	8,75	8,50
Imperial Oil	27	27,25
Inland Nat. Gas	13,50	13,625
Inco	15,875	16,25
Inter City Gas Ltd.	11,375	11,25
Interprov. Pipeline	23,50	22,375
Kerr Addison	17,50	17,75
Massey Ferguson	4,90	4,70
Moore Corp.	55,25	55
Noranda Mines	22,50	22,625
Norcen Energy Res.	28,875	28,50
Northgate Expl.	9,375	9
Northern Telecom.	90,50	91
Nova	8,125	8,125
Oakwood Petrol	14,875	14,875
Revenue Prop.	1,31	1,38
Rio Algom Mines	43,375	42,875
Royal Bk. of Can.	26,25	26,25
Seagram	94,25	94,75
Shell Canada	20,25	19,625
Sherritt Gordon	9,125	9,375
Steel of Canada	22,875	23,125
Transcdn. Pipelines	26	26,75
Westcoast Transm.	14	14,375
Index: TSE 300	2022,3	2031,4

Mitgeteilt v. Merrill Lynch (Hbg.)

London

	1.2.	31.1.
All. Breweries	140,5	139,5
Anglo Am. Corp. $	18,75	18
Anglo Am. Gold $	120,5	118
Babcock Int.	129	129
Barclays Bank	430	425
Beecham	351	348
Bowater	169	166
B. A. T. Industries	714	712
Br. Leyland	21	21
British Petroleum	308	310
Burmah Oil	126	128
Cadbury Schweppes	121	119
Charter Cons.	245	241
Cons. Gold Fields	549	547
Cons. Murchison	420	–
Courtaulds	77	75
De Beers $	693	690
Distillers	251	249
Driefontein $	37,88	37,58
Dunlop	45	45
Free St. Geduld $	55	53,25
General Electric	196	198
Guinness	120	118
Hawker Siddeley	352	–
ICI	384	390
ICL Ltd.	76	76
Imperial Tobacco	129	130
Lloyds Bank	443	440
Lonrho	99	98
Marks & Spencer	205	204
Midland Bank	336	328
Nat. Westminster	530	528
Plessey	567	561
Reckitt & Colman	416	415
Rio Tinto-Zinc	557	544
Rustenberg Plat.	438	428
Shell Transp.	404	408
Thorn Emi	453	440
Tube Investm.	168	156
Unilever	815	823
Vickers	112	105
Woolworth	168	168
Financial Times	624,3	622,7

Mailand

	2.2.	1.2.
Bastogi	181	185,5
Breda	6400	6560
Carlo Erba	7060	7149
Centrale	2260	2290
Fiat	2065	2070
Fiat Vz.	1476	1490
Finsider A	52,5	56
Generali	115450	115500
IFI Vz.	3990	4000
Italcementi	34500	34800
Italgas	1169	1160
Lepetit St.	28050	29000
Magneti Marelli	710	755
Mediobanca	56800	55840
Mondadori	3870	3890
Montedison	116	117,5
Olivetti Vz.	2399	2390
dgl. St.	2430	2450
Pirelli SpA	1500	1490
Rinascente	325,5	312
RAS	128000	128300
S. A. I.	14500	13950
SIP	1800	1802
Snia Viscosa	815	829
STET	1699	1691
Index	–	184,52

Amsterdam

	2.2.	1.2.
ACF Holding	114,5	119
Akzo	39,4	39,9
Alg. Bk. Nederl.	296	297
Amev	105,7	106
Amro Bank	42,6	43,1
Berkel's Patent	19,2	19,5
Bijenkorf	14,6	14,7
Lucas Bols	77,8	78
Bredero	179	175
Bührmann	35,3	35,5
Desseaux	58,8	58,8
Fokker	24	24,3
Gist Brocades	127	129,5
Océ-v. d. Grinten	187,5	188,5
Hagemeijer	28,8	29
Heineken Bierbr.	108,3	109,4
KLM	151,5	157
Kon. Hoogovens	16,3	16,4
Nationale Ned.	126,8	127
Ned. Lloyd Groep	90	90,5
van Ommeren	19,5	19,5
Pakhoed	41,5	41,8
Philips	32,4	32,8
Rijn-Schelde	–	12,1
Robeco	254	255,5
Rolinco	240,5	242,3
Royal Dutch	92,6	92,7
Slavenburgs Bk.	71	71,2
Unilever	196,5	198
Ver. Masch.	63	64,2
Volker Stevin	28,6	28,7
Westland Utr. Hyp	86	86,7
Index: ANP/CBS	91,1	92,0

Wien

	2.2.	1.2.
Creditanstalt-Bkv Vz.	207	207
Gösser-Brauerei	–	–
Länderbank Vz.	201	202
Österr. Brau AG	–	191
Perlmooser	261	261
Reininghaus	235	235
Schwechater Br.	142	146
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	153	153
Universale Hoch-Tief	195	–
Veitscher Magnesit	173	174
Index	49,22	49,26

Tokio

	2.2	1.2.
Alps	1780	–
Bank of Tokyo	291	291
Banyu Pharma	590	598
Bridgestone Tire	445	445
Canon	1110	1140
Daikin Kogyo	269	271
Daiwa Sec.	419	417
Daiwa House	488	488
Eisai	1280	1310
Fuji Bank	500	500
Fuji Photo	1560	1660
Hitachi	789	806
Honda	980	982
Ikegai Iron	166	167
Kansai El. P.	940	950
Kao Soap	576	548
Kirin Brewery	395	395
Komatsu	517	513
Kubota Iron	324	324
Matsushita El. Ind.	1170	1180
Matsushita El. Wks	540	550
Mitsubishi El	370	365
Mitsubishi H. I.	231	231
Nicco Sec.	418	419
Nippon El.	924	920
Nippon St.	152	139
Nomura Sec.	644	648
Pioneer	2340	2360
Ricoh	689	694
Sankyo	798	802
Sanyo Electric	455	435
Sharp El	1140	1120
Sony	3350	3360
Sumitomo Bank	500	500
Sumitomo Marine	228	225
Takeda	885	891
Teijin	254	234
Tokyo Marine	505	475
Tokyo El. Power	1040	1000
Toray	363	360
Toyota Motor	980	990
Index	588,71	587,35

Kopenhagen

Den Danske Bank	198	198
Jyske Bank	310	314,25
Kopenh. Handelsbk.	192	192
Novo Industri	2090	2106
Privatbanken	186	186
Østasiat. Komp.	90	89,25
Dan. Sukkerfabr.	408	408
For. Bryggerier St.	660	660
Kgl. Porc. Fabr.	205	206

Zürich

	2.2.	1.2.
Alusuisse	588	589
dgl. NA	195	197
Bank Leu	4175	4180
Brown Boveri	970	970
Ciba Geigy Inh.	1720	1725
Ciba Geigy Part.	1390	1390
Elektr. Watt	2720	2720
Fischer Inh.	501	501
Frisco A	–	–
Globus Part.	462	465
H. La Roche 1/10	7800	7850
Holderbank	655	637
Interfood Inh.	5650	5675
Italo-Suisse	154	154
Jelmoli	1530	1530
Landis Gyr	1025	1040
Mövenpick Inh.	3300	3250
Motor Columbus	570	575
Nestlé Inh.	3885	3900
Oerlikon-Bührle	1515	1520
Sandoz NA	1900	1910
Sandoz Inh.	4925	4925
Sandoz Part.	716	725
Saurer	335	335
Schw. Bankges.	3200	3225
Schw. Bankverein	317	318
Schw. Kredit	1895	1890
Schw. Rückv. Inh.	7225	7200
Schw. Volksb. Inh.	1240	1240
Sulzer Partizip	268	269
Swissair	762	765
dgl. NA	659	641
Winterthur Inh.	3190	3195
Winterthur Part.	2680	2675
Zür. Vers. Inh.	17300	17350
Ind.: Schw. Kred.	–	260,3

Brüssel

Arbed	1110	1118
Bru. Lambert	1595	1600
Cockerill Ougrée	94	95
Ebes	1945	1970
Gevaert	1840	1870
Kredietbank	4490	4540
Petrofina	4620	4645
Soc. Gén. d. Belg.	1318	1332
Sofina	3915	3940
Solvay	2215	2200
UCB	2895	2900
Index	103,62	104,57

Madrid

	2.2	1.2.
Banco de Bilbao	224	224
Banco Central	269	269
Banco Hisp. Am.	220	215
Banco Popular	210	215
Banco de Santander	227	222
Banco de Urquijo	–	–
Banco de Vizcaya	278	278
Cros	–	–
Dragados	119	119
El Aguila	–	42
Fenix	–	279
Fecsa	50	51,5
Galerias Prec.	28	–
Hidroelectr. Esp	53,75	53,75
Iberduero	48	48
S. E. A. T.	15	15
Sevillana de El.	51,5	51,5
Telefonica	61,5	62,5
Union Electrica	51	52,75
Urbis	9	8,5
Vallehermoso	64	63
Index	104,15	104,5

Hongkong

China Light - P	13,6	13,6
Hongkong Land	4,1	4
Hongk. + Sh. Bk	8,35	8,35
Hongk. Teleph.	30	30
Hutch. Whampoa	11,8	12
Jard. Matheson	14	14
Swire Pac. - A -	–	–
Wheelock - A -	3,45	3,45

Singapur

Cycle + Car	3,40	3,38
Cold Storage	4,54	4,58
Dev. Bk. of Sing	7,95	8
Fraser + Neave	7,35	7,40
Kl. Kepong	2,38	2,33
Mal. Banking	6,60	6,55
Nat. Iron	7,50	7,40
OCBC	9,10	9,15
Sime Darby	2,25	2,24
Singapur Land	7,15	7,15
Un. Overs. Bank	4,00	3,16

Paris

	2.2.	1.2.
Air Liquide	420	[illegible]
Alsthom Atlant.	142	[illegible]
Beghin-Say	249	[illegible]
BSN-Gerv.-Danone	1348	[illegible]
Carrefour	1266	[illegible]
Club Méditerranée	510	[illegible]
C. F. P.	136,4	[illegible]
Elf-Aquitaine	117,1	[illegible]
Gal. Lafayette	150	[illegible]
Hachette	765	[illegible]
Imetal	53,2	[illegible]
Lafarge	259	[illegible]
Locafrance	215,5	[illegible]
Machines Bull	42,65	[illegible]
Michelin	728	[illegible]
Moët-Hennessy	824	[illegible]
Moulinex	47	[illegible]
L'Oréal	1074	[illegible]
Penarroya	58,5	[illegible]
Pernod-Ricard	395	[illegible]
Perrier (Source)	228,5	[illegible]
Peugeot-Citroën	137,5	[illegible]
Printemps	112,1	[illegible]
Radio Techn.	348	[illegible]
Redoute à Roubaix	850	[illegible]
Schneider	97,5	[illegible]
Sommer Allibert	157,9	[illegible]
Thomson C. S. F.	164,5	[illegible]
Usinor	1,95	[illegible]
Index: INSEE	–	[illegible]

Sydney

	2.2.	1.2.
ACI	1,25	[illegible]
Ampol Explor.	1,50	–
Bk. New S. Wales	2,48	–
Brok. Hill South	3,59	[illegible]
Brok. Hill Prop	7,20	[illegible]
Coles	3,54	[illegible]
CRA	4,25	[illegible]
CSR (Thess)	3,10	[illegible]
Metals Expl.	0,65	[illegible]
MIM Holdings	4,42	[illegible]
Myer Emporium	1,19	[illegible]
North Broken Hill	2,98	[illegible]
Oakbridge	1,35	[illegible]
Peko Wallsend	6,80	[illegible]
Poseidon	6,50	[illegible]
Thomas Nat. Tr.	1,68	[illegible]
Waltons	0,90	[illegible]
Western Mining	4,38	[illegible]
Woodside Petr.	0,74	[illegible]
Index	545,1	[illegible]

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 2. 2.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅛–9⅜	5¾–6	2⅝–3
3 Monate	9⅛–9⅝	5¾–6	2⅞–3⅛
6 Monate	9⅛–10	5¾–6	3⅛–3⅜
12 Monate	9⅞–10¼	5⅞–6⅛	3⅜–4

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 2. 2.: Tagesgeld 6,0–6,05 Prozent; Monatsgeld 5,7–5,8 Prozent; Dreimonatsgeld 5,85–6,0 Prozent.

Privatdiskontsätze am 2. 2.: 10 bis 29 Tage 4,80 G / 4,65 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,80 G / 4,65 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 2. 2.: 5 Prozent; Lombardsatz: 6 Prozent.

Ostmarkkurs am 2. 2. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 23,00 Verkauf 26,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 21,50 Verkauf 25,50 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 2. Februar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1370,00	1666,75
10 US-Dollar (Indian)**)	958,00	1218,14
5 US-Dollar (Liberty)	408,00	557,09
1 £ Sovereign alt	291,00	351,43
1 £ Sovereign Elizabeth II	285,00	344,65
20 belgische Franken	225,00	288,15
10 Rubel Tscherwonez	301,00	368,38
2 südafrikanische Rand	282,00	341,26
Krüger Rand, neu	1255,00	1463,35
Maple Leaf	1254,00	1462,22
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	296,00	368,38
20 schweiz. Franken „Vreneli"	239,00	298,32
20 franz. Franken „Napoléon"	239,00	298,32
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1165,00	1384,25
20 österr. Kronen (Neuprägung)	235,00	288,15
10 österr. Kronen (Neuprägung)	124,00	157,07
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	540,00	649,75
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	129,00	168,37

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen

Mit 2,4835 erreichte der US-Dollar am 2. 2. seine höchste amtliche Notierung seit dem 30. November 1982. Interventionen der Notenbank waren nicht zu beobachten. Der neuerliche Kursanstieg, der sich nachbörslich bis 2,4920 fortsetzte, fand vor dem Hintergurnd festerer Tagesgeldzinssätze am New Yorker Markt (heute 8⅞ Prozent) statt. Mitgezogen wurden die meisten anderen amtlich notierten Währungen. Aus dem Rahmen fiel der Rückgang des Schweizer Franken um 45 Pfennige auf 121,91. US-Dollar in: Amsterdam 2,7235; Brüssel 48,56; Paris 7,0355; Mailand 1425,20; Wien 17,4350; Zürich 2,0372. Pfd/Dollar 1,5204.

Devisenterminmarkt

Bei kleinen Umsätzen kam es am 2. Februar nur zu geringfügigen Veränderungen gegenüber dem Vortag.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,67/0,57	2,30/2,20	4,87/4,67
Pfund/Dollar	0,26/0,22	0,72/0,67	1,12/1,07
Pfund/DM	2,20/0,80	5,90/4,50	10,80/9,40
FF/DM	35/19	132/116	241/225

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/1 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,73) – 7,00 (6,13) – 7,25 (6,38) – 7,75 (6,62) – 8,50 (6,88). Ausgabe 1983/2 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,75) – 7,50 (6,16) – 7,25 (6,43) – 7,75 (6,70) – 8,50 (6,99) – 8,50 (7,21)

Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,37, 2 Jahre 6,12.

Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,25, Kurs 100,00, Rendite 7,25.

Devisen und Sorten

2. 2. 83	Frankfurt Devisen Geld	Frankfurt Devisen Brief	Wechs. Ankfs.-Kurse*)	Frankfurt Sorten*) Ankauf	Frankfurt Sorten*) Verkauf
New York[1]	2,4795	2,4875	2,4608	2,44	2,53
London[1]	3,769	3,783	3,723	3,71	3,86
Dublin[1]	3,325	3,339	3,247	3,25	3,40
Montreal[1]	2,0045	2,0125	1,9852	1,95	2,04
Amsterd.	91,050	91,270	91,16	90,00	92,00
Zürich	121,810	122,010	121,91	120,50	123,50
Brüssel	5,120	5,122	5,01	4,82	5,07
Paris	35,200	35,360	34,03	34,25	36,25
Kopenh.	28,420	28,540	27,76	27,75	29,25
Oslo	34,410	34,530	33,82	33,50	35,25
Stockh.**)	32,920	33,080	32,54	32,00	33,75
Mailand[2] **)	1,739	1,749	1,679	1,71	1,80
Wien	14,221	14,261	14,232	14,14	14,38
Madrid**)	1,887	1,897	1,833	1,82	1,95
Lissabon**)	2,620	2,640	2,36	1,95	2,85
Tokio	1,0260	1,0310	–	0,99	1,05
Helsinki	45,480	45,680	44,75	44,75	46,50
Buen. Air.	–	–	–	–	0,01
Rio	–	–	–	0,39	1,10
Athen*) **)	2,928	2,982	–	2,15	3,15
Frankf.					
Sydney*)	2,3895	2,4085	–	2,32	2,45
Johannesbg.*)	2,3040	2,3230	–	1,95	2,50

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund, 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 80 bis 90 Tage. *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Optionshandel

Frankfurt: 2. 2.: 344 Optionen, 19 300 (20 400) Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 6-3,90, BASF 6-9,60, 3-6,60, ... er 6-9,60, 3-5,60, BMW 6-22, 3-10, Bewag 2-4,70, Daimler 6-36, Deutsche Babcock Stu. 6-16, Deutsche Babcock Vorzuge 6-15, Degussa 6-24, GHH 6-16, ... Hoechst 6-8,60, 3-5,30, 2-4,60, Hoesch 6-4,30, ... 2-2,70, Karstadt 6-17, KHD 3-9, Kloeckner 6-4, ... Lufthansa 2-4,60, Lufthansa Vorzüge 6-9,50, Mannesmann 6-13,50, 3-8,60, RWE 2-8,90, RWE Vorzüge 3-10,60, Schering 3-15, Siemens 6-21, 3-15, ... Thyssen 2-8,50, 3-5, Veba 2-7, VEW 6-10,60, VW 6-... 3-8,60, Commerzbank 6-12, 3-8,50, 2-7, Deutsche Bank 6-19,40, Dresdner Bank 6-12,60, 2-7,70, Alcan 6-7, Chrysler 6-5,80, 3-4, Sperry Rand 6-8, Philips 6-4, 3-1,70, Norsk Hydro 3-7, 3-5,20. **Verkaufsoptionen:** AEG 3-2, Daimler 2-9, Deutsche Babcock 2-4, Harpener 2-7, Hoesch 6-3,50, Kali + Salz 3-5, 6-7,50, Kaufhof 6-10, Lufthansa 6-5,60, Lufthansa Vorzüge 2-4, VW ..., Mannesmann 3-4, Preussag 6-10, Siemens 2-7, VW ..., 2-3,50, VW 3-6, Commerzbank 3-3,80, Dresdner Bank 2-4,50, Chrysler 2-2,70, 6-4,40, General Motors 3-4, Litton 2-4,60, 3-6,60, Norsk Hydro 2-4, 3-4,80.

هكذا من الأصل

Euroshima, mon amour

P. J. – „Ein Gespenst geht um in Europa." Doch diesmal ist es nicht das von Marx und Engels anno 1848 beschworene „Gespenst des Kommunismus". Diesmal lehrt uns das „Gespenst des Europessimismus" das Fürchten. Ein Professor hat es entdeckt und auf einem internationalen Management-Symposion an die Wand gemalt. Herbert Giersch weiß auch, wovon sich dieses Gespenst zu nähren pflegt: „von institutioneller Sklerose und Sozialneid".

Damit wurde das Vokabular, das die Divergenzen europäischer Gemeinsamkeit mit der Vorsilbe „Euro..." zu mildern sucht, um eine weitere, eindrucksvolle Schöpfung bereichert. Und es gehört keine Prophetengabe dazu, diesem Wort ein langes Leben vorauszusagen. Denn mit dem „Europessimismus" können sich die anderen Wortkombinationen kaum messen – jedenfalls was den Gefühlspegel betrifft.

Der „Eurocheque" ist eine praktisch brave Sache, der schon durch die Limitierung auf 300 Mark der Hang zum Höheren beschnitten wurde. Dem „Eurokommunismus", einst mit vielen Erwartungen gehätschelt, wurde noch nicht einmal eine Beerdigung dritter Klasse zuteil, er vermickert wie ein zu oft gegossener Kaktus. Nur mit den Brüsseler „Eurokraten" ist es ein wenig anders. Sie konnten erst jüngst wieder lobende Wörter und Worte einheimsen, als es ihnen endlich nach jahrelangen schweren Verhandlungen gelang, eine Definition für Marmelade und Konfitüre zu finden, die zwar nicht dem allgemeinen Wortgebrauch, aber den Vorstellungen der „Eurobürokratie" zu genügen scheint.

Die Kommunisten, erfindungsreich in propagandawirksamen Schlagworten, haben – inzwischen auch ein Gespenst, das in Europa umgeht – für die Atomangst das Kunstwort „Euroshima" als Vokabel des Mißtrauens und der Destruktion auf den Markt geworfen. Grund genug also, allen „Eurooptimismus" fahren zu lassen – oder sich an ein Wort des Cyrano de Bergerac zu erinnern: „Der Pessimist ist jemand, der vorzeitig die Wahrheit erzählt."

Fortsetzung folgt – Was in den Hollywood-Studios 1983 produziert wird

Bonds Hosen passen vielen

Wie vor dem großen Beben knistert die Spannung in Hollywood vor den Oscar-Nominierungen. Die Verleiher wetteifern in den Fachzeitungen um die Gunst der Akademiemitglieder. Sie können sich das leisten, denn die Saison war mehr als einträglich. „E. T.", der allein auf dem amerikanischen Binnenmarkt 187 Millionen Dollar einspielte, ist dem Rekordhalter „Krieg der Sterne" mit seinen 193 Millionen schon hart auf den Fersen. Und auch anderes erwies sich als kassenträchtig. „Tootsie" mit Dustin Hoffman, „The Verdict" mit Paul Newman, „Sophie's Choice" mit Meryl Streep und nicht zu vergessen Richard Attenborough's „Gandhi" bringen viel Geld ein und hoffen auf das Vergolden des Ruhmes mit einem „Oscar". Denn in Hollywood zählt allein der Erfolg. Und der wird an der Kasse gemessen. Dabei stellt sich – zum Erstaunen „progressiver Filmkünstler" – heraus, daß das die Qualität keineswegs beeinträchtigen muß. Das erweist das 82er Angebot, und das verspricht auch das Jahr, das gerade begonnen hat.

Als produktivste Kraft der Filmmetropole bewährt sich das Trio Lucas/Spielberg/Stallone. So überrascht es nicht, daß die Strategen für das anbrechende Jahr auf Nummer Sicher setzen, also den Versuch, einst Bewährtes neu zu beleben. Neben den heißen Titeln werden deshalb halbvergessene Klassiker aus der Nostalgie-Kiste gekramt und für „Fortsetzungen" gefleddert: „The Sting II" steht uns bevor, anknüpfend an das zehn Jahre alte Newman/Redford-Stück. Norman Bates (Anthony Perkins) kommt im Sommer '83 in „Psycho II" aus dem Irrenhaus zurück und terrorisiert Vera Miles und Martin Balsam. Gut, daß Alfred Hitchcock diese Wiederkehr erspart bleibt. „Jaws 3-D" (Der weiße Hai 3-D) schnellt zum drittenmal und nun also stereoskopisch durch die schon wieder sicher geglaubten Wasserfluten. Und „Superman III" saust durch die Lüfte.

Damit nicht genug. John Travolta mausert sich, ungeheilt vom Disco-Fieber, in „Staying Alive" zum müden Klang der Bee Gees vom Vorstadt-Disco-Gigolo zum Manhattan-Tänzer. „Der schwarze Hengst kehrt zurück" und so tut es auch der „Jeti" in George Lucas' drittem Teil seiner „Star Wars"-Trilogie. All das greift jedoch schon weit bis zur Jahresmitte voraus.

Vor dieser öden Strecke zweiter Teile, die dem in die Sommerferien entlassenen jugendlichen Publikum die jobarme Zeit verkürzen sollen, stehen die „Vielversprecher", von denen wohl auch die Verleiher und das Publikum in Europa Kenntnis nehmen werden: Etwa David Bowie und Cathérine Deneuve in „The Hunger", einer bizarren, vampirischen Dreierverstrickung. Ebenfalls in diesen Wochen erscheint Martin Scorseses „King of Comedy", mit, wie anders, Robert de Niro als sich selbst und Jerry Lewis verzehrendem Lustspieler. „The Entity" scheint eines der letzten in einer schier endlosen Reihe von Gruselstücken zu sein und Deborah Harry („Blondie's") sorgt in David Cronenbergs („Scanners") neuem „Videodrome" für High-Tech-Paranoia.

Der Frühling bringt weiter „Exposed" (Entblößt), einen Thriller, in dem das unwahrscheinliche Paar Nastassia Kinski/Rudolf Nurejev, von Terroristen gehetzt, durch die internationale Modewelt jagt, während New-Wave-Musik eine Aschenputtel-Story in „Flashdance" untermalt. Der holländische Schauspieler Rutger Hauer, in Amerika ein Star, nachdem er im „Bladerunner" der Zugnummer Harrison Ford die Show stahl, erscheint gleich zweimal auf der Leinwand: in „Eureka", einer Verfolgungsjagd unter Goldsuchern in Mexiko, und „The Osterman Weekend" mit Burt Lancaster, Dennis Hopper und John Hurt in der Verfilmung eines Spionage-Reißers von Robert Ludlum unter Sam Peckinpahs Regie.

George Lukas hingegen produziert einen heiteren Trickfilm (Hollywood greift weiterhin tief in die Zauberkiste seiner technischen Möglichkeiten) – „Twice Upon a Time" (etwa „Es war zweimal..."). Die ungewöhnliche Abhandlung eines gewöhnlichen Stoffes verspricht die Filmbearbeitung eines Harold-Pinter-Stückes: „Betrayal" (Betrug), Anatomie einer außerehelichen Beziehung mit Jeremy Ironns (noch frisch in der Erinnerung durch „The French Lieutenant's Woman") und Ben Kingsley („Gandhi"). Soweit das Frühjahr.

Im Sommer '83 dann fliegt der Ex-Vietnamhubschrauberpilot Roy Scheider voraus in den olympischen Sommer '84, um den Münchnern von '72 zu zeigen, was sie mit den Terroristen hätten tun können, hätte der Schreiber bloß Scheider geheißen: „Blue Thunder" (Blauer Donner). Und für die Mittsommerphantasie sorgt dann „Krull", ein interstellares Märchen mit Prinzen, unschuldigen Schönen und anderen grotesken Wesen, wie sie das All nun mal bevölkern.

Zu hoffen wäre, daß Roger Moore, wie angedroht, Abschied nimmt vom Bond-Genre, ist erst das letzte Werk mit dem bedeutungsschwanger-schlüpfrigen Namen „Oktopussy" auf dem Markt. Sean Connery ist da wenig pingelig: „Never Say Never Again" (Sage niemals wieder niemals) ist der Arbeitstitel einer Neuauflage des „Thunderball"-Stoffes, der mit der Erstverfilmung schon zu Tode produziert wurde. Daß er ihm die Bond-Hosen usurpierte, hat der Connery dem Moore eben nie verwunden.

Und dann der Griff nach dem Remake: „Außer Atem" kommt diesmal mit Richard Gere („An American Gigolo") und Valerie Kaprisky in den Belmondo/Seberg-Rollen. Brian de Palma versucht sich an „Scarface" mit Al Pacino in der alten Paul-Muni-Rolle. Und den alten Lubitsch-Klassiker „To Be or Not to Be" (Sein oder Nichtsein) hat sich Mel Brooks samt Ehefrau Anne Bancroft aufs Korn genommen, nicht unpassend zu Jaruzelskis Polen. Wer sich also im Sommer noch nicht an zweiten Teilen sattgesehen hat, der muß im Herbst die Remakes verspeisen.

Aber es gibt auch Neues. Bob Fosse („Cabaret") will mit „Star 80" Licht auf den gewaltsamen Tod des Starlet-Models Dorothy Stratten werfen, mit Cliff Robertson in der Rolle des Ober-„Playboy" Hugh Hefner. Barbra Streisand wartet mit „Yentl" auf, einer Emanzen-Story des Nobelpreisträgers Isaac Bashevis Singer im Polen der Jahrhundertwende. Natalie Wood hat ihren letzten Leinwandauftritt im post mortem beendeten „Brainstorm", während Italiens Sergio Leone in „Once Upon a Time in America" (Es war einmal in Amerika) über 45 Jahre Machenschaften jüdischer Gangstersyndikate in New York berichtet. Wieder mit Robert de Niro.

Woody Allen hingegen paart mit Mia Farrow in „Broadway Rose", und so geht das schon bis zur nächsten Weihnacht und Milos Forman und seiner Verfilmung des Peter Shaffer-Broadway-Reißers „Amadeus", in dem das arme Wolferl „verhollywood-markted" wird. Aber dann blicken wir auch schon wieder auf das olympisch-Orwellsche 1984 und sehnen uns nach dem putzigen E. T., der das Geldverdienen so leicht gemacht hat, damals, vor zwei Jahren.

NORBERT NEULING

Im Spargelbeet eines Kleingartens entdeckt: Bronzestatuette des Jupiter aus der zweiten Hälfte des zweiten nachchristlichen Jahrhunderts
FOTO: PRÄHIST. STAATSSAMMLUNG

München: Altrömische Funde aus Weißenburg

Klappstuhl für Epona

Es war ein Freitag, jedoch kein 13., als ein Hobby-Gärtner aus Weißenburg daranging, in seinem Garten ein neues Spargelbeet anzulegen; er ahnte nicht, welche archäologische „Sensation" er mit seiner Buddelei auslösen würde. In einer Tiefe von 30 bis 40 Zentimetern stieß sein Spaten auf grün patinierte Bronze. So kam 1979 der bisher umfangreichste römische Schatzfund ans Licht.

Jetzt sind diese Schätze nach mühsamer Restaurierung erstmals in der Prähistorischen Staatssammlung in München zu sehen. Danach werden sie im Weißenburger Römermuseum ihre ständige Heimat haben. Museumsdirektor Hans-Jörg Kellner vergleicht diese Erwerbung in ihrer Bedeutung mit einem Picasso.

Der Schatz wurde, wie die zuständige Konservatorin erklärte, in einer Gefahrensituation des 3. Jahrhunderts n. Chr. vergraben. Dabei ist nicht nur die Menge der versteckten Gegenstände bemerkenswert, sondern auch deren künstlerische Qualität und wissenschaftliche Bedeutung.

Weißenburg, das römische Biricana, war einst ein wichtiges Lager im Grenzgebiet des Limes. Militärischen Charakter hat deshalb auch die erste Objektgruppe des Schatzfundes: die bronzenen Gesichtsmasken, welche bei Militärparaden, Totenfeiern und Spielen getragen wurden. Denn bei den Paraden legten die Römer besonders prächtige Rüstungen an. Dazu gehörten auch die zweiteiligen Gesichtshelme aus einer Maske und einem Hinterkopfteil. Da diese Rüstungen keinen echten Kampf bestehen mußten, waren sie alle aus dünnem Bronzeblech gefertigt und reich dekoriert.

Auf ein Heiligtum lassen die elf Silbervotive schließen – die größte Anzahl, die jemals gefunden wurde. Alle silbrig schimmernden Objekte sind figürlich verziert. Auch die Form bietet sich bei allen gleich dar: unten eine rechteckige bis trapezförmige Platte mit der Gottheit in einem Architekturrahmen. Es sind durchweg klassische römische Götter: Mars, Merkur, Herkules, Genius, Luna, Fortuna und Viktoria.

Nur staunend kann man vor den gefundenen Weißenburger Statuetten stehen. Sie fallen völlig aus dem Rahmen der bisher in Deutschland gefundenen Bronzefiguren. Ihre ungewöhnlich hohe künstlerische wie technische Originalität finden im römischen Raetien kaum Parallelen. Entstanden sind sie in mehr als hundert Jahren in ganz verschiedenen Gegenden des Römischen Reiches.

Es sind gut erhaltene Skulpturen, die im Vollbesitz ihres Schmuckes und ihrer Attribute zu bewundern sind: ein Jupiter mit muskulösem Körper, mit kunstvoller Lockenfrisur, auf dessen ausgestreckter Rechten ein Adler hockt. Wunderschön daneben Venus mit einem Apfel in der rechten Hand. Eingestochene Ornamente und Goldbänder bilden ihren Schmuck.

Metallgefäße bilden die letzte Gruppe dieser Ausstellung. Sie hatten eindeutig kultische Funktion, denn die Weiheinschrift gilt Epona, einer ursprünglich keltischen Pferdegöttin, die schon früh von den Römern als „Schutzgöttin für Reitereinheiten" übernommen wurde. Außerdem gehören zum Weißenburger Schatzfund eine Reihe eiserner Gegenstände, darunter so seltene Objekte wie Waage, Klappstuhl, Kuchenformen, Fleischspieße und Eimer; Geräte für Küche und Keller, für Haus und Hof. Sie zeigen, daß die Römer nicht nur dem Krieg lebten, sondern sich im Alltag gut einzurichten wußten (bis 10. April, Katalog 12 DM).

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

JOURNAL

Kanadische Tage in Stuttgart

DW. **Stuttgart**

Kanada steht im Mittelpunkt eines Veranstaltungszyklus in Stuttgart. Im Februar und März werden eine Reihe von Ausstellungen mit alter und neuer Kunst aus Kanada gezeigt. Begleitet wird diese Reihe von Vorträgen, Film- und Video-Vorführungen, Musik- und Theateraufführungen. Ein wesentlicher Aspekt ist den Ureinwohnern des Landes, den Indianern und Eskimos gewidmet. Wesentliche Teile dieses Programms waren bereits im Rahmen der Veranstaltungsreihe „O Kanada" in Berlin zu sehen (s. WELT v. 7. 12. 82 u. 28. 1. 83).

Erinnerung an Neumayer: „Windrose und Südpol"

D. B. **Bad Dürkheim**

Das Pfalzmuseum für Naturkunde in Bad Dürkheim zeigt bis zum 23. Mai in einer Sonderausstellung mit dem Titel „Windrose und Südpol" zahlreiche Briefe, Aufzeichnungen, Veröffentlichungen und andere Erinnerungsstücke aus dem Nachlaß des Pfälzer Wissenschaftlers Georg von Neumayer. Neumayer hat in Hamburg die Deutsche Seewarte gegründet und entscheidend die Entwicklung der maritimen Wissenschaften und der Meteorologie gefördert. Er gilt außerdem als „Vater der Südpolarforschung".

Petrarca-Literaturpreis für Gerhard Meier

dpa, **München**

Der Petrarca-Preis für Literatur ist in diesem Jahr dem Schweizer Schriftsteller Gerhard Meier zugesprochen worden. Die mit 25 000 Mark dotierte Auszeichnung soll im Juni, der Tradition dieses Preises gemäß, an einem „petrarcistischen" Ort verliehen werden. Mit Gerhard Meier werde ein Autor gewürdigt, dessen „in aller Stille erarbeitetes, in seiner Genauigkeit beispielhaftes Werk lyrischer Prosa" noch zu entdecken sei, hieß es von seiten der Jury.

Finnische Orchester auf Deutschlandtournee

rst. **Wiesbaden**

Im März wird in der Bundesrepublik das Finnische Rundfunk-Sinfonie-Orchester gastieren. Die Konzerte unter Leitung von Leif Segerstam finden u. a. in Wiesbaden, Leverkusen, Wolfsburg, Frankfurt, Berlin und Aachen statt. Für Mai ist eine Konzertreise des Kammerorchesters der Sibelius-Akademie von Helsinki in die Bundesrepublik geplant. Auf Einladung des Deutschen Akademischen Austauschdienstes treten die jungen finnischen Musiker u. a. in Hamburg, Köln und Bonn auf.

Roger Peyrefitte schreibt Kriminalroman

SAD, **Paris**

Der französische Schriftsteller Roger Peyrefitte, 75, wird im März den ersten Kriminalroman seiner schriftstellerischen Laufbahn veröffentlichen. Peyrefitte schrieb das Buch im Auftrag des Pariser Verlagshauses „Mercure de France". Der Verlag will mit dem neuen Peyrefitte-Buch eine Krimi-Serie beginnen, in der nur Autoren zu Wort kommen, die Neulinge auf diesem literarischen Gebiet sind. Sein Kriminalroman spielt wie sein 1955 veröffentlicher Roman „Die Schlüssel von Sankt Peter" im Vatikan. Es geht um ein Attentat auf den Papst, in das die italienische Mafia, das sowjetische KGB, die amerikanische CIA und die italienische „Loge P 2" verwickelt sind.

Kisielewskis Roman über Polens „Stasi"

JGG. **Paris**

Stefan Kisielewski, Publizist, Schriftsteller und Komponist, sorgt wieder für Schlagzeilen und gibt seinen Anhängern Rätsel auf: Obwohl auf der Fahndungsliste, kehrte er ungeschoren aus dem einjährigen Exil aus Frankreich zurück, erhielt danach den polnischen Kompositionspreis 1982 und kritisierte gleichzeitig in einem Interview die lasche Haltung der Amtskirche gegenüber Polens KP-Generälen. Jetzt kündet der exil-polnische „Kultur"-Verlag in Paris, dessen Gast und Mitarbeiter Kisielewski während seines Exils war, die Veröffentlichung seines neuen Romans „Zeitreise" an. Gleichzeitig weist der Verlag darauf hin, daß es sich um einen Krimi über die Tätigkeit des polnischen Sicherheitsdienstes handelt.

Ernst Erich Noth †

dpa, **Bensheim**

Der Schriftsteller und Literaturwissenschaftler Ernst Erich Noth ist – wie erst jetzt bekannt wurde – kurz vor Vollendung seines 74. Lebensjahres am 15. Januar gestorben. Er wurde am 25. Februar 1909 als Paul Krantz in Berlin geboren und lebte zuletzt in Bensheim/Bergstraße. Sein Erstlingswerk „Die Mietskaserne" veröffentlichte er 1931 unter dem Pseudonym Ernst Erich Noth. Die sozialkritische Reportage, die – wie fast alle Texte des Autors – autobiographisch gefärbt war, wurde mehrfach übersetzt (1982 im Verlag Huber, Frauenfeld, wiederaufgelegt). Anfang März 1933 kam Noth als einer der ersten „nichtjüdischen" Emigranten nach Frankreich. 1941 erhielt er in den Vereinigten Staaten Asyl und wurde dort Professor für Komparatistik. Seit Ende der fünfziger Jahre lehrte er an der Universität Aix-en-Provence, an der Sorbonne und zuletzt an der Frankfurter Universität.

Basel: Uraufführung von H. Henkels „Altrosa"

Margret und der Maler

Ein reizender, ein charmanter Abend in der Baseler „Komödie", oft tiefergehend, nicht zu tief. Warum auch? Wir sind ja an Lustspielen nicht gerade gesegnet. Gespielt wurde „Altrosa", das neueste Stück von Heinrich Henkel, dem Malermeister, besser: Anstreicher, der 1937 in Koblenz geboren wurde, aber schon seit mehr als 20 Jahren in Basel lebt. Seine Stücke bringen nicht allzuviel ein, obwohl sie Aufsehen erregen. Nur der „Eisenwichser" (1970), mit dem ihn Werner Düggelin, damals noch fulminanter Direktor in Basel, entdeckte, wurde in zwölf Sprachen und mehr als 80 Theatern gespielt. Dazu noch im Fernsehen und im Radio.

Das neue Stück nun trägt wieder die unverwechselbare Handschrift Henkels – schmale, relativ kurze Werke mit nur wenigen Personen, meist nicht mehr als zwei. Diesmal geht es um Margret, eine 70jährige. Nach dem sehr späten Tod ihrer Mutter, die nach Gewohnheit alter Leute alles aufhob, geht sie daran, die kleine Wohnung zu entrümpeln. Sie hat sich in den Kopf gesetzt, die grauen Wände altrosa streichen zu lassen. Dazu ist eine Bestellung an einen Maler erfolgt, und sie hofft, daß man einen jungen Mann schicken wird, mit dem sich reden läßt – denn sie ist sehr einsam.

Ihre Hoffnungen werden übererfüllt. Es erscheint ein blutjunger Malergeselle, dazu bildhübsch, geradezu eine „Improvisation" des Lebens, wie sie sich selbst gesteht. Alles geht bestens. Man freundet sich an. Bald duzt sie ihn, er sie später. Sie erzählt ihm von ihrer Vergangenheit, 50 Jahre in einer Firma, wo sie es von der Lageristin zur Chefsekretärin gebracht hat, er ihr seine – elternlose – Jugend in einem Waisenhaus. Durch die vielen Reden und Gegenreden, mit dem von ihr ausgiebig servierten Kaffee, mit Joga-Übungen, die sie ihm beibringen will, und einem abschließenden Sektfrühstück verzögert sich die Arbeit, die vier Stunden dauern sollte, auf mehrere Tage. Bis der erzürnte Malermeister den säumigen Gesellen zurückholt. Aber Frau (oder besser: Fräulein) Margret ist nicht allzu traurig. Er wird – vielleicht – wiederkommen.

Das ist von Joachim Preen flüssig, liebenswürdig, meist lustig inszeniert und von Hanna Burgwitz herrlich gespielt. Wie viele Facetten zeigt doch diese erstaunliche Schauspielerin! Wie das alles sitzt! Wie sie mit einem verschmitzten Lächeln, einer Geste, zwei, drei Worten Lachsalven entfesselt! Joachim Rebscher ebenfalls vorzüglich. Weil nicht nur jung und schön, sondern auch rüde und störrisch bis – zuletzt – hinschmelzend. Alles in allem ein Verdienst des Baseler Theaters, wieder einen Henkel, der ja nicht gerade ein Geschäft ist, herausgebracht zu haben. Basel profiliert sich wie zu Düggelins Zeiten.

CURT RIESS

Frankfurt: Jubiläum der Jürgen-Ponto-Stiftung

Fünf erfolgreiche Jahre

Im Dickicht der vielen privaten kulturellen Stiftungen den eigenen, unverwechselbar nützlichen Platz zu finden – dazu braucht manch eine dieser Einrichtungen Jahrzehnte. Der Jürgen-Ponto-Stiftung zur Förderung junger Künstler scheint dies in den nur fünf Jahren ihres Bestehens bereits gelungen.

Das drückt sich nicht so sehr in den Zahlen aus, obwohl rund eine Million Mark an Zuschüssen, Stipendien, Preisen etc. (hauptsächlich aus den Erträgen aus dem inzwischen auf etwa drei Millionen Mark angewachsenen Stiftungsvermögen) in diesen fünf Jahren durchaus ein stattliches Erfolgskonto bedeutet. Das Besondere am Wirken dieser Stiftung, gegründet und geführt im Andenken an den 1977 von Terroristen ermordeten Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Jürgen Ponto, ist offenbar der ausgeprägte personale Akzent bei allen Aktivitäten.

Personen wie Peter von Siemens, Bernhard Frh. von Löffelholz oder (im Kuratorium für die Musik zuständig) Eduard Söring, allesamt auch in zahlreichen anderen Förder-Institutionen tätig, sorgen dafür, daß sinnlose Doppelförderung vermieden wird und statt dessen gezielt Lücken geschlossen werden. In der bildenden Kunst und Architektur, die neben der Musik und der Literatur inzwischen als Förderbereiche hinzukamen, bilden persönlich namentliche Vorschläge bekannter Hochschulprofessoren die Basis für alle Entscheidungen.

Ein Feld, auf dem sich die Ponto-Stiftung bisher allein betätigt, ist die Schulmusik. Das Treffen „Schulen musizieren" findet in diesem Jahr (12. bis 15. Mai in Trier) bereits zum zweiten Mal statt. Die Initiatoren erhoffen sich davon auch eine Belebung der staatlichen Unterstützung der Musik an den Schulen.

In Verbindung mit dem Stiftungsjubiläum richtete die Dresdner Bank in Frankfurt wieder eines ihrer Förderkonzerte mit jungen, teilweise auch durch die Stiftung unterstützten Musikern aus. Neben dem Wiener Geiger Erich Hönarth und der Pianistin Liese Klahn (Hannover) hörte man auch die Klarinettistin Sabine Meyer, jene 23jährige, die – sozusagen ohne einen eigenen Ton – eine so große Rolle im disharmonischen Konzert zwischen Karajan und den Berliner Philharmonikern spielt.

Sie ist ein ungewöhnliches Talent, gesegnet mit fast sportlich wirkender Musizierfreude und dennoch (z. B. in Stockhausens „In Freundschaft", einer Art Dialog zweier Stimmen für Soloklarinette) erstaunlichem Selbstbewußtsein. Es wäre jammerschade, wenn dieses Mädchen, dem das Konzertexamen an der Hochschule in Hannover erst noch bevorsteht, schon vor dem Beginn ihrer sicherlich großen Karriere zum Spielball anderer würde.

JOACHIM NEANDER

Der Bär ist los: R. Claus' Film „Bananenpaul"

Monster mit Motorrad

Daß es mit dem Kinderfilm in der Bundesrepublik nicht gerade gut aussieht, ist eine altbekannte Tatsache. Für Kinderfilme können nicht so hohe Eintrittspreise verlangt werden wie für „Erwachsenenfilme", es stehen auch weniger Abspieltermine zur Verfügung, so daß die Amortisation des eingesetzten Geldes lange dauert und mit vielen Risiken behaftet ist. Und dazu kommt noch die 1957 vorgenommene Novellierung des Jugendschutzgesetzes, durch die Kindern unter sechs Jahren der Kinobesuch verboten wurde. Das ließ den deutschen Kinderfilm, der immerhin auf eine reiche Tradition zurückblicken konnte, praktisch zusammenbrechen.

Dennoch ist seit einigen Jahren ein schüchterner Neubeginn zu beobachten. Wie schwierig der aber ist, sieht man einmal von den frühen Filmen Hark Bohms oder Haro Senfts ab, macht, zum Beispiel, „Bananenpaul" von Richard Claus deutlich. Er versucht, Märchenelemente mit der Action zu vereinen, die Kinder heutzutage vom Fernsehen nun einmal gewohnt sind. Es geht um den Zirkusbären Paul (in dessen plüschigem Fell allerdings ein Schauspieler steckt), der sich auf seinem Motorrad, auf dem er sonst in der Manege herumfährt, selbständig macht und eine Stadt in Angst und Schrecken versetzt.

Einzig der kleinen Iva kann das gutmütige Monster (den unverdienten Ruhm des tapsigen Teddys werden die Bären wohl nie wieder loswerden) keine Furcht einjagen, und so macht sie sich daran, ihren neuen Freund vor der Polizei zu verstecken, die, angestachelt von einer hysterischen Presse und profilierungssüchtigen Kommunalpolitikern, zu einem der Lage völlig unangemessenen Großangriff auf Paul antritt. Das ist einerseits ein bißchen viel für Kinder, die mit Claus' Seitenhieben gegen gewisse Erscheinungen der Erwachsenenwelt wohl nicht allzuviel werden anfzufangen wissen. Und das ist andererseits auch ein bißchen dünn, denn über anderthalb Stunden wirkt die Geschichte reichlich ausgewalzt und gedankenarm.

Vor allem gelingt es Claus nicht, den richtigen, zwischen Phantasie und Wirklichkeit schwebenden Ton zu treffen. Da wird nie deutlich, daß der Bär nur in der Vorstellung des Mädchens (von dem man auch kein Bild bekommt) spricht, da wundert man sich, warum alle Passanten ihn für einen Menschen halten, bloß weil er Hosen trägt, da setzt Claus auch aus Aufnahmen aus Berlin und einer Kleinstadt eine synthetische Umgebung zusammen, in der kein Kind seine eigene wird wiedererkennen können.

SVEN HANSEN

Ein Schotte im Revier: G. Havergal inszeniert „Figaros Hochzeit"

Der dritte Stand lädt ein zur Feier

Das Deutschland-Debüt eines renommierten Theatermannes versprach Außergewöhnliches. Doch wieder einmal ist das alte Lied zu singen von einer Regie-Idee, die auf dem Papier reizvoll anmutet, sich auf der Bühne aber ad absurdum führt. Diesmal trifft es „Die Hochzeit des Figaro", zubereitet in Gelsenkirchen von Giles Havergal, dem Direktor des in Großbritannien hochgelobten Glasgow Citizens' Theatre.

Die kunstvoll gewirkte Intrigen-, Verwechslungs- und Verkleidungskomödie aus vorrevolutionärer Zeit als „Theater auf dem Theater" anzurichten, diese Idee ist gewiß neu, doch ist sie auch ergiebig? Am Ende eines „tollen Tages", an dem der Rokoko-Graf Almaviva von seinen Bediensteten überlistet worden ist, spielen Figaro und das gräfliche Hauspersonal im verlassenen Schloß die Ereignisse des Tages noch einmal schadenfroh und zufrieden nach. Der dritte Stand feiert seinen Sieg über die Herrschaft: eine Interpretation, die Mozart und da Ponte nur ansatzweise gerecht wird.

„Figaros Hochzeit" ist nicht nur ein Vorbote der Französischen Revolution, sondern handelt auch von der Verwirrung der Gefühle, von Unsicherheit und existentiellem Leiden. Spätestens mit der Auftrittsarie der Gräfin „Hör mein Flehen, o Gott der Liebe", der verzweifelten Klage über die Untreue ihres Gatten, muß sich Identität zwischen Figur und Musik einstellen; es sei denn, der Regisseur will die Echtheit und Aufrichtigkeit der Mozartschen Musik grundsätzlich in Frage stellen. Da Havergal das wohl nicht beabsichtigte, hebt sich der Verfremdungseffekt des „Spiels im Spiel" bereits frühzeitig auf. Was bleibt, ist ein tristgraues, im Zeitalter der Sparmaßnahmen höchst willkommenes Einheitsbühnenbild von Sue Blane, das ohne zeitraubende Umbauten auskommt und selbst das Labyrinth des nächtlichen Parkes durch ein paar Stühle und Kissen markiert.

Die Gelsenkirchener Sänger folgen – soweit es menschenmöglich ist – den kühnen Regievorstellungen mit der gleichen Präzision wie den forschen Tempovorgaben vom Dirigentenpult. Antoni Wicherek, bis Ende 1981 Intendant und Generalmusikdirektor der Polnischen Nationaloper Warschau, dirigiert einen angenehm unsentimentalen, handfesten Mozart. Gelegentliche Atempausen würden die Konturen der Partitur deutlicher hervortreten lassen.

Der große Pluspunkt der in deutscher Übersetzung von Peter Brenner gesungenen Aufführung ist wieder einmal das unerschöpflich scheinende Nachwuchsreservoire des Musiktheaters im Revier. Bis hinunter zur Rolle der Barbarina (Heidrun Kordes) ist keine einzige Fehlbesetzung auszumachen. Aus dem gleichwertigen Ensemble sind allenfalls der schelmisch-hintergründige Figaro von Wolfgang Vater und das fein karikierende Grafenporträt von William Oberholtzer gegenüber den Damen Sue Patchell, Mariana Cioromila und Christine Whittlesey hervorzuheben.

ALBIN HÄNSEROTH

Besticht vor allem durch eine homogene Ensembleleistung: „Figaros Hochzeit" in Gelsenkirchen
FOTO: MAJER-FINKES

18 Menschen starben im Orkan über Westeuropa

Kaskoversicherungen zahlen für Sturmschäden an Pkw

dpa, **Hamburg**

Heftige Schneefälle und ein empfindlicher Temperatursturz haben gestern in der Bundesrepublik zu teilweise chaotischen Verkehrsverhältnissen geführt. Der schwere Orkan, der am Dienstag und in der Nacht zu gestern über Nord- und Westeuropa wütete, hat mindestens 18 Menschen das Leben gekostet.

Dafür kam es jetzt durch Schnee und Eis zu chaotischen Verhältnissen auf den Autobahnen. In Nordrhein-Westfalen, Hessen und Rheinland-Pfalz brach der Verkehr fast völlig zusammen. Die Sauerlandlinie zwischen Gießen und Dortmund mußte in beiden Fahrtrichtungen gesperrt werden. Auf der Autobahn Frankfurt–Köln wurden die Autofahrer über Rundfunk aufgefordert, Raststätten und Parkplätze anzufahren, um Platz für die Räumfahrzeuge zu schaffen. Aus Baden-Württemberg wurden die bisher schwersten Verkehrsbehinderungen dieses Winters gemeldet. Die Autobahn Stuttgart–München war am Albaufstieg acht Stunden blockiert, weil Lastwagen auf den schneeglatten Steigungen nicht mehr vorwärts kamen.

Der schwere Sturm am Dienstag hat nach bisher vorliegenden Berichten Schäden in Millionenhöhe verursacht und mindestens 18 Menschen das Leben gekostet. Vor dem holländischen Hafen Den Helder sank das dänische Segelschulschiff „Aktiv". Alle acht Besatzungsmitglieder kamen ums Leben. In England forderte der Sturm sieben Menschenleben. In Hamburg wurde eine 70jährige Passantin vom Sturm auf die Straße geschleudert und dort von einem Auto überfahren. Bei Helmstedt starb ein 32jähriger Autofahrer, als sein Fahrzeug durch eine Bö von einer Autobahnbrücke gefegt wurde. In der „DDR" erschlug ein umstürzender Baum einen acht Jahre alten Jungen.

Die Schiffahrt in Nord- und Ostsee kam weitgehend zum Erliegen. An der britischen Ostküste richtete eine Sturmflut in der Nacht zum Mittwoch schwere Schäden an. Das Wasser erreichte dort den höchsten Stand seit 14 Jahren. Auf der Themse vor London wurde zum ersten Mal die im vergangenen Jahr fertiggestellte Flutschutzanlage in Betrieb genommen.

Auf der Fehmarnsund-Brücke entgleisten fünf Waggons eines Güterzuges, nachdem sich ein Container aus der Verankerung gelöst hatte und gegen einen Brückenpfeiler geprallt war; drei Container stürzten ins Wasser. Die Brücke blieb auch gestern morgen für den Zugverkehr gesperrt. Der Fährverkehr auf der Vogelfluglinie von Fehmarn nach Dänemark, der am Dienstag eingestellt worden war, konnte gestern wiederaufgenommen werden.

Sturmgeschädigte sollten sich umgehend mit ihrer Versicherung wegen der Bestandsaufnahme in Verbindung setzen. Das hat der Bundesverband der Versicherungskaufleute gestern empfohlen. Die Versicherungen zahlen für Schäden durch Sturm. Sturm herrscht, wenn Windstärke acht (53 Kilometer pro Stunde) gemessen wird. Die Voll- und Teilkaskoversicherung zahlt für Schäden an Autos, die durch abgeknickte Äste und umgestürzte Bäume beschädigt wurden. Die Hausrat- und Gebäudeversicherung kommt für Schäden an Häusern und Gebäuden auf, doch muß der Geschädigte Maßnahmen zur Minderung des Schadens treffen.

Dieser Autofahrer aus Bremen kam mit dem Schrecken und einem Blechschaden davon. FOTO: AP

Streit um Rente mit 58 Jahren

GEORG BAUER, **Hamburg**

Die Hamburgerin Charlotte L. erhofft sich Hilfe aus Bonn: Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, Verfechter einer Frühpensionierung, soll für die 58jährige Angestellte des Fernmeldeamtes 5 in Hamburg bei der Oberpostdirektion ein gutes Wort einlegen. Der Grund: Die attraktive Witwe, Mutter einer Tochter und Großmutter mehrerer Enkelkinder, möchte nach mehr als 30jähriger Arbeit für das staatliche Unternehmen den Dienst frühzeitig quittieren.

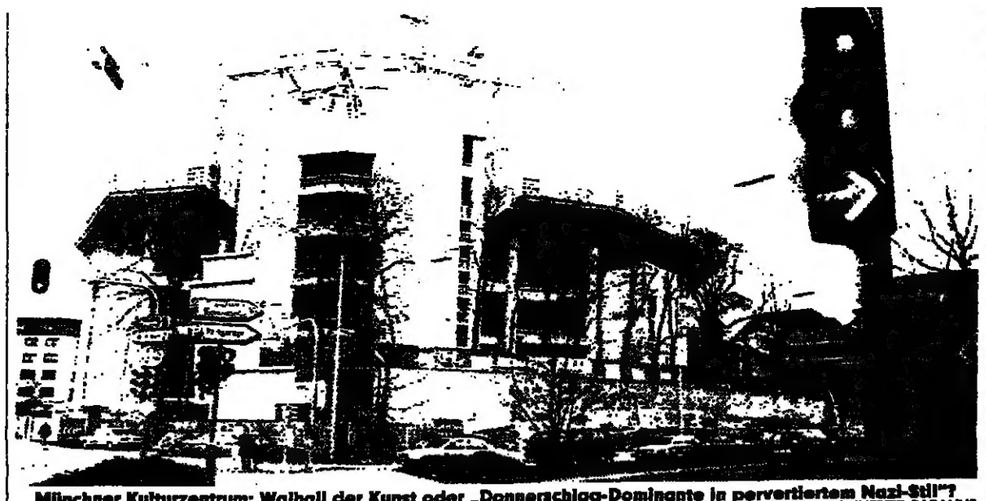
Die vom Wetter nicht eben verwöhnte Norddeutsche zieht es tief in den Süden: Sie will im sonnigen Kapstadt mit dem 65jährigen pensionierten Bahnbeamten John R. – ebenfalls verwitwet – vor den Traualtar treten.

Doch den Weg versperrt die Oberpostdirektion. Sie befürchtet einen Präzedenzfall und will die Angestellte nur ziehen lassen, wenn sie ordnungsgemäß kündigt. Das entspreche der gültigen Rechtslage, argumentierten die juristischen Vertreter der Post, als der Fall jetzt zum dritten Mal vor dem Arbeitsgericht verhandelt wurde.

Eben diesen Schritt aber möchte Charlotte L. vermeiden, fürchtet sie doch um ihre 900 Mark Betriebsrente, die sie bei einer Kündigung unweigerlich abschreiben müßte. Statt der rund 2000 Mark erhielte sie bei einer Frühpensionierung nur 1200 Mark Angestelltenrente.

Vor dem Arbeitsrichter Stein erhob die heiratslustige Postangestellte, die im Mai 1984 pensioniert werden soll, Anspruch auf einen einjährigen Sonderurlaub: Sie müsse in Kapstadt ihren an Diabetes schwer erkrankten „Zukünftigen" pflegen, erklärte sie dem Richter. Doch dieses Argument ließ die Oberpostdirektion nicht gelten, denn erst vor zwei Jahren hatte die Behörde ihr ein Jahr Sonderurlaub gewährt. Als die Witwe damals in Kapstadt eine kranke Verwandte pflegte, hatte sie John R. kennen- und liebengelernt.

Die Witwe hofft nun, daß ihr Fall bei einem erneuten Termin im Juli endgültig geklärt werden kann. Vorher jedoch wird sie ihren zukünftigen Ehemann noch einmal ausgiebig in die Arme nehmen können: Anfang März wird sie für einen Monat wieder nach Kapstadt reisen. Die Post hat ihr dafür unbezahlten Urlaub zugebilligt.



Münchner Kulturzentrum: Walhall der Kunst oder „Donnerschlag-Dominante in pervertiertem Nazi-Stil"? FOTO: WINFRIED RABANUS

Disharmonie um ein Musenschiff

R.-M. BORNGÄSSER, **München**

Der Richtkranz weht hoch über dem gewaltigen Beton-Skelett am Isarhang in München. Doch während normalerweise beim Richtfest eitel Freude sowohl bei Architekten und Bauherren herrscht, will in diesem Falle echte Freude nicht aufkommen. Obwohl es sich doch mit dem neuen Kulturzentrum um Münchens größtes Kulturprojekt nach dem Krieg handelt. Eine Münchner Zeitung kommentierte das Ereignis sogar respektlos mit der lapidaren Überschrift „Das Millionengrab feiert Richtfest".

Die monumentale Baustelle ist eben längst zum städtischen Dauerärgernis geworden: Mußten doch Münchens Steuerzahler zur Kenntnis nehmen, daß dieses Projekt, das Ende 1984 seine Pforten öffnen soll, bis dahin 371 Millionen Mark verschlungen haben wird. Es stammt noch aus der Münchner SPD-Ära der sechziger Jahre und wurde seinerzeit euphorisch begrüßt und mit 162 615 000 Mark auf weniger als die Hälfte taxiert. Zwei Tage bevor die Amtszeit von SPD-Oberbürgermeister Georg Kronawitter ablief, tat er am 28. April 1978 noch den ersten Baggerstich. Seitdem stiegen die Kosten wie die Temperaturen im Hochsommer.

Dabei begann seinerzeit alles so zukunftsverheißend. Daß München seit vielen Jahren einen Konzertsaal samt Nebenräumen und Verwaltung für die Philharmoniker benötigte, war keine Frage. Doch während der Planungsphase für diese Notwendigkeit verfielen Münchens SPD-Kulturpolitiker der Gigantomanie: Im Zuge der allerorts stattfindenden Stadtteilsanierungen sahen auch sie ihre große Chance. Doch anstatt sich oberhalb der Isar, am Rande des sanierungsbedürftigen Münchner Franzosenviertels, am Gasteig, mit einem Konzertsaal zu begnügen, wollten sie nun gleich ein ganzes Kulturschiff erstellen:

Mit Philharmonie samt Nebeneinrichtungen, mit Stadtbibliothek und Richard-Strauß-Konservatorium plus Verwaltung, mit Kulturreferat und Volkshochschule, mit Richard-Strauß-Institut und bibliophilem Noten- und Buchbestand, mit Gastronomie und Läden, mit Café und und und. Ungeachtet der vielen Warnungen, ob eine derartige „Musenkonzentration" sinnvoll und einem kulturellen Netz, das sich über die ganze Stadt spannt, vorzuziehen sei, schritten Münchens Planer zur Tat und schrieben einen Wettbewerb aus. Man entschied sich für einen Entwurf der Architektengemeinschaft Rauhe, Rollenhagen, Lindemann und Großmann, den der Vorsitzende des Münchner Bürgerrats, Leo Samberger, als „Donnerschlag-Dominante in pervertiertem Nazistil" qualifizierte.

Von nun an rissen die Pannen nicht mehr ab. So stellte sich heraus, daß die Philharmonie, immerhin ein akustisch hochempfindliches Gehäuse, ausgerechnet auf der neuen Münchner S-Bahn-Röhre liegt. So ist die Parkraumnot programmiert. Ganze 300 Parkplätze stehen zur Verfügung für einen Bau, in dem sich bis zu 6000 Menschen bewegen können.

Doch trotz aller Unbill, trotz der Kosten sanktionierten die Münchner Stadträte über die Fraktionen hinaus diesen „Millionenbau" – letztlich aus der dumpfen Erkenntnis, daß es kein Zurück mehr gebe. Vor mehr als einem Jahr wurde die Verantwortung darüber der „Allgemeinen Kommunal-Leasing-Objekt Gasteig GmbH und Co. KG" übertragen, mit der Folge, daß nun eine jährliche Leasing-Rate in Höhe von mindestens 20 Millionen Mark fällig wird.

Allein diese Folgekosten bereiten schon Kopfzerbrechen. Der Rotstift regiert. Ihm fielen schon zusätzliche Ausstattungsteile und Variationsmöglichkeiten, zum Beispiel die vorgesehene Konstruktion eines Raumteilers für den Konzertsaal, zum Opfer. Doch allen Pessimisten zum Trotz legten die Verantwortlichen dieses neuen Kulturpalastes jetzt zum Richtfest den weiteren Plan vor: So sollen 1984 zunächst die Münchner Stadtbibliothek, die Münchner Volkshochschule und die „Black Box" – ein Experimentier-Theater – in Betrieb genommen werden, soll 1985 der Carl-Orff-Saal bespielbar gemacht und 1986 der große Konzertsaal der Philharmonie eröffnet werden.

Zum Geschäftsführer dieses Mixtum compostium wurde ein ruhiger, besonnener Bankfachmann, Eckard Heintz, gewonnen. Ihm obliegt es, dieses Haus künftig künstlerisch und administrativ, musisch wie buchhalterisch zu leiten. Daß es sich bei diesem Manager um einen kühlen Rechner handelt, beweist ein Ausspruch von ihm: Es sei völlig unrealistisch zu glauben, der Gasteig könnte eines Tages schwarze Zahlen schreiben. Der Verdruß an diesem Mammut-Kulturzentrum ist also längst vorgeplant! Gasteig und kein Ende ...

1,5 Millionen an die Aktion „Ein Herz für Kinder

DW. Be

Von der Langspielplatte „Su hits-Parade" zugunsten der „Bi Aktion „Ein Herz für Kinder" v den mehr als eine Million Exem re verkauft. Aus dem Einspielerg nis fließen 1,5 Millionen Mark Aktion zu, die den Kampf für Sicherheit der Kinder im Straf verkehr aufgenommen hat. Für Erfolg wurde der Medienverbu zwischen ZDF, Radio Luxemb Ariola und „Bild" mit Platinsch platten ausgezeichnet. Im Nar des Verlegers Axel Springer dar Matthias Walden. Er wies da hin, daß von 1977 bis 1983 die 2 der Kinder, die im Straßenverk starben, zurückgegangen sei: Kinder, rund 30 Schulklassen, t ben am Leben, seit es die ‚B Aktion ‚Ein Herz für Kinder' gi

Vier Kinder umgekomm

dpa, Bre

Bei einem Wohnungsbrand s in der Nacht zu gestern in Bre vier Kinder – zwischen einem sieben Jahre alt – ums Leben kommen. Sie verbrannten im k derzimmer. Die Ursache des Feu ist noch nicht geklärt.

Wieder Beben in Süditali

dpa, Pote

In der süditalienischen Prov Potenza ist gestern ein schwe Erdbeben registriert worden. Ü die Stärke wurden zunächst ke offiziellen Angaben gemacht. Inn ser Region waren im Novem 1980 bei einem schweren Beben f 3000 Menschen ums Leben gek men.

Zugunglück bei Athen

AFP, Ath

Die Nichtbeachtung ei Geschwindigkeitsbegrenzung Athen ist der Grund für die Entg sung des „Akropolis-Express". dem Zugunglück in der Nacht gestern fand der griechische Z führer den Tod.

Lederfabrik abgebrannt

dpa, Backna

Rund 3,5 Millionen Mark Schad sind nach ersten Schätzungen einem Brand in der Nacht zu gest in einer Lederfabrik in Backna entstanden. Menschen wurd nicht verletzt. Die Löscharbeit wurden durch heftige Sturmbö erheblich erschwert.

Deutscher verschüttet

AFP, Merlebe

Bei einem Grubenunglück in F bach im ostfranzösischen Dep ment Moselle ist in der Nacht gestern ein deutscher Bergarbei ums Leben gekommen. Er hint läßt eine Frau und fünf Kinder. E

27jähriger algerischer Arbeiter w de schwer verletzt.

„SOS" über Satellit

dpa, Lond

Ein neues Zeitalter in der Seen rettung hat mit der Eröffnung ein weltweiten Satelliten-Systems Südwest-England begonnen. Ut eine in Lizard (Cornwall) installier Computerzentrale können Schif aus dem Atlantik sowie Teilen d Pazifik und des Indischen Ozea Telefon- oder Telexmitteilung absetzen. Bisher gab es SOS-Ru nur über Funk.

„Flora" wieder auf Kurs

AP, Be

Aufgrund von Berichten über d katastrophale Lage in den westaf kanischen Staaten Nigeria, Beni Togo und Ghana hat sich das DR in einer gemeinsamen Aktion m dem Internationalen Roten Kre entschlossen, sein Hilfsschiff „Fl ra" Mitte Februar in die ghanaisch Hauptstadt Accra zu entsenden. A Bord des Schiffes werden Hilfsgü ter im Gegenwert von mehr als dr Millionen Mark sein.

„Kosmos 1402" verspätet sich

KLAUS MÜLLER, **Bonn**

Das letzte Trümmerstück des sowjetischen Satelliten „Kosmos 1402" kommt später als zunächst angenommen, und es ist kleiner, als die Experten vermutet hatten. Das ergibt sich aus den Radarbeobachtungen des mit etwa 50 Kilogramm radioaktivem Material beladenen Reaktorblocks.

Offenbar ist das Bruchstück mit einem Querschnitt von einem mal einem Meter nur noch etwa 200 Kilogramm schwer, ergaben amerikanische Analysen. Immerhin ist dieser Teil mit Beryllium umhüllt, so daß möglicherweise doch noch Reste des Kernbrennstoffs die Erdoberfläche erreichen, statt beim Wiedereintritt in die Erdatmosphäre zu verglühen. Das Reaktorgehäuse dagegen, ebenfalls durch den Betrieb radioaktiv geworden, ist schon am 23. Januar über dem Indischen Ozean verglüht. Im All, in zur Zeit etwa 200 Kilometer Höhe, kreisen jedoch noch Reste des Reaktorbrennstoffs Uran und seiner Spaltprodukte Cäsium, Strontium und Plutonium.

Nach den bisherigen Berechnungen wird das letzte Bruchstück um den 8. Februar herum zur Erde stürzen. Die Fehlermarge für diese Angabe liegt zur Zeit bei plus oder minus 48 Stunden. Vom Wochenende an wird jedenfalls wieder der Koordinationsstab im Bundesinnenministerium besetzt sein.

Es piepst und quäkt in Nürnberg

Computer-Boom auf der 34. Spielwarenmesse, aber die gute, alte Puppe hält ihren Anteil

PETER SCHMALZ, **Nürnberg**

Die Spielzeugsteller rund um den Erdball können beruhigt sein: Der Mensch bleibt kalkulierbar in seiner humanen Inkonsequenz und erhebt zu den Rennern der diesjährigen Spielsaison, was von ihm erwartet wurde. Da preschen die Video-Spiele und Computer marktgerecht nach vorn, während die kuschelig-weiche Puppe als eines der ältesten Spielzeuge unbeirrbar auch weiterhin einen Spitzenplatz hält. Auf diesen groben Nenner läßt sich das Angebot der 34. Nürnberger Spielwarenmesse bringen, die heute ihre Tore öffnet. Doch kein Kinderherz darf angesichts der 300 000 Artikel höherschlagen: Eintritt haben nur erwachsene Einkäufer.

Geht es nach den ausgestellten Neuheiten, wird es im deutschen Heim unentwegt piepsen und quäken. Der Computer bittet um Gehör. Wie im vergangenen Jahr das alte Halma unter dem Titel „Fantom" erfolgreich vom Brett auf den Mini-Chip umgesetzt wurde, so versuchen sich die Elektroniktüftler zunehmend an der Umstellung von Hand- auf Computerbetrieb. Selbst das älteste und beliebteste japanische Brettspiel „Gomoku" kommt nun elektronisch aufgemotzt und 298 Mark teuer daher.

Und wie wir den Rechenschieber und die Logarithmentafel längst verstauben lassen und zum Taschenrechner greifen, so werden wir bald dem Wörterbuch keinen Blick mehr widmen. Schneller als beim altmodischen Blättern liefert das erste elektronische Wörterbuch 4000 Wörter in Englisch/Deutsch und umgekehrt.

Heimcomputer, bisher vor allem für private Etatplanungen und Archivierungen zuständig, präsentieren sich nun auch als Nachhilfelehrer, der in schnarrendem Englisch zur Nachahmung bittet. Wird allerdings dies allgemein üblich, dann klingt es bald um uns herum, als hätte eine Meute E. T. die englische Sprache studiert. Neuester Clou der Bildschirmspiele: ein Computer, der den Malstift ersetzt und das bunte Bild jederzeit abrufbereit speichert.

Wem vor so viel Elektronik die Augen schummrig werden, der kann bei einem Stuttgarter Verlag das kleine Einmaleins des Computers lernen: Für 219 Mark wird ein Mikroprozessorsystem angeboten, an dem sich Schritt für Schritt die Denkweise des Computers nachvollziehen läßt. Elektronik übrigens auch bei der herkömmlichen Eisenbahn: Ein Elektronikfahrgerät steuert Fahrtrichtung und Fahrtgeschwindigkeit (Märklin), über einen Mikroprozessor können 100 Züge unabhängig voneinander in einem einzigen Stromkreis gesteuert werden (Trix).

Im Gegensatz zum Bereich der Computer stößt die Phantasie der Puppenhersteller rasch an natürliche Grenzen, weshalb im Grunde genommen selbst die modernste Puppe einem alten Käte-Kruse-Modell sehr ähnlich sieht. Neu auf dem Markt: eine Laufiern-Puppe in Lebensgröße, die zu marschieren beginnt, wenn ihre Arme hochgehoben werden. Nimmt man ihr den Schnuller aus dem Mund, reagiert sie kindlich: Sie schreit, bis sie ihn zurückerhält.

Geduld und Platz benötigt, wer sich an das größte serienmäßig hergestellte Puzzle der Welt macht: Vier Quadrameter groß und in 12 000 Einzelteile zerstückelt, liegt das Gemälde „Die Versuchung des heiligen Antonius" von Hieronymus Bosch in der Schachtel.

Und weil fast alles schon da war, kommt auch der gute alte Hula-hoop-Reifen zu neuen Ehren. Rund ist er wie zu unserer Jugendzeit, nur ein wenig bunter und nasenfreundlicher: Durch die Reibung und Erwärmung des Reifens entströmt ein feiner Pfefferminzduft. Chicco Johnson aus Los Angeles muß in einer ganzen Duftwolke leben: Als amtierender Hula-hoop-Weltmeister läßt er bis zu hundert Reifen um seinen Körper kreisen. In deutschen Diskotheken soll demnächst die Jugend beweisen, auf wieviel Duftkreise sie es bringen kann.

LEUTE HEUTE

Gelöbnis am Totenbett

„Fleetwood Mac"-Mitglied **Stevie Nicks**, eine der populärsten Sängerinnen in den USA, hat ein ungewöhnliches Versprechen eingelöst: Sie hat den Mann ihrer besten Freundin geheiratet. Die Freundin war vor fünf Monaten an Leukämie gestorben und hatte der blonden Stevie auf dem Sterbebett das Versprechen abgenommen, sich um Tochter und Ehemann Kim zu kümmern.

Rubinsteins Testament

Nela Rubinstein (74), Witwe des verstorbenen Pianisten **Arthur Rubinstein**, will jetzt das Testament ihres Mannes anfechten. Der Lebenskünstler hat seiner englischen Geliebten Annabella Whitestone (37) seinen gesamten amerikanischen Besitz im Schätzwert von einer Million Dollar und seine berühmte Gemäldesammlung vermacht. Seine Frau erhielt nur den Pariser Familiensitz.

Sadat-Kinder in Haft

Nadia und **Anwar Sadat**, Kinder des Halbbruders des ermordeten ägyptischen Präsidenten **Anwar El Sadat**, sollen verhaftet werden. Das haben die Kairoer Strafverfolgungsbehörden beim sogenannten Ethik-Gerichtshof beantragt.

„Noten" für Urlaubsziele

tdt. **Berlin**

Mit der Gesamtnote 3,4 rangiert Rumänien, das Touristenziel am Schwarzen Meer, an letzter Stelle einer Beurteilungsskala, die in der neueste Ausgabe der Zeitschrift „test" veröffentlicht wurde. Das entspricht den katastrophalen Buchungsrückgängen für das einst als besonders kinderfreundlich bekannte Reiseland.

Insgesamt 23 klassische Reiseziele wurden von den „test"-Lesern mit Noten von 1 bis 5 bewertet. Das beste Zeugnis stellten die Urlaubskritiker mit der Note 1,5 Schweden aus: „Erholungswert", „Nachtruhe", „Kontaktmöglichkeiten" und „Freizeiteinrichtungen" wurden besonders gelobt. Mit 1,7 liegen auf den nächsten Plätzen Norwegen und England. Die Kritik am „Inseln-Königreich" beschränkt sich auf „teuer und feucht". Die Bundesrepublik landete mit 1,9 auf Platz neun. Besonders negativ wurden hier die Preise an der See und die Kurtaxe beurteilt.

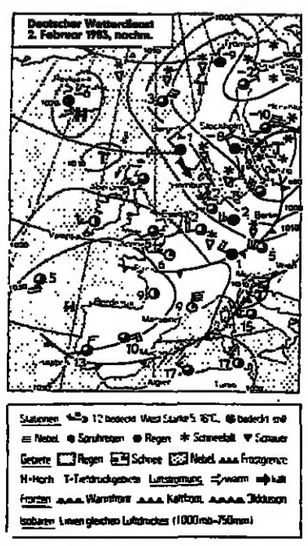
Platz 4: Schweiz	(1,7)
Platz 5: Kenia	(1,7)
Platz 6: USA	(1,8)
Platz 7: Türkei	(1,8)
Platz 8: Dänemark	(1,9)
Platz 12: Österreich	(2,0)
Platz 13: Frankreich	(2,1)
Platz 15: Ceylon	(2,1)
Platz 18: Italien	(2,3)
Platz 19: Jugoslawien	(2,5)
Platz 20: Spanien	(2,5)

ZU GUTER LETZT

Das Heilige Jahr, das nach ein Ankündigung des Papstes End März beginnt, soll „möglichst a Berhalb Roms stattfinden", em fiehlt die Stadtverwaltung. Sie b fürchtet organisatorische Probl me, falls zu viele Gläubige der A kündigung des Papstes nachkom men.

WETTER: Schnee und Regen

Wetterlage: An der Westseite des zum Baltikum abgezogenen Sturmtiefs fließt polare Meeresluft nach Deutschland. Ein vom Ostatlantik nach Süddeutschland sich vorschiebender Hochkeil sorgt für allmähliche Wetterberuhigung.



Vorhersage für Donnerstag

Gesamtes Bundesgebiet: Wechsel zwischen kurzen Aufheiterungen und starker Bewölkung mit einzelnen Schneeschauern. Im Südwesten abklingende Schauertätigkeit. Tagestemperaturen um 3 Grad, in den Mittelgebirgen um minus 2 Grad. Nachts Abkühlung auf minus 3 bis minus 6 Grad. Mäßiger bis frischer, an der Küste starker Wind aus Nordwest bis West.

Weitere Aussichten

Schneefall, in den Niederungen als Regen.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	2°	Kairo	13°
Bonn	3°	Kopenh.	–1°
Dresden	2°	Las Palmas	19°
Essen	2°	London	5°
Frankfurt	3°	Madrid	10°
Hamburg	2°	Mailand	11°
List/Sylt	1°	Mallorca	13°
München	1°	Moskau	0°
Stuttgart	2°	Nizza	15°
Algier	17°	Oslo	–4°
Amsterdam	6°	Paris	6°
Athen	11°	Prag	2°
Barcelona	12°	Rom	15°
Brüssel	4°	Stockholm	–6°
Budapest	6°	Tel Aviv	15°
Bukarest	7°	Tunis	17°
Helsinki	–10°	Wien	5°
Istanbul	6°	Zürich	2°

Sonnenaufgang" am Freitag: 7.56 Uhr, Untergang: 17.16 Uhr, **Mondaufgang:** 0.30 Uhr, Untergang 11.06 Uhr.
"in MEZ, zentraler Ort Kassel

Vergleich mit politischem Sprengsatz

Arbeitgeber verpflichtet sich zur Wiedereinstellung eines Entlassenen nach CDU-Sieg

XING-HU KUO, **Radolfzell**

Ein Vergleich vor dem Arbeitsgericht Radolfzell hat in Baden-Württemberg zu einer heftigen politischen Fehde geführt. Sowohl die SPD als auch der DGB sprachen in Stellungnahmen von einem „in den Gerichtssaal getragenen Wahlkampf" und „politischer Nötigung eines Unternehmens". Gleichzeitig erhielt der 44jährige Geschäftsführer der Emler-Baumarkt GmbH, Horst M., der dieses Abkommen mit dem Türken abgeschlossen hatte, von Unternehmerseite viel Lob für seine offene Meinungsäußerung und seinen „Mut", die „Dinge beim Namen zu nennen". Jedenfalls steht bei ihm das Telefon nicht mehr still. Fernsehteams, Illustrierte und Boulevardzeitungen schicken ihre Leute zu einer „Vor-Ort-Besichtigung". Begehrt ist auch ein Foto des Arbeitsrichters Karl Ullrich, der die Verhandlung geleitet hatte, und den einmaligen Vergleich richterlich „absegnete".

Was war geschehen?

Ein entlassener Türke und dessen ehemaliger Konstanzer Arbeitgeber haben sich in einem bisher einmaligen Vergleich darauf geeinigt, daß im Falle eines Wahlsieges der CDU/CSU-FDP-Koalition beziehungsweise der absoluten Mehrheit der Unionsparteien die Kündigung nicht mehr gelte. Der Arbeitgeber verpflichtete sich, vor dem Arbeitsgericht für diesen Fall den Türken, den er im Oktober 1982 wegen der schlechten Auftragslage zum Jahresende entlassen hatte, wieder einzustellen.

Wörtlich heißt es in dem Dokument: „Die beklagte Firma verpflichtet sich, den Kläger am 1. 4. 1983 zu den bisherigen Bedingungen und unter Anrechnung der früheren Betriebszugehörigkeit wieder einzustellen, unter der Voraussetzung, daß der Kläger den Führerschein Klasse 3 vorweisen kann und unter der weiteren Voraussetzung, daß nach dem 6. März 1983 die jetzige Koalition oder die CDU/CSU allein die Regierung stellt."

Wie in der öffentlichen Verhandlung vor dem Arbeitsgericht erläutert wurde, war ein Umsatzrückgang von 20 Prozent im Montagebetrieb Ursache für die Entlassung des 40jährigen Türken. Der Vater von vier Kindern war zwar seit elf Jahren im Betrieb tätig, war dennoch in der Belegschaft der am kürzesten in der Firma beschäftigte Arbeitnehmer.

Der Firmeninhaber, der derzeit 40 Arbeiter hat, erklärte vor Gericht, er bedauere die Entlassung des Mannes, mit dem er zufrieden sei. Eine Belebung der Konjunktur halte er jedoch nur für möglich, falls die jetzige Koalition oder die Unionsparteien alleine nach der Bundestagswahl das Ruder in der Hand behielten. Sollte dies nicht der Fall sein, so müsse mit einer „Kapitalflucht ins Ausland" und einer Anhebung des Diskontsatzes der Bundesbank gerechnet werden. In einem solchen Falle würde „niemand mehr ein Haus oder eine Eigentumswohnung kaufen". Das Konstanzer Unternehmen montiert Türen, Fenster und andere Hausteile und ist deshalb vor allem von der Lage in der Bauwirtschaft abhängig.

Im Vertrauen auf den erhofften Unionssieg bekam der Türke noch im Gerichtssaal bar 1000 Mark in die Hand gedrückt, damit er den Führerschein in der „Zwischenzeit" bis zum 6. März machen könne. Sollte wider Erwarten doch die anderen Parteien als Sieger hervorgehen, braucht der Türke dieses Geld nicht zurückzuzahlen, wurde weiter vereinbart. Allerdings braucht die Firma ihren entlassenen Mitarbeiter dann auch nicht wieder einzustellen, da in diesem Fall das Vertrauen des Unternehmens in eine mögliche Wirtschaftsbelebung gleich Null sei ...

„Bochumer Rezeptskandal" weitet sich täglich aus

Bisher Ermittlungen gegen elf Apotheker und 14 Ärzte

dpa, **Bochum**

Der sogenannte Rezeptskandal in Bochum und Umgebung zieht immer weitere Kreise. Bei ihren seit etwa einem Jahr geführten Ermittlungen ist die Bochumer Schwerpunkt-Staatsanwaltschaft zur Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität bisher auf eine mutmaßliche Schadenssumme von rund 1,5 Millionen Mark zu Lasten zahlreicher Krankenkassen und des Landes Nordrhein-Westfalen gekommen. Ein Ende ist noch nicht abzusehen.

Den „Stein" hatte ein Arzt mit einer Strafanzeige gegen einen Apotheker ins Rollen gebracht. Seitdem wurde und wird – derzeitiger Stand – insgesamt gegen elf Apotheker in sieben Apotheken, 14 Ärzte, 31 Apotheken-Mitarbeiter, zehn Arzthelferinnen und 509 „Rezeptkunden" ermittelt. Die Staatsanwaltschaft hat bereits 46 Strafbefehle beantragt und zehn Anklagen erhoben. „Tatort" ist meist Bochum, aber auch Nachbarstädte sind betroffen. „Verdacht" in ähnlicher Richtung gibt es in Dortmund, Arnsberg und Essen.

Im bisher größten Einzelfall hat die Staatsanwaltschaft jetzt Anklage vor dem örtlichen Landgeri erhoben. Dem 34jährigen Apot ker Ulrich Affoldt aus Boch wird unter anderem Betrug du 55 fortgesetzte gemeinschaftli Handlungen in der Zeit von fang 1978 bis zu seiner Verhaft Ende April 1982 vorgeworfen. Angeschuldigte hat, so die Ver densprecher, ein „umfassen Geständnis" abgelegt.

Die Anklage lastet Affeldt a habe sich von seinen Angestell von Patienten, Ärzten und Arz ferinnen Rezepte für gesetz Krankenversicherte bringen sen, bei denen von Anfang an gewesen sei, daß die verschri nen Medikamente gar nicht nur zu einem geringen Teil a liefert werden sollten. Hinzu men über einen Arzt Verschre gen der unentgeltlichen Heilfü ge. Nach den Wünschen der j ligen Überbringer seien für ganzen oder teilweisen Rezept nicht verordnete Medikam oder Waren wie Alkoholika, metika und Diätnahrung aus ben worden. Der dadurch den Krankenkassen entstan Schaden soll sich insgesam nahezu 600 000 Mark belaufe